B 366353

Wert und Kapitalprofit

Neubegründung

der objektiven Wertlehre

Von

Dr. med. et phil. Franz Oppenheimer

ord. Professor an der Universität Frankfurt a. M.

2. Auflage

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1922

Adolf Wagner

zu seinem Scheiden aus dem Lehramte

in Verehrung

gewidmet.

Vorwort.

Mit diesem Buche hoffe ich die beiden Probleme des Tauschwertes und des Profits völlig gelöst zu haben. Die ganz einfache exakte Formel für den statischen Preis, die es bringt, ist keinem der Einwände mehr ausgesetzt, die den älteren Theorien mit Recht gemacht worden sind. Und ich nehme an, daß die Formel auch richtig ist. Dafür scheint mir ein gutes Zeichen zu sein, daß es hier zum ersten Male gelungen ist, den Profit seiner Höhe nach, und sogar den Wert der Kapitalsubstanz in gleichfalls ganz einfacher und exakter Formel abzuleiten, ohne die nichtssagende »Erklärung« aus Angebot und Nachfrage heranzuziehen.

Die Dinge sind so einfach, daß ein halber Bogen vollauf hingereicht hätte, um sie auseinanderzusetzen, wäre nicht das Gebiet, um das es sich handelt, ein Kampffeld, das von dem Gestrüpp alter Irrtümer in ungeheuerlichem Maße überwuchert ist. Darum war es unumgänglich, den weitaus größten Teil der Arbeit und des Raumes auf die Neubestimmung alt eingebürgerter, aber im Laufe der Zeit verdorbener oder mißverstandener Begriffe und auf Kritik und Antikritik zu verwenden. Ich bedauere das nicht, da man an die tiefsten Wurzeln der Probleme kaum anders als auf diesem Wege gelangen kann.

Kritik und Antikritik richten sich zu einem bedeutenden Teile gegen die große und verdienstvolle Schule der Grenzwerttheoretiker. Ich hoffe, daß zwischen uns eine Verständigung möglich sein wird; stehen wir doch grundsätzlich auf dem gleichen methodologischen Boden. Daß ich für ein Teilproblem des großen Zentralproblems unserer Wissenschaft eine einfache Lösung bringe, und damit viele Schwierigkeiten und Bedenken beseitige, die der Lösung der Grenznutzenschule entgegenstehen, wird sie hoffentlich nicht als Verlust, sondern als Gewinn betrachten. Es bleibt ihr unbestritten noch ein gewaltiges Feld der Geltung und Be-

tätigung, auf dem sie nunmehr nur um so ersprießlicher wird arbeiten können.

Jenes wichtige Teilproblem freilich ist im Geiste der von den Subjektivisten bekämpften älteren objektivistischen Theorien gelöst worden, und darum trägt das Buch den Untertitel: »Neubegründung der objektiven Wertlehre«. In der Tat stimmt es dem Ergebnis nach weithin mit den Anschauungen der Klassiker überein, nur daß dieses Ergebnis eben auf neuem sicheren Wege erlangt worden ist. Ganz genau genommen ist auch der Weg nicht neu: der grundlegende, nie bestrittene, nie bestreitbare, aber auch niemals, auch von dem Meister selbst nicht ausgeschöpfte Satz, auf dem alles ruht, stammt von niemand Geringerem als von Adam Smith.

Man wird verstehen, warum ich diese Neubegründung der objektiven Wertlehre Adolf Wagner gewidmet habe. Der prächtige Mann, der jetzt nach zwei Menschenaltern mühe- und segensreicher wissenschaftlicher Arbeit aus seinem Lehramt scheidet, der uns allen immer das Vorbild des vorurteilslosen Wahrheitssuchers und unbestechlichen Kämpfers für alle guten Dinge, der mir persönlich, trotz mancher tiefgreifenden wissenschaftlichen Meinungsverschiedenheit, jederzeit ein verläßlicher Freund gewesen ist, hat ja, zuletzt fast allein, das Erbe der klassischen Denker bis zur Stunde gewahrt und verteidigt.

* * *

Bedarf es einer Entschuldigung dafür, daß dieses sehr abstrakte und scheinbar aller Praxis des Lebens weit entfernte Buch mitten im Wüten des Weltkrieges erscheint? Ich glaube nicht! Es war immer deutsche Weise, unbeirrt seiner Sache zu dienen, und war immer der Stolz deutscher Wissenschaft, auch unter den schwierigsten Umständen ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Ist doch die Universität, der ich die Ehre habe anzugehören, mitten im Drang und Druck der napoleonischen Herrschaft begründet und durch alle schweren Läufte der Befreiungskriege hindurch bei ihrer Arbeit erhalten worden!

Der Verfasser darf das Bewußtsein haben, daß er nach seinen Kräften dem Reiche und Volke während des Krieges auch praktisch gedient hat. Aber diese Schrift, die noch im Frieden begonnen und weit geführt war, drängte so gewaltig nach Gestaltung,

daß er die erste Atempause benutzen mußte, um sie fertig zu stellen. Und zwar vor allem aus dem Grunde, weil er damit der Praxis zu dienen hoffte, dem Wiederaufbau Europas, der Neuorientierung der äußeren und der inneren Politik Deutschlands.

Nichts ist so praktisch, wie die Theorie! Diese Erkenntnis war mein Leitstern in dem Vierteljahrhundert, das ich unserer Wissenschaft gewidmet habe. Niemals wollte ich in bloßen Gedankenspielen den Geist üben, sondern dem Leben neue Bahnen suchen. Dazu wußte und weiß ich keinen besseren Weg als die Aufhellung der theoretischen Grundprobleme. Und diese allgemeine Auffassung, das Grundaxiom aller Wissenschaft überhaupt, ist positiv wie negativ durch die Erfahrungen dieses Krieges hundertfach bestätigt worden. Positiv: hätten wir nicht die Theorie der Chemie und Physik so weit entfaltet, wir hätten im ersten Kriegsjahr einen schlimmen Frieden schließen müssen, aus Mangel an Munition; hätte unsere Wissenschaft die Fruchtbarkeit der deutschen Äcker nicht so wunderbar gesteigert, so wäre Englands Aushungerungsplan geglückt; und hätten Koch, Pettenkofer, Behring, Wassermann und ihre Mitarbeiter die Bakteriologie nicht theoretisch so weit geführt, so hätten Typhus, Cholera, Flektyphus und Pest unser Land verheert. Und negativ: wenn unsere Staatsmänner mehr von theoretischer Nationalökonomie gewußt hätten, wären wahrscheinlich manche Dinge nicht geschehen, die uns den Kampf um unsere Existenz heute so arg erschweren.

Der Praxis will auch diese Arbeit dienen, zwar nicht der des Tages, aber der der allernächsten Zukunft.

Daß dieser Krieg zum großen Teil ein Kampf um kapitalistische Interessen ist, kann kein Verständiger bezweifeln, der die britische Politik betrachtet. Da erscheint es doch wohl als praktisch notwendig, endlich einmal festzustellen, was Kapital und Kapitalismus denn eigentlich sind, Begriffe, über die — wir Fachmänner schämen uns, es öffentlich einzugestehen — in unserer Wissenschaft noch nicht einmal der Anfang einer grundsätzlichen Einigung herbeigeführt werden konnte. »Erkenne, um zu heilen!«, ist das Meisterwort der ersten Wissenschaft, die ich trieb, der Medizin. Es gilt auch hier: wenn wir so furchtbare Katastrophen in Zukunft zu vermeiden wünschen, so müssen wir bis an ihre Wurzel hinabgraben, müssen das eigentliche Wesen von Kapital und Kapitalismus erkennen. Dazu hoffe ich hier einen Beitrag geleistet zu haben.

Und noch ein wichtiges! Die Spaltung der deutschen Arbeiterpartei ist Tatsache geworden. Ich habe vor vielen Jahren bereits den damals schon offenkundigen Gegensatz dahin formuliert, die eine Gruppe habe eine Theorie, die zu keiner Praxis führen könne, und die andere Gruppe habe zu ihrer Praxis keine Theorie. Dieses Buch will der zweiten Gruppe die fehlende Theorie darbieten, will ihr den Weg bahnen helfen zur Mitarbeit am Aufbau des Vaterlandes und des zerfleischten Europa.

Berlin-Steglitz, Mai 1916.

Franz Oppenheimer.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V

Inhaltsverzeichnis IX

Erstes Buch: Der statische Preis der Wertdinge niederer Ordnung. Der Wert 1

Einführung: Objektive und subjektive Wertlehre 3

Erster Abschnitt: Die älteren objektivistischen Wertlehren 5

Zweiter Abschnitt: Die Probleme der Marktwirtschaft 15

1. Beschreibung der Markterscheinungen 16

a) Die Gattungen der Produkte und die Teilmärkte 16

b) Die Preise 18

c) Neue Terminologie 21

2. Die Probleme 21

Dritter Abschnitt: Die Statik der Gesellschaftswirtschaft 26

1. Die Statik der Personalwirtschaft 30

2. Die Statik der Marktwirtschaft 32

Vierter Abschnitt: Der statische Preis der Güter und Dienste. Der autogene Wert 45

1. Erste Annäherung: Die Gesellschaft der Gleichen 50

a) Das Einkommen 51

b) Der statische Preis der Güter und Dienste 55

α) Der absolute Preis 55

β) Der Geldpreis 55

γ) Der relative Preis 56

c) Die Substanz des autogenen Wertes 57

2. Zweite Annäherung: Die persönliche Qualifikation 61

a) Die anerzogene Qualifikation 62

b) Die angeborene Qualifikation 63

c) Die Einwirkung der Qualifikation auf den statischen Preis . . 65

α) Der Güter 65

β) Der Dienste 67

d) Die Substanz des autogenen Wertes 68

e) Antikritisches Zwischenspiel 70

Seite

3. Dritte Annäherung: Die sachliche Qualifikation (Das Monopol) . . 75
a) Abgrenzung des Monopolbegriffs 76
b) Das Wesen der Monopole 81
c) Die Klassen der Monopole 87
d) Der Monopolpreis 88
e) Die Zurechnung der Monopolgewinne 97
f) Der Monopoltribut 102
α) Der Monopoltribut der Käufer von Gütern und Diensten (Das Verkaufsmonopol) 103
β) Der Monopoltribut der Verkäufer von Gütern und Diensten (Das Einkaufsmonopol) 107

Zweites Buch: Der statische Preis der Wertdinge höherer Ordnung. Der Kapitalprofit 111

Einführung: Distribution und »Zurechnung« 113

Erster Abschnitt: Kapital und Profit 116
1. Der statische Preis der Nutzung 116
a) Die Ursache des Profits 116
b) Die Höhe des Profits 132
α) Der Profit pro Arbeiter (Monopollohn) 132
β) Der Durchschnittsprofit 139
γ) Die Substanz des autogenen Wertes in der kapitalistischen Gesellschaft 144
2. Der statische Preis der Substanz (Die Kapitalisierung) 148
a) Des normalen Kapitals 148
b) Des begünstigten Kapitals 150

Zweiter Abschnitt: Boden nnd Grundrente 154
1. Der statische Preis der Nutzung (Die Grundrente) 154
2. Der statische Preis der Substanz (Der Bodenwert) 157

Dritter Abschnitt: Antikritische Sicherung 158
1. v. Böhm-Bawerks Kapitalzinstheorie 161
2. Die Marxsche Theorie vom Wert und Mehrwert 171
3. Böhm-Bawerks Kritik der Ausbeutungstheorien 187
4. Die Fruktifikationstheorie 196
5. Schumpeters dynamische Kapitalzinstheorie 206

Schlußbetrachtung 222

Erstes Buch.

Der statische Preis der Wertdinge niederer Ordnung.

Der Wert.

deren theoretischer Führer in dieser Hinsicht immer mehr Hilferding geworden ist, der Einzige der — in seinem »Finanzkapital«[1]) — Marx fortentwickelt und nicht nur apologetisch ausgelegt hat.

In dem Kampf miteinander haben die beiden theoretischen Richtungen sich zweifellos immer mehr einander genähert. Die Objektivisten haben die unbestreitbar wahre Grundlehre vom »Grenznutzen« in ihr System übernommen, als psychologische Grundlage der Lehre von der Nachfrage und vom Tausch, ohne sich bisher entschließen zu wollen, auch die Konsequenzen voll anzunehmen, die die Subjektivisten ziehen. Diese ihrerseits, geführt von v. Böhm-Bawerk und v. Wieser, haben sich genötigt gesehen, von ihrem Standpunkt aus Brückenschläge zu dem objektivistischen Kostenbegriff zu versuchen.

Ganz befriedigt ist heute keine der Parteien von ihrer Theorie. Daß das bei den Subjektivisten nicht der Fall ist, geht klar aus dem Umstande hervor, daß sie unter sich über viele, und nicht nur nebensächliche Punkte sehr uneins sind, z. B. über die entscheidende Frage, wie der »Gesamtwert« zu berechnen ist[2]). Die Objektivisten aber sind gezwungen, der gegnerischen Kritik zuzugestehen, daß ihre eigene Lehre unvollständig und formal ungenügend ist.

Es ist nicht unsere Absicht, uns auf die inneren Schwierigkeiten des Subjektivismus an dieser Stelle kritisch einzulassen. Wir denken eine subjektivistisch unterbaute, aber doch im eigentlichen objektivistische neue Wertlehre entwickeln zu können, die erstens vollständig und zweitens formal einwandfrei ist. Wenn das zugegeben wird — und das hoffen wir — dann ist die vorgeschlagene Lösung so viel eleganter und einfacher, als die vielfach überaus komplizierten, bedenklichen und dabei noch voneinander stark abweichenden Lösungsversuche der Subjektivisten, daß sie schon aus diesem Grunde angenommen werden dürfte: »Simplex sigillum veri«. Sollten wir uns täuschen, sollten wir zu einer Polemik gezwungen werden, so werden wir sie nicht nur defensiv, sondern offensiv zu führen versuchen.

---

[1]) Wien, 1910.

[2]) Soll die Anzahl der Teilstücke mit dem Grenznutzen multipliziert werden? Oder hat man die einzelnen Grenznutzen, wie sie sich nach Fortfall eines Stückes nach dem anderen ergeben, zu addieren? Oder hat man schließlich den Gesamtnutzen zu integrieren? Vgl. z. B. Cornélissen, Théorie de la Valeur. Paris, 1913. p. 49. Man lese z. B. Schumpeters Aufsatz »Bemerkungen über das Zurechnungsproblem« (Ztsch. f. Volksw., Politik und Verwaltung. 1909. XVIII), um zu erkennen, welche Schwierigkeiten sich daraus für die übergeordneten Probleme ergeben.

Dagegen verlangt unsere Absicht, eine neue, wesentlich objektivistische Theorie vorzutragen, gebieterisch die Darstellung der guten Gründe, mit denen die alten objektivistischen Theorien angegriffen worden sind.

Erster Abschnitt:

Die älteren objektivistischen Wertlehren.

Bei der Darstellung der Kritiken, die den älteren objektivistischen Wertlehren durch die Anhänger der subjektivistischen zuteil geworden sind, befinden wir uns in der eigentümlichen Lage eines Heeres, das in »verkehrter Front«, mit dem Gesicht gegen die Heimat kämpft. Wir denken beweisen zu können, daß die Objektivisten in allem Wesentlichen im Rechte waren und sind, während wir die wesentlichen Grundlagen des subjektivistischen Lehrgebäudes, soweit es sich nicht um personalökonomische, sondern um nationalökonomische Probleme — und das sind die eigentlich wichtigen! — handelt, für tragunfähig halten. Und dennoch werden wir gezwungen sein, die subjektivistische Kritik anzunehmen.

Aus zwei Gründen: erstens, weil wir unsere subjektivistischen Gegner mit stärkeren als nur antikritischen Argumenten von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen wünschen. Mag ihre Kritik an den älteren objektivistischen Wertlehren richtig oder falsch sein: die unsere trifft sie keinesfalls; sie kommt auf ganz neuem Wege zu dem alten Ziel. Ihr ergibt sich als Folgerung ungefähr das, was die älteren als ihren Ausgangspunkt postuliert hatten. Diesen fundamentalen Unterschied der Argumentation nach Kräften herauszuarbeiten, muß unser Ziel sein, um womöglich zu erreichen, daß gutgläubige Kritiker erkennen, es mit einer ihrer Ableitung nach ganz neuartigen Theorie zu tun zu haben, und es sich und uns ersparen, die alten, uns gegenüber wirkungslosen Gründe noch einmal zu erörtern. Zu dem Zweck würde es uns gestattet sein, der subjektivistischen Kritik an unseren Vorgängern sogar mehr zuzubilligen, als ihr nach unserer Meinung zukäme, nur aus dem in der wissenschaftlichen Debatte durchaus zulässigen Grunde heraus, daß wir wünschen, die Erörterung auf den Kern der Dinge zu beschränken: wozu Außenforts verteidigen, die für den Bestand der Hauptstellung nutzlos geworden sind!

Der zweite und wichtigere Grund aber ist der, daß wir in der Tat glauben, daß die subjektivistische Kritik ihre objekti-

vistischen Gegner in mehr als nur nebensächlichen Punkten mit Glück angegriffen hat. Wir werden uns daher bemühen, diese Kritik im folgenden mit aller Sorgfalt herauszuarbeiten und überall (Grund eins) in stärkster Rüstung vorzustellen, wobei wir sogar auf manche, vielleicht mögliche Einwendung verzichten werden, wenn wir annehmen, daß sie den Kern der Dinge unberührt läßt. Aber wir möchten damit nicht den Anschein erwecken, als wenn wir der subjektivistischen Kritik über den engen Umkreis dieser Erörterung hinaus viel oder alles zugeben wollten.

Die Argumente zerfallen in zwei Klassen. Die der ersten Klasse halten jede objektivistische Wertlehre grundsätzlich für unmöglich; die der zweiten greifen angebrachtermaßen die einzelne Ausgestaltung an.

Die erste Klasse beruft sich darauf, daß der Wert eine Beziehung zwischen einem Individuum und einem Gute, also seinem Wesen nach gänzlich subjektiver Natur sei, mit objektiven Bedingungen nichts zu tun haben könne. Zuckerkandl sagt von der älteren objektiven Theorie: »Sie sagt, wann Wert entsteht, sie sagt uns aber nicht, was Wert ist und warum er entsteht«[1]).

Dieser Einwand ist meines Erachtens abzulehnen. Das Problem, das der Nationalökonomik, der Lehre von der Marktwirtschaft, gestellt ist, ist lediglich die Frage nach der Höhe, dem Maße des Wertes[2]); was ihr aber hier zugemutet wird, ist das rein personalökonomische, »binnenwirtschaftliche« Problem von der Ursache und dem Wesen des Wertes. Daß beide Probleme nur aus einer Wurzel lösbar seien, ist eine mögliche, aber durchaus keine a priori zwingende Annahme. Um uns an einem groben Beispiel zu orientieren: finde ich in einer Mulde Schnee, so ist die Ursache offenbar dafür ein vorhergegangener Schneefall; aber die Höhe des Schnees an dieser Stelle, daß er z. B. zwei Meter hoch liegt, hat seine eigenen Ursachen, die mit der Stärke des Schneefalls wenig oder nichts zu tun haben: die Tiefe der Mulde, die Kraft und Richtung des Windes, die Natur des Schnees, ob pulverförmig oder feucht usw.

Darum ist es durchaus nicht überzeugend, wenn Böhm-Bawerk schreibt[3]): »Gerade so bringen nun auch die Ursachen, denen der Wert überhaupt seine Entstehung verdankt, nie einen stärkelosen Wert, sondern immer auch schon einen Wert von be-

[1]) Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Stat. 1890. S. 518.

[2]) Vgl. unten den zweiten Abschnitt: Die Probleme der Marktwirtschaft.

[3]) »Wert, Kosten und Grenznutzen.« Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Stat. 1892. S. 358.

stimmter Stärke oder Höhe zur Erscheinung. Nützlichkeit oder Seltenheit, die ja auch nach Dietzel die Ursachen der Wertentstehung sind, kommen eben jederzeit in bestimmten Graden zur Wirksamkeit, und damit ist es auch schon entschieden, daß ihr Produkt, der Wert, mit einer bestimmten Höhe in Erscheinung tritt«. — Das ist nicht überzeugend: auch der Schnee fällt immer in »bestimmter Stärke«, aber darum liegt er doch nicht überall in der dadurch bestimmten Höhe.

Jedenfalls hat diese aprioristische Annahme, daß Ursache und Höhe des Wertes aus einer Wurzel zu erklären seien, die Subjektivisten in sehr große Schwierigkeiten geführt. v. Wieser sagt[1]): »Die Zusammenhänge der Wertschätzungen reichen aus unserem Inneren in alle wesentlichen Bedingungen der Güterbeschaffung und der Marktorganisation hinaus, und aus solchen weitreichenden Zusammenhängen den Sinn der Gedanken richtig herauszudeuten, ist eine schwere Aufgabe«.

Hier mitzugehen müssen wir verweigern. Wir hoffen, zeigen zu können, daß die Höhe des Wertes lediglich durch objektive Kräfte bestimmt ist; und der Weg, den wir dabei gehen werden, stellt nicht im mindesten eine »schwere Aufgabe«. Uns aber mit dem Problem der Ursache des Wertes zu befassen, dazu hätten wir im Grunde keine Veranlassung, da wir uns im wesentlichen im Umkreise der marktwirtschaftlichen Phänomene zu halten gedenken. Dennoch werden wir uns seiner Erörterung an geeigneter Stelle nicht entziehen und hoffen, einiges auch zu seiner Lösung beitragen zu können,

Damit dürfen wir zu der zweiten Klasse der subjektivistischen Einwände gegen die älteren objektivistischen Wertlehren übergehen. Hier sind wir geneigt, vieles zuzugestehen.

Folgendes sind die Argumente:

Erstens: jene Theorien sind in ihren beiden Hauptformen als Arbeitsmengen- resp. Arbeitszeittheorie des Warenwertes und als Kostentheorie unvollständig. Sie erfassen grundsätzlich nur die Wertbildung der beliebig reproduzierbaren Produkte, während für die unvermehrbaren und sonstigen Monopolprodukte die Lehre von Angebot und Nachfrage herhalten muß; und diese ist wenigstens in ihrer rein objektivistischen Gestaltung an sich unzureichend, fundamentlos, kaum mehr als eine anspruchsvoll auftretende Um-

[1]) In seiner Kritik von Schumpeters »Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie«, in Schmollers Jahrbuch 35. 1911. S. 929.

schreibung der Tatsachen. »Es wurde bereits hervorgehoben,« sagt Zuckerkandl[1]), daß Ricardo zwei Wertlehren oder, wenn man noch genauer zusieht, drei Wertlehren formuliert: Die erste betrifft die unvermehrbaren Güter: ihre Kaufkraft wechselt mit dem Wechsel im Wohlstand und in den Neigungen derjenigen, welche sie zu benützen wünschen; die zweite betrifft jene Waren, welche zum Monopol entweder eines Einzelnen oder einer Gesellschaft gemacht sind: ihr Wert richtet sich nach Angebot und Nachfrage; die dritte betrifft die beliebig vermehrbaren Güter; ihr Wert wird vorübergehend von Angebot und Nachfrage bestimmt, fällt aber schließlich mit den Produktionskosten zusammen«[2]).

Dieser Dualismus, resp. Trialismus gilt für alle Abarten der älteren objektivistischen Wertlehren, in ganz besonderem Maße auch für Marx, der den Fall des Monopols in den entscheidenden Kapiteln des ersten Bandes nicht einmal erwähnt, während sich Ricardo doch soweit herabläßt, die Gruppe der Monopolprodukte ein für

---

[1]) »Zur Theorie des Preises mit besonderer Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der Lehre.« Leipzig, 1889. S. 159. Vgl. auch 97 ff., ferner Schumpeter: »Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte« im »Grundriß der Sozialökonomik«. Tübingen, 1914. I. A. II S. 118. Vgl. auch die ausgezeichnete Kritik Schumpeters in »Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie«. Leipzig, 1908. S. 58 ff., wo er zeigt, daß die Kostentheorie, ganz abgesehen von ihrer Unvollkommenheit in formaler Beziehung, auch an Brauchbarkeit für die Lösung weiterer interessanterer Probleme zu wünschen läßt. »Es ist nichts klarer, als daß das Kostenprinzip es nicht vermag, eine Theorie des Lohnes und der Grundrente zu geben.« »Wenn wir Arbeit und Boden auf andere Güterquanten zurückführen könnten, würden wir uns im Kreise drehen, da die betreffenden Güterquanten wieder auf Arbeit und Boden zurückzuführen wären« (S. 62).

[2]) An anderer Stelle (Jahrbücher für Nat.-Ök. u. Stat. N. F. XXI. 1890. S. 518.) faßt Zuckerkandl die subjektivistischen Einwände gegen die objektivistische Lehre sehr knapp und klar folgendermaßen zusammen: »Sie sagt erstens, wann Wert entsteht, sie sagt uns aber nicht, was Wert ist und warum er entsteht; die Preise der unvermehrbaren Güter werden zweitens auf die wenig faßbaren Neigungen und Wohlstandsverhältnisse der Käufer zurückgeführt; die Preise der beliebig vermehrbaren Güter drittens sollen jeweilig von »Angebot und Nachfrage abhängig sein«, d. h. wie Neumann treffend gesagt hat, sie steigen oder fallen, wenn die auf ein Steigen oder die auf ein Fallen hinwirkenden Momente überwiegen; viertens, auf die Dauer stimmen diese Preise mit den Produktionkosten überein. Die Mängel und Lücken dieser Lehre sind so auffallend und so allgemein zugestanden, daß seit Ricardo unausgesetzt an ihrer Verbesserung gearbeitet wird; es fehlt ihr jegliche psychische Fundierung, die Beziehungen der Menschen zu den Gütern bleiben im Dunkel, die Preiserscheinungen allein werden untersucht und schließlich durch zwei Sätze illustriert, deren einer angibt, wann die Preise sich ändern, während der andere feststellen will, welche Höhe sie auf die Dauer einnehmen. Man ist sehr bescheiden, wenn man nichts Besseres verlangt, als in diesem Trümmerwerk sich niederzulassen.«

allemal als eine Ausnahme von der Regel zu erwähnen, um dann freilich sich jeder weiteren Erörterung des Gegenstandes mit der Bemerkung zu entziehen, es handle sich um eine kleine, für die großen Probleme der Distribution bedeutungslose und harmlose Gruppe[1]).

Daß diese Bewertung so falsch wie möglich war, werden wir uns bemühen, darzutun: aber ob wichtig oder nicht, harmlos oder schädlich, auch diese Gruppe durfte ihre Berücksichtigung fordern. Eine Wertlehre ist nicht eher als vollständig anzuerkennen, ehe sie nicht den Wert der vermehrbaren und unvermehrbaren, monopolisierten und beliebig reproduzierbaren Produkte in einer alles umfassenden Formel abzuleiten imstande ist[2]). Der Generalisation mag dann die Spezifikation zur Seite gestellt werden, aber immer nur als Darstellung von Sonderfällen, in denen sich das immer gleiche Grundgesetz in verschiedener Richtung und Art durchsetzt oder auswirkt.

Ein fernerer Einwand, den namentlich Carl Menger[3]) mit starkem Nachdruck erhebt, gehört, wie sich zeigen wird, unter das gleiche Rubrum der Monopolwerte. Er klagt die alte Theoretik mit Recht an, daß sie mit ihrer Arbeitstheorie den »Preis der Bodennutzungen, der Kapitalnutzungen und der Arbeitsleistungen« nur »mit der größten Gewaltsamkeit auf Arbeitsquantitäten zurückzuführen« imstande sei, Marx macht, was den Boden und andere gesellschaftlich wirtschaftliche Machtpositionen anlangt, die Ausflucht, sie hätten zwar Preis, aber keinen Wert. Damit aber legt er offenbar die Erklärung in die Definition und scheidet aus der Erörterung Dinge aus, die unzweifelhaft hineingehören. Denn wir beobachten auf dem Markte, von dem wir auszugehen haben, nichts als »Preise« und wollen das gemeinsame Gesetz des »Wertes« kennen lernen, das sie sämtlich beherrscht. Wenn Marx grund-

[1]) »Diese machen aber nur einen sehr geringen Teil der Gütermasse aus.«

[2]) »Was wir brauchen, ist eine Theorie, die alle Werterscheinungen aus einem Guß und dabei doch vollständig erklärt. Hier scheint mir der Punkt zu liegen, wo das »hic Rhodus, hic salta!« für die Werttheorien gilt. Das »Kostengesetz« weder zu leugnen, noch zwiespältig durch ein besonders zugerichtetes Spezialprinzip zu erklären, sondern seine Geltung einfach und ungezwungen zu erklären, aus demselben einheitlichen Prinzip, auf das man den Wert aller Güter — auch jener, für die das Kostengesetz nicht gilt — zurückführt: das scheint mir das ebenso schwierige als vollgültige Probestück für eine gesunde Werttheorie zu sein« (Böhm-Bawerk »Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwertes«. Jahrb. für Nat.-Ök. und Statistik. N. F. XIII. 1886. S. 62).

[3]) Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Wien. 1872. S. 143. Vgl. a. das soeben vorgebrachte Zitat aus Schumpeter.

sätzlich nur eine Teilerklärung geben will, so ist das seine Sache; aber dann ist eben der Vorwurf berechtigt, daß seine Theorie unvollständig ist.

Der zweite berechtigte Einwand gegen die älteren objektivistischen Wertlehren ist dem ersten verwandt. Auch er beschuldigt sie, unvollständig zu sein. Keine, weder die Arbeitsmengentheorie, noch die Arbeitszeittheorie, noch die Kostentheorie des Warenwertes kann das Problem der Qualifikation lösen. Man kann ihm zu einem Teil beikommen, und Marx hat das getan, soweit es sich um die angeborene durchschnittliche Qualifikation handelt, die durch Schulung und materielle Ausstattung zu solcher höherer Art entwickelt wird. (Wir kommen darauf noch in anderem Zusammenhang zurück.) Aber das allein würde nicht ausreichen. Es gibt eben auch angeborene höhere (und geringere) Qualifikationsgrade, die entsprechend auf den Wert der von ihren Besitzern produzierten Güter oder Dienste einwirken: und diese Fälle entziehen sich den objektivistischen Theorien völlig. Zum Heldentenor wird man ebenso geboren, wie zum kaufmännischen, technischen, chirurgischen usw. Genie; und das Einkommen eines solchen Begnadeten steht nicht im mindesten in irgendeinem Verhältnis weder zu der auf die Ausbildung gewendeten Arbeitsmenge oder Arbeitszeit, noch zu den aufgewendeten Kosten. Schon Bailey hat darauf aufmerksam gemacht[1]), daß die Löhne, die die verschiedenen Arbeiter erhalten, häufig von den ihrerseits geleisteten Arbeitsmengen unabhängig sind, und daraus die Konsequenz abgeleitet, daß die Güter sich durchaus nicht bloß nach den Arbeitsmengen austauschen. »Was würde man zu der Behauptung sagen: der Wert der Röcke verhält sich wie das Tuch, das in ihnen verarbeitet ist, wenn beigefügt würde: aber man muß auch auf die verschiedene Qualität des Tuches achten? Die verschiedenen Qualitäten der Arbeit wirken ebenso auf die Austauschverhältnisse, wie die verschiedenen Quantitäten.«

Eine vollständige Werttheorie muß auch diesem Umstande Rechnung tragen — womit nicht gesagt sein soll, daß sie gezwungen wäre, die Qualifikationsbewertung abzuleiten. Nur so viel ist klar, daß die älteren, objektivistischen Lehren auch hier versagen.

Der dritte Einwand, der gegen sie erhoben wird, ist der der formalen Unrichtigkeit. Und daß sie diesem Einwand wehrlos gegenüberstehen, ist entscheidend.

[1]) Zit. nach Zuckerkandl. l. c. S. 268.

Es läßt sich nämlich leicht zeigen — und wird an seiner Stelle gezeigt werden — daß das Problem der Qualifikationsbewertung für die großen und wichtigen Probleme der Distribution kaum Bedeutung hat: die Qualifikation der Produzenten hat auf den Wert der übergroßen Maße der Güter — und wohl aller für die Theorie wichtigen Güter — keinen Einfluß. Und das, was uns am Wert der Dienste vor allem interessiert, sind auch nicht, durchaus nicht, die Aufschläge auf den Grundlohn der durchschnittlich Qualifizierten, die höhere Qualifikation erreicht, oder die Abschläge, die geringere Qualifikation sich gefallen lassen muß, sondern jener Grundlohn selbst. Er ist das Problem der Probleme, dem die gesamte Wertlehre recht eigentlich zu dienen hat.

Wenn man diese Unvollständigkeit oder Unvollkommenheit der älteren Lehren mithin füglich wird vernachlässigen dürfen, so dürfte man zugeben, daß sie wenigstens eine brauchbare Teiltheorie darstellen, die nur der Ergänzung durch eine objektivistische zweite Teiltheorie vom Werte der unvermehrbaren und Monopolprodukte und eines gemeinschaftlichen Überbaues bedürfte, um so vollständig zu sein, wie die gröberen Bedürfnisse der Theorie es fordern.

Leider darf man ihnen nicht einmal das zubilligen. Sie sind auch formal ungenügend. Und zwar drehen sich die Arbeitsmengentheorie und die Kostentheorie des Warenwertes in einem circulus vitiosus, aus dem es bisher kein Entrinnen gegeben hat, — und die Arbeitszeittheorie krankt an einer bösen Erschleichung, einer quaternio terminorum.

Was die beiden ersten anlangt, so trifft Zuckerkandl den Nagel auf den Kopf, wenn er von Ricardo sagt: »Er hat allerdings gesagt, die Produktionskosten bestimmen die Preise, allein es ist klar, daß dem nicht so ist. Denn man könnte sofort die Einwendung erheben; was bestimmt die Preise der Kosten[1])[2])«?

---

[1]) l. c. S. 160.

[2]) Böhm-Bawerk sagt: (»Wert, Kosten und Grenznutzen«. Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Statistik. 3 Folge III. 1892. S. 346) »Was unsere, der Grenzwerttheoretiker, Theorie von der landläufigen Theorie unterscheidet, ist ja im Grunde genommen der einzige, freilich entscheidende Satz, daß für uns die Erklärung des Wertes aus den Kosten noch keine abschließende Erklärung ist, sondern daß die »Höhe der Kosten« . . . . selbst noch ein erklärungsbedürftiges Wertphänomen bildet, dessen Erklärung ein Zurückgehen auf irgendwelche ursprünglichere Wertschätzungen nach Nutzen oder Grenznutzen nötig macht«. S. 332 sagt er: «Die Kostentheorie erklärt den Wert der Produkte aus dem Wert ihrer Produktionsgüter, wie ist aber dieser selbst zu erklären«?

Betrachten wir die beiden Lehren genauer im einzelnen. Hierbei möchte ich meine zukünftigen fachmännischen Kritiker bitten, nicht darüber streiten zu wollen, ob ich diese Theorien ihrer Meinung nach korrekt darstelle. Die Ökonomik dieser Arbeit verbietet mir, ausführliche dogmenhistorische Darstellungen zu geben, und noch mehr, ausführliche dogmenkritische Erörterungen darauf zu setzen. Ich kann nicht mehr als eine summarische Darstellung der nie ganz widerspruchsfreien Theorien geben und muß mich in der Kritik ebenfalls auf das äußerste einschränken. Worauf es mir hier einzig ankommt, ist, zu zeigen, daß jene älteren Theorien auch bei der günstigsten Auffassung formal nicht genügen, und warum sie nicht genügen, um dann zu zeigen, daß meine eigene Theorie diesen Einwänden nicht unterliegt.

1. Die Arbeitsmengentheorie des Warenwertes, als deren Hauptvertreter Ricardo betrachtet werden kann, führt, nicht immer konsequent, aber doch der Tendenz nach alle Kosten auf Arbeit zurück. Zuerst wird auf die bekannte Weise die Grundrente aus der Kostenformel ausgeschieden: der Wert des Urprodukts bestimmt sich nach den Aufwänden für das Grenzprodukt auf dem Grenzboden; dessen Wert aber vergütet (abgesehen von einem praktisch nicht in Betracht kommenden Grenzfall) nur Arbeitslohn und Kapitalprofit, der Preis enthält keine Grundrente. Das — volkswirtschaftliche — Kapital aber ist selbst Arbeitsprodukt, und sein Anteil am Wert des Erzeugnisses kann als Lohn dieser früheren aufgesparten Arbeit aufgefaßt werden.

Was ist nun der Wert dieser Aufwände, die sich zum Wert des Produktes zusammensetzen? Nun, der Lohn der Arbeit tendiert auf den Wert derjenigen Unterhaltsmittel — und fällt in der Statik mit ihm zusammen, — die die Arbeiter brauchen, um sich selbst als Rasse zu reproduzieren. Der Rest vom Gesamtwert fällt dem Kapital als Profit zu, als Wert seiner Nutzung oder als sein Leihepreis. Was aber bestimmt zunächst einmal den Wert jener Unterhaltsmittel der Arbeit? Wieder der Arbeitslohn und der Profit! Wir kommen also, was den ersten Komponenten des Warenwertes anlangt, in einen regressus infinitus hinein, schieben die Lösung immer weiter zurück, ohne jemals zum Anfangsgliede zu gelangen.

Noch schlimmer steht es um den zweiten Komponenten, den Profit. Was bestimmt seinen »Wert« seiner Höhe nach? Hier versagt das Prinzip des Arbeitswertes, der allenfalls die Ursache eines Wertes der Kapitalnutzung, d. h. eines »Reinzinses« (Böhm-

Bawerk) über den »Rohzins«, den Ersatz der Entwertung durch den Gebrauch, erklären könnte, gänzlich. Wir erfahren nur, daß der Profit sich der Höhe nach durch Angebot und Nachfrage feststellt. Daß diese Theorie nichts erklärt, bedarf keines Beweises[1]), aber selbst wenn sie etwas zu erklären vermöchte, hätten wir hier eine klaffende Lücke in der Arbeitsmengentheorie des Warenwertes, den Einbruch eines fremden Erklärungsprinzips. Man weiß, wie deutlich Ricardo selbst das herausgefühlt hat. Die komplizierten Darlegungen im ersten Abschnitt der dritten Auflage seiner »Principles« zeigen, wie schwierig ihm das Problem erschien; und wir wissen aus seinem Briefwechsel, daß er weit entfernt war, selbst von seiner Lösung befriedigt zu sein.

Was dabei zuletzt herauskommt, ist allerdings spärlich genug. Es beschränkt sich auf die Feststellung, daß sich solche Produkte im Durchschnitt gegeneinander tauschen, d. h. gleichen Wert haben, zu deren Produktion gleiche Mengen von Arbeit und Kapital (mit gleicher Umlaufszeit) aufgewendet worden sind — mit einigen Variationen. Aber das Hauptproblem bleibt ungelöst: wie und wo sich in absoluter Höhe der Wert der beiden Komponenten und damit des Gesamtproduktes feststellt?

2. Für die Kostentheorie des Warenwertes gilt mit geringen Veränderungen das gleiche. Auch sie dreht sich in dem folgenden Zirkel: was bestimmt die Höhe des Warenwertes? Die Kosten an Arbeitslohn, Kapitalprofit und zuweilen auch an Grundrente (Smith, Effertz). Was sind diese Kosten? Güter, Nutzungen und Dienste. Uud was bestimmt ihren Wert? Ihre Kosten! Auch hier der regressus infinitus, die petitio principii, die das zu erklärende als bekannt in die Erklärung aufnimmt.

Daß die Kostentheorie auch sonst noch an zahlreichen anderen inneren Schwierigkeiten laboriert, und, selbst bei den einzelnen

[1]) Vgl. dazu Böhm-Bawerk »Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwertes« (Jahrb. für Nat.-Ök. u. Statistik. N. F. Bd. XIII. 1886. S. 81). »Wie steht es nun mit dem Wert dieser Erkenntnisse? — Unzweifelhaft ist das Gesetz von Angebot und Nachfrage ein nicht minder tüchtiges als altes Inventarstück unserer Wissenschaft; aber von der Vollkommenheit ist es auch in den relativ vorzüglichsten Formulierungen, die es durch Hermann und Mill empfangen hat, noch weit genug entfernt. Man besitzt es, seit die nationalökonomische Wissenschaft besteht, — und ebenso lange hat man daran nicht sein Genügen gefunden. Man sucht immerfort nach Verbesserungen, man strebt darüber hinaus, und wie weit ab vom Ziel der wissenschaftlichen Erkenntnis man in seinem Besitz sich fühlt, hat jüngst wieder einen drastischen Ausdruck in den Worten eines der berufensten Vertreter der Preislehre (Neumann in Schönbergs Handbuch) gefunden, der die Formel von Angebot und Nachfrage als »leer und nichtssagend«, ihren Nutzen als den eines guten Schlagwortes« bezeichnete.«

Autoren, von Widersprüchen wimmelt, braucht Fachmännern nicht auseinandergesetzt zu werden und kann hier übergangen werden.

3. Die Arbeitszeittheorie des Warenwertes, wie Marx sie vorgetragen hat, unterliegt diesen Einwänden, namentlich dem des Zirkelschlusses nicht, den Marx mit größter Kunst vermieden hat. Dafür unterliegt sie anderen Einwänden.

Da es sich hier um ein Sonderproblem handelt, dessen sofortige Erörterung den Gang unserer Hauptuntersuchung nicht fördern, sondern unterbrechen würde, und da wir vor allem nicht nur gegen Marx' Wertlehre, sondern auch gegen seine Mehrwertlehre Argumente geltend zu machen haben, die die Subjektivisten weder erhoben haben, noch von ihrem Standpunkt aus erheben könnten, ziehen wir es vor, die Marxsche Zeitwerttheorie und den um sie geführten Kampf im kritischen Teil dieser Arbeit im Zusammenhange darzustellen.

Unter diesem Vorbehalt dürfen wir hoffen, daß mit dem Vorstehenden die wesentlichen Einwände der subjektivistischen Schule gegen die allen objektiven Wertlehren gemeinsame Grundauffassung ausreichend dargestellt worden sind.

Selbstverständlich ist der Objektivismus nicht ohne Verteidigung geblieben; und es ist heute noch lohnend, die alten Kampfschriften zu lesen, mit denen vor etwa einem Menschenalter die Protagonisten beider Parteien in der Arena erschienen. Namentlich die von Heinrich Dietzel und Eugen v. Böhm-Bawerk gelieferten Beiträge sind Musterstücke vornehmer und scharfsinniger Polemik[1]).

In diesem Kampfe war der Erfolg auf seiten der »psychologischen Schule«, die seither, wie schon gesagt, den Objektivismus fast völlig verdrängt hat. Ob auch das Recht ganz auf ihrer

[1]) Dietzel eröffnete den Angriff in einer Anzeige des 1884 erschienenen Buches von v. Wieser »Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes«, die in den Jahrbüchern für Nat.-Ök. und Statistik, N. F. Bd. XI (1885), herauskam. v. Böhm-Bawerk antwortete in der gleichen Zeitschrift. N. F. Bd. XIII (1886) mit einer Arbeit: »Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwertes«. Dietzel erwiderte in Bd. XX (1890) mit einer Schrift »Die klassische Werttheorie und die Theorie vom Grenznutzen«, und 1891 noch einmal in der gleichen Zeitschrift, Dritte Folge, Bd. I (1891) mit der Arbeit »Zur klassischen Wert- und Preistheorie«, nachdem Lehr, Zuckerkandl und Auspitz unter dem gleichen Titel in N. F. Bd. 21 das Wort genommen hatten. Böhm-Bawerk griff dann (3. F. Bd. 3. 1892) wieder ein mit der glänzenden Schrift »Wert, Kosten und Grenznutzen«. Dietzel hat in seiner »Theoretischen Sozialökonomik«, Erster Band (Leipzig, 1893), noch einmal seinen Standpunkt präzisiert. Es mag noch erwähnt werden, daß Scharling sich an der Debatte mit zwei Arbeiten beteiligte, zuerst 1888 (N. F. Bd. 16) »Werttheorien und Wertgesetz« und 3. F. Bd. 27 »Grenznutzentheorie und Grenzwertlehre«.

Seite war, ist eine andere Frage. Unsere Ansicht ist, daß Dietzel mit seiner Kritik der positiven Leistungen seiner Gegner fast überall das Rechte getroffen hat[1]), daß er aber gescheitert ist, wo er versuchte, den Objektivismus gegen ihre Kritik zu verteidigen. Wenn er ihnen z. B. bestreitet, daß die Wissenschaft nach einer »Werttheorie aus einem Guß« (Böhm-Bawerk) zu streben habe, so setzt er sich unseres Erachtens ins Unrecht (1890. S. 581). Auch sein eigener Lösungsversuch, der in der Formel »Kosten gleich Nutzen« gipfelt, scheint uns nicht geglückt; sie scheint uns den klaren Begriff der Kosten als Aufwand aus einem Vorrat begrenzter Kostenmittel zu verschleiern, und die Kostentheorie preiszugeben, die sie zu retten glaubt.

Das mußte freimütig ausgesprochen werden, obgleich es sich um einen Denker handelt, der unserer eigenen Auffassung — das wird der Inhalt dieser Arbeit zeigen[2]) — so nahe steht, wie kaum ein anderer. Sollte es erforderlich sein, so wird auf Dietzels Lösungsversuch in einer eigenen Arbeit einzugehen sein; vorläufig hoffen wir noch, daß er unsere hier vorgetragene Lehre wird annehmen können, die in vielen Beziehungen nur die Folgerung aus seiner eigenen Grundanschauung ist, für die wir uns ihm verpflichtet wissen. —

Damit dürfen wir diesen Teil unserer Aufgabe, die Darstellung der subjektivistischen Kritik an der älteren objektivistischen Wertlehre, als vollendet betrachten und zur Entwicklung unserer eigenen Theorie weiterschreiten, die, wie gesagt, nicht nur vollständig ist, indem sie das ganze Wertproblem in allen seinen Erscheinungen umfaßt, sondern die auch, wie wir hoffen, formal richtig und material wahr ist.

Zweiter Abschnitt:
Die Probleme der Marktwirtschaft.

Für kein Gebiet der menschlichen Forschung trifft das alte Weiswort der Griechen mehr zu als für die Wertlehre: »Nicht die Dinge sind es, die die Menschen in Verwirrung setzen, sondern

[1]) z. B. mit folgenden Sätzen: »Das soziale Problem aber, nämlich das Zusammentreffen der Individuen im gegenseitigen Begehr und das für alle normgebende Gesetz des Wertes berührt er fast gar nicht, sondern quält sich ab mit dem isolierten Subjekt, welches sein Werturteil über ein Gut bildet — wie mir dünkt, ohne jedes Resultat für die Zwecke der Wirtschaftswissenschaft. Zu urteilen, ob und was die Psychologie vom Autor zu denken hat, vermag ich nicht« (l. c. N. F. Bd. XI, S. 162).

[2]) Vgl. namentlich unten in der »antikritischen Sicherung« unter 5: »Schumpeters dynamische Kapitalzinstheorie«.

die Meinungen über die Dinge.« Wir haben nicht nur mit starken Gegensätzen der Anschauung über die Grundtatsachen des Wertes zu tun, sondern auch noch mit einer wahrhaft babylonischen Sprachverwirrung, die sich als Niederschlag zweihundertjähriger Meinungskämpfe und Schlichtungsversuche ergeben hat. Und dieses Dorngestrüpp von Worten, die bei jedem Autor einen anderen Sinn haben, erschwert die Verständigung, ja, macht sie unmöglich.

Unter diesen Umständen gibt es nur ein Verfahren, das zum Ziele führen kann. Wir müssen zuerst, nach Schopenhauers Rat, auf die lebendige Anschauung zurückgehen, d. h. die Phänomene der Preis- und Wertbildung auf dem Markt vollständig beschreiben.

Dann sind die Probleme, die sich daraus ergeben, neu zu bestimmen, wobei es vor allem darauf ankommt, sich darauf zu besinnen, welchen höheren Problemen diese Teilprobleme dienen sollen. Und schließlich ist eine neutrale Terminologie zu finden, die von keiner Seite mißverstanden werden kann.

1. Beschreibung der Markterscheinungen.

a) Die Gattungen der Produkte und die Teilmärkte.

Wir gehen, wie Karl Marx, von den Tatsachen aus, die uns die Beobachtung des Marktes und seiner Erscheinungen darbietet. »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform«; so beginnt das »Kapital«.

Aber wir hüten uns vor den Marxschen Einseitigkeiten. Die erste ist, daß er den Begriff der »Ware« viel zu eng faßt. Ihm ist »die Ware zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt«. Er hat nichts als die Güter, die Sachgüter, im Auge. Diese sind aber nur ein Teil der auf dem Markt gehandelten Waren und des Reichtums der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht.

Wenn wir vollständig sein wollen, wenn wir in ausreichender Generalisation, die der Spezifikation vorauszugehen hat, den ganzen Kreis der Marktphänomene erfassen wollen, so haben wir uns folgendermaßen auszudrücken[1]):

Der Markt ist der »ökonomische Ort« von Angebot und Nachfrage gewisser Dinge, die wir »Waren« oder »Produkte« nennen,

[1]) Da wir für Fachmänner schreiben, setzen wir die gewöhnlichen Begriffe als bekannt voraus.

weil sie »produziert«, d. h. eben dem Wortsinne nach »zu Markte gebracht werden«. (Produzieren heißt durchaus nicht etwa: erzeugen oder herstellen, sondern nichts anderes als: zu Markte bringen)[1]). Die Produkte werden von ihren Produzenten zu Markte gebracht und in zwei Rechtsformen angeboten: zum Verkauf oder zur Vermietung. Oder, wie man vielleicht besser sagt, um nur einen Ausdruck zu haben: zum Verkauf ihrer Substanz oder zum Verkauf ihrer Nutzung. Jedes Angebot ist gleichzeitig Nachfrage nach anderen Produkten, die andere Produzenten zu Markte bringen, um ihrerseits Nachfrage nach gewissen Produkten auszuüben.

Lassen wir nun die Spezifikation folgen, so erkennen wir, daß die Produkte in eine Anzahl von Gattungen zerfallen. Neben den »äußeren Gegenständen«, den Sachgütern, findet sich als zweite große Gattung die der immateriellen Dienste von verschiedener Art: der höheren und niederen, der von Selbständigen und von Unselbständigen verkauften Arbeitsleistungen im Dienste und auf Rechnung und Gefahr eines anderen. Sie werden auf dem Markte der Dienste, gemeinhin »Arbeitsmarkt« genannt, gehandelt, wie die Sachgüter auf dem »Gütermarkt«.

Damit ist der Kreis der Produkte noch nicht erschöpft. Es werden außerdem noch Dinge zu Markte gebracht, die ich vorgeschlagen habe, als »gesellschaftliche Machtpositionen« zusammenzufassen, nämlich »Rechte« (z. B. Patente), »Verhältnisse« (z. B. Firmen), Grund- und Kapitalstücke. Darunter ist nur »Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne« zu verstehen, d. h. Eigentumstitel, die Profit oder Zins abwerfen. (Die Kapitalstücke »im volkswirtschaftlichen Sinne«, d. h. produzierte Produktionsmittel, sind Güter.) Diese Dinge werden auf den Märkten der Machtpositionen gehandelt, die in die Leihe- und die Kaufmärkte zerfallen. Auf jenen wird die »Nutzung«, auf diesen die Substanz selbst produziert. Auf dem Leihemarkt der Grundstücke werden z. B. Pachtungen und Mietswohnungen, auf dem Kaufmarkt der Grundstücke ländliche Güter und städtische Häuser gehandelt; auf dem Leihemarkt der Kapitalstücke werden z. B. Hypotheken und Obligationen, auf dem Kaufmarkte Aktien, Kuxe usw. gehandelt.

Alle diese Märkte stehen in offener Kommunikation miteinander, d. h. jedes »Produkt« kann gegen jedes andere eingetauscht werden. Güter werden nicht nur gegen Güter, sondern auch gegen Dienste und Machtpositionen, und Dienste nicht nur gegen Güter, sondern gleichfalls gegen Dienste und Machtpositionen vertauscht.

[1]) Vgl. meine Theorie der reinen und politischen Ökonomie. S. 196.

b) Die Preise.

Das quantitative Verhältnis, in dem sich ein Produkt gegen das andere austauscht, nennen wir seinen Preis. »Ein Rock hat den Preis von 20 Ellen Leinwand« oder von 10 Gramm Gold. Es ist unsere Aufgabe, die Preisbildung zu erklären. Dazu ist der erste Schritt, sie vollständig zu beschreiben.

Wenn wir einen Markt längere Zeit beobachten, so drängt sich uns ein Unterschied zwischen zwei Kategorien von Produktenpreisen auf:

Die erste Kategorie sind solche vertretbare Produkte, die seit längerer Zeit regelmäßig angeboten und nachgefragt werden, die zweite solche Produkte, die entweder unvertretbar sind und daher nicht regelmäßig zu Markte gebracht werden können, wie Kunstwerke, oder die erst seit kurzer Zeit als Neuheiten in diesen Markt eingetreten sind. Bei jenen beobachten wir gewisse Regelmäßigkeiten der Preisgestaltung, die wir bei diesen nicht erkennen können.

Da die vertretbaren, regelmäßig produzierten und konsumierten Produkte die Hauptmasse aller Waren bilden; und da wir ja gerade, wenn nicht die Gesetze, so doch wenigstens die Regelmäßigkeiten des Marktes suchen, so beginnen wir mit der Beobachtung dieser Klasse.

Da zeigt sich nun, daß ihre Preise in gewissen Grenzen auf- und niederschwanken, um einen Mittelpunkt oder Schwerpunkt herum, etwa wie die Wellen einer bewegten Wasserfläche. Wir wollen noch nicht untersuchen, ob sich uns diese Mittelpunkte nur rechnerisch ergeben, als arithmetische Mittelwerte einer nach zwei entgegengesetzten Richtungen hin gehenden Oszillation — oder ob es sich um Orte einer aktiven Anziehung handelt, die durch außerhalb des Marktes existierende Kräfte bestimmt sind. Hier genügt es, festzustellen, daß wir bei längerer Beobachtung der Preisgestaltung irgendeines ausgewählten Produktes den Eindruck haben, daß die Preise um einen Mittelpreis schwanken. Wir erkennen dann, wenn wir nach der Ursache dieser Schwankungen fragen, oft, daß vermehrtes Angebot mit einer Senkung unter den Mittelpreis, vermehrte Nachfrage mit einer Erhebung über den Mittelpreis verbunden zu sein pflegt.

Wenn wir den Markt genügend lange beobachten, finden wir ferner, daß diese Mittelpreise selbst nicht feststehen, sondern Eigenbewegung zeigen, d. h. im Vergleich zu anderen gleichzeitig be-

obachteten Mittelpreisen höher oder geringer werden. Und zwar finden wir, daß diese Eigenbewegung offenbar häufig mit Veränderungen zusammenhängt, die die Herstellungskosten des beobachteten Produkts betreffen: steigen diese Kosten, so hebt sich der Mittelpreis im Verhältnis zu anderen Produkten, deren Herstellungskosten offenbar die alten geblieben sind; und sinken diese Kosten, so sinkt auch der relative Mittelpreis. Da die periodischen Schwankungen um den Mittelpreis ihrerseits weiter verlaufen, so ergibt sich daraus eine recht komplizierte Kurve.

In höher entfalteten Wirtschaftsgesellschaften finden wir ferner, daß die Preise aller Produkte ausgedrückt werden in Geld, d. h. in bestimmten Gewichtsmengen von Edelmetall von bestimmtem Feingehalt. Und wir erkennen, daß das Edelmetall offenbar ähnlichen Gesetzen unterliegt wie alle anderen Produkte. Wir wissen aus der Wirtschaftsgeschichte, daß z. B. der Mittelpreis des Silbers, ausgedrückt in Mengen anderer Produkte, stark fiel, als das Metall von den amerikanischen Minen mit viel geringeren Herstellungskosten auf den europäischen Markt gebracht wurde. Und wir können andererseits Zeiten beobachten — namentlich Krisenzeiten — wo heftige Schwankungen des Geldpreises (d. h. des Preises des Geldes, ausgedrückt im Geldpreise der übrigen Produkte) in so kurzen Zeiträumen, Wochen und sogar Tagen, eintreten, daß man eine Änderung des Mittelpreises unmöglich annehmen kann; außerdem stellt sich das Edelmetall nach Ablauf der heftigen Bewegung wieder auf den Mittelpreis ein, und so kann dessen Eigenbewegung so wenig für die Schwankungen verantwortlich gemacht werden, wie die Eigenbewegung der anderen Mittelpreise für die periodischen Schwankungen, von denen wir vorher gesprochen haben.

So viel von der ersten Kategorie der vertretbaren, seit längerer Zeit regelmäßig gehandelten Produkte. Was die zweite Kategorie anlangt, so zeigt sich, daß unvertretbare Produkte in ihrer Preisbildung keine erkennbare Regelmäßigkeit aufweisen: Niemand kann mit einiger Sicherheit schätzen, welchen Preis eine seltene Münze, ein Kunstwerk, eine naturhistorische Kuriosität, bei dem Verkauf erzielen wird. Hier sind die größten Schwankungen an der Tagesordung, je nach der Laune und dem Vermögen des reichsten Liebhabers. Darum spricht man hier auch von »Liebhaberpreisen«. Und bei eben erst in den Markt eingetretenen, wenn auch vertretbaren Neuheiten ist die Beobachtungszeit zu kurz, als daß man die Tendenz auf Herstellung eines Mittelpreises feststellen könnte.

Eine zweite, nicht minder wichtige Tatsache drängt sich bei längerer Beobachtung eines Marktes auf. Ob in Geld ausgedrückt oder nicht, es gibt für alle Produktklassen, die wir kennen, zwei Arten von Preisen, die wir in einzelnen Fällen genau unterscheiden können, und die wir als »Konkurrenzpreise« und »Monopolpreise« zu bezeichnen vorschlagen. Was die Sachgüter anlangt, so wissen wir, daß z. B. solche Artikel, die unter dem Schutze eines öffentlich rechtlichen Monopols, eines Patentes z. B., stehen, während der Lauffrist des Patentes einen höheren Preis, auch im Mittel, erzielen, als nach Ablauf des Schutzes. Dasselbe gilt von privatrechtlichen Monopolen, die durch die Verabredung der Produzenten, ihre Produktion einzuschränken, entstehen; wir beobachten, daß nach Gründung eines solchen Syndikates oder Kartells der Preis des betreffenden Produktes emporgeht und sich auch im Mittel auf der Höhe hält, während umgekehrt auch der Mittelpreis nach Auflösung des Syndikats usw. fällt. Und wieder das gleiche gilt von den sogenannten Naturmonopolen, soweit solche Produkte überhaupt als vertretbare bezeichnet werden können: man hat von jeher angenommen, daß Weine besonders edler Herkunft »auf einem Monopolpreise stehen«.

Aber das Vorkommen von Monopolpreisen ist nicht nur auf Sachgüter beschränkt, sondern ist in allen Klassen der Produkte zu finden. So z. B. sehen wir, daß Dienste bei verminderter oder fehlender Konkurrenz Monopolpreise erhalten können: gewöhnliche Arbeitskräfte z. B. bei Streiks, höhere Dienste, z. B. von Ärzten, bei Ärztestreiks gegen Krankenkassen. Die Nutzung von Kapital kann z. B. beim Wucher deutlich einen Monopolpreis haben, ebenso die Nutzung von Boden bei dichter Bevölkerung und großem Landhunger, oder von Mietshäusern bei Wohnungsnot; und schließlich kann auch der Kapitalisierungswert einer Nutzung, die Wertsubstanz, einen Monopolpreis haben; ein gutes Beispiel ist ein Landgut oder ein städtisches Wohnhaus besonders bequemer oder schöner Lage.

Unmittelbar läßt sich niemals erkennen, ob wir es mit einem Konkurrenzpreise oder einem Monopolpreise zu tun haben, und zuweilen läßt es sich überhaupt nicht erkennen. In vielen Fällen aber können wir es mittelbar durch Vergleichung der Preise des gleichen Produkts zu verschiedenen Zeiten oder an verschiedenen Orten erkennen, und zuweilen durch Vergleichung des Preises des beobachteten Produktes mit dem anderer Produkte.

Hier liegt u. E. die Hauptschwierigkeit des ganzen Gebietes. Wir werden grundsätzlich festzuhalten haben, daß jeder von uns beobachtete Preis, sei er nun der Preis eines Sachgutes, eines

Dienstes, einer Nutzung oder einer Machtposition, darauf untersucht werden muß, ob er ein Konkurrenz- oder ein Monopolpreis ist; etwa wie die Größe a^2 immer erst darauf angesehen werden muß, ob sie aus $(+a)^2$ oder aus $(-a)^2$ enstanden ist, und in dubio als $(\pm a)^2$ geschrieben werden muß. Und ferner, daß irgendeine Untersuchung eines Preises irgendeines jener Produkte, die die Frage gar nicht stellt, ob Konkurrenz- oder Monopolpreis, mindestens unvollständig ist. Sie kann bei Glück richtig sein, muß es aber nicht sein.

c) Neue Terminologie.

Mit diesen Betrachtungen haben wir nunmehr die Kategorien gewonnen, die wir brauchen, und können uns auf terminologische Bezeichnungen einigen, die zu keiner Verwirrung Anlaß geben können. Zu dem Zwecke wollen wir das Wort »Wert« ganz vermeiden, das eine ganze Anzahl von Bedeutungen hat, die von einzelnen Theoretikern nicht einmal als verwandt anerkannt werden (objektiver Gebrauchswert, objektiver Tauschwert, subjektiver Wert, subjektiver Tauschwert usw.). Wir wollen den Mittelpreis, um den die Preise der meisten Produkte schwanken, nach einem Vorschlag von Clark statischen Preis nennen, und seine Abarten als statischen Konkurrenzpreis und statischen Monopolpreis unterscheiden; und wollen diejenigen Preise, die davon abweichen, die einzelnen Punkte jener Oscillationen um den statischen Preis, in Anlehnung an viele ältere und neuere Theoretiker (prix courant), laufende Preise nennen und als laufenden Konkurrenzpreis und laufenden Monopolpreis unterscheiden. Wenn diese Preise in Geld ausgedrückt sind, werden wir dort, wo wir diese Tatsache zu betonen wünschen, von »Konkurrenzgeldpreis« und »Monopolgeldpreis«, laufendem und statischem, sprechen.

Dogmenhistorisch mag hierbei angemerkt werden, daß die klassische Theoretik, wenn auch nicht mit Konsequenz, das, was wir hier »statischen Preis« nennen, als »Wert« oder »Tauschwert« bezeichnet hat, und daß unser »statischer Konkurrenzpreis« bei ihr öfter als »natürlicher Preis« bezeichnet wird. Da hier die Monopolpreise, laufender wie statischer, regelmäßig stark vernachlässigt worden sind, ist die Terminologie unzulänglich und schwankend.

2. Die Probleme.

Nachdem wir nunmehr die erforderlichen Kategorien und die keinem Mißverständnis mehr ausgesetzten Benennungen gefunden

haben, ist unsere nächste Aufgabe, die Probleme zu bestimmen, die sich uns ergeben, und sie nach ihrer Wichtigkeit für den besonderen Gegenstand der Ökonomik zu klassifizieren.

Der Markt ist der ökonomische Ort des Tauschverkehrs. Der Tauschverkehr wickelt sich jeweils zu bestimmten Preisen ab. Die Aufgabe ist, diese Preisbildung zu erklären. Das ist das Problem von der Höhe oder dem Maße des Wertes, des Tauschwertes.

Eine andere Aufgabe stellt uns die Marktwirtschaft nicht. Insbesondere stellt sie uns nicht die Probleme nach der Ursache und dem Wesen des Wertes und den Ursachen des Tausches. Diese Probleme hat die Lehre von der Personalwirtschaft, der »Binnenwirtschaft« zu lösen: für die Marktwirtschaft gehört die Tatsache, daß die Menschen tauschen, weil sie gewissen Dingen Wert beimessen, und insbesondere, weil sie gewissen Dingen mehr Wert beimessen als anderen, zu den »gegebenen Daten« ihrer Rechnung.

Wir wollen daher über diese Teilprobleme nur sagen, daß sie die subjektive Schule vollständig und richtig gelöst hat. Je größer der Vorrat an Einheiten eines bestimmten Wertdinges ist, über den eine Wirtschaftsperson verfügt, um so geringer ist für sie der subjektive Wert (die Ophelimität oder Desirabilität) der Einheit, um so kleiner der Grenznutzen, der für den subjektiven Wert aller Einheiten entscheidet. Darum tauscht sie gern einen Teil ihres Vorrates gegen andere Wertdinge, von denen sie keine oder wenige Einheiten besitzt, deren Grenznutzen und subjektiver Wert für sie daher hoch ist. Und vice versa.

Was nun das eigentlich marktwirtschaftliche Problem, das der Höhe des Preises anlangt, so zerfällt es in zwei Teilprobleme, das des laufenden und das des statischen Preises.

Das erste ist das umfassendere. Denn jeder statische Preis ist auch ein laufender, d. h. ein im gegebenen Moment (der Statik) gegebener: aber nicht jeder laufende Preis ist auch ein statischer. Darum muß alle Preistheoretik mit der Beobachtung und Erklärung der laufenden Preise beginnen; auch hier muß man generalisieren, ehe man spezialisieren kann. Und auch hier hat die Grenznutzenschule das Erforderliche bereits geleistet. Das Problem, warum der Preis eines bestimmten Produktes sich bald höher, bald tiefer einstellt, je nach dem Vorrat einerseits und der Bedürftigkeit der Konsumenten andererseits, hat sie durchaus gelöst, besser und vollständiger als ihre Vorgänger, als sogar Stuart Mill.

Das war eine bedeutende wissenschaftliche Leistung, und sie soll nicht im mindesten verkleinert werden. Nur muß man sich klar machen, daß sie die eigentlich zentralen Probleme der Marktwirtschaft nur sehr von ferne berührt. Die Schwankungen des laufenden Preises sind von großer Bedeutung für die Wirtschaft der einzelnen ökonomischen Person, und ihre Ableitung darum von Wichtigkeit sowohl für die wissenschaftliche Theorie von dieser Wirtschaft, der von mir sogenannten »Personalökonomik«, wie für die Kunstlehre dieser Wirtschaft, die Privatökonomik[1]).

Die Lehre aber von der Marktwirtschaft, die »Nationalökonomik« meiner Terminologie, hat an dem weiteren Umkreise der Preistheorie nur ein sehr geringes Interesse. Was sie fast allein angeht ist der engere Kreis, ist die Lehre vom statischen Preise. Sie hat jene »Mittelpunkte« abzuleiten, braucht sich aber um die Schwankungen des laufenden Preises nur wenig zu kümmern, für deren letztes Verständnis sie erst die Grundlage liefert und allein liefern kann. Denn die subjektivistische Preistheorie kann, wenn überhaupt, nur durch sehr verwickelte und bedenkliche Deduktionen die Tatsache ableiten, daß die Bildung der Preise nicht völlig regellos schwankt, sondern offenbar einen »Stabilisator« besitzt, der sie nach allen Schwankungen immer wieder auf einen bestimmten Punkt einzustellen tendiert. Dieser Stabilisator ist der statische Preis.

Die Theorie des statischen Preises erhebt also, um es zu wiederholen, nicht den Anspruch, insbesondere folgende Phänomene der Preisbildung zu erklären.

1. Die Entstehung des Preises solcher Produkte, die so neu im Markte sind, daß die im Zusammenhang der Märkte wirkenden, wertbildenden Kräfte noch nicht Zeit gehabt haben, sich ihrer zu bemächtigen und ihre Preisbildung zu beherrschen. Bis das nicht geschehen ist, kann man in unserem Sinne nicht von »statischen«, sondern nur von »laufenden« Preisen sprechen.

2. Die Entstehung des Preises von Singularitäten (Gütern oder Diensten), die, jedes für sich, ihre ganze Klasse bilden[2]),

[1]) Ungefähr das, was ich in meiner »Theorie« 1910 als »Personalökonomik« dargestellt habe, haben Schönitz und Weyermann 1911 neu entdeckt und als »Privatökonomik« beschrieben. Das Wort ist schlecht gewählt, weil es von jeher die Kunstlehre der Privatwirtschaft bedeutet.

[2]) »Diese Dinge entbehren durchaus der Vertretbarkeit; ihr Wert ist daher in Geld nicht meßbar. Sie haben Liebhaberwert.« Knies. Das Geld. 2. Aufl. Berlin. 1885. S. 164. cit. nach Cornélissen l. c. S. 65.

schlechterdings durch kein anderes Produkt vertreten, substituiert werden können; ein Cullinan oder Kohinoor, ein authentischer Phidias, das einzige Ei des Äpyornis, die Konsultation eines weltberühmten Arztes, eine Arie des Caruso u. dgl. sind keine Produkte, die ihrer Natur nach von dem räumlich-zeitlichen Zusammenhang der Märkte ergriffen werden können; denn dieser Prozeß setzt voraus, daß völlig gleiche Produkte regelmäßig in irgendeiner Anzahl neu produziert, d. h. zu Markte gebracht werden. Auch hier gibt es in unserem Sinne nur laufende, aber keine statischen Preise.

3. will die Theorie nicht erklären die Entstehung des Preises längst bekannter und neu produzierbarer vertretbarer Produkte auf solchen Märkten, die aus irgendwelchen Gründen aus dem Zusammenhang aller Märkte gelöst sind. Hierher gehört z. B. die Preisbildung des Getreides in einer belagerten Stadt und jener häufig angeführte konstruierte Fall des an Schätzen reichen, aber dem Hungertode nahen Kaufmanns in der Wüste, der mit einem anderen um das lebenrettende Brot feilscht. Oder jener andere, ebenfalls sehr berühmt gewordene konstruierte Fall Böhm-Bawerks von dem Manne mit dem Getreidevorrat, dessen letztes verfügbares Quantum dazu verwendet wird, um Papageien zu füttern[1]). Hier überall kann von einem statischen Preise und daher von »Tauschwert« im Sinne der alten Theorie keine Rede sein. Diese und ähnliche Fälle hat die weitere Preistheorie zu behandeln.

Welchem höheren Problem dient nun die Bestimmung und Erklärung des statischen Preises?

Nun, sie bildet die Voraussetzung für die Aufhellung des zentralen Problems der Marktwirtschaftslehre, für das Problem der Distribution.

Der Gesamtertrag einer Wirtschaftsgesellschaft an genußreifen »letzten« Wertdingen (Verwendungsgüter und Verwendungsdienste in meiner Terminologie) verteilt sich, wie uns die Beobachtung zeigt, in jeweilig bestimmten Verhältnissen zwischen drei Klassen von Produzenten: die Arbeiter erhalten im Lohn, die Kapitalisten im Profit oder Zins, die Grundeigentümer in der Grundrente ihre Anweisung auf den durch die gesellschaftliche Kooperation geschaffenen Vorrat jener letzten Wertdinge. Diese Klasseneinkommen setzen sich offenbar zusammen aus der Addition gewisser Preise: der Lohn aus dem Preise der während eines Jahres geleisteten Dienste; Profit und Zins aus dem Preise der Kapital-

[1]) Das Beispiel findet sich zuerst bei Carl Mengers, »Grundsätze der Volkswirtschaftslehre«. Wien. 1872. S. 97.

nutzung, realisiert unmittelbar als Zins, oder mittelbar als Gewinn am Preise der verkauften Produkte als Profit; und die Grundrente aus dem Preise der Bodennutzungen, realisiert unmittelbar als Miete oder Pacht, oder mittelbar als Gewinn am Preise der verkauften Urprodukte.

Daraus ergibt sich, daß das Problem der sogenannten »Zurechnung« ein Preis- resp. Wertproblem ist[1]). Wieviel vom Preise resp. Werte eines Produktes, an dessen Herstellung zum Markte Arbeit, Kapital und Boden kooperiert haben, ist jedem dieser »Produktionsfaktoren« zuzurechnen? Das ist das wissenschaftlich streng gestellte Problem der Distribution.

Und zwar ist es offenbar für das Verständnis des Prozesses ohne Belang, wie sich der laufende Preis dieser drei Produkte: Arbeit, Kapitalnutzung und Bodennutzung sozusagen zufällig auf einem einmaligen Markte einstellt. Sondern wir wollen das Gesetz kennen lernen, das im Mittel und im Durchschnitt diese Preise, als statische Preise, bestimmt.

Und dieses Problem zerfällt wieder in zwei bisher kaum jemals unterschiedene Teilprobleme.

Das erste ist das Problem der eigentlichen Statik. Sie erfaßt einen zeitlosen und daher veränderungsfreien Idealdurchschnitt des Marktzusammenhanges, das »dynamische Gleichgewicht« einer als unveränderlich gedachten Wirtschaftsgesellschaft[2]).

Das zweite ist das Problem der vergleichenden Statik. Sie beobachtet ebenfalls unter völliger Vernachlässigung der laufenden Preise und ihrer Schwankung die Eigenbewegung der Mittelpreise an einer an Volkszahl und Kooperationsstaffel wachsenden Wirtschaftsgesellschaft, um die Tendenz der Bewegung zu erforschen, d. h. festzustellen, ob und wie das Verhältnis wechselt, in dem Arbeit, Kapital und Boden an dem statischen Preise des Gesamtproduktes Anteil nehmen dürfen. Das ist das höchste und wichtigste Problem, dasjenige, dem ein Ricardo, ein Carey, ein Marx vor allem nachgegangen sind. Von ihm hängt die Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung vor allem ab.

---

[1]) Nach Böhm-Bawerk hat Menger zuerst »das Zinsproblem endgültig aus einem Produktionsproblem, das es nicht ist, übergeführt in ein Wertproblem, das es in der Tat ist«. Tugan-Baranowsky »Soziale Theorie der Verteilung«, Berlin, 1913, bestreitet als der einzige uns bekannte Autor, daß das Verteilungsproblem ein Wertproblem sei (S. 5, 7, 9, 15, 23 usw.). Das kommt erstens daher, daß er den Begriff »Wert« nur im subjektiven Sinne auffaßt (S. 10), und zweitens daher, daß es ihm nicht gelungen ist, die »sozialen Bedingungen« und »historischen Kategorien der Wirtschaft« auf eine ökonomische Formel zu bringen, was, wie sich zeigen wird, leicht möglich ist.

[2]) Vgl. den nächsten Abschnitt.

Um uns an einem Bilde zu orientieren, so sucht die eigentliche Statik das Normalniveau der Preise zu bestimmen, wie die Ozeanographie das Normalniveau, das dynamische Gleichgewicht der Meeresflächen. Wie wir nicht eher die Höhe der Gezeiten und der Windwellen und etwa die Höhe der Böschung messen können, mit der der Ozean schon in der Ruhelage aus der Kugelfläche an den Kontinenten emporsteigt, deren gewaltige Massen das Wasser nach dem Gesetz der Gravitation an- und emporziehen, bevor wir das Normalniveau nicht festgelegt haben; so können wir die Höhe der einzelnen Preisschwankungen des laufenden Preises um den statischen, und die Höhe des statischen Monopolpreises über dem statischen Konkurrenzpreise nicht eher messen, ehe wir nicht diesen letzteren, das Normalniveau festgelegt haben. Und das ist gerade unsere Aufgabe.

Die vergleichende Statik aber sucht zu bestimmen, ob, wie und in welchen Zeiten das Normalniveau an bestimmten Küsten oder etwa auf dem Planeten im ganzen sich gesenkt oder gehoben hat, um daraus Schlüsse auf die Tendenz der Entwicklung in die Zukunft hinein zu ziehen.

Das sind die beiden Probleme, denen die Preislehre vor allem zu dienen hat.

Dritter Abschnitt:
Die Statik der Gesellschaftswirtschaft.

Daß alle ökonomische Theorie von der Statik auszugehen hat, hat Schumpeter[1]) sehr hübsch aufgezeigt. Er vergleicht die statische Methode mit der Momentphotographie »deren Zweck eben ist, uns einen Zustand der Ruhe vor Augen zu stellen; wenn wir auch dann diesen Bann lösen und einen Teil des Bildes beleben, so halten wir doch für einen anderen — und den weitaus größeren — jenen Ruhestand fest — .... Sind nun alle diese Annahmen, welche jedem unserer Sätze anhaften, nur Redensarten, die man ebensogut auch weglassen könnte? Die Antwort lautet natürlich verneinend. Wir gehen nicht aus Laune oder Willkür so vor, sondern einfach, weil wir nicht anders können. Und nicht nur wir können nicht anders verfahren, sondern jeder Theoretiker im engeren Sinne ist in dieser Lage, mag er es anerkennen oder nicht ... Niemand, der ein rein theoretisches Thema behandelt,

[1]) Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Leipzig. 1908. S. 177.

kann sich diesen Festsetzungen entziehen, welche freilich nur selten ausdrücklich formuliert werden. Aber sie liegen ja schon dann vor, wenn jemand ohne weiteres im Laufe seines Gedankenganges von dem »vorhandenen Lande«, »Kapital« usw. spricht oder irgendwelche Momente mittelst des »ceteris paribus« ausschaltet .... Dieses letztere Hilfsmittel — ich möchte es das Motto der Isoliermethode nennen — ist allerdings unentbehrlich, nicht nur für uns, sondern für jede Disziplin, gerade wie auch die Isoliermethode selbst«.

Das sind ausgezeichnete Darlegungen, die wir vollständig annehmen.

Wir stimmen ebenfalls durchaus überein, wenn Schumpeter die Geschichte der nationalökonomischen Theorie unter diesem Gesichtspunkt darstellt. In der Tat ist alle gute Theorie bisher essentiell statisch gewesen. »Die Physiokraten griffen direkt und unmittelbar nach der großen Tatsache des wirtschaftlichen Kreislaufs .... Den Kreislauf schildern heißt aber ipso facto die statische Wirtschaft schildern — beschreiben, wie irgendwelche, aber stets gegebene Produktivkräfte ihren gewohnten Weg nach ihrer Bestimmung zurücklegen«. Auch bei Smith ist »überall dort, wo sein Gedankengang festes Gefüge zeigt, seine Beobachtungsweise essentiell statisch«[1]! »Sein natürlicher Wert und natürlicher Preis ist statischer Wert und statischer Preis«[2]. »Noch viel klarer aber wird es bei den späteren Autoren, daß der Kern der Theoretik eine Statik der Wirtschaft ist, so vor allem bei Ricardo .... In dieser abstrakten Präzisierung gewisser Prinzipien liegt die Leistung Ricardos ..... Wenn überhaupt, so kann die in den Gütern enthaltene Arbeitsmenge ihren Tauschwert nur im Gleichgewichtszustande der Konkurrenz bestimmen, und auf die Erfassung dieses Zustandes ist seine ganze Betrachtungsweise eingestellt. Nur durch Datenveränderung wird er gestört, nur seine Reaktion auf Datenänderungen wird unter dem Begriff des »progress« erfaßt«[3]. »Ricardos Epigonen von James Mill bis Cairnes und Nicholson haben .. in der Ausarbeitung der von ihm überkommenen Prinzipien, also der ökonomischen Statik, ihr Arbeitsfeld gefunden. ... Bei dieser Ausarbeitung trat die Erkenntnis vom statischen Charakter des ökonomischen Lehrgebäudes immer bewußter hervor. Den größten Dienst hat der Auffassung .. J. St. Mill geleistet, indem er die entscheidenden

[1]) Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. S. 93.
[2]) „ „ „ „ „ S. 94.
[3]) „ „ „ „ „ S. 95/96.

Sätze aussprach: »The three preceding parts include as detailed a view as our limits permit, of what . . has been called the Statics of the subject. We have surveyed the field of economic facts, and have examined how they stand related to one another as causes and effects . . We have thus obtained a collective view of the economical phenomena — considered as existing simultaneously. We have ascertained the principles of their interdependence: and when the state of some of the elements is known, we should now be able to infer .... the contemporaneous state of most of the others. All this, however, has only put us in possession of the economical laws of a stational and unchanging society. We have still to consider the economical condition of mankind as liable to change .... thereby adding a theory of motion to our theory of equilibrium — the Dynamics of political economy to the Statics.« (Principles IV. Buch. I. Kap.) Schumpeter fügt hinzu: »Klar also, daß nicht ich erst etwa in die klassische Theorie hineinlege, was ihrem Wesen fremd ist«[1]).... Er fährt auf der nächsten Seite fort: »Die große Reform der Theorie durch die subjektive Wertlehre ließ den statischen Charakter des Lehrgebäudes unberührt. .. keine Darstellung ist »statischer« als die Léon Walras' ... Die Autoren der österreichischen Schule legen formell kaum Gewicht auf das, was wir den statischen Charakter der Theorie nennen, aber auch sie schildern natürlich nichts anderes als den Kreislauf der Wirtschaft. Formell wird darauf in Amerika viel Gewicht gelegt, nach dem Vorgang Prof. J. B. Clarks. Dieser Autor hat einen wesentlichen Schritt über den erwähnten Standpunkt Mills hinausgetan und den statischen Zustand sorgfältig definiert und die Bedingungen seines Eintretens untersucht, so daß man die bewußte Scheidung von Statik und Dynamik wohl vor allem an seinen Namen knüpfen muß.... Diese Übersicht wird dem Leser gezeigt haben, daß unsere Auffassung keineswegs so sehr abseits vom Wege liegt.... nur über die Grenzen und einzelnen Merkmale der Statik kann heute noch ein ernstlicher Zweifel bestehen«.

Wir gehen auch dort noch ohne Widerspruch mit, wo Schumpeter die Methode, so weit sie in der theoretischen Nationalökonomie angewendet werden soll, näher folgendermaßen bestimmt[2]): »Im statischen Zustand müssen wir die Wertfunktionen als konstant annehmen, denn sie sind notwendige Daten unserer Probleme. Keine Überraschung, kein Fortschritt zu neuen Produktionen darf

[1]) Schumpeter, Theorie. S. 99.

[2]) »Wesen und Hauptinhalt.« S. 255.

stattfinden, da das unser System von Grund auf ändern würde. Alle Produktionen müssen genau so und mit genau dem Erfolge vor sich gehen, den man voraussah, und alle Produktions- und Konsumtionskombinationen müssen ein für alle Mal fixiert sein. Sie spiegeln sich in den Wertfunktionen wieder, auf denen unsere Resultate beruhen, ebenso wie alle Tatsache der Bedürfnisse, Anlagen, der umgebenden Natur usw. Fügen wir noch hinzu, daß auch alle Tauschakte vorher gesehen, und das System der Wertfunktionen nach ihnen adjustiert sein muß, so ist alles gesagt«.

Wir stimmen schließlich mit Schumpeter darin überein, wenn er diesen Zustand ohne Veränderung, diese Statik, folgendermaßen als einen Zustand des Gleichgewichts bestimmt:

»Den Gleichgewichtszustand der ökonomischen Quantitäten zu beschreiben — und gewisse Variationen desselben — ist das Problem der Ökonomie. Alle Tauschakte tendieren danach, ihn zu realisieren, in dem keine Veränderung der Quantitäten mehr erfolgt, der sich daher zu erhalten strebt, und deshalb besonders interessant ist. Und in diesem Zustande, in dem die Tauschakte aufhören, müssen uns unsere Funktionen, welche eben die Beschreibung der Veränderungen zum alleinigen Zweck haben, für weitere Veränderungen die Größe Null ergeben. Dadurch ist der Gleichgewichtszustand definiert und deshalb heißt es so. Und die Differentialrechnung lehrt uns, daß an dieser Stelle, an der gewisse Differentialquotienten, welche eben das Maß der Veränderungen darstellen, gleich der Null sind, verschwinden, gewisse Funktionen — das sind in unserem Falle die Wertfunktionen — einen Maximalwert annehmen. Das ist eine Tatsache, die von jeder Interpretation dieser Funktionen unabhängig ist: das Aufhören weiterer Tauschakte, d. h. Veränderungen in den ökonomischen Quantitäten, und das Maximumwerden der Funktionen ist gleichbedeutend, und der Gleichgewichtszustand kann ebenso durch das erstere, wie durch das letztere Moment charakterisiert werden. Im ersteren Falle können wir ihn als den Ruhezustand, im letzteren als den Maximumzustand bezeichnen: beide Ausdrücke besagen dasselbe, sind synonym. Das ist unser Prinzip; alles weitere dient nur seiner Erläuterung.

»Der exakte Inhalt des Maximumtheoremes, der Kern alles dessen, was über dieses viel umstrittene Problem jemals gesagt wurde, ist also nichts anderes als dieser Satz: Im Gleichgewichtszustande liegt keine Tendenz zu weiteren Veränderungen vor. Und die Rolle, die dieser Satz spielt in der

Theorie, ist lediglich die, den Gleichgewichtszustand, also das, was zu untersuchen unsere Hauptaufgabe ist, zu definieren und sodann, uns zur Feststellung jenes Preises zu helfen, welcher bestehen muß, wenn Gleichgewicht herrschen soll« [1]).

1. Die Statik der Personalwirtschaft.

So erfreulich nun auch immer diese Übereinstimmung im Grundsätzlichen ist: angebrachtermaßen müssen wir starke Bedenken anmelden.

Schumpeter bleibt nämlich bei der genaueren Bestimmung des Gleichgewichtszustandes gänzlich oder doch fast gänzlich im Personal-Ökonomischen stecken, in der Betrachtung der Wirtschaft der einzelnen ökonomischen Person. Als Grundlage ist das ja durchaus richtig. Die alte Theorie hat sich um die Statik der Personalwirtschaft fast gar nicht gekümmert. Sie begnügt sich damit, die personalökonomischen Daten als gegeben hinzunehmen, indem sie sagt, daß »Angebot und Nachfrage« als konstant angenommen seien. Hier hat die subjektive Theorie uns in der Tat viel weiter gebracht, indem sie uns zeigte, wie jede einzelne ökonomische Person danach strebt, ihre Versorgung mit Wertdingen niederer Ordnung derart einzurichten, daß, soweit wie das technisch überhaupt möglich ist, also bei allen teilbaren »Vorräten«, alle Grenznutzen gleich groß sind — und andererseits ihre Erwerbsarbeit so weit zu spannen, bis die »disutility« der letzten Minute so groß geworden ist, wie die »utility« des letzten Zuwachses. Damit war die personalökonomische Grundlegung des Problems breit und tief verankert.

Auch hier können wir nichts Besseres tun, als Schumpeters meisterhafte und, wie wir glauben, endgültige Formulierung anzunehmen: »Ein Gürtel von Gleichungen begrenzt den wirtschaftlichen Machtbereich des Individuums. Man kann sich denselben als einen Kreis vorstellen, in dessen Mitte das letztere steht, und auf dessen Peripherie die Grenzpunkte des Güterwertes liegen. Sie alle stehen dem Individuum gewissermaßen gleich nahe. Psychologisch gesprochen, alle Grenzmengen sind, in demselben Maße ausgedrückt, ihm gleichviel wert, so daß er keine derselben für einen gleich großen Zuwachs an einem anderen Gute aufzugeben geneigt wäre, wie immer sich sein wirtschaftliches Handeln sonst gestalten mag. Und das — und nur das — besagt die

[1] »Wesen und Hauptinhalt.« S. 198/99. 9. vgl. a. 203.

Redensart, daß das Individuum im Gleichgewichtszustande ein Maximum der Bedürfnisbefriedigung erreiche« [1]).

Das ist, wie schon zugestanden, gute Grenznutzenlehre und an sich untadelig. Aber der Übergang von hier zum Überindividuellen, zum Marktwirtschaftlichen, zur Nationalökonomik, ist nicht geglückt — wie er nach meiner Meinung keinem Grenznutzentheoretiker geglückt ist und glücken kann [2]). Auch Schumpeter trägt hier schwer an der Erbschaft der Schule, der er entstammt, und die er doch nicht so weit abgestreift hat, wie er glaubt.

Was als Brücke in das Nationalökonomische hinübergeschlagen werden soll, reicht nicht hin. »Unser Gesetz vom Grenznutzenniveau und unser Gleichgewichtszustand gelten für jedes Wirtschaftssubjekt, es mag ein isoliertes sein oder in Beziehungen zu anderen stehen ... Immer hängen die Grenzpunkte des Gütererwerbes eines Individuums voneinander ab; nur kommt im zweiten Falle noch hinzu, daß sie auch von den analogen Grenzpunkten des Gütererwerbes aller anderen Individuen abhängen. So kann man denn ohne weiteres weiter gehen und auch für die Volkswirtschaft ein eindeutig bestimmtes Grenznutzenniveau annehmen« [3]).

Das ist ganz richtig, und tastet ins Nationalökonomische hinüber. Aber es bleibt beim Tasten. Irgendeine andere Statik der Marktwirtschaft wird nicht gegeben, als diese Addition sämtlicher Gleichgewichtszustände der sämtlichen Personalwirtschaften. Und die Folge zeigt denn auch, daß man von hier aus nicht sehr weit kommen kann. Schumpeter äußert sich häufig selbst sehr resigniert über das Erreichte und Erreichbare, und, wenn wir hier zu kritisieren hätten, würden wir noch manches als erreicht geglaubte zu bestreiten haben, z. B. seine Lehre vom Geldwert.

Es war aber weiter zu kommen, viel weiter, in der Beschreibung der Marktwirtschaft in ihrer Statik, unbeschadet der von uns anerkannten Fundierung dieses höheren Gleichgewichtszustandes auf die Statik der Personalwirtschaft. Auch die Statik der Marktwirtschaft läßt sich durch einen Gürtel von Gleichungen eindeutig und exakt bestimmen, als ein Gleichgewichtszustand, in dem, aber aus ganz anderen Gründen als denen, die die Grenznutzentheoretiker anführen, »keine Tendenz zu weiteren Ver-

[1]) l. c. S. 132.

[2]) Vgl. Cornélissen l. c. S. 77.

[3]) l. c. S. 133. Die gesperrte Stelle ist im Original nicht gesperrt.

änderungen vorliegt«; in dem die Gesellschaft als Ganzes »das Maximum der Bedürfnisbefriedigung erreicht«, wo »gewisse Differentialquotienten verschwinden und gewisse Funktionen einen Maximalwert annehmen«.

Um diesen Gleichgewichtszustand zu finden, dazu gehörte allerdings weniger die Beschäftigung mit methodologischen, psychologischen und höhermathematischen, als mit spezifisch nationalökonomischen Dingen — und das war immer die schwache Seite der Grenznutzentheoretiker. Sie sind individualistisch-atomistisch: den marktwirtschaftlichen Prozeß als Ganzes, integral, aufzufassen, war von ihrem Ausgangspunkt aus wohl sehr schwierig, fast unmöglich.

Geht man aber vom Ganzen statt vom Individuum aus, so erkennt man ohne weiteres, daß die Marktwirtschaft gerade so auf einen eindeutig bestimmten Gleichgewichtszustand hin tendiert, wie die Personalwirtschaft auf den ihren. Der marktwirtschaftliche Prozeß, die Konkurrenz, tendiert auf die Ausgleichung sämtlicher Einkommen. Aus diesem Satze ergeben sich eine große Anzahl neuer Gleichungen, genau soviel Gleichungen, wie wir Unbekannte haben[1]), und zwar Gleichungen, die das Problem des statischen Preises vollkommen lösen, ohne daß es nötig wäre, noch wieder auf psychologische, subjektive Wertempfindungen und -schätzungen zurückzugreifen. Sie ergeben einen Gleichgewichtszustand, der zwar auf der Statik der Personalwirtschaft ruht, aber seiner ganzen Mechanik nach durchaus von ihr verschieden ist, durchaus von objektiven Kräften beherrscht wird und zu einer rein objektiven Wertlehre führt — immer, so weit die Marktwirtschaft in Frage steht. In der Personalwirtschaft spielt die subjektive Wertschätzung eine Hauptrolle — freilich nicht die einzige. Hier herrscht ein »kombinierter Wertmaßstab«[2]), gemischt aus objektiven »Kosten«- und subjektiven »Wert«-Schätzungen.

Diese Behauptungen sollen nun im einzelnen erhärtet werden.

2. Die Statik der Marktwirtschaft.

Der Markt ist der ökonomische Ort des Tausches, d. h. des Preiskampfes oder der Konkurrenz. Die Konkurrenz ist ein Spiel antagonistischer Kräfte, das, wie alle solche Kräftespiele, die

[1]) Damit ist dann das Problem »eindeutig bestimmt«. Vgl. Schumpeter »Wesen und Hauptinhalt.« S. 261/62.

[2]) Vgl. meine »Theorie« S. 341.

Tendenz hat, sich ins »Gleichgewicht« zu stellen, d. h. in einen Zustand, in dem keine weiteren Veränderungen sich mehr ergeben. Ob diese Tendenz jemals volle Wirklichkeit werden kann, ist für die Deduktion gleichgültig.

Der Gleichgewichtszustand ist eindeutig als ein System bestimmt durch ein exakt bestimmbares Verhältnis der Preise aller Produkte zueinander. Diesen Preis jedes Produktes in der Statik nannte die alte klassische Theorie seinen »Wert« (Tauschwert); wir nennen ihn verabredungsgemäß seinen »statischen Preis«.

Wie die Konkurrenz darauf hinwirkt, diesen Zustand des dynamischen Gleichgewichts herzustellen, ist so bekannt, daß die wenigsten Worte genügen, um ihn darzustellen: im räumlichen Zusammenhang der gleichzeitigen Märkte tendieren die gleichen Produkte dahin, sich auf den gleichen Preis einzustellen, weil jeder Produzent darüber spekuliert, »auf welchen Markt er sein Produkt bringen soll«, und »den besseren Markt sucht, den schlechteren Markt meidet«, so daß dort das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage steigt, und der Preis sinkt, während er hier unter dem entgegengesetzten Verhältnis steigt. — Im zeitlichen Zusammenhang aber der aufeinanderfolgenden Märkte tendieren die verschiedenen Produkte dahin, ihren Preis »auszugleichen«, weil jeder Produzent kalkuliert, welches Produkt er auf den nächsten Markt bringen soll, und dabei so verfährt, daß er die Produktion weniger lohnender Produkte aufgibt oder doch einschränkt[1]), während er die Produktion lohnender Produkte neu aufnimmt oder doch erweitert. Auf diese Weise sinkt das Angebot solcher Produkte, die auf den letzten Märkten ungünstige Preise erzielt haben, im Verhältnis zur Nachfrage, und ihr Preis hebt sich, — und umgekehrt, so daß alle Preise auf ein Niveau der »Ausgleichung« tendieren, das ich früher als die »allgemeine Wertrelation« bezeichnet habe. Stellen wir uns dieses Niveau als erreicht vor, so kennzeichnet es sich als diejenige Relation aller Preise, bei der die Konkurrenz ihren Ruhezustand erreicht hat, weil der bestehende Preis der Produkte keinem der Produzenten Anlaß gibt, seine Produktion entweder einzuschränken oder auszudehnen. Eben diesen Preis des einzelnen Produktes, bei dem die Konkurrenz

[1]) Diese Bestimmung erleidet für die kapitalistische Marktwirtschaft gewisse bedeutsame Einschränkungen. Darüber genaueres im zweiten Teile unter dem Rubrum: »Antikritische Sicherung, 5: Schumpeters dynamische Kapitalzinstheorie«. Vorläufig dürfen wir von dieser Einschränkung absehen; das heißt, wir tragen die Theorie der Konkurrenz- und Preisbildung so vor, wie sie die Klassiker entwickelt, und alle ihre Nachfolger übernommen haben.

ruht, nennt die alte Theoretik seinen natürlichen Wert, und nennen wir seinen statischen Preis, und darum nennen wir das Verhältnis aller dieser Preise im Ruhezustande der Konkurrenz die statische Preisrelation.

Bisher haben wir nicht mehr als eine Beschreibung davon, wie die statische Preisrelation sich einstellt. Aber das Problem stellt höhere Aufgaben. Erstens: wo stellt sich die Preisrelation ein? Mit anderen Worten: warum tauschen sich im Ruhezustand x Einheiten der Ware[1]) a gegen y Einheiten der Ware b? Das ist das Problem des relativen Wertes. Und zweitens: warum stellt sich jede Ware, für sich betrachtet, gerade auf diesen Wertpunkt ein? Das ist das Problem des absoluten Wertes.

Man hat oft gesagt, die Konkurrenz tendiere auf Ausgleichung der Preise. Das ist nur eine Teilwahrheit, und eine recht gleichgültige. Die Konkurrenz tendiert auf Ausgleichung der Preise nur zwischen Produzenten der gleichen Waren, die auf gleichem Markte natürlich den gleichen Preis erhalten: aber das Problem des statischen Preises ist ja die Frage nach dem Preise eines Produktes, ausgedrückt in anderen Produkten; und es kann keine Rede davon sein, daß hier die Konkurrenz auf Ausgleichung der Preise tendiert. Welches Gleichgewicht ist denn erreicht, wenn z. B. 6 Gramm Gold (etwa 20 Mark) sage 100 Liter Benzin oder 60 Meter Calico oder 1000 Kilowatt elektrischer Energie oder 20 Maurerarbeitsstunden oder 100 Kilo Roggen »gleichwertig« sind?

Nein, wir haben es bereits gesagt: nicht auf Ausgleichung der Preise, sondern der Einkommen tendiert die Konkurrenz.

Ein Knabe bei der Berufswahl, der entweder Bäcker oder Schmied werden kann, entscheidet sich nicht für den Schmied, weil dieser für ein Hufeisen 1 Mark, der Bäcker für ein Brot nur $^1/_2$ Mark erhält, sondern weil er erkennt, daß der Schmied seines Städtchens besser lebt als der Bäcker. Und ein Kapitalist, der sich mit einer Million etablieren will, wird die Produktion eines Pfennig-Artikels wählen, wenn er glaubt, daß er daraus ein größeres Einkommen ziehen wird, als aus der Herstellung kostbarer Produkte, wie z. B. Automobile oder Konzertflügel.

»Wenn in derselben Gegend«, sagt Adam Smith, »irgendeine Beschäftigung entweder vorteilhafter oder weniger vorteilhaft wäre als die übrigen, so würden in dem einen Falle so viele herzu-

[1]) »Ware« und »Produkt« bedeuten sachlich das gleiche; nur enthält »Produkt« eher eine Beziehung zu seinem Produzenten, während »Ware« mehr unpersönlich ist.

strömen, in dem anderen so viele von ihr sich abwenden, daß ihre Vorteile bald wieder mit denen anderer Beschäftigungen in eine Linie kämen«. Ich habe diesen Satz in meiner Theorie folgendermaßen kommentiert.

»Er bestimmt diesen unzweifelhaft richtigen Satz, der die gesamte Theorie der Konkurrenz in nuce enthält, sofort weiter durch folgende Sätze: »Dies wenigstens würde in einer Gesellschaft stattfinden, wo man den Dingen ihren natürlichen Lauf ließe, wo vollständige Freiheit herrschte, und wo jedermann durchaus frei wäre, die ihm passend scheinende Beschäftigung zu wählen und beliebig oft wieder zu wechseln. Jeden würde sein Interesse dazu anleiten, die vorteilhafte Beschäftigung aufzusuchen, und die nachteilige zu meiden.

»Wir sehen, daß der Altmeister hier gewisse Bedingungen andeutet, unter denen die Konkurrenz die Ausgleichung der Einkommen aus dem Grunde nicht vollziehen kann, weil sie eben nicht »frei« ist. Und das ist ja auch ohne weiteres klar: wo die Konkurrenz nicht frei ist, d. h. unter einem rein ökonomischen Aspekt; wo Monopolverhältnisse irgendwelcher Art, rechtliche oder natürliche, einspielen, kann die Ausgleichung nicht erreicht werden.

»Wo aber keinerlei Monopolverhältnisse einspielen, da muß in der Tat die freie Konkurrenz . . . . die Einkommen auf die Dauer und im Durchschnitt so weit ausgleichen, wie das der relativen Qualifikation der Arbeitskraft entspricht. Denn die aus den Verschiedenheiten der Begabung hervorgehenden Unterschiede der Einkommen kann natürlich die Konkurrenz ebensowenig ausgleichen, wie die durch Monopolverhältnisse gesetzten Unterschiede: sie kann gleiches Einkommen nur erreichen für gleiche Anspannung gleich qualifizierter Kräfte; wobei wir unter den Begriff »Anspannung« sowohl die zeitliche Dauer (Extensität) wie auch die auf den einzelnen Zeitabschnitt fallende relative Energiespannung (Intensität) verstehen wollen.

»Smith entwickelt denn auch, unmittelbar anschließend an die eben angeführten Sätze, die Bedingungen, aus denen bei völlig freier Konkurrenz dennoch Verschiedenheiten der Arbeitseinkommen entstehen müssen. Sie lassen sich sämtlich bei nur einigermaßen weitherziger Fassung des Begriffs zurückführen auf Verschiedenheiten der Qualifikation.

»Das also ist der Gleichgewichtszustand, auf den die Konkurrenz hinstrebt: Gleichheit aller Einkommen, so weit es die

Monopolverhältnisse gestatten, und soweit es der persönlichen Qualifikation entspricht.

»Nun fließen aber alle Einkommen aller ökonomischen Personen im Marktverkehr lediglich aus den »Gewinnen«, die sie beim Verkauf ihrer Produkte erzielen, d. h. dem Unterschiede zwischen ihren Selbstkosten (Gestehungskosten der »Herstellung«) und dem Preise. Folglich kann die Konkurrenz um die Preisrelation nur auf dem Punkte zur Ruhe kommen, wo alle Preise in solchem Verhältnis zueinander stehen, daß alle Produzenten aus ihren Gewinnen dasjenige Einkommen beziehen, das ihrer persönlichen Qualifikation und ihrer Stellung zu einem Monopolverhältnis (ob Nutznießer oder Opfer) entspricht«.

Diesen Zustand, dieses gegenseitige Verhältnis aller Preise, bei dem die Konkurrenz völlig ruht, weil alle Einkommen nach Möglichkeit ausgeglichen sind, wollten wir die statische Preisrelation, jeden einzelnen dieser Preise den statischen Preis des Produktes nennen.

Die beiden Hemmungen der Ausgleichstendenz sind praktisch sehr verschieden zu beurteilen: die höheren Einkommen der höheren persönlichen Qualifikation sind ein Segen, die des Monopols in der Regel ein Fluch für die Gesellschaft; jene sind der Sporn aller wirtschaftlichen Tätigkeit und das stärkste Mittel zur Erhöhung des allgemeinen Reichtums, diese (mit Ausnahme der harmlosen sog. natürlichen Monopole und einiger sogar nützlicher rechtlicher Monopole, der Patente usw.) nach meiner und Anderer Meinung der einzige Störenfried der gesellschaftlichen Harmonie. Aber theoretisch sind sie, eben als Hemmnisse der Ausgleichstendenz, sehr nahe verwandte Arten der gleichen Klasse; und sind darum auch von vielen älteren und neueren Theoretikern als einheitlich behandelt worden. Nennen wir sie, um sie gleichzeitig zusammenzufassen und zu unterscheiden, das persönliche und das sachliche Hemmnis des Ausgleichs: die persönliche und die sachliche Qualifikation der Produzenten. —

Unsere Darstellung der marktwirtschaftlichen Statik bedeutet, wie sich zeigen wird, einen entscheidenden Fortschritt. Bis dahin kam die Theorie über die rein definitorische Formel nicht hinaus, daß die Statik den »Gleichgewichtszustand der Konkurrenz« bedeutet. Worin aber dieses Gleichgewicht besteht, wie der Zustand beschaffen ist, auf den die Konkurrenz als auf ihren Ruhezustand hin tendiert, das hat, so weit wir zu sehen vermögen, vor uns niemand klar erkannt. Adam Smith hatte ja die

vage Formel — wir haben sie zitiert —, aber er verwertete sie nicht für den weiteren Auf- und Ausbau seines Systems. Und seine Nachfolger hatten nicht einmal die vage Annäherung. Bei ihnen kommt die Erklärung immer wieder darauf hinaus, daß die Konkurrenz ruht, wenn Angebot und Nachfrage einander aufwiegen. Und das ist entweder ein rein analytischer Satz, weil man den Ruhezustand gar nicht anders definieren kann, oder gar eine petitio principii, wenn man glaubt, damit etwas erklären zu können[1]). Das ist der tiefste Grund, warum alle Erklärung aus Angebot und Nachfrage nur »Schalen, aber nicht den Kern« (Böhm-Bawerk) gibt. Sidgwick z. B. definiert den Normalpreis als »jenen Preis, bei welchem die Nachfrage groß genug wäre, um das ganze Angebot aufzunehmen, welches bei unveränderten sozialen und industriellen Verhältnissen permanent zu diesem Preise produziert werden würde«, oder als jenen Preis, »bei welchem das nachgefragte Quantum gleich wäre jener Menge, die permanent zu den dem Preise gleichen Kosten produziert werden würde«. Marshall sagt: »Das normale Angebot eines Gutes ist jenes, bei dem die normalen Produktionskosten gleich sind dem Preise, der eine Nachfrage für dieses ganze Angebot hervorruft; der also bestimmte Preis ist der normale Preis[2])«. Hier ist J. St. Mill vorangegangen; er erklärt bekanntlich, daß Angebot und Nachfrage einem Normalzustande zustreben, welcher erreicht ist, wenn die Güter sich nach ihren Produktionskosten austauschen.

Der Satz ist, unter einem höheren Gesichtspunkt, richtig. Wenn man den Gewinn, der den Produzenten zukommt, in die Produktionskosten einrechnet, was vom volkswirtschaftlichen Standpunkt über allen Produzenten richtig ist, dann tauschen sich in der Tat sowohl in der reinen, wie in der politischen Ökonomie die Produkte nach ihren Produktionskosten. Die Schwierigkeit war nur, den normalen, d. h. den statischen Gewinn festzustellen. Die Klassiker fanden den Weg dazu ebensowenig wie die Grenznutzentheoretiker. Dazu mußte erst der Ruhezustand der Konkurrenz als dasjenige Niveau aller Preise bestimmt sein, wo die Gewinne der Produzenten an den Preisen soweit ausgeglichen sind, wie die Konkurrenz sie eben auszugleichen vermag.

Soweit die Grenznutzentheoretiker sich überhaupt des Problems

---

[1]) Vgl. Cornélissen. l. c. S. 109: »Mais l'offre et la demande sont incapables de nous fournir toutes les causes qui déterminent le niveau atteint au marché par la valeur objective et le prix«.

[2]) zit. nach Zuckerkandl l. c. S. 282.

der Statik bewußt wurden [1]), entgingen sie jener petitio principii allerdings, aber sie erkauften diesen Gewinn mit so schweren Opfern, daß man wohl berechtigt ist, das alte Bild von Scylla und Charybdis auf sie anzuwenden. Wir haben schon dargelegt, daß Schumpeter, der von allen Neueren das Problem am schärfsten gestellt hat, ganz und gar im Personalökonomischen stecken geblieben ist. Er glaubt, zur Statik der Marktwirtschaft gelangen zu können, indem er die personalwirtschaftlichen Statiken einfach addiert. Dabei ist er auch in seiner neuesten Arbeit stehen geblieben, obgleich ihm inzwischen meine »Theorie« bereits vorlag: »Das soziale Wert- und Preissystem zentriert in einem bestimmten Zustande, in einem bestimmten Mengenverhältnis aller Güter bei den einzelnen Wirtschaftssubjekten. Wie die individuellen Wertsysteme zum sozialen, so verhalten sich die individuellen Gleichgewichtszustände zum sozialen. Dieses soziale Gleichgewicht ist der ideale Zustand, in dem die wesentlichsten Tendenzen der Volkswirtschaft soweit zum reinsten, vollkommensten Ausdruck kommen. Bedürfnisse, in Beziehung gesetzt zu einer bestimmten physischen und sozialen Umwelt, halten sich in ihm die Wage« [2]). Wie rein personalökonomisch das gemeint ist, geht nicht nur daraus hervor, daß von der entscheidenden Wahrheit, der Tendenz auf die Gleichheit der Einkommen, nirgend auch nur eine Andeutung sich findet, nirgend auch nur eine Ahnung besteht, sondern auch aus dem klaren Wortlaut vieler Sätze. »Das einzelne Wirtschaftssubjekt... wird so lange verschiedene Tauschmöglichkeiten erproben, bis es schließlich zu derjenigen sich durchgetastet hat, die von seinem Standpunkt aus das beste Resultat gibt. Im konkreten Fall mag dies anders sein, aber im Prinzip ist es sicher so. Dann wird er seine Wirtschaft danach einrichten und immer dieselben Tauschmöglichkeiten aufzusuchen streben« [3]). Die Statik besteht dann, wenn »sich Arten — und Qualitäten — sowie die Verwendungsarten der Güter gar nicht

[1]) Carl Menger (»Grundsätze der Volkswirtschaftslehre.« Wien. 1872. S. 240) begnügt sich mit der ganz leeren Formel von »dem der allgemeinen ökonomischen Sachlage entsprechenden Preise«. Was das für ein Preis ist, dafür fehlt jede Andeutung, die M. auch nicht geben konnte, weil er die Brücke zur Kostenwerttheorie nicht geschlagen hatte. Das taten erst seine Schüler, auf Kosten der Konsequenz, wie wir meinen; aber sie machten doch dadurch die Theorie möglich. Vgl. auch v. Wieser »Theorie« usw. S. 272, wo er ohne weitere Bestimmung von einem »im Ruhezustand befindlichen Markt« spricht. S. 164/5 entwickelt v. W. Anschauungen über die statische Betrachtung seiner Vorgänger, die nichts als Mißverständnisse sind.

[2]) Schumpeter. Theorie usw. S. 86.

[3]) Schumpeter. Theorie usw. S. 62. Vgl. auch S. 13.

ändern«, und wenn »jene häufigsten Mengen derselben sich tatsächlich immer und genau so herausstellen, daß keine Tendenz zu Änderungen besteht«[1]). Von hier aus versucht er dann die Statik der Marktwirtschaft abzuleiten, bleibt aber völlig im Personalökonomischen stecken, wenn er, wie schon einmal angeführt, von den in die Marktwirtschaft verflochtenen, in meinem Ausdruck »abhängigen« Wirtschaftspersonen schreibt: »Immer hängen die Grenzpunkte des Gütererwerbs eines Individuums voneinander ab; nur kommt im zweiten Falle noch hinzu, daß sie auch von den analogen Grenzpunkten des Gütererwerbes aller anderen Individuen abhängen. So kann man denn ohne weiteres weiter gehen und auch für die Volkswirtschaft ein eindeutiges bestimmtes Grenznutzenniveau annehmen. Am einfachsten macht man sich das Bestehen eines solchen klar, wenn man die Volkswirtscnaft als ein Wirtschaftssubjekt betrachtet — John Bull & Co z. B. — und sich dieselbe mittelst einer repräsentativen Firma versinnlicht nach dem Vorgange A. Marshalls.«

Das läßt sich alles hören und ist, cum grano salis, ganz richtig. Die Marktwirtschaft hat in der Tat die Aufgabe, den »Kollektivbedarf«[2]) — und das ist die Summe aller einzelnen »Marktbedarfe« aller zugehörigen Wirtschaftspersonen — nach dem Prinzip des kleinsten Mittels zu beschaffen und zu verwalten; und ihr Gleichgewichtszustand ist in der Tat nicht eher erreicht, als bis der personalökonomische Gleichgewichtszustand sämtlicher Einzelwirtschaften hergestellt ist[3]): »Jeder personale Marktbedarf setzt sich zusammen aus bestimmten Mengen bestimmter Wertdinge, die wirksam nachgefragt werden. Welche Mengen welcher Wertdinge, darüber entscheidet die subjektive Wertskala der Bedürfnisse«, d. h. der Grenznutzen[4]).

Aber damit ist doch nur erst die Statik der Marktwirtschaft bestimmt, insofern sie Mittel zum Zweck der sämtlichen von ihr abhängigen Personalwirtschaften ist, und es ist beim rein Personalwirtschaftlichen geblieben. Daß das nicht ausreicht, fühlt Schumpeter selbst, indem er unmittelbar anschließend fortfährt: »Allein dieses Bild ist inadäquat und verdeckt die wesentlichen Charakterzüge der Verkehrswirtschaft; nur für die »geschlossene«, verkehrslose Wirtschaft paßt es ganz. Für die erstere kann die Konstruktion

---

[1]) Schumpeter, Wesen und Hauptinhalt S. 128.
[2]) Vgl. meine »Theorie«. S. 350.
[3]) „ „ „ S. 351.
[4]) „ „ „ S. 324.

nur ein praeliminares Bild geben; . . . aber sonst spricht man besser von einem System von Grenznutzenniveaus in der Volkswirtschaft«.

Dennoch — er kommt eben von hier aus doch nicht weiter, als bis zur Addition der personalökonomischen Daten. Es ist aber gerade die Aufgabe der Nationalökonomik, die Statik der Marktwirtschaft an sich, ohne Rücksicht auf die hier als gegebenes Datum in den Voraussetzungen stehende Bedarfsdeckung der Personalwirtschaften zu untersuchen, als einen Mechanismus, der zwar von ihnen aus seine bewegende Kraft erhält und nur ihnen, ihrer Bedarfsdeckung nach dem Grenznutzen, dient, aber diesen Dienst eben nur durch eine Organisation leisten kann, auf deren Beschreibung und Verständnis es gerade ankommt. Wenn ein Bild gestattet ist: es ist natürlich wahr, daß das Licht und die Kraft, die ein von einer Wasserturbine getriebener Dynamo erzeugt, nichts anderes sind als die mechanische Arbeit des fallenden Wassers: aber die Umwandlung der Kraft fordert doch wohl eine genauere Beschreibung der Einrichtung und der Arbeit der Dynamo-Maschine?

Das hat Schumpeter verfehlt; darum hat er zwar auf die eigentlich nationalökonomischen Fragen keine grundsätzlich falsche Antwort gegeben, wie seine klassischen und nachklassischen Vorgänger, die die Statik des Marktes unrichtig oder unvollständig beschreiben und erklären — aber darum hat er auch darauf verzichten müssen, auf sehr viele und sehr bedeutsame Fragen überhaupt eine Antwort zu geben. Sein ganzes erstes Hauptwerk ist wie gesagt voll von Resignation, und zum Glück von einer falsch angebrachten Resignation. Man kann sehr viel weiter kommen, wenn man die Statik nicht nur personalökonomisch, sondern eben auch nationalökonomisch so bestimmt, wie es uns gelungen ist. Ja, man kann bis zum Ende aller wahrhaft interessanten Probleme, bis zur vollen grundsätzlichen Lösung kommen.

Wenn wir nun unsererseits den Zustand der Statik genau darstellen sollen, so dürfen wir uns bei der Statik der Personalökonomie kurz fassen, da wir uns in allem wesentlichen Schumpeters erschöpfende Darstellung zu eigen machen können. Nur einige Zufügungen, die aber durchaus im Geiste seiner eigenen Auffassung sind.

Wir sind durchaus nicht darauf angewiesen, »bloß die streng wirtschaftlichen Erscheinungen zu erklären, in unseren besonderen Fällen diejenige Preisbildung, wo beide Teile den größten mög-

lichen Tauschvorteil erstreben[1])«: Unsere Theorie ist durchaus nicht »nur unter der Voraussetzung richtig, daß Käufer und Verkäufer bloß von wirtschaftlichen Erwägungen geleitet werden«; gilt also nicht »nur für große, wohlorganisierte Märkte, auf denen Kaufen und Verkaufen als Geschäft betrieben wird[2])«. Es stört uns nicht, daß »in den meisten Tauschfällen die Käufer, wenn auch nicht den größten möglichen, so doch einen Tauschvorteil zu machen beabsichtigen und von der striktesten Verfolgung ihres Interesses absehen, weil sie dazu entweder keine Zeit finden, oder weil es ihnen nicht der Mühe wert erscheint, oder weil es nicht für richtig gehalten wird, zu feilschen usw.[3])«. Das alles läßt sich »in die Nachfragefuhktion aufnehmen«, wie Schumpeter einmal richtig bemerkt[4]), und z. B. unter der Rubrik »Qualifikation« ohne Fehler verbuchen. Wer im Preiskampf als Käufer von Verwendungsgütern aus irgendwelchen Gründen vor Erreichung des höchsten Vorteils kapituliert, ist in diesem Betracht eben minder qualifiziert und büßt es an seinem Realeinkommen, da sein Geldeinkommen sich in weniger Gütern realisiert.

Auch sonst brauchen wir die Fiktion des homo oeconomicus nicht, die im übrigen, soweit die Güterverwendung[5]) in Betracht kommt, völlig falsch instruiert zu werden pflegt. Es mögen noch so viele Mitglieder unserer statischen Gesellschaft ihr Einkommen in einer Weise verwenden, die vor den Maßstäben der Religion, Ethik und Hygiene durchaus verwerflich ist: sie handeln wirtschaftlich nach den Gesetzen des Grenznutzens, so lange sie ihre Wirtschaft so führen, daß sie jedes Teilbedürfnis, das für ihre Wertschätzung höhere Dignität hat, vor jedem Bedürfnis niedrigerer Dignität während der ganzen Periode bedecken, die sie rationeller Weise zu übersehen haben. Wenn z. B. ein reicher Lump sein ganzes Einkommen in schmutzigen Orgien verpraßt, ohne das Vermögen anzugreifen, so ist er im wirtschaftlichen Sinne kein »Verschwender« und ist es auch nicht im juristischen Sinne: man kann ihn nicht entmündigen. Ja, wenn er sein Vermögen gegen Leibrente verkauft, und diese regelmäßig verpraßt, so mag sein Beichtvater oder

[1]) Zuckerkandl l. c. S. 2. Vgl. auch S. 297.

[2]) „ l. c. S. 43.

[3]) „ l. c. S. 308.

[4]) Schumpeter. Wesen und Hauptinhalt. S. 271.

[5]) Was die Gütererzeugung anlangt, so mögen auch Narren vorhanden sein, die Säulen nach Athen oder Holz in eine Waldgegend bringen oder sich darauf kaprizieren, »Uhren zu machen, die nicht gehen« (v. Böhm-Bawerk). Auch das fällt unter den Begriff der niederen Qualifikation und trifft nur sie selbst in ihrem Geldeinkommen.

Arzt ihn tadeln; der Vertreter der Ökonomik als einer anethischen Wissenschaft hat nichts dazu zu bemerken. Der Mann handelt wirtschaftlich durchaus korrekt, so lange das dreifache W ihm subjektiv von höherem Werte und Grenznutzen ist, als etwa gute Bücher, bildende Reisen oder gesunder Sport[1]). Was wir für unsere Statik zu fordern haben, ist lediglich Konstanz der Daten. Die Käufer dürfen während der Beobachtungsdauer nicht plötzlich nach dem größten Vorteil streben, die Zahl der »Verschwender« im ethischen Sinne muß gleich bleiben, wenn auch aus dem einzelnen Saufbruder ein Betbruder, aus der einzelnen cocotte eine bigotte werden mag. Vergeudetes Kapital auf der einen Seite muß an anderer Stelle akkumuliert werden.

Und so stören uns auch nicht solche Preise, die nicht durch die Konkurrenz, sondern durch Festsetzung, als Tax- oder Tarifpreise zustandekommen, wie z. B. Steuern und Gebühren, die der Staat erhebt, Monopolpreise, die wieder der Staat als Inhaber eines Verkaufsmonopols (Salz, Tabak, Eisenbahntarife usw.) oder eines Ankaufsmonopols (Sold der Soldaten, Schöffen, Abgeordneten usw.) bestimmt; oder die Preise, die ein Privatmonopolist, z. B. ein Trust, festsetzt. Wir haben sie nicht zu erklären, sondern sie nur als Daten in unser System aufzunehmen, und zwar als, so lange die Beobachtung dauert, konstante Daten. Der Staat darf der Voraussetzung nach seine Steuer- und Preispolitik nicht ändern, ebensowenig der Trust, dessen Preispolitik so beschaffen sein muß, daß ihm kein Outsider Konkurrenz machen will; Taxen und Gebühren sind gleichfalls als konstant anzusetzen. Unter diesen Voraussetzungen sind Angebot und Nachfrage ebenfalls konstantes Datum der Untersuchung, und mehr brauchen wir nicht.

Was nun die Statik der Marktwirtschaft anlangt, so verstehen wir darunter die Wirtschaft einer enfalteten, d. h. um ihren Markt zentrierten Wirtschaftsgesellschaft, die in ihrem Gleichgewichtszustande funktioniert. Also nicht einen Zustand der Ruhe, sondern einen Zustand der Bewegung, der vollen Funktion, den aber während der Beobachtungszeit keine einzige »Störung« durch Veränderung der gegebenen Daten trifft. Man hat die Statik unzählige Male mit einer im dynamischen Gleichgewicht ruhenden Wassermasse verglichen, deren Oberfläche da-

[1]) Diese Dinge waren in meiner »Theorie« noch nicht völlig zur Klarheit gelangt. In Erwartung der dritten Auflage habe ich meine nunmehr völlig geklärte Auffassung durch meinen Schüler Joachim Tiburtius (»Der Begriff des Bedürfnisses«. Inaug. Diss. Jena. 1914. S. 70 ff.) darstellen lassen.

her einen vollkommenen Spiegel, eine vollkommene Kugelfläche darstellt. Clark, der das Bild akzeptiert, paßt es mit einer sehr geschickten Wendung besser dem an, was die Ökonomik braucht, indem er sagt, die Masse sei nicht gefroren, sondern durchaus flüssig. Das Bild hinkt noch immer, weil eine Wasserfläche im dynamischen Gleichgewicht eben ruht: ein besseres Bild wäre das dynamische Gleichgewicht der Himmelskörper, die sich zwar regelmäßig bewegen, aber dennoch, so lange unsere Beobachtung reicht, keine Veränderung der gegenseitigen Lage erlitten haben, die nicht im voraus zu berechnen gewesen wäre. Ein noch besseres Bild bietet das Eisenbahnsystem eines Landes. Die Statik ist der dem Fahrplan entsprechende Verkehr der Züge, jede Abweichung von ihm gehört als »Störung« unter Dynamik. Wenn man zwei Fahrpläne aus verschiedenen Zeiten miteinander vergleicht, hat man die »komparative Statik«, bei der gleichfalls von allen Störungen abgesehen wird.

Die »gegebenen Daten« sind: die Anzahl und soziale Lage der Bevölkerung, daher der Kollektivbedarf, daher die Staffel der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und -Vereinigung, daher die Konstanz der Produktion von Wertdingen niederer Ordnung und ihrer Verteilung. In jeder statischen Gesellschaft muß Geburt und Tod sich im Ganzen und zwar derart ausgleichen, daß der Altersaufbau und die Geschlechterzusammensetzung der Bevölkerung exakt die gleichen bleiben. In einer kapitalistischen Verkehrsgesellschaft muß außerdem noch jeder durch Tod oder Alter oder Krankheit usw. ausscheidende Kapitalist, Grundrentner und Arbeiter momentan durch einen anderen seiner Klasse ersetzt werden: nur unter dieser Bedingung kann Produktion und Distribution als unveränderlich gedacht werden. Neues Land wird nicht geurbart, neues privatwirtschaftliches Kapital wird nicht akkumuliert, sondern wechselt nur allenfalls seinen Besitzer; neue Werkgüter (»volkswirtschaftliches Kapital«) werden nur in genau dem Maße ihres »faktischen« Verschleisses erzeugt: von »moralischem Verschleiß« kann hier keine Rede sein, da neue Erfindungen nicht gemacht und jedenfalls nicht in neuen technischen Veranstaltungen ausgenützt werden.

Unter diesen Voraussetzungen gibt es nur »gesellschaftlich notwendige Arbeit« und ebenfalls nur »gesellschaftlich durchschnittliche Arbeit«; all das ist in der — als Datum eingesetzten! — Qualifikation einbegriffen. Und daher steht hier der Preis aller »beliebig reproduzierbaren Produkte« durchaus auf dem statischen Satze, den der Grenzproduzent erhalten muß, um

das ihm zustehende Einkommen zu erlangen; und zwar ist hier der »Reproduktionspreis« exakt gleich dem »Produktionspreise«. Er ist Grenzbeschaffungspreis, bestimmt durch den unter den ungünstigsten Verhältnissen produzierenden Produzenten, dessen Produkt der Markt noch braucht. Unter »ungünstigsten Verhältnissen« ist zu verstehen erstens die sachliche Qualifikation: der Grenzproduzent besitzt kein »Produktionsmonopol«[1]) gegenüber seinen Konkurrenten; und zweitens die persönliche Qualifikation: der Grenzproduzent ist der Anlage nach durchschnittlich qualifiziert, nur daß diese Anlage durch Ausbildung erhöht worden sein mag.

Und zwar gilt das für alle Produkte, landwirtschaftliche und industrielle. Für die Landwirtschaft hat Ricardo das meisterhaft bewiesen: der Preis des Urproduktes bestimmt sich nach den Gestehungskosten des Grenzproduktes auf dem Grenzboden resp. durch das Grenzkapital, und zwar, wie ohne weiteres ersichtlich, für den durchschnittlich qualifizierten Landwirt. Und genau so steht es um alle Produkte, die der Industrielle oder Händler zu Markte bringt. Hier besteht in der Statik kein Gegensatz. Adolf Wagner, der hier John Stuart Mill folgt, hält die an sich sehr wichtige Tatsache der verschiedenen Preisbildung für Urprodukte einerseits und Gewerbsprodukte andererseits für so wichtig, daß er an Stelle der klassischen Zweiteilung in unvermehrbare und vermehrbare Produkte eine Dreiteilung vornimmt, indem er die vermehrbaren Produkte unterteilt in solche, deren Preis die Tendenz hat, zu steigen, nämlich die »Agrarprodukte, die dem Gesetz der »steigenden« Produktionskosten unterliegen, — und solche, deren Preis die Tendenz hat, zu sinken, nämlich die Industrieprodukte, deren Preise dem Gesetz der sinkenden Produktionskosten unterliegen«[2]). Das ist vollkommen richtig, aber gehört nicht in die einfache, sondern in die komparative Statik, die die »Tendenz der Entwicklung« untersucht. In der einfachen Statik besteht kein Unterschied zwischen den Preisen der Ur- und der Gewerbsprodukte. Beide stehen auf dem Grenzbeschaffungspreise. Bei beiden ist Produktions- und Reproduktionspreis gleich.

Damit dürften die wichtigsten Bestimmungen über die Statik der Marktwirtschaft angeführt sein, und wir können nunmehr dazu übergehen, die Folgerungen zu ziehen, die sich aus unserer Grundformel ergeben.

---

[1]) Über den Begriff »Produktionsmonopol. Vgl. unten, Abschnitt 4, 3 c.

[2]) Theoret. Sozialökonomik. Leipzig. 1907. S. 243.

Vierter Abschnitt:

Der statische Preis der Güter und Dienste. Der »autogene Wert«.

Die angeführten alten Smithschen Sätze erlauben, was bisher merkwürdigerweise nicht erkannt worden ist, die Aufstellung exakter Gleichungen für den statischen Preis zunächst sämtlicher Wertdinge niederer Ordnung«, wie ich Güter und Dienste zusammenfassend bezeichnet habe. Es wird sich aber herausstellen, daß die gewonnenen Formeln durchaus hinreichen, um die statischen Preise auch der weitaus wichtigsten »Machtpositionen« oder »Wertdinge höherer Ordnung« und ihrer Nutzungen, nämlich des Kapitals und des Grund und Bodens, des Profits und der Grundrente, festzustellen. Wir handeln aber im folgenden vorläufig nur von dem »autogenen Wert« der Güter und Dienste, wie ich vorschlagen möchte, deren statischen Preis im Gegensatz zu dem »abgeleiteten Wert« der Machtpositionen zu nennen. —

Jedes unmittelbare Einkommen e setzt sich in der Statik wie in der Dynamik der Gesellschaft zusammen aus dem Preise v des von der betreffenden ökonomisehen Person zu Markte gebrachten Produktes, multipliziert mit der Anzahl n der verkauften Produkte: Güter, Dienste, Kapital- oder Bodennutzungen. Das ist sein Roheinkommen. Um daraus das Reineinkommen zu berechnen, muß man die vorgestreckten Selbstkosten[1]) s des Einzelprodukts, multipliziert wieder mit n, der »Produktivitätsziffer«, subtrahieren.

Die Gleichung hat folgende Form:

$$e = v \cdot n - s \cdot n$$

Und daraus ergibt sich als Preis des Produkts:

$$v = \frac{e}{n} + s.$$

In dieser Gestalt kann die Gleichung nicht aufgelöst werden. Sie enthält nur Unbekannte.

Wenn man aber die Statik ins Auge faßt und die Smithschen Sätze zugrunde legt, so erhält man für e (Einkommen) einen schon viel näher bestimmten Wert. Nennen wir das Einkommen der durchschnittlich Qualifizierten, die unter keinem Monopolverhältnis produzieren, E, den Zuschlag (resp. Abschlag) für höhere oder

[1]) Und zwar nicht nur die Erzeugungs- und Transportkosten, sondern auch die Generalunkosten, und dazu rechnen auch »Abschreibungen«, »Rückstellungen« und »Reservefonds« (vgl. meine »Theorie der reinen und politischen Ökonomie«. S. 310 ff.).

geringere Qualifikation ± q, den Zuschlag (resp. Abschlag) des Monopols ± m, so sieht die Formel folgendermaßen aus:

$$v = \frac{E \pm q \pm m}{n} + s.$$

Hier ist E eine Konstante! Wenn die Produktivitätsziffer und die Selbstkosten des Einzelprodukts gegeben sind[1]), — und wenn q und m bestimmt oder eliminiert werden können, ist jede Gleichung lösbar, und jeder statische Preis bestimmt.

Ob und wie weit das der Fall ist, wird sich im Fortgang unserer Untersuchung herausstellen.

Jedenfalls aber läßt schon jetzt diese noch sehr unvollkommene Formel, mit der ein Smith sich freilich begnügte, eine Anzahl sehr bedeutungsvoller Schlüsse zu:

Erstens: man kann ihr den Vorwurf nicht machen, sich im Kreise zu drehen, wie die Kosten- und die Arbeitsmengentheorie des Warenwertes. Sie führt in letzter Instanz weder auf Preise, noch auf Kosten (und deren Preise) zurück, sondern auf Einkommen. Einkommen aber ist nicht Tauschwert, sondern Gebrauchswert. Unter »Einkommen« versteht alle gute Theorie eine reale Menge von Gütern und »Diensten«, die zur Verwendung (Konsum) bestimmt sind. Was aber der Verwendung dient, ist nicht mehr Ware und hat nicht mehr Tauschwert, sondern nur noch Gebrauchswert, Ophelimität. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß wir in der Sprache des allgemeinen Lebens unter Einkommen das Geldeinkommen zu verstehen pflegen. Auch hier müssen wir durch den Schleier der Maja zu blicken lernen[2]). Das Einkommen eines primitiven Jägers ist das Wild, das seine

---

[1]) Wenn wir hier — und später noch öfter — davon sprechen, daß die Kosten »gegeben« sind, so ist das nicht etwa ein Rückfall in die alte Kostenlehre. Denn für die Kostengüter und Kostendienste gilt die gleiche allgemeine Wertformel wie für das fertige Produkt. Und diese führt, wie sofort gezeigt werden wird, nicht wieder auf Preise, sondern auf Gebrauchswert, Einkommen zurück.

[2]) »Das Einkommen ist eben auch der Geldausdruck des erzielten Nutzens.« (Liefmann, »Konkurrenz- und Monopoltheorie.« Archiv f. Sozialw. Bd. 41. Heft 1. S. 118. Anm.) »Der Tauschwert des Geldes ist der antizipierte Gebrauchswert der für das Geld anzuschaffenden Dinge.« (v. Wieser, »der natürliche Wert«. Wien. 1889. S. 46.) — »Die Güter, die eine Wirtschaftsperson zum Tausch produziert, werden ihr dann (in der Statik) . . . unter dem Gesichtspunkt des Gebrauchswertes dessen, was er dafür erhalten kann, erscheinen.« (Schumpeter, »Theorie der wirtsch. Entwicklung.« Leipzig. 1912. S. 62/63). »Haben Waren ihr ökonomisches Ziel erreicht, befinden sie sich in den Händen der Konsumenten, so hören sie selbstverständlich auf, Waren zu sein und werden »Gebrauchsgüter« im engeren, dem der »Ware« entgegengesetzten Sinne des Wortes.« Menger, l. c. S. 232.)

Arbeit, und das Korn und Hausvieh, das seiner Weiber Arbeit beschafft. Und auch für uns noch verbindet sich mit den Worten: »kleines oder großes Einkommen« das sehr deutliche Bewußtseinsbild einer dürftigen oder reichen Versorgung mit Gütern und Diensten der Verwendung. Ein Einkommen mag zu Vergleichszwecken in Geld, also als Tauschwertmasse ausgedrückt werden, — aber an sich betrachtet, ist es lediglich eine Gebrauchswertmasse. Was zur Verwendung in der Personalwirtschaft bestimmt ist, ist vom Markte zurückgezogen — und nur auf dem Markte haben die Dinge Tauschwert und Preis.

Zweitens: wir haben oben die Frage offen gelassen, ob der »Mittelpreis«, den wir durch reine Beobachtung finden, sich nur rechnerisch eben als Mittelpunkt einer Kurve ergibt, oder ob er der Ort einer aktiven Anziehung ist, der seinerseits selbst bestimmt ist durch Kräfte, die außerhalb des Marktgetriebes wirken. Diese Frage können wir jetzt entscheiden. Gerade so wie die Elongationen des Pendels bestimmt sind, durch die aktive Anziehung zum Ruhepunkte hin, kombiniert mit der Kraft der »Störung«; und wie der Ruhepunkt selbst bestimmt ist durch die außerhalb des Getriebes wirkende Kraft der Gravitation, als der in Pendellänge senkrecht unter dem Aufhängepunkt gelegene Raumpunkt: so bestimmt auch der statische Preis zusammen mit der Kraft der Störung die Weite und den Ort der Elongationen, des laufenden Preises, und ist seinerseits durch Kräfte bestimmt, die außerhalb des Marktgetriebes, d. h. der Konkurrenz liegen; durch Kräfte nämlich, die die Personalwirtschaft, und erst durch diese mittelbar die Marktwirtschaft in Bewegung setzen.

Damit ist das Problem der Stabilisierung der Preise auf das einfachste gelöst, d. h. das Problem, warum die Preise der Produkte auch nach den größten Schwankungen doch immer wieder darauf hin tendieren, ihren alten Stand einzunehmen: ein Problem, das die Grenznutzentheorie durch sehr komplizierte und nicht unbedenkliche Hilfskonstruktionen zu lösen versucht, ohne ganz von ihrer eigenen Lösung befriedigt zu sein. Das geht wenigstens daraus hervor, daß sie immer wieder auf das historische Element in der Preisbildung hinweist, das den Preis stabilisiert[1]). Wir brauchen diese in der reinen Theorie gewiß fremdartige Hilfser-

[1]) Schumpeter (»Theorie der wirtschaftl. Entwicklung«, S. 5) verweist auf die »lange, zum Teil ererbte Erfahrung«, die jeden lehrt, »wie groß seine Produktion sein müsse«. Auf S. 60 kommt er darauf zurück. Die Tatsache der Konstanz oder Kontinuität sei unentbehrlich für das wirtschaftliche Handeln der Wirtschaftssubjekte. Es

klärung durchaus nicht. Wenn alle Erfahrung verloren ginge[1]), würde sich unter sonst gleichen Umständen jeder Preis immer wieder auf exakt den alten Mittelwert einzustellen tendieren.

So zeigt es sich in diesen beiden Fällen, daß die von mir zuerst vorgenommene Scheidung der Lehre von der Gesellschaftswirtschaft in die beiden Teile der Lehre von der Personalwirtschaft der einzelnen ökonomischen Personen einerseits und der Marktwirtschaft, als des aller Personalwirtschaft gemeinsam dienenden Mechanismus, keine Willkür ist, sondern auf systematischer Notwendigkeit beruht.

Drittens und vor allem: es zeigt sich schon hier, daß der statische Preis durchaus durch »objektive« Ursachen bestimmt ist. Denn sowohl die persönliche Qualifikation des einzelnen Produzenten, wie seine Stellung zu Monopolverhältnissen sind für ihn und seine Kontrahenten objektiv gegebene Bedingungen, mindestens in dem Sinne, wie das Wort »objektiv« hier gebraucht wird, als Gegensatz zu dem Gebrauch des Wortes »subjektiv« durch die Schule der Grenznutzentheoretiker. Weder die Qualifikation, noch die Stellung zu Monopolverhältnissen nämlich ist irgendwie abhängig von den subjektiven Wertschätzungen des Konsumenten oder des Produzenten selbst oder von der Größe eines ihm zur Verfügung stehenden Vorrates.

Schon diese noch sehr unvollständige Lösung schlägt gegen die subjektivistische Schule durch. Sie ist so viel

---

beruhe auf bewährter Erfahrung, das Wirtschaftssubjekt sei der Ansicht, es könne nichts Besseres tun, als diese Erfahrungen zu wiederholen. Das wird dann auf S. 73 noch einmal zur Erklärung des für die Subjektivisten besonders stachlichen Problems vom Werte des Geldes herangezogen. Vgl. l. c. S. 8, 9. Ferner in »Wesen und Hauptinhalt der theoret. Nationalökonomie«, S. 190.

[1]) v. Wieser sagt (»Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft«, S. 253): »Von jedem Preise kann gesagt werden, daß er bis zu einem gewissen Grade auf dem Herkommen beruhe, denn der Markt schließt die Preise von heute immer an die von gestern an und braucht die Hilfe der hergebrachten Preise, um seinen Verkehr zu regeln. Gesetzt, es wäre möglich, daß alle Marktbesucher gleichzeitig ihre Erfahrung über die bestehenden Preise ganz und gar verlören, so wäre der Verkehr in eine Verwirrung gestürzt, aus der er sich nicht ohne die größten Verluste frei machen könnte; . . . es wäre kaum zu denken, wie es gelingen sollte, die untereinander zusammenhängenden Preise aller tausend und tausend Werte des Marktes aus einem preislosen Zustande von Grund aus neu zu bilden.« Vgl. auch Zuckerkandl: »Theorie des Preises«, S. 377: »Jeder, der es unternimmt, sich auf die Produktion einer Güterart zu beschränken, muß offenbar . . . . von einem bestimmten Preise seiner Produkte ausgehen, und dieser kann in der Regel kein anderer sein als der wirkliche Preis von Gütern dieser Art«.

einfacher als die ihre, daß sie schon aus dem Grunde der Denkökonomik den Vorzug beanspruchen kann, auch ohne formelle Widerlegung der gegnerischen Deduktionen. Das zeigt sich vor allem an zwei Hauptproblemen:

Erstens an dem Problem des Wertes der produzierten Produktionsmittel, des »Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne«. Die Grenznutzenschule, die ja nur vom subjektiven Wert ausgehen kann, hat doch, milde ausgedrückt, sehr bedeutende Schwierigkeiten, den Wert dieser Güter, die ja keinen »Eigenwert« haben können, weil sie kein letztes Bedürfnis befriedigen, aus dem Wert ihrer Endprodukte abzuleiten. Hier hat die objektivistische Lehre überhaupt keine Schwierigkeiten. Der Wert der Produktivgüter bestimmt sich wie der der letzten Verwendungsgüter nach der gleichen Formel.

Zweitens und vor allem zeigt sich die Überlegenheit unserer Formel in der Frage nach dem Werte des Geldes. Geld ist weder letztes Verwendungsgut noch Produktivgut und hat daher keine Endprodukte, die Verwendungsgüter wären. Trotzdem hat es seinen genau bestimmten statischen Preis. Hier liegt die wundeste Stelle der Grenznutzenlehre offen; und einer ihrer Vertreter, v. Mises[1]), hat denn auch nachgewiesen, daß keiner der verschiedenen, sehr komplizierten Lösungsversuche ausreicht — was übrigens auch für seinen eigenen gilt. Alle diese Schwierigkeiten bestehen für uns ebensowenig wie im ersten Fall. Auch hier gilt unsere Formel, die von dem objektiv bestimmten Einkommen des Edelmetallproduzenten ausgeht. Uns will scheinen, daß das bereits recht beachtenswerte Ergebnisse sind.

Aber noch fehlen unserer Formel sehr wichtige Bestimmungen, um sie für das höhere Problem brauchen zu können, dem die Bestimmung des statischen Preises zu dienen hat. Bisher wissen wir nur, daß die Einkommen aller Produzenten von gleicher persönlicher und sachlicher Qualifikation gleich sind, und wissen ferner, daß höhere persönliche und sachliche Qualifikationen höhere Einkommen haben: aber wir wissen noch gar nichts davon, wie hoch diese Einkommen der höher Qualifizierten über dem Normalniveau stehen, und wie sich infolgedessen der relative Wert ihrer Produkte zu dem der Produkte der normal Qualifizierten verhält.

---

[1]) Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. München und Leipzig. 1912.

1. Erste Annäherung:
Die Gesellschaft der Gleichen.

Wir wollen nun versuchen, der uns interessierenden Größe des statischen Preises schrittweise näher zu kommen.

Zu dem Zwecke werden wir uns, um zu einer ersten Annäherung zu gelangen, einer vereinfachenden Konstruktion bedienen, die grundsätzlich der berühmten Vereinfachung durchaus analog ist, auf der J. H. von Thünen die wundervolle Konstruktion seines »isolierten Staates« aufbaute.

Er wollte bekanntlich bestimmen, wie die reine »ökonomische Entfernung« die Grundrente, und wie diese dann den Standort der verschiedenen Zweige und Intensitätsstufen der Urproduktion bestimmt. Zu dem Zwecke schuf er sich eine gedachte geographische Grundlage von praktisch unmöglicher Einfachheit: ein völlig flaches Land mit völlig gleichem Boden ohne andere Kommunikationsmittel als Landstraßen. Er abstrahierte mithin von allen Unterschieden der Qualifikation, d. h. hier der Bodengüte, von allen Hindernissen des Transportes, außer der einfachen Länge des Transportweges; und von allen Monopolen der Lage z. B. an einem schiffbaren Fluß, außer dem Monopol der größeren geographischen Marktnähe.

Eine unwirklichere Konstruktion ist nicht leicht denkbar. Schon die Bestimmung der durchweg gleichen Bodenqualität eines ausgedehnten Landgebietes ist undenkbar, und noch weniger denkbar ist die Abwesenheit irgendeiner Bodenerhebung und irgendeines größeren Wasserlaufes in einem Gebiete, das doch nach der Voraussetzung für alle Landwirtschaft geeignet sein soll. Dennoch wird überall anerkannt, daß diese Konstruktion als erste Annäherung an die Lösung des gestellten Problems das größte geleistet hat, ja, daß sie dazu unentbehrlich war; — und ferner, daß es leicht ist, die gewonnenen Resultate durch Einsetzung eines realen Faktors nach dem anderen mit genügender Genauigkeit auf die Wirklichkeit anzuwenden.

Darum hoffen wir, daß man uns das Recht nicht bestreiten wird[1]), eine ganz analoge Konstruktion als erste Annäherung an

[1]) Vgl. die begeisterte Zustimmung, die v. Wieser (»Theorie der gesellsch. Entwicklung«, S. 134) Thünens Isoliermethode zuteil werden läßt. Vgl. a. den oben zitierten Satz aus Schumpeter (»Wesen und Hauptinhalt« S. 177). Übrigens macht v. Wieser (Theorie usw. S. 341) genau die gleiche »Annahme vollständiger Gleichheit der verbundenen Einzelwirtschaften, derart, daß überall der Einkommensstand, der Bedürfnisstand, der Wertstand genau übereinstimmen«.

unser Problem zu entwerfen, zumal auch Thünen selbst, freilich ohne weitere Konsequenz, sich gelegentlich exakt der gleichen Vereinfachung zu anderen Zwecken bedient hat[1]).

Wir unterstellen, daß auf der gleichen geographischen Grundlage, auf der der »isolierte Staat« steht, eine Gesellschaft wirtschaftet, in der keinerlei Hemmnis des Ausgleichs der Einkommen besteht. Es gibt kein irgendwie geartetes natürliches oder rechtliches Monopol, und alle Produzenten sind völlig gleich qualifiziert. Es gibt also sachlich keine Patente, Autorenrechte, Privilegien; keine Unterschiede der Bodengüte der Landgüter, der Verkehrslage der städtischen Unternehmungen, keine Unterschiede der Ausstattung mit Werkgütern (»Kapital«), keinen Einzelbesitz an seltenen Naturschätzen und Naturkräften usw. Und es gibt persönlich keine Unterschiede der Körperkraft und Intelligenz, der Ausbildung und des Willens usw.

Dann arbeiten offenbar alle Produzenten gleich lange — denn ihr Fleiß ist als gleich angenommen — und ebenso offenbar sind in der Statik alle Einkommen gleich groß[2]), und zwar unabhängig davon, was für Produkte der Produzent zu Markte bringt, ob Dienste oder Güter, ob Pianos oder Zahnstocher, Automobile oder Zinnsoldaten, oder ob Maurerarbeitstage oder ärztliche Konsultationen. Wir haben die radikale Gleichheit des konsequentesten Kommunismus.

a) Das Einkommen.

Machen wir uns sorgfältig klar, was das Wort »Einkommen« hier wie immer bedeutet. Wir haben schon oben angeführt, daß es eine Masse von Gebrauchswerten, nicht aber von Tauschwerten, bedeutet. Es sind Güter und Dienste der Verwendung (des fälschlich meist so genannten »Konsums«), die nur so lange Tauschwert hatten, als sie sich noch auf dem Markt befanden, aber, einmal in die Personalökonomik eingegangen, diesen Charakter

[1]) Isolierter Staat. 2. Aufl. Rostock. 1842—1863. I. Abt. des II. Teils S. 74—90. cit. nach Böhm-Bawerk Gesch. usw. S. 197.

[2]) Nach Ricardo müßte hier allerdings Differentialgrundrente entstehen. Ich habe mich aber zu zeigen bemüht, daß das irrig ist. Unter den vorgestellten Umständen würde die Tendenz zur Herstellung der »natürlichen Hufengröße« es bewirken, daß alle Einkommen aller Urproduzenten gleich sind, weil die marktnähere Hufe entsprechend kleiner wäre (vgl. meine »Theorie« S. 422). Wer das nicht zuzugeben bereit ist, mag sich die Gesellschaft als so klein vorstellen, daß nach Ricardo keine Rente entstehen kann, weil nur »Boden erster Rentierung« in Gebrauch ist; das wäre die Konstruktion der Rodbertusschen Insel.

durchaus verloren haben und nichts anderes als Gebrauchswerte mehr sind.

Um das ganz klar zu erfassen, betrachten wir unsere Gesellschaft der Gleichen zuerst in einem primitiven Stadium ihrer Wirtschaft, in dem noch kein Geld existiert, und Täusche überhaupt nicht vorkommen. Auch hier ist das Einkommen durchaus gleich. Das heißt: alle Familien der Gesellschaft haben die gleichen Güter[1]) jährlich zu verzehren; ihre Nahrung, Bekleidung, Behausung, ihr Schmuck usw. ist wertgleich.

Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß alle Mitglieder der Gesellschaft substantiell genau die gleichen Güter konsumieren, die gleiche Nahrung verzehren, die gleichen Kleider und Waffen, die gleichen Behausungen, den gleichen Schmuck aus gleichem Material haben usw. Das wird ja unter realen Verhältnissen annähernd der Fall sein. da in einer so primitiven Wirtschaftsgesellschaft der Konsum der meisten Mitglieder durch die umgebende Natur und den Zwang der Sitte auf die gleichen Güter gelenkt. und darum ihre Produktion die gleiche sein wird.

Wir wollen aber annehmen, daß in unserem isolierten Staate sowohl die Produktionsrichtung, wie auch die Konsumgewohnheit so verschieden sind, wie es auf primitiver Stufe nur denkbar ist. Es sind also zwar alle Personalwirtschaften noch autarkisch: aber es gibt alle nur möglichen Kombinationen der Nahrungsbeschaffung durch Jagd, Fischfang, Ackerbau, Gartenbau, Pflanzensuche usw.; und in bezug auf Kleidung, Behausung, Schmuck, Waffen usw. herrscht die größte Mannigfaltigkeit.

Dennoch sind alle die realen Mengen von Gütern, die für jede einzelne Personalwirtschaft beschafft werden, gleich und zwar wertgleich, wenn auch nicht substanzgleich. Es sind gleiche Massen von Gebrauchswerten, von subjektiven Werten.

Denn, da hier nach der Voraussetzung Alle gleich qualifiziert sind, könnte jeder, der das Einkommen eines anderen höher schätzt, als sein eigenes, sich ohne weiteres genau dieses andere Einkommen beschaffen, indem er seine Produktionsrichtung entsprechend seiner neuen Geschmacksrichtung ändert. Wir befinden uns aber hier in der Statik, wo in keiner Beziehung eine Tendenz zu irgendeiner Änderung vorliegen kann. Und darum können wir wiederholen: hier sind alle Einkommen in zwiefacher Hinsicht wertgleich: sie sind es erstens nach den Beschaffungsaufwänden;

[1]) Dienste kommen hier nicht in Betracht.

denn sie repräsentieren sämtlich zeitgleiche Aufwände gleich qualifizierter Arbeitskraft: — und sie sind zweitens gleich im subjektiven Wert, weil jedes ohne weiteres durch das andere substituiert werden könnte. Zwar schätzt jeder Einzelne die Gütermasse, die sein Einkommen ausmacht, subjektiv höher als die aller Anderen — das aber kann eben nur der Fall sein, wenn sie, »intersubjektiv« betrachtet, wertgleich sind.

Hier scheint mir zum ersten Male eine befriedigende Lösung des brennendsten aller Probleme gegeben zu sein, mit dem sich die Grenznutzentheorie m. E. vergeblich herumquält, nämlich einen Maßstab zu gewinnen, der es gestattet, die subjektiven Wertschätzungen verschiedener Individuen und »Gesamtwerte« auf einen Generalnenner zu bringen. Von der rein personalökonomischen Auffassung aus, von der jene Schule ausgeht, ist dieser interpersonale, intersubjektive Maßstab nicht zu gewinnen, wohl aber von der »nationalökonomischen«, integralen Auffassung aus, die uns leitet.

Ganz die gleichen Gesetze gelten nun auch in der Tauschgesellschaft des entfalteten Marktes. Sehen wir zunächst noch von dem Dazwischentreten des Geldes ab; betrachten wir eine immer noch sehr primitive Wirtschaft mit reinem Naturaltausch. Hier kann die Produktion schon sehr viel mehr verschiedene Richtungen eingeschlagen haben: neben den Urproduzenten stehen schon Handwerker verschiedener Art und Händler. Hier herrscht bereits Konkurrenz, und darum ist Aller Einkommen durchaus gleich, gleich als objektiver Beschaffungswert, weil in jedem Einkommen gleiche Zeiten gleicher Arbeitsaufwände verkörpert sind, und wertgleich als Masse subjektiver Gebrauchswerte — denn sonst wäre das minder geschätzte Einkommen in der Statik längst durch das höher geschätzte substituiert.

Und ganz das gleiche gilt nun auch noch auf der höchsten Stufe der entfalteten Kooperation mit ausgebildeter Geldwirtschaft. Die Massen von Verwendungsgütern, (und hier auch -diensten), die jedes Einkommen ausmachen, sind auch hier wertgleich, und zwar objektiv als Verkörperung gleicher Zeiten gleicher Arbeitsaufwände, und subjektiv als gleiche subjektive, bzw. intersubjektive Gesamtwerte. Nur prägt diese doppelte Gleichheit sich hier noch klarer als jemals vorher aus dadurch, daß alle Einkommen auch den gleichen Geldwert haben.

In den vor-geldwirtschaftlichen Zuständen beruhte die Schätzung der Gleichheit auf unsicheren Grundlagen. Man konnte

ehe eine Statik erreicht war, die höhere Gunst eines Berufes nur an ziemlich groben Merkmalen erkennen, etwa an der Größe und Ausstattung der Behausung, an der Zahl der Frauen, die ein Mitbürger sich leisten konnte, an Schmuck und Waffenpracht. Nach der Ausbildung der Geldwirtschaft ist ein viel feinerer und genauerer Maßstab der Einkommens-Gleichheit in der exakten Gleichheit des Geldeinkommens gegeben: wir dürfen uns nur nicht dazu verleiten lassen, das Geld, das nichts ist als die Anweisung auf beliebige gesellschaftlich erzeugte Güter und Dienste, für das Einkommen zu halten anstatt dieser Güter und Dienste selbst.

Wir müssen, um es zu wiederholen, auf diese Feststellungen das größte Gewicht legen, weil sie über das Bedenken entscheiden, ob auch die von uns vorgetragene objektive Wertlehre sich in denselben Kreisschlüssen dreht, wie einige der älteren. Wenn man das Wort »Einkommen« richtig auffaßt, so erkennt man, daß unsere Theorie nicht in einer petitio principii vom Tauschwert oder Preis ausgeht, um den Tauschwert oder Preis zu erklären, sondern daß sie von realen Mengen von Gebrauchswerten, dem Einkommen, ausgeht, um den statischen Preis abzuleiten.

Daß das Geldeinkommen in der Statik der Gesellschaft der Gleichen exakt gleich sein muß, läßt sich leicht zeigen:

Hier haben alle Produzenten das gleiche Einkommen E. Es gibt weder für q (Qualifikation), noch für m (Monopolgewinn) Auf- oder Abschläge.

Nun besteht Geld zunächst aus Edelmetall. (Auf die verschiedenen Geldtheorien können wir uns hier nicht einlassen. Unsere Ergebnisse mögen bei Fachmännern für sich selbst sprechen).

Edelmetall ist ein Produkt, wie irgendein anderes. Folglich hat in der Gesellschaft der Gleichen auch der Produzent von Edelmetall das Einkommen E. Es ist das in diesem Fall diejenige Gewichtsmenge Gold (oder Silber)[1]), die der Produzent jährlich fördert, abzüglich derjenigen Menge, die er für Kosten seiner Produktion aufzuwenden hatte, d. h. für Werkgüter (Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe) und Werkdienste angestellter Arbeiter usw. Nehmen wir an, er fördere jährlich roh 6000 Gramm Gold und zahle mit 3000 Gramm, die er gegen Münzen gleichen Gewichts bei der

[1]) Wir werden der Vereinfachung halber im allgemeinen nur von Gold sprechen. In einem stationären Zustande, wie der, von dem wir sprechen, ist natürlich das Wertverhältnis der beiden Edelmetalle ebenfalls stationär, genau entsprechend der Ausbeutungsmenge gleicher Produktionszeit.

Staatsmünze eintauscht, seine Kosten, so ist sein Einkommen 3000 Gramm. Wenn die gesetzliche Münzeinheit hier auf 1 Gramm Gold festgesetzt ist, so hat sein Einkommen mithin den Geldnamen von 3000 Mark, oder Kronen oder Dinare usw. Ist die Münzeinheit 2 oder 3 g, so hat sein Einkommen den Geldnamen von 1500 resp. 1000 Pfund oder Dukaten usw. Nehmen wir zu unserer Bequemlichkeit an, die Einheit sei ein Gramm und heiße Mark.

Dann bestimmt das Einkommen des Geldproduzenten das Einkommen aller anderen Produzenten dem Geldnamen oder Geldpreise nach, nicht etwa dem wirklichen Nutzbetrage in letzten Wertdingen nach. Oder: um einen Ausdruck meiner »Theorie« zu wiederholen, es bestimmt sie messend, aber nicht verursachend. Es ist gut, sich rechtzeitig klar zu machen, daß das Wort »bestimmen« mehrfache Bedeutung hat.

Noch einmal: jeder Produzent hat hier das gleiche Geldeinkommen E von 3000 Mark.

b) Der statische Preis der Güter und Dienste.

α) Der absolute Preis.

Daraus läßt sich nun zunächst der absolute Preis in der Statik berechnen, das, was Ricardo nicht bestimmen zu wollen erklärte, aber gelegentlich den »Wert jeder Ware für sich« nannte.

Hier gilt für jedes Gut und jeden Dienst die Formel:

$$v = \frac{E}{n} + s$$

Wenn uns die Produktivitätsziffer: n und der Einzelkostensatz: s pro Einheit gegeben sind, so können wir den statischen Preis v berechnen, da E eine gegebene Konstante ist. Das gilt für jedes Produkt, groß oder klein, Gut oder Dienst, Ergebnis einer Minute oder eines Jahres, aus billigstem oder aus kostbarstem Material. Je größer n und je kleiner s, um so kleiner ist v; — je kleiner n und je größer s, um so größer ist v.

Das ist, um es zu wiederholen, die Formel des absoluten Wertes jeder Ware für sich. Er ist nicht ausgedrückt in dem Werte anderer Waren, sondern als Teil des für alle gleichen Einkommens, das nicht aus Waren, d. h. Tauschwerten, sondern aus Gebrauchswerten besteht.

β) Der Geldpreis.

Von hier ist, sobald E einmal durch gesellschaftliche Übereinkunft einen Geldnamen erhalten hat, d. h. als das Vielfache

einer Münzeinheit ausgedrückt ist, der Übergang zum statischen Geldpreise der Güter und Dienste leicht zu finden. Wir haben nur statt E seinen Geldausdruck in unsere Formel einzusetzen. Wenn wir bei unserem Beispiel bleiben, so erhalten wir

$$v = \frac{3000}{n} + s \text{ Mark.}$$

Wenn z. B. ein Produzent jährlich 20 Stück zu Markte bringt, und das heißt in der Statik: verkauft; wenn also die Produktivitätsziffer $n = 20$ ist, und die Selbstkosten s pro Stück 100 Mark betragen, so ist der statische Preis des Produktes $3000 : 20 = 150 + 100 = 250$ Mark.

Auf diese Weise läßt sich der absolute statische Preis jedes Produkts als ein Vielfaches von Geld (g) ausdrücken:

$$v_1 = x \cdot g$$
$$v_2 = y \cdot g$$

Der Geldpreis bildet den Übergang vom absoluten zum relativen statischen Preise. So lange wir das Geld nur betrachten als die Anweisung auf oder den Repräsentanten von gewissen nützlichen Dingen oder Gebrauchswerten, die wir als Teil unseres Einkommens zu verwenden denken, ist die Formel noch absolut. Sie wird relativ, wenn wir das Geld seinerseits als Produkt, als Ware betrachten, das wir auf dem Markt als Gegenwert unseres eigenen Produktes zu erwerben wünschen, ohne dabei an den Wiederaustausch gegen Verwendungsgüter und -dienste zu denken.

γ) Der relative Preis.

Sehen wir von der Vermittlung des Geldes ab, oder betrachten wir das Geld als Ware, d. h. als bestimmtes Gewicht von Gold oder Silber, so erhalten wir die folgende Formel des relativen statischen Preises, d. h. des Preises eines Produktes, ausgedrückt in irgendeinem anderen Produkt.

$$\frac{v_1}{v_2} = \frac{(E : n_1) + s_1}{(E : n_2) + s_2}$$

Setzen wir dafür die Geldformel, so erhalten wir einen weit bequemeren Ausdruck:

$$\frac{v_1}{v_2} = \frac{x \cdot g}{y \cdot g} = \frac{x}{y}$$

v_1 ist so viel mehr wert als v_2; — oder, anders ausgedrückt: für ein Stück des Produktes v_1 kann man so viel Stücke des Produktes v_2 eintauschen, wie y in x enthalten ist.

c) Die Substanz des autogenen Wertes.

Wir haben nunmehr festgestellt, wo der statische Preis sich einstellt, der absolute, wie der relative. Damit ist die Frage nach der Höhe des Preises für die Gesellschaft der Gleichen beantwortet.

Jetzt steht eine andere, theoretisch vielleicht ebenso wichtige Frage vor uns auf: warum stellt sich der statische Preis auf diese Höhe ein? Oder mit anderen Worten: was ist die Substanz des autogenen Wertes der Güter und Dienste.

Wir kehren, um diese Frage zu beantworten, zu unserer Konstante E zurück. Was ist E?

Es ist Reineinkommen, das nach Abzug sämtlicher Kosten $(n \cdot s)$ zur Verfügung des Produzenten übrig geblieben ist. Wir haben bis jetzt nur die Lustseite seiner Existenz betrachtet, seine Zusammensetzung aus Verwendungswerten, die entweder unmittelbar verwendet oder gegen andere Verwendungswerte eingetauscht werden können. Jetzt müssen wir uns erinnern, daß alle ökonomischen Begriffe auch eine Lastseite haben: daß jeder ökonomische Nutzerfolg einen Aufwand zu balancieren hat[1]).

E bedeutet, geldwirtschaftlich ausgedrückt nach unserem Beispiel 3000 Gramm Gold oder Mark und deren »antizipierten Gebrauchswert« in anderen Verwendungswerten. Das war die Erfolgseite, das Einkommen. Es bedeutet aber auch 3000 Arbeitsstunden jährlich.

E ist daher das Äquivalent eines Aufwandes von 3000 Arbeitsstunden. Es bezahlt die von dem Produzenten geleistete, die von ihm seinem Produkt »zugesetzte« Arbeit. Diese Arbeit ist E »wert«. Das heißt, von der Aufwandsseite aus gesehen: die reale Menge von Verwendungswerten, aus denen E sich zusammensetzt, hat 3000 Arbeitsstunden gekostet. Und, von der Erfolgsseite aus gesehen: die 3000 Arbeitsstunden haben E eingetragen: »Der natürliche Lohn des Arbeiters ist sein Erzeugnis«, sagt in Übereinstimmung damit Adam Smith.

Wenn wir E wieder mit seinem Geldnamen als 3000 Mark ausdrücken, so ergibt sich, daß jede der 3000 jährlich geleisteten Arbeitsstunden 1 Mark wert ist. So viel bringt sie allen selb-

---

[1]) Es ist für unsere Betrachtung gleichgültig, ob wir die Arbeit wegen des damit verbundenen »toil and trouble« als »Last« oder lediglich als Aufwand eines in begrenztem Vorrat vorhandenen Wertdinges auffassen, also als »Kosten«. In diesem Sinne mag »Last« verstanden werden (vgl. dazu Arthur Salz: »Über Arbeitswert und Arbeitsleid« Ztschr. f. Volksw. Pol. u. Verw. XX (1911) S. 289 ff.).

ständigen Produzenten an Gebrauchswert (und beim Verkauf ihrer Produkte an Tauschwert) ein; und das ist daher auch der Lohn, den alle unselbständigen Dienstleistenden von ihrem Anwender erhalten.

Das heißt, absolut ausgedrückt, alle Produkte haben genau den statischen Preis der auf sie insgesamt verwendeten Arbeitszeit. Denn der Produzent zahlt seine als Kosten verwendeten Werkgüter und Werkdienste nach diesem Maßstab und kann weder mehr, noch muß er weniger auf diese Kosten aufschlagen, als den statischen Preis der von ihm zugesetzten Arbeitszeit.

Oder, relativ ausgedrückt: alle Produkte tauschen sich nach dem Verhältnis der in ihnen »verkörperten Arbeitszeit«. Wenn es zwei Tage dauert, um einen Zentner Weizen zu produzieren, und einen Tag, um ein Pfund Kupfer zu produzieren, so hat der Zentner Weizen den statischen Preis von 20 Mark, das Pfund Kupfer von 10 Mark; und ein Pfund Kupfer tauscht sich gegen einen halben Zentner Weizen, ein Tag Arbeitszeit gegen den anderen.

Hier, in der vereinfachten Konstruktion, gilt also das Wertgesetz, das Ad. Smith für die primitive Gesellschaft aufgestellt hat, und das Ricardo und noch genauer Marx als auch für die entfaltete Gesellschaft geltend behauptet haben. Wir merken diese Übereinstimmung vorläufig nur an. Später werden wir ausführlich darauf zurückkommen.

Was ist danach die Substanz des Wertes? Offenbar die in den Produkten verkörperte, »materialisierte«, »geronnene« Arbeit (a), gemessen an der Zeit. Wir haben als Formel des absoluten Wertes:

$$v = t \cdot a:$$

Der statische Preis bestimmt sich nach der Zahl (t) der aufgewendeten Arbeitszeiteinheiten (Marx) oder, ungenauer: nach der inkorporierten Arbeitsmenge.

Daraus ergibt sich als Formel des relativen Wertes·

$$\frac{v_1 \cdot}{v_2} = \frac{m\,t}{o\,t} = \frac{m}{o}$$

Ein Produkt kauft so viel andere Produkte wie sein Arbeitszeitaufwand das Vielfache ihres Arbeitszeitaufwandes ist.

Die Formel läßt sich ohne weiteres in die oben gewonnene Formel des relativen Geldwertes umformen, weil jede Arbeitsstunde t einen bestimmten Geldwert hat. Wenn z. B. $m \cdot t$ den statischen Preis von $x \cdot g$, und $o \cdot t$ den statischen Preis von $y \cdot g$ hat, so erhalten wir die alte Formel:

$$\frac{v_1}{v_2} = \frac{x \cdot g}{y \cdot g} = \frac{x}{y}$$

In unserem Beispiel, wo $E = 3000\,g = 3000$ t, also $m = x$ und $n = y$ war, ergibt die Arbeitszeitformel natürlich ohne Umformung die Geldformel des relativen statischen Preises.

Diese sämtlichen statischen Preise sind nun durchaus unabhängig von den persönlichen Wertschätzungen der einzelnen Wirtschaftspersonen. Das läßt sich leicht zeigen. Wir können uns unzählige Gesellschaften dieser Art vorstellen, jede mit einem anderen Gesamtbedarf: in der einen mag der Konsum von Weizen den von Roggen stark übersteigen, in der zweiten sei es umgekehrt; in der einen mögen Leinen und Wolle, in der anderen Seide und Baumwolle die vorwiegend gebrauchten Kleidungsstoffe sein; in der einen leben die meisten Einwohner vegetarisch und abstinent in der anderen sei Fleischnahrung und Alkoholgenuß die Regel, die eine sei kinderreich, die andere kinderarm usw. Dennoch ist, wenn die Produktionsarbeitszeiten als gleich angenommen sind, der statische Preis für Roggen und Weizen, Wollstoff und Leinwand, Seide und Baumwollstoff, Wein, Bier und Fleisch überall gleich hoch.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die subjektive Theorie mit ihrer Preislehre im Unrecht ist. Sie hat ganz recht, wenn sie behauptet, daß der Preis sich jedesmal einstellt zwischen den Wertschätzungen der beiden Grenzkäuferpaare. Sobald der »Vorrat« als gegeben angenommen ist, ist die Theorie richtig. Hier konnte aber um einen, nein, um den entscheidenden Schritt weiter an die Wurzel der Dinge zurückgegangen werden. Hier konnte gezeigt werden, warum im stationären Zustande der Gesellschaft ein »Vorrat« von gerade der Größe auf dem Markte ist, daß exakt diejenigen Grenzkäuferpaare den Preis bestimmen, deren Schätzung mit dem Produktionsarbeitszeitpreise übereinstimmt. Die bisherige »Erklärung« war eine Gleichung mit mehreren Unbekannten. Zuckerkandl verspottet sie allerliebst mit folgenden Worten: »Fragt man nach der Körpergröße, die die Militärtauglichkeit bedingt, so kann man nicht antworten, sie liege zwischen dem kleinsten Soldaten und dem größten Untauglichen, denn wer untauglich ist, dies lehrt erst das Maß«.

Noch klarer wird das alles, wenn wir für einen kurzen Augenblick aus unserer rein statischen Betrachtung heraustreten. Eine starke Störung, so nehmen wir an, werfe plötzlich den Markt des Brotgetreides in Unordnung. Bisher haben 90% aller Menschen

Roggenbrot, und nur 10% Weizenbrot gegessen. Aus irgendeinem Grunde schlage der Geschmack plötzlich um. Dann wird der laufende Roggenpreis tief unter den statischen fallen, und der laufende Weizenpreis hoch über den statischen steigen. Der Preis wird sich dort wie hier genau nach der von der Grenznutzentheorie erschöpfend ausgearbeiteten Theorie zwischen den Grenzpaaren einstellen. Nach einer Zeit, vielleicht erst nach Jahren, wird der Anbau genau dem Bedürfnis der Gesellschaft wieder entsprechen. Es kommen 90% Weizen und 10% Roggen zu Markte, und der statische Preis beider Produkte ist, weil aller Boden als gleich gut angenommen ist, genau so hoch wie vor der Geschmacks- und Preisrevolution.

Daraus ergibt sich, um es zu wiederholen, die wichtige Feststellung, daß wenigstens in der von uns betrachteten »Gesellschaft der Gleichen« die subjektiven Wertschätzungen der einzelnen ökonomischen Personen nichts anderes verursachend bestimmen, als die Masse[1]) jedes einzelnen Produktes, das wirksam nachgefragt und daher in der Statik auch zu Markte gebracht wird; daß aber dadurch ein Einfluß auf den statischen Preis der einzelnen Produkte nicht ausgeübt wird. Dieser bestimmt sich lediglich durch objektive, dem Willen und der Zwecksetzung wie Wertschätzung der Verbraucher durchaus nicht unterliegende Kräfte, weil in der Statik der Vorrat eine gegebene Größe ist.

Wir meinen, aus dieser Betrachtung ergibt sich klar, daß wenigstens in unserer Gesellschaft der Gleichen die Fragen nach der Ursache oder »Quelle« des Wertes und nach der Höhe des Wertes auf ganz verschiedene Weise beantwortet werden müssen[2]). Die Ursache des Wertes ist zweifellos der »Nutzen« der Wertdinge, die wir begehren: aber die Höhe des Wertes hängt von dem Nutzen durchaus nicht ab, sondern lediglich von dem Arbeitsaufwand absolut und dem verglichenen Arbeitsaufwand relativ. Und das gilt auch schon von der isolierten oder isoliert gedachten Personalwirtschaft. Wie viel Einheiten von jedem Gute Robinson in der »Statik« seiner Wirtschaft für sich beschafft, das hängt von seinen subjektiven Gebrauchswertschätzungen ab: aber der »natür-

[1]) »Der Beschaffungswert des Grenzproduzenten bestimmt den Tauschwert der Wareneinheit. Davon hängt die Nachfrage der Menge nach ab. So viel Käufer bei diesem Preise wirksame Nachfrage ausüben, so viel Einheiten werden beschafft«. (Meine »Theorie« S. 467).

[2]) Das hat der Urvater der Schule, Gossen selbst, mit ganz ähnlicher Begründung jederzeit festgehalten.

liche Wert«, den er den einzelnen Dingen zumißt, hängt von der Beschaffungszeit ab, die er darauf zu verwenden hat. In seiner »Dynamik«, d. h. in einer Wirtschaft, in der nicht alles als fest und unverrückbar angeschaut wird, wird sogar die Masse der beschafften Einheiten jeder Art sehr stark davon beeinflußt, wie viel Arbeit jede kostet. Hier waltet der von mir beschriebene »kombinierte Wertmaßstab« [1]).

Nun aber ist die Frage nach dem »Nutzen« der Wertdinge, d. h. der Ursache des Wertes, eine fast ausschließlich psychologische und allenfalls (»absoluter Gebrauchswert«) technologische Frage. Sie mußte gelöst werden, weil sonst die Gesetze der Personalwirtschaft nicht ausreichend entwickelt werden konnten, als deren Hilfswissenschaft und Grundlage. Das ist das bleibende Verdienst der Grenznutzenlehre.

Die eigentlich nationalökonomische Frage aber ist die nach der Höhe des Wertes, d. h. des statischen Preises. Und für diese Frage scheint nach den bisherigen Ergebnissen die psychologische Lehre der Grenznutzentheoretik kaum etwas leisten zu können.

Wir betonen auch hier wieder mit dem größten Nachdruck, daß unsere Formeln für den statischen Preis nicht bloß für Verwendungsgüter (Genußgüter), sondern geradeso auch für Produktivgüter und — wie schon dargestellt — für das Geld gelten. Welche Produktivgüter überhaupt, und in welcher Masse sie produziert werden, hängt durchaus ab von der subjektiven Schätzung, die die Konsumenten ihrer Endprodukte von deren »Wert« haben: aber ihr statischer Preis wird dadurch durchaus nicht beeinflußt. Er wirft ihrem Produzenten exakt das Einkommen E ab und bestimmt sich exakt nach unserer allgemeinen Formel.

Und das gleiche gilt für die Geldproduzenten. Der »äußere Tauschwert« des Geldes ist genau so durch seine Produktionsarbeitszeit bestimmt, wie der der Produktiv- und Verwendungsgüter.

2. Zweite Annäherung:
Die persönliche Qualifikation.

Nähern wir uns nun um einen ersten Schritt der Wirklichkeit. Lassen wir die eine unserer Abstraktionen fallen, derzufolge alle Mitglieder unserer Wirtschaftsgesellschaft von gleicher persönlicher

[1]) »Theorie« S. 341.

Qualifikation sind. Wir unterstellen in zweiter Annäherung auf der geographischen Grundlage des Thünenschen »isolierten Staates« eine Wirtschaftsgesellschaft, in der es zwar kein Monopol gibt, deren Mitglieder aber so verschieden qualifiziert sind, wie wir das an irgendeiner Volksmasse höherer europäischer Kultur beobachten.

»Qualifikation« ist ein relativer Begriff. Höhere oder geringere Qualifikation haben bedeutet in der Ökonomik die Fähigkeit, ein höheres oder ein geringeres Einkommen zu erwerben als der Durchschnitt. Wenn der durchschnittlich Qualifizierte in unserer Konstruktion E erwirbt, so erwirbt der mehr oder minder Qualifizierte $E \pm q$.

Das gilt schon von der unentfalteten, noch nicht um einen Markt zentrierten Wirtschaftsgesellschaft. Der stärkere oder gewandtere Krieger oder Jäger, der intelligentere Hirt (Jakobs Vertrag mit Laban), der klügere oder fleißigere Bauer hat ein größeres Einkommen als der Durchschnitt, und der minder Qualifizierte ein geringeres.

Das gleiche gilt ebenso von der entfalteten Tauschgesellschaft. Der höher qualifizierte Produzent produziert in der Zeiteinheit mehr der gleichen Produkte oder ebenso viele bessere, d. h. höher geschätzte und bezahlte Produkte; der minder Qualifizierte weniger der gleichen oder schlechtere, d. h. geringer geschätzte und bezahlte Produkte, als seine durchschnittlichen Konkurrenten.

Die Aufgabe ist, die Veränderungen des statischen Preises möglichst genau zu bestimmen, die sich daraus ergeben, daß wir in unserer Formel für den statischen Wert nicht mehr die Konstante E allein im Zähler des Bruches haben, sondern

$$E \pm q_1, E \pm q_2, E \pm q_3 \ldots . E \pm q_n$$

a. Die anerzogene Qualifikation.

In einem sehr wichtigen Falle kann man den Zuschlag (hier ist von Abschlag nicht die Réde) $+q$ exakt berechnen, nämlich dann, wenn es sich nicht um angeborene, sondern um anerzogene, durch Ausbildung geschaffene Qualifikation handelt.

Ein solcher Versuch ist von Karl Marx gemacht worden, und zwar, um seine Arbeitszeittheorie des objektiven Wertes mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Zu dem Zwecke versuchte er, qualifizierte, von ihm »höhere« oder »komplizierte« genannte Arbeit auf »einfache« zu »reduzieren«, d. h. auf den gleichen Generalnenner des Wertes zu bringen.

Marx geht bei diesem Versuch der Bestimmung von q von

der Annahme aus, höhere Qualifikation beruhe durchaus auf längerer und kostspieligerer Ausbildung. Das ist für eine Anzahl von Fällen richtig — durchaus nicht für alle. Aber für jene läßt sich q bestimmen.

Nehmen wir an, ein normal Qualifizierter entschließe sich zu einer Berufswahl, die ihn erst m Jahre später als den Durchschnitt zum Erwerb gelangen lassen wird. Er gebrauche während der ganzen Zeit an Ausbildungskosten die Summe S und habe dann noch eine Lebenswahrscheinlichkeit von p Jahren.

Dann kostet ihn seine Ausbildung m Jahre lang je E als entgangenen Gewinn und S. Dieser Aufwand muß in p Jahren herauskommen. Folglich muß sein Zuschlag q zum Normaleinkommen E sein:

$$q = \frac{m\,E + S}{p}$$

Hier stehen auf der rechten Seite nur bekannte Größen. E ist unsere Konstante. S ist eine gegebene Geldsumme, die sich aus den statischen Preisen einer Anzahl von Gütern und Diensten zusammensetzt, und p ist aus der Absterbetafel abzulesen. Wenn z. B. ein Knabe, der Jurist werden will, statt mit 15 Jahren ins Erwerbsleben einzutreten, zehn Jahre studiert, so kostet ihn seine Ausbildung an entgangenem Gewinn 10 E, nach unserer Benennung also 30000 Mark. An unmittelbarem Aufwand seien 15000 Mark erforderlich, die Lebenswahrscheinlichkeit eines 25jährigen Mannes sei 30. Dann ist der Zuschlag q = 1500 Mark, und sein Einkommen E + q ist 4500 Mark[1]).

b) Die angeborene Qualifikation.

Dieses Ergebnis gilt nun aber nur für die gewiß nicht seltenen, vielleicht überwiegenden Fälle, in denen durchschnittliche Begabung zu höherer Qualifikation durch Ausbildung entwickelt worden ist. Es gilt nicht für die Fälle angeborener höherer oder tieferer Qualifikation.

Wir haben bereits im ersten Abschnitt anerkannt, daß die älteren »Arbeitstheorien des Wertes« daran kranken, die Zuschläge resp. Abschläge nicht bestimmen zu können, die aus dem Grunde abweichender Qualifikation stammen. Jede Arbeitsmengen- und jede Arbeitszeittheorie des Warenwertes hat hier ihre Schwäche — freilich, keine allzu große Schwäche, wie sich zeigen wird.

[1]) In der kapitalistischen Gesellschaft müßte man außerdem den Zins für die Ausbildungskosten entsprechend der Zeitdauer aufkalkulieren. Davon kann jetzt noch nicht gehandelt werden; es wird später dargestellt werden.

Smith und Ricardo sind über den Gegenstand leicht fortgeglitten. Sie sprechen vom »Arbeitslohn«, wie sie vom »Profit« sprechen, als gäbe es nur einen Satz für jenen wie für diesen, obgleich sie sehr gut wußten, daß es sehr viel Lohnklassen und Profitklassen gibt. Diese Leichtherzigkeit dem Problem gegenüber mag zum einen Teil daraus erklärt werden, daß ihre Wertlehre noch nicht zur vollen Bestimmtheit der Vorstellung und Formel gelangt war; zum Hauptteile darf man es wohl darauf zurückführen, daß das Problem der Abweichungen vom »gewöhnlichen Tagelohn« ihnen wenig am Herzen lag, weil es in der Tat gegenüber den großen Hauptproblemen der Distribution sehr nebensächlich ist, ungefähr so nebensächlich wie die Schwankungen des laufenden Preises um den statischen herum. Woran ihnen vor allem lag, war, zunächst einmal im allgemeinen festzustellen, erstens: warum überhaupt das gesellschaftliche Gesamterzeugnis sich in die drei Einkommensarten: Lohn, Profit und Rente spaltet, und zweitens: welche Anteile im ganzen jedes der drei Einkommen empfängt. Wie sich dann jeder Teil unterspaltet an die verschiedenen Arbeiter, Profitbezieher und Grundrentner, war an sich von geringerem Interesse und durfte späterer Untersuchung vorbehalten bleiben.

Marx stand den Problemen bereits ganz anders gegenüber. Seine Wertformel ließ an Präzision nichts mehr zu wünschen übrig. Sie war derart auf die an Zeit gemessene Arbeitsmenge zugespitzt, daß der Einwand gar nicht ausbleiben konnte, der Wert der Waren hänge offenbar nicht nur von der Zeit, sondern auch von der Art der darin materialisierten Arbeit ab. Er war daher gezwungen, dem Einwand zuvorzukommen, und entwickelte demgemäß seine Lehre von der »gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeit«, indem er »qualifizierte« Arbeit, ungefähr wie wir es soeben getan haben, auf die Arbeitszeitaufwände der Ausbildung zurückführt: »Die Arbeit, die als höhere, kompliziertere Arbeit gegenüber der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit gilt, ist die Äußerung einer Arbeitskraft, worin höhere Bildungskosten eingehen, deren Produktion mehr Arbeitszeit kostet, und die daher einen höheren Wert hat, als die einfache Arbeitskraft«[1]).

Das trifft aber, wie gesagt, nur für einen Teil der Fälle zu. Marx selbst hat das wohl gefühlt, wie aus der Anmerkung zu der gleichen Seite hervorgeht, wo er selbst zugibt, daß der »Wert der Arbeitskraft« durchaus nicht nur mit der Ausbildung schwankt: »Der Unterschied zwischen höherer und einfacher Arbeit ... be-

[1]) Kapital I. S. 160.

ruht zum Teil auf bloßen Illusionen, ... zum Teil auf der hilfloseren Lage gewisser Schichten der Arbeiterklassen, die ihnen weniger als anderen erlaubt, den Wert ihrer Arbeitskraft zu ertrotzen«.

Das ist vollkommen richtig, stimmt aber mit der ex professo vorgetragenen Lohnlehre nur sehr unvollkommen überein:

Ob »bloße Illusionen« oder nicht, ob sozialer Überdruck oder nicht: uns ist die empirische Tatsache als unser Ausgangspunkt gegeben, daß auf dem Markte gleiche Zeiten verschiedener Arbeitsleistungen sehr verschieden bezahlt werden, und zwar sehr oft ohne jedes erkennbare Verhältnis zu einer kostspieligen Ausbildung. Es gibt angeborene Qualifikationen, die ohne jede Ausbildung höheren Preis für ihre Dienste erlangen als der Durchschnitt: ein besonders stattlicher Mann erhält als Türhüter, ein besonders schönes Mädchen als Dirne höheres Entgelt als der konkurrierende Durchschnitt. Und wo eine Ausbildung dem Erwerb vorausging, hängt das Einkommen offenbar von ihr am wenigsten ab. Für Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Architekten, bildende Künstler, Tenöre usw. ist Zeit und Aufwand der Ausbildung ungefähr gleich, sogar mit einem Vorteil für die begabteren: und dennoch ist deren Einkommen sehr viel größer als das des Durchschnitts.

Hier bleibt für jede Arbeitsmengen- und Arbeitszeittheorie des Warenwertes eine Schwierigkeit bestehen, die unsere eigene Theorie nicht hat[1]).

Aber, wie schon gesagt, es handelt sich auch für die älteren Lehren um keine allzu schwer zu nehmende Schwierigkeit, wie jetzt zu zeigen sein wird.

c) Die Einwirkung der Qualifikation auf den statischen Preis.

a) Der Güter.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, daß das wichtigste Ergebnis unserer bisherigen Betrachtung, der statische

[1]) Einen Versuch von köstlicher Naivität macht Galiani (zit. nach Zuckerkandl. l. c. S. 238). Danach soll der Lohn sich bestimmen je nach der Nützlichkeit und Seltenheit der Arbeiten. Wenn von 1000 Menschen 600 zum Ackerbau allein taugen, 300 zu den Manufakturen, 50 zum Großhandel und 50 zu den Wissenschaften, so wird sich der Lohn der Gelehrten zu dem der Bauern verhalten wie 12 zu 1.« Es ist klar, daß diese vermeintliche Ableitung nichts als ein gröblicher Zirkelschluß ist: erst wird aus dem Lohn auf die relative Nützlichkeit und Seltenheit der Arbeit geschlossen, und dann rückwärts aus der Seltenheit wieder auf den Lohn.

Preis der vertretbaren Güter, durch die verschiedene Qualifikation der an ihrer Erzeugung mitwirkenden Arbeit überhaupt nicht verändert wird.

In der Statik bestimmt sich der Wert dieser Güter nämlich bekanntlich als ein Grenzwert, und zwar als der »Grenzbeschaffungswert«: das ist der Preis, der demjenigen Produzenten das Einkommen E abwirft, der unter den ungünstigsten Bedingungen produziert. Das gilt für alle Produktionen, in den Gewerben nicht minder wie in der Landwirtschaft.

In der Statik, d. h. per definitionem in demjenigen Zustande, in dem jedes Motiv zu einer Veränderung fehlt, konkurrieren in allen Zweigen, in denen hoch qualifizierte Kräfte vertretbare Güter erzeugen, durchschnittlich qualifizierte Kräfte mit ihnen. Sie erhalten den statischen Preis nach unserer Formel — und, da für alle Güter gleicher Art der gleiche Preis gezahlt wird, erhalten ihn auch die Qualifizierteren. Wir haben hier ein genaues Analogon zu den von mir sogenannten »Produktionsmonopolen«, von denen noch zu handeln sein wird. An zweien von ihnen, dem »Erzeugungsmonopol« des von Natur aus ergiebigeren, und dem »Transportmonopol« des dem Markte näher gelegenen Bodens, hat Ricardo den Sachverhalt meisterhaft dargestellt, so daß die Übertragung auf unseren Fall ohne weiteres möglich ist. Genau so wie in der Statik der Preis des Urproduktes immer durch den zurzeit qualitätslosen »Grenzboden« bestimmt ist, so ist ganz allgemein der Preis jedes Produkts, auch des gewerblichen Gutes, durch die »Grenzqualifikation«, d. h. diejenige des Durchschnitts mit dem Einkommen E, oder, wenn es sich um anerzogene höhere Qualifikation handelt, mit dem Einkommen $E + q$ bestimmt, wo q berechnet werden kann[1]).

Wir dürfen daher bei der Bestimmung des statischen Preises aller vertretbaren Güter den Faktor q vernachlässigen. Für die statischen Preise aller solchen Güter gilt, wo kein Monopolverhältnis einspielt, nicht die Formel:

$$v = \frac{E \pm q}{n} + s$$

[1]) Ricardo sagt ausdrücklich: »Der Tauschwert aller Güter, seien sie Erzeugnisse der Gewerbe, des Bergbaues oder der Landwirtschaft, wird stets bestimmt . . . durch die größere Menge von Arbeit, welche notwendig auf deren Hervorbringung von denjenigen verwendet wird, die keine solche besondere Geschicklichkeit besitzen und mit der Hervorbringung derselben unter den ungünstigsten Verhältnissen fortfahren«. In den Worten »notwendig« und »fortfahren« ist ausgedrückt, daß es sich um eine statische Betrachtung handelt. Bei Ricardo ist kein Wort überflüssig!

sondern die einfache Formel unserer »Gesellschaft der Gleichen«

$$v = \frac{E}{n} + s$$

die auf ihrer rechten Seite nur bekannte oder gegebene Größen enthält und daher ohne weiteres ausgerechnet werden kann.

Was aber den Fall anlangt, daß höher qualifizierte Arbeitskräfte unvertretbare Güter zu Markte bringen, z. B. Künstler Gemälde oder Bildwerke, so handelt es sich hier nicht um statische, sondern um laufende Preise. Diese aber fallen nicht in unser Forschungsgebiet. Für die großen Probleme der Nationalökonomie sind sie ohne Bedeutung; es ist die Aufgabe der weiteren Preistheorie, zuzuschauen, ob sie den Gesetzen ihrer Bildung näher zu kommen vermag.

β) Der Dienste.

Die soeben gewonnenen Ergebnisse ermöglichen es uns, nun auch für alle für unsere letzten Probleme wichtigen Dienste den statischen Preis exakt zu bestimmen.

Wenn eine höher qualifizierte Kraft[1]) in der Güterproduktion tätig ist, so hat sie am statischen Preise der Güter Vorteile, die sich exakt angeben lassen. Die höhere Qualifikation kann sich entweder darin zeigen, daß ihr Träger in gleicher Zeit bei gleichen Kosten pro Einheit mehr Einheiten zu Markte bringt und verkauft, wie sein durchschnittlicher Konkurrent; — oder, daß er gleichviel Einheiten, aber mit geringeren Kosten, zu Markte bringt; — oder schließlich, daß er beides gleichzeitig leistet.

Im ersten Fall ist sein Mehreinkommen gleich dem Einzelgewinne des durchschnittlichen Produzenten an der Wareneinheit, multipliziert mit der Mehrziffer der Produktivität[2]).

Im zweiten Falle ist sein Mehreinkommen gleich der Kostenersparnis am Einzelprodukt, multipliziert mit der Produktivitätsziffer des durchschnittlich qualifizierten Konkurrenten[3]).

Der dritte Fall ist eine Kombination der beiden ersten.

Hier sind alle Daten gegeben; die Formeln sind exakt auszurechnen.

[1]) Alles was wir jetzt von der höher als durchschnittlich qualifizierten Kraft feststellen werden, gilt mit umgekehrtem Vorzeichen auch von der minder qualifizierten. Wir werden fortan der Bequemlichkeit halber nur von der ersten sprechen.

[2]) Wenn er statt n vielmehr $m + n$ Produkt zu Markte bringt, so ist sein Mehreinkommen $q = m\ (v - s)$.

[3]) Wenn er statt s nur $s - d$ Kosten pro Einheit aufwendet, so ist sein Mehreinkommen $q = n \cdot d$.

Derart bestimmt sich der Wert der Arbeit jedes selbständigen Güterproduzenten, der überhaupt vertretbare Güter herstellt. Und genau das gleiche Einkommen muß dem unselbständigen Dienstleistenden gleicher Qualifikation in der Statik gezahlt werden: eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen.

Damit haben wir alles erreicht, was wir für unsere Zwecke brauchen. Den Preis unvertretbarer Dienste zu bestimmen, liegt unserem Forschungsgebiet ebenso fern wie die Bestimmung des Preises unvertretbarer Güter. Auch sie haben nur laufende, aber keine statischen Preise. Auch sie sind für die großen Fragen der Nationalökonomie ohne Bedeutung. Ob ein Caruso für eine Arie zwei- oder fünftausend Mark erhält, ob ein Billroth für eine Operation zehn- oder dreißigtausend Mark liquidieren konnte, ist wahrlich für das große Problem der Distribution ohne jeden Belang.

Wir halten als wichtigste Ergebnisse unserer bisherigen Untersuchung fest:

Der statische Preis aller vertretbaren Güter in der monopolfreien Gesellschaftswirtschaft ist rein objektiv bestimmt durch die darauf verwendete Grenzarbeitszeit. Unsere Formel aus der Gesellschaft der Gleichen gilt auch hier, die Qualifikation bedingt keine Änderung.

Und zwar gilt das nicht nur für die Güter letzter Verwendung, sondern auch für die Produktivgüter und das Edelmetallgeld.

Dagegen stellt sich der statische Preis der Dienste von gleicher Arbeitszeit in verschiedener Höhe ein, entsprechend der Qualifikation. Wir können den Zu- oder Abschlag für alle irgend bedeutungsvollen Fälle berechnen, aber die Tatsache besteht.

d) Die Substanz des autogenen Wertes.

Dieses Ergebnis beweist, daß sowohl die Arbeitsmengentheorie, wie die Arbeitszeittheorie des Warenwertes mindestens nicht ausreicht. Sie gelten nur für die Gesellschaft der Gleichen. Für die reale Gesellschaft der Ungleichen stellen sie nur, allerdings wichtige, Annäherungswerte dar. Es ist unsere Aufgabe, eine Formel zu finden, die auch hier gilt; und zwar muß unsere Formel, wenn sie völlig ausreichen soll, den statischen Wert der Güter und Dienste gemeinsam umfassen.

Da ergibt sich ohne weiteres das Folgende:

Der statische Preis der Produkte niederer Ordnung ist bestimmt durch den in ihnen vergegenständlichten Wert der Arbeit.

Sehen wir zu, ob diese Formel alle uns bis jetzt vorgekommenen Fälle deckt:

Sie gilt offenbar für Dienste und Güter in der Gesellschaft der Gleichen. Hier war alle Arbeit als gleich qualifiziert, d. h von gleichem Wert, angenommen. Unter dieser Annahme ist aber der Wert der Arbeitszeit eine Konstante, und die Berechnung kann ohne weiteres nach Zeiteinheiten vorgenommen werden. Hier fallen Arbeitsmengen-, resp. Arbeitsseittheorie und Arbeitswerttheorie des Wertes zusammen; nur deshalb hatten die ersten hier unbedingte Geltung.

In der Gesellschaft der Ungleichen fanden wir die gleiche Formel aus dem gleichen Grunde für die Güter gültig. Für die Dienste aber fanden wir, daß nicht mehr die Leistung nach der Zeit allein, sondern nach der Zeit, kombiniert mit ihrem Wert, entscheidet. So viel die Arbeit sich in selbständiger Produktion an Gütern beschaffen kann, so viel ist sie auch als unselbständiger Dienst wert: das ist ihr statischer Preis. Und das gilt für durchschnittliche so gut wie für über- oder unterdurchschnittliche Arbeitsleistung.

Wir setzen mithin an die Stelle der älteren Arbeitsmengen- and Arbeitszeittheorie die Arbeitswerttheorie des Warenwertes. Sie deckt alle bisher betrachteten Fälle. Ob sie völlig ausreicht, kann erst die dritte und letzte Annäherung lehren, die auch die Monopole in die Rechnung einführt.

Bis hierher gilt sie aber unbedingt, und es lohnt wohl, einen Augenblick Halt zu machen und Umschau zu halten. Zwei wichtige Ergebnisse sind festzuhalten:

Erstens: weiter als bis auf den Wert der Arbeit können wir nicht zurückgehen; wir fassen den Begriff »Wert« hier in der Bedeutung, die ihm die subjektive Schule beimißt. Ihr »Nutzen«, (ihre Ophelimität oder Desirabilität) hängt, wie der der Güter, von zwei Dingen ab, von der »Seltenheit«, d. h. dem jeweiligen Vorrat einerseits und dem Begehren andererseits. Die Kombination beider Komponenten als »Grenzwert« entscheidet über den Wert des ganzen Vorrats. Diese beiden Bedingungen des Wertes sind aber erstens für jeden Konsumenten objektiv gegeben, sind von seinem eigenen Bedürfniszustande gänzlich unabhängig; und zweitens: sie entziehen sich der Kompetenz des Nationalökonomen durchaus. Warum Diamanten absolut so viel seltener sind als Kohlen — oder warum bei Männern kurze Stimmbänder so viel seltener sind als lange, das haben naturwissenschaftliche Disziplinen

zu beantworten, wenn sie es vermögen, nicht wir. Und warum die Menschen Diamanten so viel mehr begehren als Kohlen, oder eine Tenorarie so viel mehr als eine Baßarie, das mag die Psychologie oder die Ästhetik beantworten — wenn sie können. Uns ist beides, Vorrat und Begehren, gegeben, als ein Ausgangsphänomen unserer Untersuchung, — und Ausgangsphänomene hat man nicht zu erklären. Wir können also, wir wiederholen es, nicht weiter zurückgehen, ohne die Grenze unserer Wissenschaft zu überschreiten.

Zweitens aber: bis hierher müssen wir auch zurückgehen! Denn jede Formel des Warenwertes, die nicht auf einen anderen Wert führt, — und auf welchen anderen Wert als den der Arbeit könnte sie führen? — ist an sich unsinnig, ist schon formal unhaltbar!

Jede Werterklärung ist eine Gleichung, muß eine Gleichung sein. Denn der Wert ist ein Maß, und alle Maßausdrücke sind Gleichungen. In einer Gleichung dürfen aber nur Größen »gleicher Dimension« stehen, das ist ein Elementarsatz der Arithmetik. Man kann Längen nur mit Längen, Gewichte nur mit Gewichten usw. messen. Alle Gleichungen für den absoluten Wert, die wir bisher aufgestellt haben, haben überhaupt nur unter der einen Voraussetzung einen Sinn, daß auf beiden Seiten nichts vorkommt als Wertausdrücke.

Es sei mir gestattet, diese Dinge durch eine Polemik näher zu beleuchten, zu der ich einmal gezwungen wurde. In Nr. 11 des Jahrgangs VI. 1913 des »Kampf«, des offiziellen wissenschaftlichen Organs der österreichischen Sozialdemokratie, ließ Herr Paul Brunner über meine Broschüre »Die soziale Frage und der Sozialismus« eine kritische Anzeige vom Stapel, die den Titel trug: »Herr Oppenheimer, der marxistische Bourgeois«. Die Redaktion verweigerte mir mutvoll die Erlaubnis zur Erwiderung, der ich den Titel geben wollte: »Herr Brunner, der antimarxistische Marxist«. Ich lasse aus dem liegengebliebenen Manuskript, dessen positiver Inhalt im vorhergehenden verarbeitet worden ist, das Polemische folgen, nicht Herrn Brunner zu Ehren, sondern weil die Sache wohl einer größeren Ausführlichkeit wert ist.

e) Antikritisches Zwischenspiel.

»Ich bin Herrn Brunner dankbar, erstens, weil er sich auf meine Herausforderung gestellt hat, und zweitens, weil er mich viel

liebenswürdiger behandelt hat, als ich es von jener Seite gewöhnt bin. Er hat sich bemüht, meine Anschauungen und Behauptungen korrekt und vollständig wiederzugeben; und auch der Tenor seiner eigenen Ausführungen zeugt von gewisser Milde. Die althergebrachte, sozusagen rituelle ungeheure Heiterkeit über die geistigen Defekte des unglücklichen Angreifers ist ja noch zum Ausdruck gebracht (irre ich mich, wenn sie mir ein klein wenig gezwungen erscheint?): aber es fehlt ganz und gar die eigentlich doch auch zur Liturgie gehörige Entrüstung über die entsprechenden sittlichen Defekte.

Und nun zur Sache:

Ich habe der Marxschen Arbeits-Zeit-Theorie des Warenwertes meine »Arbeits-Wert-Theorie« des Warenwertes entgegengestellt. Dazu bemerkt Herr Brunner: »Schon der Name der neuen Lehre macht uns stutzig. Der Arbeitswert als Wertmaßstab? Höchst sonderbar und unlogisch klingt das!«

Wirklich? Ach, Herr Brunner, als ein kritischer Richter, der nach dem Marxschen Kodex seine Urteile zu fällen hat, sollten Sie wirklich wissen, daß auch die Marxsche Wertlehre im Grunde eine »Arbeitswerttheorie des Warenwertes« ist[1]). Und wenn Sie nur ein wenig nachdenken wollten, würden Sie finden, daß es gar nicht anders sein kann. Es gibt nämlich einen Elementarsatz, — ich bitte um Verzeihung, wenn ich hier mit ABC-Weisheiten komme, aber, wenn man dazu gezwungen wird ... — der sich auf den Geltungsbereich von Gleichungen bezieht: und das werden Sie ja wohl wissen, daß alles Messen auf Gleichungen hinausläuft, und daß das Problem des Wertes ein Messungsproblem ist. Jener Elementarsatz lautet, daß in einer Gleichung nur »gleichdimensionale Größen« vorkommen dürfen. Das heißt: ich kann Längen (Strecken) nur mit Längeneinheiten, Gewichte nur mit Gewichtseinheiten, Volumina nur mit Volumeinheiten, Temperaturen nur mit Temperatureinheiten usw. messen. Und so kann ich Werte auch nur mit Werteinheiten messen. So wenig ich sagen darf: der Weg von London nach Berlin ist 99° Celsius oder 123 Kilo, oder: das Gewicht der Bavaria ist 1296 Hektoliter oder 70 Kilowatt — — geradeso wenig darf ich sagen: der Wert dieser Uhr ist 23 Stunden.

---

[1]) Marx sagt ausdrücklich: »Ist der Wert dieser Kraft höher, so äußert er sich aber auch in höherer Arbeit und vergegenständlicht sich daher in denselben Zeiträumen in verhältnismäßig höheren Werten«.

Das hat Karl Marx, der als Schüler Hegels in solchen Formalien stärker war als mancher seiner heutigen Adepten, sehr gut gewußt. Und darum hat er als Wertmaß selbstverständlich eine Werteinheit aufgestellt, und zwar eine Arbeitswerteinheit, nämlich den Aufwand einer selbst Wert besitzenden und daher Wert bildenden Substanz während einer bestimmten Zeit, einer Stunde, eines Tages, eines Jahres. Sein Wertmaß ist eine Stunde usw. einer Arbeit von bestimmtem gesellschaftlichen Wert, nämlich eine Stunde usw. einer »gesellschaftlich nützlichen« und gleichzeitig »gesellschaftlich notwendigen« oder »gesellschaftlich durchschnittlichen« Arbeit.

Nicht die Zeiteinheit als solche ist sein Wertmaßstab (was ganz unsinnig wäre); aber auch nicht die auf beliebige menschliche Arbeit verwandte Zeiteinheit. Er weiß, daß menschliche Arbeit nur Wert bildet, wenn sie für die Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses erforderlich, d. h. »gesellschaftlich nützlich«[1]) ist: die Arbeit eines Bergsteigers kann noch so viele Meterkilogramm leisten, sie schafft keinen Wert. Ja, selbst solche Arbeit, die beabsichtigt, gesellschaftlich nützliche Produkte herzustellen, kann wertlos sein, wenn sie »überflüssig verausgabte Arbeitszeit«[2]) darstellt, weil entweder das vermutete gesellschaftliche Bedürfnis in Wirklichkeit nicht vorhanden war, oder zwar vorhanden war, aber von anderen Produzenten bereits befriedigt wurde. Das Wertmaß ist also ein Wert: wertschaffende, oder vielmehr: ihren eigenen Wert übertragende Arbeitszeit.

Aber damit ist, wie Marx sehr wohl erkennt, das Wertmaß nur qualitativ, aber noch nicht quantitativ bestimmt, und das ist die Hauptsache. Wir brauchen zum Zweck des Messens überall eine quantitativ genau bestimmte Einheit des qualitativ geeigneten, weil »gleichdimensionalen« Maßobjektes. Diese Einheit versucht Marx zu gewinnen, indem er eine Arbeit von ganz bestimmtem eigenen Wert und daher ganz bestimmter Wert bildender Kraft herausgreift, nämlich die »gesellschaftlich durchschnittliche« oder »gesellschaftlich notwendige« Arbeit. Und das ist die Arbeit, die sich charakterisiert als Verausgabung einer »durchschnittlichen« und, nach dem Stande der jeweiligen Technik, »durchschnittlich, notwendig«, mit Produktionsmitteln bewaffneten »Arbeitskraft« für gesellschaftlich notwendige Zwecke. Und diese Arbeitskraft hat, wie man weiß, nach Marx selbst Wert, und zwar, wie er annimmt, den durch ihre Produktionskostenarbeit bestimmten Wert.

[1]) »Kapital« I. S. 70.
[2]) »Kapital« I. S. 71.

Wenn Marx also als von seinem Wertmaß von der »Arbeitsstunde«, dem »Arbeitstage« usw. spricht, so ist das ein kurzer, aus denkökonomischen Gründen terminologisch gekürzter Ausdruck für einen komplizierten Begriff, nämlich: während einer Stunde usw. verausgabte Arbeitskraft bestimmten Wertes, oder noch klarer: während einer Stunde verausgabter Wert von bestimmter Größe. Der Begriff »Arbeitsstunde« will genau so exakt verstanden werden, wie etwa der Begriff »Kilowattstunde« [1]). Das bedeutet auch nicht etwa eine Stunde, in der irgendeine elektrische Arbeit geleistet wird, sondern eine Stunde, während deren eine Arbeit von genau bestimmter Größe geleistet wird.

Die »Arbeitsstunde« ist also selbst ein Wert [2]) und konnte nur darum, als »gleichdimensional«, als Wertmaß benützt werden. Wer sie als »Zeit« auffaßt, imputiert Marx den plumpsten aller elementaren Fehler und sieht lächerlicherweise nicht, daß die Angabe der »Arbeitszeit«, bei den »Arbeitsstunden« wie bei den Kilowattstunden, nichts weiter bedeutet als die Zählung der aufgewendeten und gemessenen Werteinheiten.

Ob dieses Wertmaß brauchbar ist, ist eine Frage für sich. Jedenfalls hatte Marx, nachdem er es einmal definiert hatte, nicht mehr nötig, jedesmal ausdrücklich zu betonen, daß sein Maßstab selbst ein Wert sei, so wenig wie es uns bei Längenmessungen jeweils einfallen wird, ausdrücklich hervorzuheben, daß ein Meter einen Längenmaß und nicht ein Temperaturmaß ist. Was uns bei Längenmessungen allein noch interessiert, und was Marx bei seinen Wertmessungen ebenfalls allein noch interessierte, bestand einzig und allein darin, festzustellen, wie oft sein Maßstab in dem zu messenden Objekt enthalten war, d. h. eben zu messen. Darum spricht er nur von der Zahl der Arbeitsstunden, gerade wie der Geodät nur von der Zahl der Kilometer spricht. Aber sein Maß bleibt darum doch ein Wert, und zwar ein Arbeitswert, und seine Theorie eine Arbeitswerttheorie des Warenwertes.

Nun habe ich, weil Marx nach meiner Meinung die Bedeutung der bloßen Zahl von Arbeitswertstunden stark überschätzt, d. h. der »Arbeitszeit« mehr Bedeutung beimißt als ihr zukommt, seiner Theorie als »Arbeitszeittheorie« die meine gegenübergestellt, die ich als »Arbeitswerttheorie« bezeichnet habe. Das sind Bequemlichkeitsausdrücke, kurze Bezeichnungen für komplizierte Begriffe, die rein denkökonomisch gemeint und vielleicht nicht glück-

[1]) Vgl. dazu Cornélissen. l. c. S. 8.

[2]) Vgl. dazu Schumpeter, »Wesen und Hauptinhalt«. S. 346.

lich gewählt sind[1]): und da kommt ein angeblicher Marxschüler und jedenfalls wohlbestallter marxistischer Richter und nimmt das Wort beim Worte, bildet sich ein, Marx habe in der Tat eine Arbeitszeittheorie des Wertes im strengen Sinne des Wortes vorgetragen, und befindet jede Arbeitswerttheorie an sich — nicht nur etwa die meine, sondern grundsätzlich jede! — als »höchst sonderbar und unlogisch«. Ich will nicht sagen, wie ich das finde, sondern nur wiederholen, daß auch die Marxsche Wertlehre nichts anderes ist als solche »höchst sonderbare und unlogische« Arbeitswerttheorie des Wertes — und daß jede andere, z. B. jede wörtlich gemeinte Arbeitszeittheorie, schon formal unmöglich, ein logisch-arithmetischer Nonsens wäre[2]).

Nach dieser ersten Probe wird man es begreiflich finden, wenn ich auch im sachlichen, zu dem ich jetzt schreite, vom ABC beginne. Ich werde, wie mein Herr Kritiker von Marx rühmt, ihn »nach altbewährter didaktischer Methode schrittweise, gleichsam mitforschend und mitentdeckend, dem vollständigen Gesetz näher bringen«. Dabei werde ich mich, so viel wie möglich, einer Sprache bedienen, die so leicht kein Mißverständnis zuläßt, und die auch Marx mit Vorliebe anwendet, der mathematischen.«

Bis hierher bin ich meiner damaligen Niederschrift gefolgt. Ich entwickelte dann die Gesellschaft der Gleichen und die Formel des statischen Preises ähnlich wie oben und fuhr darauf fort:

»Wir haben in unserer Gleichung auf der rechten Seite nur bekannte Größen. Und zwar lassen sich alle diese bekannten Größen ohne weiteres umrechnen auf einen Generalnenner, nämlich auf Arbeitswert, gemessen an der Zeit. Es ist das ein kombinierter Maßstab, wie wir ihn oft brauchen, ähnlich wie Kilogrammeter (bei Kraftmaschinen) oder Tonnenkilometer (bei Eisenbahnen) oder Stundentonnen (bei Wassergefälle). So können wir auch hier E und s zurückführen auf »Arbeitswertstunden«. Denn hier erzeugt jede Arbeitsstunde jedes Produzenten den gleichen Wert.

Nenne ich die Arbeitswertstunde a und die Zahl der in

---

[1]) Vielleicht könnte man weniger mißverständlich sagen: unvollkommene und vollkommene Arbeitswerttheorie; aber das klänge weniger bescheiden, als es gemeint ist.

[2]) Es bedarf für den Kenner der älteren Theorie keines ausführlichen Beweises, daß alle »Arbeits«-Theorie des Wertes« vor Marx ebenfalls schon Arbeitszeit- und Arbeitswerttheorie war. Das ist bei Smith, Ricardo usw. ausdrücklich ausgesprochen. Wenn man hier überhaupt unterscheiden will, so kann man es nur tun, weil die älteren den Ton mehr auf die Menge, Marx mehr auf die Zeit, ich mehr auf den Wert der Arbeit lege. Aber wir wollen sämtlich die Menge einer Arbeit bestimmten Wertes an der Zeit messen.

einem Produkt insgesamt verkörperten Stunden t, so erhalte ich also die Formel:

$$v = t \cdot a$$

Das ist die Marxsche Formel des absoluten Wertes.

Daraus ergibt sich die Formel für den relativen Wert wie folgt:

$$\frac{v_1}{v_2} = \frac{t_1\, a}{t_2\, a} = \frac{t_1}{t_2}$$

Das ist die Marxsche Formel für den relativen Wert, derzufolge, um Brunner zu zitieren, die »Waren sich im Verhältnis der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit austauschen« (S. 499). Dieses Ergebnis wird hoffentlich bei meinem Herrn Gegner ein gewisses Vertrauen zu der Methode hervorrufen, durch die es gewonnen wurde.

Wir wollen uns aber doch die Formel ein wenig genauer anschauen. t_1 und t_2 bedeuten hier nichts anderes als nackte Ziffern. Jeder Rest einer Maßbezeichnung ist aus der Formel verschwunden; übrig geblieben ist nur das bloße Maßverhältnis. Wenn t_1 z. B. 19 und t_2 76 bedeutet, so sagt die Formel nur noch, daß ich für ein Exemplar v_2 vier Exemplare v_1 eintauschen kann, denn die Werte verhalten sich wie 1 : 4. Nach welcher Werteinheit wir gerechnet haben, ist nicht mehr erkennbar; geradesowenig, wie es erkennbar ist, nach welcher Längeneinheit, ob nach Meilen oder Metern oder Werst, wir gerechnet haben, wenn wir einmal berechnet haben, daß sich die Strecke Berlin—Leipzig zu der Strecke Berlin—Wien verhält wie 1 : 4. Diese Feststellung ist vielleicht nicht ohne Bedeutung. Sie erklärt wenigstens, wie es möglich ist, daß schwache Mathematiker und Logiker, die sich nur die nackte Schlussfassung anschauen, zu der »höchst sonderbaren und unlogischen« Auffassung kommen können, man könne Werte mit Zeiten messen.

»Sapienti sat«!

3. Dritte Annäherung:
Die sachliche Qualifikation.
(Das Monopol).

Wir lassen jetzt in dritter und letzter Annäherung unsere letzte Abstraktion fallen und führen Monopole aller Art, wie die Wirklichkeit sie darbietet, in unsere Rechnung ein.

a) Abgrenzung des Monopolbegriffs.

»Monopol« heißt ursprünglich »Alleinverkauf« und bezeichnet die wirtschaftliche Machtposition eines Warenbesitzers, der allein über ein dringend begehrtes Produkt verfügt und daher einen Preis realisieren kann, der ihm einen höheren als den durchschnittlichen Gewinn abwirft.

Diese alte Wortbedeutung spukt noch immer in der Literatur, obgleich sie ökonomisch längst nicht mehr relevant ist. Seit allem Anfang des ökonomischen Denkens erscheint das Monopol im Ursinn des Wortes nur noch als der äußerste Grenzfall einer ganzen Klasse wirtschaftlicher Machtpositionen, die ihrem Inhaber gestatten, im Preise seiner Produkte mehr als den durchschnittlichen Gewinn zu erlangen. Schon der alte Becher faßte »Monopolium, Propolium und Polypolium« in eine Gruppe zusammen.

Seit Smith und Ricardo ist die Abgrenzung der Monopole von den Nicht-Monopolen grundsätzlich durchaus vollendet — wobei bemerkt werden muß, daß angebrachtermaßen sehr wichtige Monopole nicht als solche erkannt worden sind. Seit ihnen unterscheidet man die »beliebig produzierbaren« oder seit Carey reproduzierbaren, »vermehrbaren« Produkte, die unter unbeschränkter Konkurrenz produziert werden, und die daher in der Statik den »natürlichen Preis« erbringen, von den nicht beliebig reproduzierbaren oder vermehrbaren, bei deren Produktion die Konkurrenz nicht unbeschränkt wirken kann, und die daher einen höheren als den natürlichen Preis erbringen. Das ist eine disjunctio completa, wenn man den entscheidenden Begriff nur richtig interpretiert.

Das ist in letzter Zeit leider nicht immer geschehen. Die starke Tendenz, die Ökonomik immer mehr nach der Seite der Technologie hin abzudrängen, hat dahin geführt, daß sogar dieser tragende Elementarbegriff der Theoretik verwischt worden ist.

»Beliebig reproduzierbare Produkte«, das sind solche Produkte, die in jedem Ausmaß produziert werden können, wie der Markt sie aufzunehmen »beliebt«, d. h. wie die Käufer bereit und fähig sind, höhere Preise für die Einheit zu bewilligen. Das große Beispiel für diese Auffassung stellt die Ricardosche Grundrentenlehre dar. Das Urprodukt, das »Getreide«, ist auf unabsehbare Zeit hinaus ein beliebig reproduzierbares Gut; zwar muß es fataler Weise teurer und teurer werden in dem Maße,

wie das vermehrte Bedürfnis der wachsenden Bevölkerung den Anbau auf Böden geringerer Rentierung drängt: aber zu diesen immer höheren Preisen ist es dann auch immer wieder beliebig reproduzierbar, d. h. kann in jeder Menge erzeugt werden, die die zahlungsfähigen Konsumenten brauchen. Erst wenn »ein Land in allen seinen Teilen bebaut ist, und zwar im höchsten Grade«[1]), wird das Getreide Monopolgut; erst dann bestimmt nämlich seinen Preis nicht mehr der Beschaffungswert des Grenzproduzenten, d. i. der von ihm gezahlte Arbeitslohn samt dem Aufschlag des normalen Kapitalprofits, sondern jetzt erhält es darüber hinaus einen dauernden Aufschlag von Monopolgewinn. »Das Getreide und die Roherzeugnisse eines Landes können auf die Dauer nur zu einem Monopolpreise verkauft werden, wenn kein Kapital mehr vorteilhaft auf dem Boden angelegt werden kann, und wenn deshalb ihr Produkt nicht mehr vermehrt werden kann«[2]). Man sieht: nichts anderes entscheidet, als die Aufnahmefähigkeit des Marktes: seine Bereitwilligkeit oder seine Fähigkeit, zusammengefaßt: sein »Belieben«.

Diese großartigste Anwendung des Prinzips zeigt klar, daß die Klassiker nur zwei Produktklassen zuließen, die beliebig reproduzierbaren und die nicht beliebig reproduzierbaren, die Monopolprodukte. Und so wird die an sich völlig gesicherte Lehre auch von allen späteren besseren Vertretern der klassischen Theorie vorgetragen. Beispiele sind fast überflüssig; sie sind in jedem Lehrbuch zu finden. Nur eines sei daher angeführt. Adolf Wagner teilt folgendermaßen ein[3]):

»a) Güter mit bestimmt begrenztem Angebot. b) Güter mit beliebiger Vermehrung des Angebots innerhalb der Grenzen der Verfügung von für ihre Produktion erforderlicher Arbeit und Kapital, »Industrieprodukte«, »Fabrikate«, deren Preise dem Gesetz der sinkenden Produktionskosten unterliegen. c) Güter, deren Angebotsvermehrung unmittelbar von der Mitwirkung des Bodens abhängt; »Boden-«, besondere »Agrarprodukte«, für deren Preise das Gesetz der »steigenden« Produktionskosten gilt«.

Wir haben hier scheinbar eine Dreiteilung statt der sonst üblichen Zweiteilung. Aber das beruht nur auf einem falschen Schein. In der Statik sind Industrieprodukte und Agrarprodukte

[1]) Ricardo, Grundsätze, deutsch v. Baumstark. Leipzig. 1877. S. 220/21.

[2]) Ricardo. l. c. S. 219.

[3]) »Theoretische Sozialökonomik.« Leipzig. 1907. S. 243.

durchaus gleichmäßig als beliebig reproduzierbar aufzufassen: ihr Preis wird gleichmäßig durch die Beschaffungskosten der »Grenzproduzenten« bestimmt [1]). Die von Wagner hier gemachte Unterscheidung ist von großer Bedeutung, aber nur für die komparative Statik.

Was nun die erste Gruppe anlangt, so zeigt die Aufzählung ihrer Unterarten, daß sie in der Statik mit den Monopolprodukten identisch ist. Wagner führt 5 Arten auf: 1. natürliche Monopolartikel, 2. Rechtsmonopolartikel, 3. »faktische, Quasi-Monopolartikel, auf Grund der faktischen Beherrschung des Marktes durch einen oder mehrere ... Produzenten oder Händler«, 4. Artikel von langer Dauerhaftigkeit ihrer Brauchbarkeit, bei geringem Substanzverlust und relativ kleiner Neuproduktion gegenüber vorhandener, als Angebot fungierender Menge (Edelsteine, besonders Edelmetalle als Geldstoff), 5. alle übrigen, auch die regelmäßig produzierten Waren ... während der Beschränkung auf vorhandene ... Vorräte. Man erkennt ohne weiteres, daß Nr. 5 der Dynamik und nicht der Statik angehört. Dasselbe gilt für Nr. 4. »Hier«, sagt Wagner ausdrücklich auf der folgenden Seite: »gilt zwar für den Dauerpreis das Kostengesetz, aber es setzt sich hier nur sehr langsam durch«. Das ist völlig richtig und für die Lehre vom Geldwert von entscheidender Bedeutung, aber für die statische Auffassung irrelevant. Was übrig bleibt, sind, wie man sieht, Monopolprodukte.

Diesen Monopolgütern stehen dann also als zweite Kategorie in der Statik lediglich die »Güter (Waren) beliebiger Vermehrbarkeit gegenüber ... Für die Dauerpreise [2]) dieser Güter gilt das Produktionskostengesetz, um so genauer und umsomehr auch für die jeweiligen Preise [3]), je mehr freie Konkurrenz unter Produzenten und Anbietern und zwischen diesen und Nachfragenden sich wirksam erweist« [4]).

Das ist die entscheidende Bedingung, auf die Wagner den größten Wert legt. Das Produktionskostengesetz gilt »nur, wenn und so weit als freie Konkurrenz auf der Angebots- und Nachfrageseite wirklich besteht, und sich voll und gleichmäßig geltend macht« [5]).

---

[1]) Wagner schreibt ausdrücklich S. 257: »Auch für die Dauerpreise der Bodenprodukte gilt das Produktionskostengesetz wie bei den Industrieprodukten, um so genauer, je wirksamer allgemein im Verkehr die freie Konkurrenz sich geltend macht«.

[2]) d. h. statische Preise.

[3]) d. h. laufende Preise.

[4]) l. c. S. 250

[5]) l. c. S. 233.

Er hat das einmal in meisterhafter Formel geprägt: freie Konkurrenz besteht dort, wo jeder, der sich an einer Produktion beteiligen will, es auch kann und darf. Um diesen monumentalen Satz näher zu erläutern: Wirtschaftspersonen wollen sich an jeder Produktion beteiligen, die in der Dynamik höhere als die durchschnittlichen Gewinne abwirft; können und dürfen sie es, so werden die Preise und Gewinne in der Statik auf den natürlichen Satz gedrängt; können sie es nicht, weil ein Naturmonopol sie hindert, — oder dürfen sie es nicht, weil ein Rechtsmonopol sie hindert, — so steht der Preis auch in der Statik über dem natürlichen: das Produkt ist ein Monopolprodukt.

Dieser klare Sachverhalt ist nun neuerdings durch ein grobes Mißverständnis der Bedeutung des Begriffes beliebig reproduzierbarer Produkte getrübt worden: Schon Diehl hat in seinem Ricardo-Kommentar[1]) den Begriff mißverstanden. Er wendet ihn ins Technologische, indem er sagt: »Auch die Güter, deren Produktion nicht irgendwie monopolistisch beschränkt ist, ... sind in keiner Weise beliebig reproduzierbar. Es gäbe keine Übervölkerungsgefahr und keine soziale Frage überhaupt, wenn es nur vom Entschlusse der Menschen, zu arbeiten, abhinge, daß die große Masse der Güter beliebig vermehrt werden könnte«. Als wenn der Begriff in der klassischen Literatur jemals so verstanden worden wäre! »Beliebig« heißt wahrlich bei Ricardo nicht »grenzenlos« ohne Rücksicht auf Bedarf und Preis! Aber ihren Gipfel hat diese Verwirrung neuerdings in v. Wiesers »Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft« erreicht: »Noch heute spricht das deutsche Lehrbuch von den »beliebig vermehrbaren Gütern«, zu denen es die Masse der gewerblichen Produkte rechnet, während die landwirtschaftlichen Produkte als »nicht beliebig vermehrbar« gelten, da ihre Gewinnung durch die besonderen Verhältnisse des Bodens eingeschränkt sei« [2]).

Wir wissen nicht, welches »deutsche Lehrbuch« v. Wieser hier im Auge hat. Uns ist keines bekannt, das diese Unterscheidung ohne Unterschied macht. Es sieht fast so aus, als ob v. Wieser die eben angeführten Wagnerschen Sätze mißverstanden hätte.

Darum ist es auch Wort für Wort irrig, wenn v. Wieser

---

[1]) »Sozialwiss. Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen usw.« Leipzig. 1905. I. Bd. S. 17.

[2]) l. c. S. 166.

folgendermaßen fortfährt: »Ricardo und das deutsche Lehrbuch verwechseln hierbei die technische und die wirtschaftliche Vermehrbarkeit . . . weil sie im Gesichtskreis der Einzelwirtschaft stehen bleiben«. Dieser Vorwurf, erhoben von einem der Verfechter der so gut wie ganz personalökonomisch orientierten Grenznutzentheorie gerade gegen Ricardo, der die Volkswirtschaft immer integral, nationalökonomisch begriff — das entbehrt nicht eines gewissen Humors! Es ist sehr amüsant, v. Wieser offene Türen einrennen zu sehen, wenn er Ricardo folgendermaßen über die Elementarbegriffe nationalökonomischen Denkens belehrt: »Technisch ist es gewiß möglich, Kleider oder Schuhe . . . in Mengen herzustellen, welche den gegebenen Bedarf überreich vorsorgen. Aber eine solche Art der Vermehrung ist wirtschaftlich ausgeschlossen, weil sie gegen das Prinzip des höchsten Nutzens verstößt. . . . Die Annahme, daß es möglich wäre, Kleider und Schuhe in beliebiger Menge herzustellen, ohne die produktionsverwandten Erzeugungen beschränken zu müssen, darf nicht gemacht werden, denn sie würde vollberechtigt zu der weiteren Annahme zwingen, daß es möglich sei, die Produktion in der Masse aller Fälle, die nicht besonderen beschränkenden Bedingungen unterworfen sind, »beliebig« auszudehnen, »wenn man nur bereit sei, die nötige Arbeit daran zu wenden«. Das ist eine Utopie, die gegen alle Erfahrung streitet«.

Ricardo würde zu dieser Belehrung ein überaus erstauntes Gesicht gemacht haben. Und noch mehr hätte ihn der Schluß des Absatzes in Erstaunen versetzt, der da lautet: »Aller Erfahrung nach fällt der erzeugbare Gesamtvorrat immer geringer aus als der zu deckende Gesamtbedarf«, — womit, wie aus dem folgenden hervorgeht, die allerdings betrübliche Tatsache angedeutet werden soll, daß wir nicht alle so viel Dampfyachten und Automobile haben können, als wir gerne möchten.

Jedenfalls kann Wieser natürlich den von ihm so gröblich mißverstandenen Begriff nicht mehr gebrauchen. Es gibt keine disjunctio completa der Produkte mehr in beliebig und nichtbeliebig reproduzierbare, und so kommt Wieser dazu, Zwischenbegriffe einzuschieben, die mir — ich muß es bekennen — als Unterscheidungen ohne Unterschied erscheinen: Produkte von »spezifischer Seltenheit« resp. »spezifischer Häufigkeit«. Da es sich um Hilfsbegriffe handelt, die wir nicht brauchen werden, sind wir nicht verpflichtet, uns näher darauf einzulassen. So viel über die Abgrenzung des Monopolbegriffs.

b) Das Wesen des Monopols.

Die Lehre vom Monopol ist in der Literatur vor dem Erscheinen meines »Ricardo« und vor allem meiner »Theorie« recht stiefmütterlich behandelt worden. Was die Lehrbücher brachten, war ungefähr das, was wir im vorigen Abschnitt dargestellt haben. Eine zusammenhängende Behandlung hat der Gegenstand m. W. nur in dem vortrefflichen Artikel »Monopol« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften[1]) durch Lexis erfahren. Hier ist der Stoff, so weit er in der bisherigen Literatur vorlag, systematisch in der bei diesem Autor gewöhnten erschöpfenden Weise zusammengefaßt und auf das wertvollste ergänzt worden. Namentlich die von ihm stark betonte Unterscheidung von Ankaufs- und Verkaufsmonopolen hat sich, wie die weitere Betrachtung zeigen wird, als überaus fruchtbar erwiesen.

Auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß es Lexis nicht geglückt ist, die ganze Fülle des gewaltigen Stoffes auszuschöpfen, der sich nur einem Theoretiker erschließen konnte, den wie mich ein guter Zufall auf die entscheidende Bedeutung des Gegenstandes aufmerksam gemacht hatte.

Seit dem Erscheinen meiner »Theorie«, die Begriff, Wesen und Wirkung der Monopole in größter Ausführlichkeit behandelt hat, ist meines Wissens nichts weiter darüber erschienen als der Aufsatz von Robert Liefmann: »Konkurrenz- und Monopoltheorie«[2]).

Hier glaubt Liefmann durchaus neue Auffassungen vorzutragen. Seine Feststellungen stehen »im Gegensatz zu der ganzen bisherigen Auffassung«; er will »vier Begriffe klären, die bisher alle falsch aufgefaßt wurden, nämlich die Begriffe Angebot, Nachfrage, Monopol und Konkurrenz«; bis zu seinen Arbeiten »hat es eine eigentliche Preistheorie überhaupt nicht gegeben«; — die bisherige Theorie hat die »ungeheuer wichtige Tatsache nie richtig erkannt, daß die Preise aller Güter im Zusammenhange stehen und gegenseitig bedingt sind, weil sie überhaupt den Zusammenhang zwischen Preisen und Einkommensbildung nicht erfaßte«. Man wird zugeben, daß diese Ankündigungen geeignet sind, gewisse Ansprüche zu erwecken. Wir können zu unserem Bedauern nicht finden, daß das Gebotene den erweckten Erwartungen entspricht. Es ist einiges Gute darin — aber das Gute ist durchaus nicht so neu, wie der Verfasser annimmt; und es ist auch einiges Neue darin, — aber es ist durchaus nicht so gut, wie der Ver-

[1]) 3. Auflage. Band VI. S. 769 ff.

[2]) Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 41. 1. Heft. S. 110 ff.

fasser annimmt. Es ist hier nicht der Ort, um die allgemeintheoretischen Grundlagen zu kritisieren, zumal sie nur angedeutet sind: das Hauptwerk: »Grundsätze der Volkswirtschaftslehr « soll erst nach dem Kriege erscheinen[1]). Aber man darf doch wohl schon jetzt sagen, daß die Behauptung, »Wirtschaften ist etwas Psychisches, eine besondere Art des Disponierens, es ist Nutzen- und Kostenvergleichung«, nicht im mindesten »im Gegensatz zu der gesamten bisherigen Auffassung« steht. Sie findet sich z. B. bei Heinrich Dietzel, allerdings in einer grundsätzlichen Definition[2]), die formal noch an die »naturalistische Auffassung« erinnert, die Liefmann so hart beurteilt, und ist der Hauptangelpunkt meiner eigenen »Grundlegung« in der »Theorie«, die ich vor sechs Jahren dem wissenschaftlichen Publikum vorgelegt habe. Ebenso findet sich hier verbis expressimis das »Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge« in seiner Erstreckung auf die Marktwirtschaft. Es »erklärt das Angebot, und damit den Umfang, in dem die Nachfrage, die auch hier, wie die Bedürfnisse, als unbegrenzt anzu sehen ist, befriedigt wird«. So viel sich aus den vorliegenden Andeutungen erkennen läßt, dürfte Liefmann ungefähr auf die Formel herauskommen, mit der meine Darstellung des »gesellschaftlichen Grenzaufwandes« abschließt: »Der Konkurrenzkampf kommt nicht eher zur Ruhe, als bis die Tauschwerte aller Produkte sich verhalten wie die Grenzbeschaffungswerte aller Produzenten[3]).« Und so möchte ich mich überhaupt anheischig machen, jeden brauchbaren Satz, den Liefmann hier vorträgt, in meinem Werke zu belegen, wobei ich aber durchaus nicht etwa behaupten will, daß er ursprünglich von mir herrührt — und jeden Satz, den ich nicht belegen kann, wenn nicht zu widerlegen, so doch mit guten Gründen zu bestreiten.

Was nun im besonderen die uns hier einzig interessierende Ausführung über Monopol und Konkurrenz anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß die verschiedensten Dinge durcheinander gehen. Zunächst ist die persönliche Qualifikation mit der sachlichen zusammen behandelt worden. Das entspricht zwar einer in der älteren englischen Theorie üblichen Einteilung, ist aber unpraktisch, weil die Aufgabe gerade darin besteht, zu unterscheiden, was persönliches Qualifikationseinkommen, und was Einkommen aus sachlichen Monopolen ist. Diese Zusammenfassung bringt Liefmann denn

[1]) S. 110.

[2]) Vgl. unten im Teil II unter »Schumpeters dynamische Kapitalzinstheorie«.

[3]) Meine »Theorie«. S. 466/67.

auch in beträchtliche Schwierigkeiten, so z. B. wenn er sich den Kopf darüber zerbricht, ob der, »berühmteste Sänger« Konkurrenz hat oder nicht[1]).

Das ist nur unpraktisch. Aber sehr bedenklich ist bereits, daß er nirgends Statik und Dynamik auseinander hält und daher nicht unterscheiden kann zwischen den flüchtigen Monopolen, wie sie sich auf jedem Markte bei jeder Ware bilden müssen, deren Angebot zur Nachfrage in günstigem Verhältnis steht, — und den dauernden Monopolen der Statik, um die es sich allein handelt[2]). So z. B. spricht er von dem »Zinssatz von Leihkapital bei starker Nachfrage«[3]). Vor allen Dingen aber zeigt sich diese Vermengung von Statik und Dynamik in den zahlreichen Stellen, in denen er die völlig richtige, aber durchaus nicht neue Erkenntnis ausspricht, daß Konkurrenz und Monopol nicht nur co-relative Begriffe, sondern auch co-relative Kräfte sind. In dem Sinne, daß das Bestehen von Monopolen zur Konkurrenz, und das Bestehen der Konkurrenz zum Streben nach dem Monopol führt. Das ist eine essentiell dynamische Beobachtung, die auch nicht neu, wenn auch gewiß sehr wichtig ist, die aber von der Begriffsbestimmung des Monopols als eines essentiell statischen Gegenstandes wenigstens in der Darstellung getrennt werden muß.

Schließlich sind auch die rein theoretischen Erörterungen stark mit sozialpolitischen durchsetzt, also kausale und wertende Ausführungen, was nicht gerade zur Aufklärung des Gebietes beiträgt.

Was nun die sachlichen Darlegungen anlangt, so erschwert sich Liefmann seine Arbeit sehr durch zwei Dinge:

Erstens glaubt er merkwürdigerweise, die ältere Theorie habe eine Monopolstellung schon dann als gegeben angenommen, wenn ein einziger Anbieter vorhanden sei, ohne alle Rücksicht auf die Nachfrage Er »konstatiert dem gegenüber, daß Konkurrenz auch dann vorliegt, wenn nur ein Anbieter vorhanden ist, aber mehr Güter anbietet, als die Nachfragenden kaufen wollen«[4]). Das ist nun aber wirklich keine den alten Theorien fremde Feststellung. Wenn ich überall von der einseitigen »Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses« spreche und die Stellung der Monopolisten zu den Nachfragenden überall als das »Monopolverhältnis« bezeichne, um Angebot und Nachfrage in einem Begriff zusammenzufassen, so

[1]) l. c. S. 130, vgl. auch S. 133.
[2]) Vgl. z. B. S. 140.
[3]) S. 135.
[4]) l. c. S. 127.

bin ich mir damit bewußt, nur alten gesicherten Bestand der Wissenschaft formuliert zu haben. Die alte Theorie hat immer gewußt, daß der Verkäufer, der als einziger in Athen Eulen oder Säulen zum Verkauf stellt, nicht nur keinen Monopolgewinn, sondern überhaupt keinen Gewinn machen wird. Und so hätte Liefmann sich und seinen Lesern die langwierige Auseinandersetzung und die schwierige Terminologie sparen können, in die er seine vermeintliche Entdeckung einkleidet.

Zweitens erschwert er sich die Arbeit sehr dadurch, daß er zunächst den gänzlich veralteten Urbegriff des Wortes ins Auge faßt, denjenigen Monopolfall, wo nur ein einziger Anbieter vorhanden ist. Das zwingt ihn dazu, für diesen Grenzfall eine eigene Bezeichnung einzuführen: er nennt ihn das »absolute« Monopol, dem nun alle anderen Monopole als »relative« gegenüber gestellt werden. Auch das ist unpraktisch. Man soll terminologisch sparsam sein und einen einfachen Grenzfall nicht besonders benennen. Liefmann kommt zu dieser Trennung offenbar aus dem Grunde, weil er annimmt, die vorhergegangene Theoretik hätte den Fall niemals ins Auge gefaßt, daß mehrere Monopolisten miteinander konkurrieren (vgl. S. 118, 129). Diese Annahme wäre irrtümlich. Allerdings ist die Meinung weit verbreitet, es könne bei Vorhandensein mehrerer Monopolisten ein Monopolgewinn nur in dem Falle entstehen, daß sie sich vertragsmäßig zur Einschränkung des Angebots zusammenschließen. Aber das gilt nur für einen einzigen Spezialfall, und zwar für das privatrechtliche Monopol an beliebig vermehrbaren Produkten, das ja gar nicht anders als durch Vereinbarung zwischen den Produzenten entstehen kann. Für unvermehrbare Güter gilt es nicht, weder für die Güter absoluter Seltenheit (Naturmonopole), noch für die künstlich, durch Sperrung, herbeigeführte Seltenheit unvermehrbarer Güter, die an sich im Überfluß vorhanden sind. Lexis schreibt (a. a. O.): »Das natürliche Monopol beruht auf der natürlichen objektiven Seltenheit des Monopolgegenstandes innerhalb des für die gegebene Nachfrage in Betracht kommenden Verkehrsbereiches. Auch wenn mehrere selbständige Teilnehmer an dem Monopole vorhanden sind[1]), so ist doch eine Konkurrenz, wie bei beliebig vermehrbaren Waren, durch die natürliche Beschränktheit der Vermehrbarkeit des Monopolgegenstandes ausgeschlossen ... Wenn aber

[1]) Vorher hat er geschrieben. »Der Monopolinhaber kann übrigens, statt einer Einzelperson auch eine Gruppe von mehreren sein, die in ihrer Gesamtheit das Angebot oder die Nachfrage beherrschen und eine einheitliche Preistaktik befolgen«.

eine solche natürliche Grundlage gegeben ist, so werden die sämtlichen Teilnehmer im Bewußtsein dieser Tatsache immer die übereinstimmende Neigung haben, mit dem Preise in die Höhe zu gehen, und es kann dann durch eine stillschweigende Koalition annähernd derselbe vorteilhafteste Punkt erreicht werden, wie in dem Falle einer ausdrücklichen Vereinbarung.«

Zuckerkandl (l. c. S. 381) schreibt: »Bringt der Monopolist eine bestimmte Menge von Gütern auf den Markt, ... dann bildet sich der Preis genau so, wie wenn dieselbe Menge von verschiedenen Verkäufern auf den Markt gebracht worden wäre. ... Entscheidend ist die Menge, die zum Verkaufe bestimmt wird, »ob aber eine bestimmte Quantität einer Ware von einem Monopolisten allein oder von mehreren Konkurrenten im Anbote zur Veräußerung gebracht wird, hat keinen Einfluß (Menger).«

Ich selbst habe über den Gegenstand folgendes geschrieben[1]):

»Der Weinberg, der Johannisberger Kabinett trägt, könnte fünfzig verschiedenen Eigentümern gehören, die nicht miteinander verbündet wären, und dennoch stünde der Wert des Produkts über dem natürlichen Preise; — und dasselbe gilt von allen öffentlichrechtlichen Verleihungsmonopolen, wo mehrere privilegierte Produzenten miteinander konkurrieren, während der weitere Kreis ausgeschlossen ist; die Zunftmeister einer Kantonswirtschaft konkurrierten untereinander in voller Freiheit, und dennoch stand der Tauschwert ihres Produktes oberhalb des natürlichen Preises. Das wichtigste Beispiel solchen Rechtsmonopols, an dem viele Berechtigte partizipieren, ist das Grundeigentumsrecht unserer Gesetzbücher: ein ungeheuerer Kreis von Monopolisten steht unter sich in voller Konkurrenz, und dennoch erzielt jedes Stück Boden einen weit über dem natürlichen Werte stehenden Monopolpreis.

»Denn hier kann nirgend die Kraft eingreifen, die bei allen nicht monopolisierten Waren im zeitlich-räumlichen Zusammenhang aller Märkte den Preis auf den natürlichen Wert fixiert: die durch den hohen Gewinn eines oder einiger Märkte herangelockte Konkurrenz beliebig vieler Außenstehender. Diese unbeschränkte Konkurrenz ist durch den Begriff des Monopols ausgeschlossen; wo sie möglich ist, besteht kein Monopol: aber die beschränkte Konkurrenz zwischen mehreren Monopolisten läßt den Monopolgewinn bestehen«.

Daraus dürfte mit aller Klarheit hervorgehen, daß die ältere

[1]) Vgl. meine »Theorie«. S. 391/92.

Theorie nicht, wie Liefmann annimmt, zwischen Monopol und Konkurrenz einen kontradiktorischen Gegensatz konstruiert hat. Sie hat immer sehr genau gewußt, daß nur die vollkommen »freie« Konkurrenz, wie wir sie nach Wagner formuliert haben, einen solchen Gegensatz zum Monopol darstellt, daß aber beschränkte Konkurrenz das Monopol durchaus nicht ausschließt; ja, ich habe zu zeigen versucht, daß sogar dort, wo nur ein einziger Monopolist vorhanden ist, der mehrere Produkte anzubieten hat, eine Art von »innerer Konkurrenz« statt hat, »bei der sozusagen mehrere Produkteinheiten um ihren Absatz kämpfen[1])«.

Die ältere Theorie hat denn auch, was Liefmann wieder als eine ganz neue Entdeckung zu betrachten scheint[2]), sehr wohl den Fall erwogen, daß nicht-monopolisierte Produkte mit dem Monopolprodukt in Konkurrenz treten. Ich habe auch hier nur wieder guten alten Bestand unserer Wissenschaft formuliert, wenn ich schrieb: »Mit der Natur des Produkts hängt zusammen die Möglichkeit, daß ganz andere Produkte bei einem gewissen Preisstande in die Konkurrenz eintreten. Petroleum kann im allgemeinen nicht über den »Spirituspunkt« oder »Gaspunkt« getrieben werden; von einem gewissen Preise an werden Ersatzmittel konkurrenzfähig«[3]).

Wenn Liefmann für die Ersatzmittel den Terminus »substitutive Güter« einführt, so ist das gewiß sehr schön, aber es rechtfertigt doch kaum die Behauptung, die bisherige Theorie habe nie richtig erkannt, »daß eigentlich alle Güter in der Volkswirtschaft miteinander konkurrieren« und habe die »ungeheuer wichtige Tatsache nicht begriffen, daß die Preise aller Güter im Zusammenhang stehen und gegenseitig bedingt sind«. Auch hier erübrigt sich eine Kritik dieser Behauptung, die durch jedes bessere Lehrbuch widerlegt wird.

Wenn ich nun noch hinzufüge, daß Liefmann die von mir sogenannten »Produktionsmonopole« nicht scharf von den »Tauschmonopolen« unterscheidet und dadurch das Verständnis der Wirklichkeit unpraktisch erschwert, so ist alles gesagt, was für den Zweck der hier vorliegenden Arbeit von Bedeutung sein könnte.

Auf keinen Fall können wir zugeben, daß es zwischen den Monopolen und der freien Konkurrenz, beide richtig verstanden,

---

[1]) »Theorie« S. 392.

[2]) »Sie erkennt daher nicht, daß auch Anbieter ganz heterogener Güter konkurrieren können.« S. 131.

[3]) »Theorie« S. 387.

Übergänge gibt. Sie sind und bleiben Alternativbegriffe, stellen eine disjunctio completa dar. Und alle nationalökonomische Theorie wird, wie sich zeigen wird, unmöglich, wenn dieser klare Sachverhalt auch nur im mindesten verschleiert wird.

c) Die Klassen der Monopole.

Ich unterscheide 1. nach der Erstreckung: Personalmonopole und Klassenmonopole. Dort besteht das Monopolverhältnis zwischen einzelnen ökonomischen Personen oder Vielheiten solcher; hier zwischen Vielheiten in ihrer Eigenschaft als ökonomische und soziale Klassen.

Ich unterscheide 2. nach dem Grunde: mit aller älteren Theoretik natürliche und rechtliche, und hier öffentlich-rechtliche (»verliehene«) und privatrechtliche (auf Verabredung der Produzenten zum Zweck der Produktionseinschränkung beruhende) Monopole.

Ich unterscheide 3. nach dem Gegenstande: Monopole auf unvermehrbare und »beliebig vermehrbare« Wertdinge. In der ersten Gruppe sind zu unterscheiden: Monopole auf unvermehrbare Wertdinge, deren Vorrat aus natürlichen Gründen nicht für den Begehr ausreicht (natürliche Monopole), — und Monopole auf unvermehrbare Wertdinge, deren Vorrat an sich für den Begehr ausreichen würde, aber durch Sperrung gegen den Begehr zurückgehalten wird: Rechtsmonopole durch Sperrung, »Monopolisierung«.

Ich unterscheide 4. nach der Stellung: mit Lexis Einkaufsmonopole, wo der Käufer der Monopolist ist, und Verkaufsmonopole, wo es der Verkäufer ist.

Ich unterscheide 5. schließlich nach der Wirkung auf den statischen Preis: Produktionsmonopole und Tauschmonopole. Dort steht der Preis in der Statik auf dem statischen Konkurrenzpreis: aber der Monopolist hat Vorteile gegenüber den Konkurrenten an einem oder mehreren der drei Komponenten der Selbstkosten: den Erzeugungskosten[1]) (Erzeugungsmonopol), den Transportkosten[2]) (Transportmonopol), oder den Generalkosten (Umsatzmonopol[3]).

[1]) Das berühmteste Beispiel für diesen Fall ist Ricardos Differentialrente vom Boden größerer natürlicher Ergiebigkeit als der Grenzboden.

[2]) Das berühmteste Beispiel für diesen Fall ist Ricardos Differentialrente vom Boden größerer Marktnähe als der Grenzboden.

[3]) v. Wieser (Gesellsch. Theorie usw. S. 275) nennt diese Arten von Monopolen sehr nett »Monopoloide«.

Beim Tauschmonopol steht der statische Preis um einen Aufschlag, den Monopolgewinn, über dem Konkurrenzpreise, und zwar um einen Aufschlag zu Lasten des Kontrahenten.

Für alle Arten gilt das folgende:

Freie Konkurrenz und Monopol sind Korrelativbegriffe, einer ohne den anderen nicht definierbar. Freie Konkurrenz besteht, wo kein Monopol einspielt; und umgekehrt ist ein Monopol eine Vorzugsposition im Preiskampfe, beruhend darauf, daß die Konkurrenz, die eingreifen will, weil der hohe Preis sie lockt, nicht völlig frei spielen kann (natürliches Monopol) oder darf (rechtliches Monopol).

d) Der Monopolpreis.

Es ist unsere nächste Aufgabe, den Monopolgewinn zu berechnen, der auf den statischen Preis aufgeschlagen wird.

Mithin bleiben die Produktions-Monopole hier aus der Rechnung. Sie werden uns später zu beschäftigen haben, wenn es sich um die Aufgabe handelt, den statischen »abgeleiteten Wert« der Machtpositionen selbst zu berechnen. Hier haben wir nur zu wiederholen, daß diese Monopole auf den statischen Preis nicht einwirken: die Güter, die der Produktionsmonopolist zu Markte bringt, haben den statischen Konkurrenzpreis unserer Formel[1]).

Anders liegt es beim Tauschmonopol. Hier bewirkt die Beschränkung der Konkurrenz, daß das Angebot des monopolisierten Produktes dauernd aus natürlichen Gründen hinter der Nachfrage zurückbleiben muß, oder aus rechtlichen Gründen, so lange das Rechtsmonopol dauert, zurückgehalten werden darf. Darum steht sein statischer Preis höher als der statische Konkurrenzpreis stehen würde; er ist statischer Monopolpreis.

Mithin ist das Einkommen des durch den Besitz eines Monopols begünstigten Produzenten, des Monopolisten, größer als das Normaleinkommen E des Nichtmonopolisten. Es ist $E + m$. Folglich ist der statische Preis seines Produktes:

$$v_m = \frac{E + m}{n} + s$$

Diese Formel genügt für eine etwaige Auseinandersetzung mit irgendeiner subjektiven Wertlehre wieder durchaus. Es ist eine rein objektive Wertformel. Denn die Größe m ist rein objektiv bestimmt. Der Vorrat, der im stationären Zustande zu

[1]) Ricardo hatte mithin völlig Recht, wenn er behauptete, daß die Grundrente kein Aufschlag auf den statischen Konkurrenzpreis sei, sondern Gewinn an diesem Preise.

Markte kommt, und von dem es auch bei diesem Produkt allein abhängt, welcher Nachfragende im »Grenzkäuferpaare« wirksam resp. »vom Tausch ausgeschlossen« wird, ist bei natürlichen Monopolprodukten durchaus von objektiven Naturbedingungen abhängig. So z. B. die Zufuhr von Edelwein einer bestimmten Lage. Bei den Rechtsmonopolen aber hängt die Größe der zu Markte gebrachten Vorräte nicht im mindesten von subjektiven Wertschätzungen ab, weder des Produzenten noch des Konsumenten, sondern ist durchaus objektiv, wie längst bekannt, bestimmt als derjenige Vorrat, bei dem der Monopolist das Optimum des Gesamtgewinnes erreicht, — das ist der Punkt des statischen Monopolpreises.

Es gibt nämlich zwei Nullpunkte des Monopolgewinnes bei Rechtsmonopolen. Einer liegt bei einem so hohen Forderungspreise, daß keiner der Bedürftigen ihn zahlen kann oder will: hier ist der Gesamtertrag Null, und somit auch der Monopolgewinn. Der zweite Nullpunkt liegt dort, wo der Forderungspreis auf den statischen Konkurrenzpreis herabgesetzt ist: hier ist der Absatz maximal, aber der Einzelmonopolgewinn und somit auch der Gesamtmonopolgewinn wieder Null. Irgendwo dazwischen liegt das Optimum, der Preispunkt, wo die Multiplikation des Einzelgewinnes mit der Verkaufsziffer den größten Gesamtmonopolgewinn liefert: hier steht im Gleichgewichtszustande der Konkurrenz der statische Preis[1]). Man sieht: auch hier ist der Vorrat objektiv bestimmt, und er bestimmt wieder das Grenzkäuferpaar, dessen subjektive Wertschätzung den Preis — nicht verursachend, wohl aber — messend »bestimmt«.

Wenn aber diese Feststellung auch genügt, um etwaige Grenzüberschreitungen seitens der subjektiven Schule abzuweisen, so ist doch damit die Größe m noch nicht genau genug bestimmt, um uns befriedigen zu können. Wir müssen versuchen, ihr noch beträchtlich näher zu kommen. Und das ist für alle irgend relevanten Fälle fast ebenso möglich, wie es für die Größe q, den Zuschlag der höher Qualifizierten, zum Normaleinkommen E, möglich war. Auch v_m, der statische Monopolpreis, ist eine Funktion von v, dem statischen Konkurrenzpreis.

Nach unten ist der Monopolpreis durch den Konkurrenzpreis begrenzt. Tiefer kann er nicht sinken, sonst würde der Monopolist statt Vorteil Nachteil haben und das kann in der Statik nicht vor-

[1]) Lexis gibt im Art. »Monopol« im Hdwb. d. Staatsw. 3. Aufl. VI. S. 769ff. die genaue mathematische Formel für dieses Optimum.

Vgl. a. Menger l. c. S. 198 und v. Wieser (Theorie d. gesellschf. Wirtschaft) S. 275.

kommen, wo alle Grenzbetriebe mindestens E bringen. Nach oben aber ist er begrenzt durch den Konkurrenzpreis der Surrogate und Ersatzmittel[1]). Petroleum ist heute ein Monopolgut, da der Markt fast ganz durch den Rockefeller-Trust kontrolliert wird; aber, wäre auch gar keine Konkurrenz vorhanden: der Trust könnte den Preis keinesfalls über den »Spiritus-Punkt«, »Gas-Punkt« oder »Elektrizitäts-Punkt« treiben[2]), d. h. den Preispunkt, wo das Lichtbedürfnis der Konsumenten sich an einem Produkt mit einem Konkurrenzpreise befriedigen könnte, der zwar höher ist, als der Preis des Monopolproduktes sich unter den Voraussetzungen freier Konkurrenz stellen würde, aber doch geringer, als der Monopolpreis getrieben werden könnte, wenn eben der Kontrahent das Ersatzmittel nicht hätte. Mithin erkennen wir, daß der Monopolpreis bei allen Monopolgütern, für die Surrogate oder Ersatzmittel existieren, nach oben und nach unten hin durch den Konkurrenzpreis v begrenzt wird, der sich aus dem Normaleinkommen E ergibt: nach unten durch den eigenen Konkurrenzpreis, nach oben durch den Konkurrenzpreis des nicht monopolisierten Ersatzmittels.

Solche Ersatzmittel existieren aber schon in der Realität notorisch zunächst für alle solchen wichtigeren Monopolgüter, die als letzte Güter der unmittelbaren Verwendung dienen.

Was das aber für die Geltung der objektiven Werttheorie bedeutet, mag folgende Erwägung beweisen. Stellen wir uns vor, die menschliche Gesellschaft habe sich weit entwickelt, ohne ein sehr wichtiges Befriedigungsmittel, z. B. ein Feuerzeug, entdeckt zu haben. Wie in Urzeiten kann Feuer nur von lebendem Feuer genommen werden, überall muß ein Herdbrand oder eine »ewige Lampe« unterhalten und bewacht werden. Jetzt erfindet jemand das Zündholz und erhält ein Patent darauf. Er wird den Preis ungeheuer hoch ansetzen können, fast auf den ganzen Betrag, den die Erfindung an Brennmaterial, Arbeit und durchschnittlichem Feuerschaden erspart; d. h. der Preis steht irgendwo in phantastischer Höhe über dem Konkurrenzpreise. Wenn aber, wie es in geschichtlicher Wirklichkeit geschah, der Feuerbohrer das lebendige Feuer, dann Stahl und Stein den Feuerbohrer, dann das Phosphorzündholz den Stahl, und zuletzt das »schwedische« Zündholz den übelriechenden, feuergefährlichen Vorgänger ersetzt, so ist der Preis jeder neuen Verbesserung eng an den Konkurrenzpreis der alten Produkte gebunden.

[1]) »substitutive Güter« (Liefmann. l. c. S. 124).

[2]) Vgl. meine »Theorie« S. 387.

Von dieser engen Verknüpfung dürfte es kaum eine Ausnahme überhaupt, und gewiß keine wichtige Ausnahme geben. Selbst das Flugzeug, wäre es patentiert, würde nur als Sport- und Vergnügungsinstrument, nicht aber als Verkehrsinstrument bisher unbefriedigte menschliche Bedürfnisse sättigen und ohne Ersatzmittel dastehen; und sogar dem Radium, das leider bereits Gegenstand eines gewaltigen Monopols zu sein scheint, ist im Thorium bereits ein Ersatzmittel erstanden, das ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, die dem Radium zugeschriebene Kraft besitzen soll, bösartige Geschwülste zu bessern und vielleicht sogar zu heilen.

In der Konstruktion der Statik aber müssen solche Ersatzmittel per definitionem in allen uns interessierenden Fällen existieren, d. h. dort, wo es sich um vertretbare Monopolgüter[1]) handelt, die allein statischen Preis haben. Nicht eher kann die Konkurrenz zur Ruhe kommen, als bis der Vorteil des Monopolisten durch das Angebot von Surrogaten auf den statischen Monopolgewinn herabgezogen ist. Wo gar kein Surrogat in Frage kommt, handelt es sich offenbar um unvertretbare Güter oder gar um Singularitäten, deren Preis uns nicht interessiert.

Noch viel enger als bei den letzten Verwendungsgütern ist schon in der Realität das Maximum des Monopolpreises solcher Güter an den Konkurrenzpreis gebunden, die nicht dem Verzehr, sondern der Beschaffung dienen, die »Produktionsmittel«, wenn sie dazu dienen sollen, solche Produkte herzustellen, die schon seit längerer Zeit im Markte sind und ihren statischen Konkurrenzpreis haben. Der Monopolpreis solcher Produktionsmittel kann niemals völlig bis zu der Grenze getrieben werden, wo ihrem Käufer keine Ersparnis mehr übrig bleiben würde: seine Obergrenze ist mithin bestimmt durch den Konkurrenzpreis des fertigen Produktes einerseits und durch die Konkurrenzpreise der bisher verwandten Produktivmittel andererseits.

In der Statik aber kann es sich per definitionem um nichts anderes handeln als um Produktivmittel zur Herstellung solcher Güter, die schon längere Zeit im Markte sind und ihren statischen Konkurrenzpreis haben. Nicht eher kann die Konkurrenz zur Ruhe kommen, als bis einem neu als Monopolisten auftretenden

[1]) Von den Monopoldiensten brauchen wir nicht ausdrücklich zu handeln. Sie sind an sich eine winzige und für die großen Probleme bedeutungslose Gruppe, für die das von den Monopolgütern Auszusagende implizite mit gilt. Wir kommen noch darauf zurück.

Produzenten solcher Produktivmittel, die zur Herstellung neuartiger Produkte bestimmt sind, alle Vorteile abgejagt sind, die nur »Konjunkturgewinne« am laufenden Preise sind, in der Statik aber auf den statischen Monopolgewinn reduziert werden. Das geschieht durch Herstellung von nicht-monopolisierten Ersatz-Produktivmitteln.

Mehr noch: der mögliche Monopolpreis der Produktivgüter wird in den meisten Fällen tief unter diesem äußersten Maximum des Konkurrenzpunktes liegen, nämlich überall dort, wo, — und das ist ja die Regel — eine Erfindung die Produktivität stark steigert. Hier ist der Monopolist gezwungen, den Preis nicht nur so tief anzusetzen, daß er das mit den älteren Methoden hergestellte Produkt bei den alten Konsumenten verdrängt, sondern viel tiefer, nämlich tief genug, um in der Dynamik so viel neue Konsumenten zu gewinnen und in der Statik festzuhalten, wie er braucht, um seine größeren und kostspieligeren Produktionsanlagen auszunutzen. Aus diesem Grunde hätte selbst eine patentbewaffnete Spinnerei der kapitalistischen Anfänge den Preis des Garns tief unter den Konkurrenzpunkt der Handspinnerei ansetzen müssen; und aus demselben Grunde hat jeder Eisenbahngründer, trotzdem er faktisch, wenn auch nicht immer rechtlich, eine Zeitlang Monopolist war, den Fahrpreis und die Fracht nach den alten Konkurrenzpreisen der Post oder noch darunter bestimmen müssen; die kostspielige Anlage hätte sich ohne das nicht rentiert.

Noch beträchtlich näher, schon zu fast exakter Bestimmbarkeit, können wir dem Monopolpreis bei allen Gütern der Verwendung und Beschaffung dort kommen, wo sich der sogenannte objektive Gebrauchswert messen läßt. Und das ist überaus häufig und wieder gerade bei den wichtigsten Klassen der Produkte der Fall. Wir können die Geschwindigkeit verschiedener Beförderungsmittel für Personen, Güter und Nachrichten exakt messen, können für verschiedene Brennmaterialien den Grad ihrer Heizkraft, für verschiedene Beleuchtungsmaterialien den Grad ihrer Leuchtkraft exakt messend vergleichen, können das gleiche für die Zerreißfestigkeit (z. B. bei Transmissionen), Bruchfestigkeit (z. B. bei Metallen), Wetterfestigkeit (z. B. bei Baustoffen) usw. usw. ausführen: es ist klar, daß der Monopolpreis von Monopolgütern überlegenen objektiven Gebrauchswertes sich zu dem Konkurrenzpreise von Artikeln geringeren objektiven Gebrauchswertes höchstens verhalten kann, wie der höhere objektive Gebrauchswert zum geringeren. Höchstens! Aus schon angeführten Gründen wird er in der Regel wesentlich tiefer stehen.

Gilt das schon von öffentlich-rechtlichen Monopolen, so gilt es in verstärktem Maße für die privatrechtlichen. Denn hier kommt noch etwas hinzu, was den Monopolpreis noch viel enger an den Konkurrenzpreis bindet, nämlich die mögliche Konkurrenz gleichartiger Produkte.

Das privatrechtliche Monopol beruht auf dem Vertrag zwischen Produzenten des gleichen Produktes, die Produktion willkürlich einzuschränken, um den laufenden, und auf die Dauer den statischen Preis über dem Konkurrenzpreise zu halten.

Diese Einschränkung hat ihre Grenzen.

Die eine haben wir schon in einem anderen Zusammenhange betrachtet: eine gewisse Ausdehnung der Erzeugung ist für jede bestehende Anlage notwendig; sonst wachsen, da die Generalspesen nicht proportional eingeschränkt werden können, die Kosten der Produkteinheit schneller als der Monopolaufschlag auf den Preis, d. h. die Einschränkung bringt Verlust statt Gewinn.

Die zweite Grenze besteht nicht für die öffentlich-rechtlichen Monopolprodukte, wohl aber für die privatrechtlichen. Je höher der Monopolist oder Monopolistenverband den Preis über dem Konkurrenzpreise festsetzt, um so mehr droht die Gefahr, daß Außenstehende die Konkurrenz aufnehmen und das Monopol sprengen. Mag noch so viel Kapital dazu gehören: ist der zu erhoffende Gewinn nur groß genug, so wird es aufgebracht werden. Darum kann kein noch so starker Trust den Preis seiner Produkte[1]), darum kann keine noch so starke Arbeitergewerkschaft den Preis der Dienste ihrer Mitglieder erheblich hoch über dem Konkurrenzpreis festsetzen. Hier ist die Abhängigkeit noch fester als bei den öffentlich-rechtlichen Monopolen.

Wenn wir alles, was wir soeben ausgeführt haben, zusammenfassen, so ergibt sich die Feststellung, daß die Höhe des Monopolaufschlages auf den statischen Preis der Güter in ziemlich engen Grenzen bestimmt ist durch die Möglichkeit der Konkurrenz.

Diese Feststellung klingt einigermaßen paradox. Sind denn Monopol und Konkurrenz nicht einander ausschließende Wechselbegriffe?

Sie sind es, aber nicht absolut. Unsere Definition lautet: »Ein Monopol ist eine Vorzugsposition im Preiskampf, beruhend

---

[1]) Clark (Economic Studies Vol. I 1896. »The Theory of Economic Progress«) sagt: »Up to the limit, at which the latent power of competition is likely to become active, prizes may be raised above a normal level . . . there are remainders of monopoly gain accruing to trusts«.

darauf, daß die Konkurrenz nicht völlig frei spielen kann oder darf«[1]).

Wo die Konkurrenz völlig frei spielen kann und darf, bildet sich der statische Konkurrenzpreis. Wo sie überhaupt nicht spielen kann oder darf, ist dem Monopolpreis keine andere Grenze gesetzt, als in dem Vermögen des Begehrenden, wie Ricardo sich ausdrückt. Wo sie aber in beschränktem Maße spielen kann oder darf, da verhindert sie zwar das Entstehen eines Monopolpreises nicht ganz, aber hält ihn doch, und zwar ziemlich nahe, am Konkurrenzpreise fest, als seine Funktion.

Selbst dort, wo ein Monopol im strengsten Sinne besteht, wo ein einziger Monopolist als Anbieter der Nachfrage gegenübersteht, wirkt, wie gesagt, wenn es sich nicht um Singularitäten, sondern um mehrere Exemplare handelt, auf seine wirtschaftliche Handlung das ein, was ich die Konkurrenz mehrerer Produktionseinheiten um ihren Absatz genannt habe[2]), nämlich der Wunsch, womöglich alle Exemplare des Vorrates zu verkaufen, das Streben nach dem Optimum.

In allen anderen Fällen aber wirkt die »beschränkte Konkurrenz«[3]): die faktische Konkurrenz andersartiger Ersatzgüter, namentlich von Produktivmitteln, bei öffentlich-rechtlichen und natürlichen Monopolen, die mögliche Konkurrenz gleichartiger Güter bei den privatrechtlichen Monopolen.

Damit haben wir den Zuschlag m des Monopolgewinnes für alle uns interessierenden Fälle mit annähernder Genauigkeit bestimmt. Freilich: nicht völlig genau! Hier bleibt eine gewisse Ungenauigkeit bestehen. Ist dieser Mangel, den wir nicht zu verschleiern beabsichtigen, groß genug, um den Geltungsbereich unserer Theorie bedeutsam zu beschränken?

Wir glauben nicht! Drei Feststellungen sind in dieser Beziehung zu machen:

Erstens: die subjektive Wertlehre konnte gegen unsere Ableitung schon in ihrer rohesten Annäherung, wie oben gezeigt, nichts einwenden; um wie viel weniger kann sie es in der verfeinerten Ausbildung, die uns möglich war.

Außerdem und vor allem: die subjektive Lehre kann von ihrer Fragestellung das Problem des Monopolpreises, streng ge-

---

[1]) Wir erinnern hier an unsere Kritik der Liefmannschen Ausführungen über Monopol und Konkurrenz.

[2]) Meine »Theorie« S. 392.

[3]) „ „ S. 391.

nommen nicht einmal stellen, geschweige denn lösen[1]). Wenn sie es stellt und zu lösen versucht, so geschieht das, weil es sich um überlieferte Begriffe handelt, die man nicht übergehen kann. Aber vor ihrer grundlegenden Betrachtung gibt es überhaupt keinen essentiellen Unterschied zwischen dem Konkurrenzpreise und dem Monopolpreise in der Statik. Vorrat und Begehr bestimmen hier wie dort den Wert als Grenzwert. Die Ausführungen der Grenznutzentheoretiker zu diesem Punkt sind denn auch regelmäßig von besonderer Schwäche, und ihre Formeln trotz aller Bedenklichkeit der Ableitung viel weniger genau als die unsere, die, wir wollen es auch hier wiederholen, nicht nur den statischen Monopolpreis der Monopolverwendungsgüter, sondern auch der Monopolbeschaffungsgüter mit großer Genauigkeit angibt, und auch den Edelmetallpreis angeben würde, auf dem der Geldpreis beruht, wäre Edelmetall ein Monopolgut — was es nicht ist[2]).

Zweitens: ganz auf Spitz und Knopf genommen, hätten wir die Ableitung der Formel für den statischen Monopolpreis überhaupt ablehnen dürfen. Denn alle öffentlich-rechtlichen Monopole (Patente usw.) sind befristet, gehören also nicht der Statik im strengsten Sinne an, und alle privatrechtlichen Monopole sind labil, weil von der Konkurrenz der »Outsiders« bedroht, und sind auch faktisch, in der Realität, nur relativ kurzlebig, gehören also ebenfalls der Statik im strengsten Sinne nicht an.

Wir dürfen uns hier auf Clark berufen[3]): »Die Feststellung, die im vorhergehenden Kapitel gemacht worden ist, daß ein statischer Zustand wirkliche Unternehmerprofite ausschließt, besagt nicht, daß ein Rechtsmonopol nicht einem Entrepreneur einen Profit sichern könnte, der so lange dauern würde wie das Gesetz, das ihn hervorriefe, und das noch dazu unter sozialen Bedingungen, die auf den ersten Blick als statisch erscheinen würden. Die Produktionsagenten Arbeit und Kapital wären verhindert, in den

---

[1]) Vgl. die sehr interessanten Ausführungen bei C. Menger l. c. S. 204/5, wo Konkurrenz- und Monopolpreis geradezu als einem einzigen Bildungsgesetze unterworfen dargestellt werden. Die Späteren haben die Lücken auszufüllen versucht, m. E. ohne Glück. Es war schon oben davon die Rede. Scharling »Werttheorien und Wertgesetz«, Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Statistik N. F. XVI. (1888. S. 541) bemerkt dazu: »Doch kommt es uns vor, daß gleichsam der Schlußstein zu der ganzen Entwicklung fehlt. Denn die Frage drängt sich einem doch immer wieder auf: aber was bestimmt denn, auf welchen Punkt der Wert festgestellt werden wird?«

[2]) Trotz Cornélissen (l. c. S. 88/9). Er fabelt von Aussperrung des Goldes durch die großen Banken usw. Die Kritik bald in einer Theorie des Geldwertes.

[3]) »Die Theorie des ökonomischen Fortschritts« (Economic studies. Band I. S. 96).

begünstigten Erwerbszweig einzuströmen, obgleich ökonomische Kräfte, wären sie ungehindert, diesen Einstrom bewirkt haben würden[1]). Diese Bedingung ist aber kein wahrer statischer Zustand, wie er hier definiert worden ist. Solch ein wirklicher Zustand der Statik ist mit dem einer Menge ruhigen Wassers verglichen worden, das nur durch ein Gleichgewicht der Kräfte bewegungslos gehalten wird. Es ist nicht zur Starre gefroren, aber es bewahrt eine feste Stellung, da jedes Teilchen durch dieselbe Kräftemenge nach allen Seiten hin gestoßen wird. Hier ist vollkommene Flüssigkeit, aber keine Flut. Und gleich und ebenso sind die industriellen Gruppen im wahren Zustande der Statik, wenn die Produktionsagenten, Arbeit und Kapital, vollkommen beweglich, aber keine Bewegung zeigen. Ein Rechtsmonopol (legal monopoly) zerstört in gewissem Sinne diese Beweglichkeit und muß als ein Element der Verhinderung oder Reibung behandelt werden, stark genug, um nicht nur eine Bewegung zu verzögern, die eine ökonomische Kraft verursachen würde, wäre sie ungehindert, sondern auch, um die Bewegung ganz und gar zu verhindern«.

Danach wären wir, um es zu wiederholen, berechtigt, die Monopolgewinne der Rechtsmonopole außer acht zu lassen.

Was übrig bleibt, ist also nur die Gruppe der natürlichen Monopole, der Edelweine und Werke verstorbener Künstler usw., und für diese gilt allerdings Ricardos Wort: »Diese machen aber nur einen sehr geringen Teil der Gütermasse aus«, sind also als quantité négligeable zu betrachten.

Drittens und vor allem: Die oben behandelte Gruppe ist aber auch, und das liegt in Ricardos Worten eingeschlossen, ohne Bedeutung für das große Problem, dem die Bestimmung des statischen Preises dienen soll, und darf namentlich deshalb vernachlässigt werden. Und das gilt auch für die Fälle des Rechtsmonopols. Denn nicht der Überprofit des Monopolisten ist das primäre Problem, sondern der normale Profit des mit keinem Personalmonopol ausgestatteten Kapitalisten. Erst wenn wir dessen Bildung genau verstehen (und ihn können wir, wie sich zeigen wird, in exaktester Formel ableiten), können wir daran denken, den Überprofit ableiten zu können; selbst, wenn uns das nicht völlig glücken sollte, so bliebe doch das Hauptproblem der Nationalökonomie gelöst.

[1]) Man wolle beachten wie klar der Autor hier zwischen beschränkter und unbeschränkter Konkurrenz unterscheidet.

Damit dürfte unsere Behauptung bewiesen sein, daß wir den statischen Monopolpreis mit genügender Genauigkeit abgeleitet haben.

e) Die Zurechnung der Monopolgewinne.

Wir haben eingestehen müssen, daß es uns unmöglich ist, eine exakte Formel für den Monopolgewinn aufzustellen. Die erste Aufgabe, die uns dieses Zugeständnis stellte, bestand darin, zu zeigen, daß dadurch die Genauigkeit unserer Bestimmung des statischen Monopolpreises nicht in irgend erheblichem Maße beeinträchtigt wird. Diese Sicherung ist uns hoffentlich durchaus gelungen

Unsere zweite Aufgabe soll nunmehr sein, nachzuweisen, daß das Problem der Ableitung des Monopolgewinns in einer für alle Fälle gültigen Allgemeinformel nicht nur für unsere Mittel, sondern überhaupt unlösbar ist, so unlösbar wie die Quadratur des Zirkels. Diese Betrachtung wird uns zum tiefsten Kerne des Monopolproblems führen und sein Verständnis erst ganz erschließen. Es handelt sich um die »Zurechnung« des Monopolgewinns. Wir wollen das Ergebnis als thema probandum unserer Erörterung voraussenden: die Berechnung des Monopolgewinns ist unmöglich, weil er ganz regelmäßig Dingen zugerechnet wird, die nicht die Bestimmungsgründe seiner Höhe sind.

Die Monopole bilden eine der zwei Unterarten einer charakteristischen Gruppe von Wertdingen, die man im allgemeinen als »Rechte und Verhältnisse« zusammenfaßt. Sie haben das Gemeinsame, daß sie wirtschaftliche Machtpositionen darstellen, die ihrem Inhaber das formelle Recht (»Rechte«) oder die faktische Macht (»Verhältnisse«) gewähren, von gewissen anderen Wirtschaftspersonen Leistungen in Gütern, Geld oder Diensten unentgeltlich zu erlangen.

Man studiert den Mechanismus am besten an den »Rechten«, weil er hier noch ganz unverschleiert ist, und hier wieder an den Steuerrechten des Staates oder halb-privater Rechtssubjekte, wie die feudale Jurisprudenz sie häufig verzeichnete. Wenn der Staat von seinen Bürgern Steuern oder persönliche Leistungen (als Soldaten, Schöffen usw.) fordert, so geschieht das auf Grund eines nutzbaren Rechtes, das er gegen alle Bürger besitzt. Daß dafür Gegenleistungen in Gestalt von Rechtsschutz, Grenzschutz usw. gewährt werden, ist begrifflich nicht erfordert, kommt auch praktisch auf den primitiveren Stufen des Staates nicht in Frage. Hier

ist der Tribut, den der »Staat«, d. h. die herrschende Oberklasse von der Unterklasse einzieht, der ganze Inhalt des Staatswesens[1]). Daß eine Gegenleistung nicht zum Begriffe des nutzbaren Rechtes gehört, daß also das Einkommen daraus grundsätzlich unentgeltlich ist, geht auch daraus hervor, daß von solchen Gegenleistungen im feudalen Privatrecht keine Rede ist. Das »droit de passage«, das »Grundruhr-« und das »Strandrecht« der Feudalherren war ein ganz einseitiges Recht der Grundherren gegen den Kaufmann, der ihr Gebiet berührte.

In diesen Fällen wird das Einkommen aus der Machtposition dem Rechte »zugerechnet«. Der Baron sagt: »mein Durchfuhrrecht bringt mir jährlich so und so viel ein«. Wir haben in unserem modernen Recht noch einen analogen Fall, und zwar in dem Patentrecht. Wenn der Patentinhaber sein ausschließliches Recht der Herstellung der patentierten Ware nicht selbst ausübt, sondern nur Lizenzen verkauft, so rechnet er den Ertrag seinem nutzbaren Rechte zu.

In diesen Fällen liegt alles noch völlig klar. Wir haben ein durch das Recht bestimmtes Verhältnis zwischen Personen, einer berechtigten, und einer oder mehreren, die durch ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Rechtskreise (so bei den Staatssteuern), oder durch elementare Gewalt (so bei dem Strandrecht) oder schließlich aus eigener freier Wahl aus Gründen ihres Berufes (so bei dem Durchfuhrrecht oder dem Patent) dem Rechtsinhaber leistungsverpflichtet geworden sind.

Nun kann es aber vorkommen, daß der Rechtsinhaber gute Gründe hat, seinerseits Kosten aufzuwenden, um seine Einnahme aus dem nutzbaren Rechte zu vergrößern. Er mag z. B. eine Straße bauen oder verbessern, oder eine Stromschnelle durch einen Kanal umgehen, oder einen Treidelweg anlegen, damit die Kaufleute bewogen werden, lieber sein Gebiet als das eines benachbarten Feudalherren zu betreten. In diesem Falle liegt bereits eine Gegenleistung vor. Durchaus keine gleichwertige Gegenleistung, wie wohl zu beachten ist, aber doch eine Gegenleistung! Die Ursache des Einkommens bleibt nach wie vor im Rechte verankert, und es ist zu einem gewissen Teil immer noch unentgeltlich gewonnen: nur von dem jetzt durch den Kostenaufwand gewonnenen Mehreinkommen ist ein Teil entgeltlich:

[1]) Vgl. meinen »Staat« Bd. XIV/XV der von M. Buber herausgegebenen Sammlung »Die Gesellschaft«. Frankfurt a. M. 1908.

nur ein Teil; denn der Rechtsinhaber wird Kosten nur dann aufwenden, wenn der dadurch gewonnene Mehrertrag die Kosten zu übersteigen verspricht.

Hier ist der Sachverhalt schon einigermaßen verschleiert, und die »Zurechnung« schon zweifelhaft. Der Rechtsinhaber wird zweifeln, ob er sein Einkommen zur Gänze dem Rechte oder dem Aufwande, oder: welche Teile er dem einen und dem anderen zuzurechnen hat[1]).

Völlig verschleiert aber wird der Sachverhalt dort, wo ein gewisser Aufwand die unerläßliche Bedingung dafür ist, daß das nutzbare Recht sich in einem Einkommen realisiert. Das beste Beispiel dafür ist das feudale Recht der Bannmühle, Bannkelter usw. Will der Seigneur dieses Recht nutzen, so muß er eine Mühle oder Kelter unterhalten. Und in diesem Falle wird er selbstverständlich das ganze Einkommen dem Aufwande, und nicht mehr dem Rechte zurechnen. Er wird sagen: »Die Mühle bringt mir so und so viel«, statt zu sagen, wie es richtig wäre: »Das Mühlenrecht bringt mir roh so und so viel und nach Abzug der Aufwandskosten rein so und so viel!«

Mit diesem Beispiel sind wir bereits in das Gebiet der Monopole gelangt: denn die Bannmühle ist ein charakteristisches Rechtsmonopol. Und nun verstehen wir auch die Zurechnung des Monopolgewinnes überhaupt:

Ein Monopol ist als Unterklasse der Hauptklasse »Rechte und Verhältnisse« gleichfalls ein Verhältnis zwischen Personen, und zwar gleichfalls eine wirtschaftliche Machtposition, die ihrem Inhaber das Recht oder die faktische Macht gewährt, von anderen Wirtschaftspersonen unentgeltliche Leistungen zu erlangen. Die Monopole unterscheiden sich von den reinen »Rechten« zwiefach: erstens wird das persönliche Verhältnis hier regelmäßig »durch Sachen vermittelt«, wie Marx sich in anderem Zusammenhange treffend ausdrückt, d. h. der Gewinn der Machtposition realisiert sich im Tausch von Gütern gegen Güter oder von Gütern gegen Dienste oder von Gütern gegen »Nutzungen«. Das ist bei den einfachen »Rechten« nicht der Fall, wo von Tausch, d. h. von Gegenleistung grundsätzlich, begrifflich, nicht die Rede, wo die Leistungspflicht einseitig ist. Und zweitens: Die Machtposition beruht hier durchaus

[1]) Hier sei eine sehr charakteristische Stelle von Schumpeter angeführt (Schmollers Jahrb. Neue Folge 31, S. 617). Er versucht, das Monopol wegzudiskutieren, weil sich alles »um die Preislehre dreht« und bemerkt dazu: Beim staatlichen Tabaksmonopole wird das Plus im höheren Preise dem Tabak zugerechnet: würde er nur auf Staatsdomänen gebaut werden können, so würde das Plus dem Lande zugerechnet.

auf dem Ausschluß der völlig freien Konkurrenz. Dadurch wird die »Dringlichkeit des Austausches« auf seiten des Monopolisten kleiner, und auf seiten seines Kontrahenten größer, als bei völlig freier Konkurrenz der Fall wäre; und so erhält der Monopolist die »faktische Macht«, eine unentgeltliche Leistung zu erlangen.

Da aber hier das Monopolverhältnis regelmäßig durch Sachen vermittelt wird, die den Monopolisten einen gewissen Aufwand gekostet haben, so wird hier das ganze Einkommen regelmäßig eben diesen Sachen, diesem Aufwande, zugerechnet, während es richtig wäre, den Aufwand lediglich als Kosten zu betrachten, das ganze Mehreinkommen (Reineinkommen) aber dem Monopolvernältnis zuzurechnen.

Das wird sehr klar, wenn wir den Fall ins Auge fassen, daß ein Patentinhaber, statt Lizenzen zu verkaufen, seinen Patentartikel selbst fabriziert. In diesem Falle rechnet er den ganzen Ertrag dem Aufwande an Sachen zu, die er beschaffen mußte, an Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen usw., kurz dem investierten »Gesamtkapital«. Er sagt: »meine Fabrik bringt mir so und so viel jährlich, d. h. auf mein Kapital berechnet so und so viel Prozent«. Wollte er richtig rechnen, so müßte er von dem Ertrage so viel, wie er aus Lizenzen lösen würde, dem Rechte, und nur den Rest dem Aufwande zurechnen[1]).

Gerade so müßte der Besitzer eines berühmten Weinberges, der diesem seinen ganzen Ertrag zurechnet, korrekterweise den ganzen Mehrertrag über die aufgewendeten Kosten hinaus dem faktischen, natürlich bedingten Monopolverhältnis, und nicht der »Sache« zurechnen, die nur die Bedingung dafür ist, daß der Gewinn sich realisiert: dem begünstigten Weinboden. Und wieder geradeso müßte der Trust oder das Kartell, das durch Preisvereinbarung ein privatrechtliches Monopol geschaffen hat, den gesamten Mehrgewinn nicht seinem Kapital, sondern dem Monopolverhältnis zurechnen. Wenn sie alle anders rechnen, so mag sie der berühmte glückliche Beduine in der Wüste beschämen, der dem verdurstenden Nabob Fabelwerte für einen Schlauch Wasser abpreßt: es wird ihm niemals einfallen, den Riesengewinn dem Wasser, der das Monopolverhältnis vermittelnden Sache, zuzurechnen, sondern er wird es dem Monopolverhältnis selbst zurechnen. Er wird nicht sagen: »mein Wasser ist Millionen wert«,

[1]) In der kapitalistischen Gesellschaft hätte er den »Normalprofit« dem »Kapital«, den Rest dem »Rechte« zuzurechnen. Vom Kapitalprofit werden wir im zweiten Teil ausführlich handeln.

sondern er wird sagen: »ich habe Glück gehabt«, nämlich das Glück, einen Kontrahenten von solchem Reichtum im Zustande äußerster Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses anzutreffen; so wenigstens würde er sich ausdrücken, wenn er nationalökonomisch gebildet wäre.

Diese irrtümliche, populäre, wenn auch privatwirtschaftlich gleichgültige Zurechnung des Monopolertrages, statt an das »Verhältnis«, an die das Verhältnis vermittelnde Sache, ist das größte Hindernis auf dem Wege zum Verständnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Sie allein hat bisher die Lösung des Problems des Kapitalprofits verhindert, wie wir im zweiten Teil werden zeigen können.

Um hier vorläufig nur von den Personalmonopolen zu handeln, so läßt sich der Sachverhalt folgendermaßen verdeutlichen. Das sachliche Substrat, das das Monopolverhältnis vermittelt, spielt etwa die Rolle des Hypomochlion beim Hebel. Es ist nichts anderes als der archimedische Punkt des *δός μοι ποῦ στῶ*. Wie es für die Wirkung des Hebels völlig gleichgültig ist, welcher materielle Gegenstand als Unterlage dient, wenn er nur die nötige Tragfähigkeit besitzt, — und wie das namentlich für die Quantität der Hebelwirkung gleichgültig ist, — so ist auch das materielle Substrat für die Bildung und vor allem für die Höhe des Monopolgewinns gleichgültig. Vor allem besteht nicht die geringste funktionale Beziehung zwischen dem Werte des sachlichen Substrats einerseits und dem Werte des Monopols selbst oder seines Gewinnes andererseits. Auf breitester materieller Basis kann sich ein winziger, auf kleinster Basis ein ungeheuerlicher Monopolgewinn aufbauen. Dieser ist immer so hoch, wie er, um mit A. Smith zu sprechen, »irgend erpreßt werden kann«. Das hängt lediglich ab von der »relativen Austauschbedürftigkeit« auf beiden Seiten, aber grundsätzlich nicht im mindesten von dem statischen Konkurrenzpreise der Sachgüter, die das sachliche Substrat, den Druckpunkt der Hebelwirkung darstellen.

Um noch ein anderes Bild zu brauchen, so kann man passend das materielle Substrat eines Monopols mit der Hülle eines Luftballons vergleichen. Sie ist an sich ein toter Gegenstand, ist schwerer als Luft und daher sogar für den gewollten mechanischen Effekt des Auftriebes eine tote, störende Last. Aber man kann sie nicht entbehren, um die eigentlich tragende und hebende Substanz, das leichte Gas, zusammenzuhalten. Erst durch das Gas erhält der Ballon seine Form und seinen Auftrieb, wird das ganze System leichter als Luft.

Wäre die teure und dazu schwere Hülle, das sachliche Substrat, entbehrlich, so würde der Luftschiffer gern darauf verzichten. Und ebenso verzichtet jeder Monopolist dort, wo es möglich ist, gern auf die Beschaffung des zuweilen recht kostspieligen sachlichen Substrats.

Aber das ist eben nur selten möglich.

f) Der Monopoltribut.

Woher stammt der Monopolgewinn?

Die ältere Theoretik hat sich diese Frage m. W. niemals vorgelegt. Dafür sind zwei Gründe maßgebend gewesen.

Erstens hatte die bürgerliche Theoretik gute Gründe, den Monopolbegriff als eine quantité négligeable zu behandeln. Denn ihre sozialistischen Angreifer bezeichneten das bürgerliche Eigentum regelmäßig als Monopol, und die daraus fließenden Einkommen, Grundrente und Kapitalprofit, als Monopolisteneinkommen. Daher lag es im bürgerlichen Klasseninteresse, den Begriff des Monopols ex professo auf einige harmlose Ausnahmen zu beschränken und, wie namentlich Ricardo tat, bei der theoretischen Erörterung im übrigen darüber fortzugleiten.

Zweitens aber läßt sich die Frage nach der Herkunft des Monopolgewinnes gar nicht beantworten, so lange man im Bannkreis der relativen Wertvorstellungen bleibt, namentlich der Geldpreise, die ja in der Hauptsache Ausdrücke des relativen Wertes sind. Wenn ich erfahre, daß jemand ein paar Stiefel für zwanzig Mark verkauft, um für den Erlös ein Monopolgut, z. B. einen Patentartikel zu kaufen, der 20 Mark »wert ist«, so scheint alles durchaus gerecht und äquivalent. Der Monopolgewinn scheint dann nichts anderes zu sein, als ein harmloser Aufschlag auf den Konkurrenzpreis. Wenn man fragen wollte, woher dieser Aufschlag kommt, d. h. wer ihn in letzter Instanz bezahlt, oder: wo das Minus steckt, das doch schließlich irgendwo jenes Plus kompensieren muß, dann würde man sich hilflos im Kreise drehen: es tauschen sich immer gleiche Werte.

Dieser täuschende Schein der Äquivalenz kann nur weichen, wenn man mit der Kategorie des absoluten Wertes an die Erscheinungen herantritt. Dann zeigt sich z. B., daß das Paar Stiefel und die 20 Mark den Arbeitswirkungswert von 20 Arbeitsstunden durchschnittlicher Qualität, der Patentartikel aber nur von 5 hat, und es tritt klar zutage, daß sich unter der relativen Äquivalenz

eine krasse absolute Inäquivalenz der ausgetauschten Werte versteckt. Und dann stellt sich die Frage sehr dringend: wer bezahlt den Aufschlag auf den Preis des Monopolproduktes?

Nun, das ist dann ganz klar. Den Monopolgewinn des Monopolisten zahlt sein Kontrahent. Was jener als Monopolgewinn mehr vereinnahmt, vereinnahmt dieser als Monopolverlust oder Monopoltribut weniger.

Niemals hat merkwürdigerweise vor mir jemand gefragt, — auch die sozialistischen Theoretiker, auch Marx nicht[1]) — was der Kontrahent erhält, wenn ein Monopolist mit einem Nichtmonopolisten tauscht. Man hat immer nur gesehen, daß der Monopolist gewinnt, aber niemals, daß sein Kontrahent verliert, daß der Monopolgewinn, der auf der einen Seite mit positivem Vorzeichen erscheint, auf der anderen negatives Vorzeichen hat, Monopolverlust ist.

Wir werden diese Dinge zunächst an dem einen Hauptfall studieren, wo der Kontrahent von dem Monopolisten Güter oder Dienste kauft. Dann werden wir den zweiten Hauptfall ins Auge fassen, wo der Kontrahent an den Monopolisten Güter oder Dienste verkauft.

a) Der Monopoltribut der Käufer von Gütern und Diensten. (Das Verkaufsmonopol.)

Das Verkaufsmonopol an Diensten ist praktisch bedeutungslos und kommt in der Statik wohl kaum vor. Wo es in der Realität vorkommt, ist es zumeist Wucher oder Erpressung oder grenzt daran, wie z. B. die Forderung hoher Schiffer- oder Lotsenlöhne bei dringender Gefahr. Dann erhält der Monopolist den von mir so genannten »Monopolistenlohn«[2]).

Wir werden daher im folgenden nur von dem Verkaufsmonopol an Gütern handeln, bemerken aber, daß alles dafür auszusagende, auch von der anderen kleinen Gruppe gilt.

---

[1]) Er untersucht dort, wo es sich um die Ableitung des Mehrwertes handelt, auch den möglichen Fall, daß alle Unternehmer den gleichen Aufschlag auf den Kostenarbeitswert fordern und erhalten, und kann dann allerdings leicht zeigen, daß dabei per Saldo kein Gewinn für einen von ihnen herauskommen kann, weil sie als Käufer verlieren, was sie als Verkäufer gewannen. Er hat den entscheidenden Fall nicht erwogen, daß ein Teil der Wirtschaftspersonen (als Monopolisten) mit Aufschlag verkaufen oder mit Abschlag einkaufen kann (resp. darf), ein anderer Teil, die Arbeiter, aber nicht!

[2]) Meine »Theorie« S. 403.

Das Gütermonopol besteuert immer nur den Konsumenten der letzten Verwendungsgüter mit dem Monopoltribut.

Zum leichteren Verständnis wollen wir, entsprechend den alteingebürgerten Ausdrücken »Nominallohn« und »Reallohn«, die Begriffe »Nominal-« und »Realeinkommen« einführen.

Dann zeigt sich leicht, daß weder das Nominal-, noch das Realeinkommen des Käufers monopolisierter Produktivgüter durch den Monopolgewinn vermindert wird. Er hat den höheren Preis nur »vorzustrecken«, aber nicht endgültig zu tragen. Vielmehr erhöht sich sein Kostensatz pro Einheit um den Monopolaufschlag; und sein Einkommen bleibt, in Geld und in Arbeitswertstunden ausgedrückt, also nominal wie real, das gleiche. Der Monopoltribut wird auf seinen Kontrahenten, den Konsumenten des Verwendungsgutes, »abgewälzt«.

Wenn wir nun diesen »letzten Zehrer« ins Auge fassen, so zeigt sich, das zwar sein Nominaleinkommen unverändert bleibt, daß aber sein Realeinkommen vermindert wird, wenn er Monopolgüter kauft. Er erhält für eine Arbeitswertstunde weniger als eine Arbeitswertstunde.

Wenn er z. B. ein Monopolgut vom statischen Monopolpreise 300 Mark kauft, das genau das Doppelte seines statischen Konkurrenzpreises kostet, so ist sein Realeinkommen nur 2850 Arbeitswertstunden oder Mark, wenn sein Nominaleinkommen 3000 ist. Und wenn er unglücklicherweise gezwungen ist, lediglich Monopolgüter zu verwenden, die sämtlich mit 100 % Monopolaufschlag verkauft werden, so ist sein Nominaleinkommen immer noch 3000, aber sein Realeinkommen ist auf 1500 gefallen.

In dieser Gestalt sieht unser Ergebnis nicht besonders erstaunlich aus. Es bekommt aber ein sehr wunderliches Ansehen, wenn man den Wert der Arbeit des Monopolisten und seines Kontrahenten miteinander vergleicht.

Unterstellen wir der Bequemlichkeit halber, ein Kontrahent sei gezwungen, alle Güter seines Lebensbedarfes von einem einzigen Monopolisten zu beziehen, der nur ihn als Abnehmer hat. Beide seien durchschnittlich qualifiziert und haben das Nominaleinkomen $E = 3000$. Der Monopolaufschlag ist 100 %. Dann ist das Realeinkommen des Kontrahenten 1500, das des Monopolisten 4500, genau dreimal so groß. Das aber heißt — denn wir messen den Wert der Arbeit ja an dem realen Einkommen, das sie sich

beschafft —: daß der Wert der Arbeit des Monopolisten dreimal so groß ist wie der seines Kontrahenten.

Das aber ist ein sehr erstaunliches Ergebnis. Per definitionem sind beide Arbeiter gleich qualifiziert; ihre Leistungen, verkörpert in ihren Produkten, sind mithin sachlich durchaus gleich. Und doch ist die eine dreimal so viel wert wie die andere.

Der Satz der Identität kommt ins Wanken; der Satz, daß gleiche Dinge auf dem gleichen Markte den gleichen Preis haben müssen, wird durch eine kolossale Ausnahme durchlöchert!

Und doch ist unsere Rechnung nicht nur formal, sondern auch material unbestreitbar. Wir wissen, daß es Monopole gibt, daß Monopolgewinne sich realisieren und zu Monopoleinkommen zusammensetzen, und daß das nach der Formel geschieht, die wir gewonnen haben.

In der Tat, wir stehen hier vor einer Art von »Hexen-Ein-Mal-Eins«, und man könnte fast zu der Vermutung kommen, daß Goethe an den modernen Kapitalismus gedacht hat, als er seine berühmten Verse schrieb:

»Du mußt verstehn:
Aus Eins mach Zehn,
Und Zwei laß gehn,
Und Drei mach gleich,
So bist du reich!«

Um die Schwierigkeiten leichter zu überwinden, die sich uns hier entgegenstellen, wollen wir uns an einem Tatsachenkomplex orientieren, der ähnlich paradoxe Resultate ergibt und dennoch in seinem Mechanismus völlig klar ist: an der Wage.

Das Bild der Wage ist unzählige Male angewendet worden, um die Wirkung der Konkurrenz auf die Bildung des relativen Wertes zu veranschaulichen. Hat doch das Spiel von Angebot und Nachfrage wirklich große Ähnlichkeit mit dem Spiel der Wage bei verschiedener Belastung; namentlich das Verhältnis von laufendem Preis und statischem Preis ist dadurch sehr gut zu illustrieren: nur bei ganz bestimmter Belastung der beiden Schalen steht das Zünglein auf dem Mittelpunkt der Skala, dem statischen Preise, während jede Mehrbelastung auf der Angebots- oder Nachfrageseite es abweichen läßt. Aber der Vergleich läßt sich auch sehr gut für die Veranschaulichung der verschiedenen Wertbildungsprozesse gebrauchen.

Wenn zwei Produzenten gleicher Qualifikation unter freier Konkurrenz tauschen, so vollzieht sich dasselbe, als wenn auf einer

richtigen Wage zwei Dinge gleichen spezifischen Gewichtes gegeneinander ausgewogen werden, etwa zwei Flüssigkeiten. Dann äquilibrieren sich gleiche Gewichte, dargestellt durch gleiche Mengen, z. B. Liter. Das entspricht dem Austausch gleicher Arbeitsmengen, gemessen an der Zeit, d. h. Arbeitszeiten.

Wenn zwei Produzenten ungleicher Qualifikation unter freier Konkurrenz tauschen, so vollzieht sich dasselbe, als wenn auf einer richtigen Wage zwei Dinge ungleichen spezifischen Gewichts gegeneinander ausgewogen werden, z. B. Äther gegen Quecksilber. Dann äquilibrieren sich zwar gleiche Gewichte, aber ungleiche Mengen, in unserem Beispiel ein Liter gegen wenige Kubikzentimeter. Das entspricht dem Austausch gleicher Arbeitswerteinheiten.

Wird schließlich unter einem Monopolverhältnis getauscht, so vollzieht sich dasselbe, als wenn auf einer unrichtigen Wage gewogen wird.

Auch eine jede unrichtige Wage kann so belastet werden, daß die Wiegebalken horizontal, und das Zünglein auf dem Mittelpunkt der Skala steht. Sie kann, brauchen wir das Wort in diesem Sinne, äquilibriert werden. Aber in diesem Falle sind es eben nicht Äquivalente, die sich das Gleichgewicht halten. Auch hier kann man aus »Eins Zehn machen«, und das tun wir bekanntlich in der Konstruktion der Dezimalwage: ein Kilo am langen Arm äquilibriert 10 Kilo am kurzen.

Ganz dasselbe gilt für die Marktwage. Die ganze Schwierigkeit des Wertproblems beruht darin, daß man sich den Markt immer als eine unter allen Umständen richtig funktionierende Wage vorgestellt hat. Er ist eine Wage und funktioniert als solche — aber es gibt eben auch unrichtige Wagen, d. h. solche, auf denen sich Nichtäquivalente dennoch äquilibrieren. Der Wert ist immer der Preispunkt, wo sich zwei Werte äquilibrieren, — aber nicht immer der Preispunkt, wo sie sich äquivalieren. Wo der Markt völlig frei ist, da äquilibrieren sich äquivalente Produkte, wo ein Monopol besteht, da äquilibrieren sich nichtäquivalente Produkte. Wenn der Monopolist x Arbeitswertstunden auf seine Wagschale am langen Hebelarm legt, so muß sein Kontrahent x + m Stunden auf seine Schale am kurzen Arm legen, damit das Zünglein sich auf den Nullpunkt des statischen Preises einstelle[1]).

[1]) Eine Anzahl meiner Kritiker haben geglaubt, mich in einem circulus vitiosus zu ertappen, und zwar nicht nur meine marxistischen Gegner, sondern auch ein im

β) Der Monopoltribut der Verkäufer von Gütern und Diensten. (Das Einkaufs-Monopol.)

Bei dem Verkaufsmonopol wird, wie wir sahen, der Kontrahent nur als Konsument besteuert; was er als Produzent an Monopolgewinnen zu bezahlen hat, wälzt er auf den letzten Käufer ab. Bei dem Einkaufsmonopol wird umgekehrt der Kontrahent als Produzent besteuert und hat keine Möglichkeit der Abwälzung auf andere.

Das Einkaufsmonopol gegenüber dem Güterproduzenten, dem Selbständigen, ist im Vergleich zu dem gegenüber den Diensteproduzenten, den Unselbständigen, ohne viel Bedeutung, kann aber dennoch zu sehr großer Ausbeutung führen. Wenn ein selbständiger Güterproduzent gezwungen ist, sein ganzes Arbeitserzeugnis einem Monopolisten oder einer Gruppe von Monopolisten zu verkaufen, so kann er furchtbar leiden. Wir haben krasse Beispiele solcher Lage in der Heimindustrie: die »Weber« Hauptmanns standen unter dem Einkaufsmonopol des Verlegers Dreißiger. In noch großartigerem Stile wird das Einkaufsmonopol von den nordamerikanischen Lebensmittel-Trusts im Bunde mit den Eisenbahn-Gesellschaften gegen die Korn- und Viehproduzenten des Landes ausgebeutet.

Wir studieren den Mechanismus, der uns interessiert, am besten an diesem Einkaufsmonopol gegenüber dem Güterproduzenten, wobei wir sofort feststellen wollen, daß alles davon zu sagende auch von dem Diensteproduzenten, d. h. dem »Unselbständigen« gilt.

Hier waltet gegenüber dem Verkaufsmonopol der Unterschied ob, daß nicht nur das Realeinkommen, sondern auch das Nominaleinkommen vermindert ist. Hier zahlt nämlich der

---

übrigen so anerkennender Kritiker, fast Anhänger, wie Kurt Grelling (in seiner Anzeige meiner Abhandlung »Die soziale Frage usw.« im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. Bd. VI.). Sie werfen mir vor, daß ich zuerst das Monopoleinkommen aus dem Monopolgewinn ableite, und dann rückwärts den Monopolgewinn aus dem Monopoleinkommen.

Das ist ein Irrtum. Ich konstatierte in erster Problemstellung als eine Tatsache, daß sich gewisse Monopoleinkommen aus Monopolaufschlägen auf die Konkurrenzpreise bilden, und untersuchte die allgemeinen Gesetze und Beziehungen, die sich daraus ergeben. Hier fragte ich noch gar nicht nach der Höhe des Monopolgewinns, sondern erst nach seinem Ursprung und Wesen.

Dann fragte ich in zweiter Problemstellung nach der Höhe des Monopolgewinns. In meiner jetzigen Darstellung hoffe ich, auch den Schein einer Inkonsequenz vermieden zu haben.

Monopolist mit Geld, während er beim Verkaufsmonopol das Geld empfängt. Und darum ist beim Verkaufsmonopol der Geldausdruck ein relativer; er zeigt das Verhältnis an zwischen dem Preise der Ware, die der Käufer seinerseits verkaufen mußte, um das Geld zu erlangen, einerseits — und dem Preise des von ihm eingekauften Monopolguts andererseits. Und so versteckt sich das Monopolverhältnis unter dem Schleier der Wertäquivalenz.

Jetzt aber steht es anders. Jetzt zahlt der Monopolist in Geld, und jetzt bedeutet das Geld nicht mehr verkaufte Ware, sondern »antizipierten Gebrauchswert«, Realeinkommen. Und da zerreißt der Schleier der Wertäquivalenz.

Wenn der amerikanische Trust oder der schlesische Verleger seinen Kontrahenten kraft seines Einkaufsmonopols ihr Produkt für die Hälfte ihres statischen Konkurrenzpreises abpreßt, um es dann zu seinem eigenen statischen Konkurrenzpreise[1]) wieder zu verkaufen, so zahlt er eben nur den halben Geldpreis, und das Verhältnis, das beim Verkaufsmonopol noch undeutlich war, ist hier ganz deutlich. Der Kontrahent erhält nur das halbe Nominaleinkommen seiner Qualifikationsklasse oder, wenn er durchschnittlich qualifiziert ist, statt E nur $^1/_2$E.

Wir haben oben den Fall erwogen, wo ein Mitglied unserer statischen Gesellschaft unglücklicherweise gezwungen wäre, seine sämtlichen Verwendungsgüter (Einkommensgüter) mit 100% Aufschlag auf ihren Konkurrenzpreis vom Monopolisten zu kaufen. Dann hätte er zwar das Nominaleinkommen 3000 g, aber nur ein Realeinkommen von 1500 Wertarbeitsstunden.

Genau in dieser Lage findet sich der Verkäufer von Diensten oder Gütern, der unglücklicherweise gezwungen ist, seine sämtlichen Produkte mit 50% Abschlag an Monopolisten zu verkaufen. Auch sein Realeinkommen ist nur 1500 statt 3000 g: aber auch sein Nominaleinkommen ist nur 1500 g.

Auch dieses geschmälerte Nominaleinkommen kann, was vielleicht nicht überflüssig ist zu bemerken, sich als noch stärker verringertes Realeinkommen in Verwendungsgütern verwirklichen, wenn die ökonomische Person nicht ausschließlich beliebig reproduzierbare Produkte zu ihrem Konkurrenzpreise einkauft. Kauft

[1]) Das heißt nicht etwa, daß er zu 50 kauft und zu 100 verkauft. Sondern er kauft zu 100 und verkauft zu, sagen wir 125. Denn der statische Preis, den der Wiederverkäufer erhält, ist auch ohne Monopolgewinn höher als der, den der Erzeuger erhält. Er erhält diesen, und darüber den Aufschlag der eigenen Kosten und desjenigen Einkommens, das dem Wiederverkäufer entsprechend seiner Qualifikation zusteht.

sie nämlich außerdem noch als Konsument Monopolprodukte, so sinkt ihr Realeinkommen um den Minderwert in absoluten Werteinheiten unter ihr so bestimmtes Nominaleinkommen, und zwar nach der oben aufgestellten Formel. Auf diese Weise wird das Realeinkommen des Kontrahenten in der Tat sehr oft und empfindlich noch einmal verkürzt, namentlich durch das städtische Bodenmonopol, das ihm seine Wohnung zu einem Monopolpreise vermietet, durch Verteuerung seiner Unterhaltsmittel, durch Zölle und Trusts, und früher durch das jetzt fast überall verbotene System des Trucks gegenüber den unselbständigen Verkäufern von Diensten.

Jedenfalls wird beim Einkaufsmonopol auch das Nominaleinkommen des Kontrahenten durch den Monopolgewinn vermindert. Und damit haben wir das Geheimnis des Mehrwerts enträtselt, das sich einem Marx noch verschloß.

Was nämlich nur für einige besonders unglückliche selbständige Produzenten von Gütern gilt, gilt für die unselbständigen Produzenten von Diensten fast immer, und für die unselbständigen Produzenten sogenannter niederer Dienste in der Statik immer und ohne Ausnahme. Sie sind immer gezwungen, ihre sämtlichen Produkte, die Dienste, an Monopolisten eines Einkaufsmonopols zu verkaufen, und haben daher ein um den Monopolgewinn vermindertes Nominaleinkommen und Realeinkommen.

Der Kapitalist kauft das Produkt »Dienst« — und das heißt eine Arbeitsleistung von bestimmter Zeitdauer und Qualifikation — unter seinem statischen Konkurrenzpreise. Das heißt: er kauft beispielsweise 12 Stunden durchschnittlicher Arbeitszeit mit einer Anweisung in Gold auf Verwendungsgüter, die nur 6 Stunden gleichqualifizierter Arbeitszeit gekostet haben.

Wenn E = 3000 Mark wieder das Einkommen einer durchschnittlich qualifizierten Person ist, die unter keinem Monopolverhältnis steht, und wenn der Monopolabschlag wieder 50% ist, so hat der gleichqualifizierte Arbeiter 1500 Mark Nominaleinkommen auf das Jahr, mithin auf jede Arbeitsstunde statt einer nur eine halbe Mark. Seine Arbeitsstunde setzt aber dem Rohstoff eine ganze Mark Wert zu und wird von dem Kapitalisten auch zu diesem Preise in dem Produkt verkauft. Er kauft also eine ganze Stunde Arbeit für eine halbe, und verkauft sie wieder für eine ganze, geradeso wie der Lebensmitteltrust eine Tonne Weizen, die 40 Dollars wert ist, für 20 kauft und für 40 (samt Zuschlag)

weiter verkauft. Der Kapitalist manipuliert am langen Hebelarm der unrichtigen Marktwage eines Käufers unter dem Monopolverhältnis und äquivaliert zwar nicht, aber äquilibriert zwei durch eins. Wenn er dann weiter verkauft, das Gut oder den im Gut materialisierten Dienst, so manipuliert er an der richtigen Marktwage der freien Konkurrenz, erhält zwei für zwei, und auf diese Weise hat er zuletzt zwei für eins, und seine »Mehrwertrate« ist 100%.

Das Verkaufsmonopol realisiert seine Monopolgewinne durch Aufschlag auf den statischen Konkurrenzpreis der Güter (und Dienste). Das Einkaufsmonopol aber realisiert seine Monopolgewinne durch Abzug von dem statischen Konkurrenzpreise der Arbeit, sei sie nun mittelbar in dem Produkt eines selbständigen Produzenten materialisiert, oder werde sie als »Dienst« eines Unselbständigen unmittelbar auf dem Markte gekauft.

Der zweite Fall ist der an quantitativer Bedeutung weit überragende. Er trifft die ungeheuere Mehrheit der Mitglieder aller entwickelteren kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaften, die »freien Arbeiter«. Sie stehen als Kontrahenten einem »Einkaufsmonopol« gegenüber und erhalten darum den durch einen Monopoltribut gekürzten Ertrag ihrer Arbeit, einen »Monopollohn«, wie ich ihn genannt habe. Der Monopoltribut fließt den Eigentümern der Produktivmittel als ihr Monopolgewinn über ihren Unternehmerlohn zu und bildet den normalen Kapitalprofit.

Wenn es uns gelingt, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die freien Arbeiter mit dem Angebot ihrer Dienste in der Tat einem Einkaufsmonopol gegenüberstehen, werden wir das erste Hauptproblem der Distributionslehre vollkommen gelöst haben, die Frage nach der Ursache des Kapitalprofits. Die nächste Frage wird dann die nach seiner Höhe sein[1]).

---

[1]) Hasbach sagt in seiner Anzeige zu Diehl's: »Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen« (Schmollers Jahrbuch. Neue Folge. 36. 1906. S. 380/81): »Nachdem der Fortschritt der theoretischen Forschung zur Erkenntnis der zahlreichen Monopolpreise im System der freien Konkurrenz geführt hat, die daher auch eine breite Ausführung in der Preislehre erfordern, sollte in der Einkommenlehre dem Monopoleinkommen ein besonderer Platz angewiesen werden«.

Zweites Buch.

Der statische Preis der Wertdinge höherer Ordnung.

Der Kapitalprofit.

Einführung:

Distribution und »Zurechnung«.

Unter Distribution verstehe ich den Inbegriff der Gesetze, nach denen sich das gesamte Erzeugnis einer Wirtschaftsgesellschaft auf die drei Klassen der Einkommensempfänger: Grundrentner, Profitbezieher und Lohnbezieher verteilt. Wenn »Produktion« der Inbegriff der Gesetze ist, nach denen der Markt sich mit Produkten füllt, so ist Distribution der Inbegriff der Gesetze, nach denen er sich entleert. Beide zusammen erschöpfen den Begriff der Gesellschaftswirtschaft; sie bilden zusammen gleichsam die Blut- und Saftzirkulation der Gesellschaft. Die Produktion entspricht dem Chemismus der Zelle und dem venösen Blutstrom. Sie geht von der Einzelwirtschaft (Personalwirtschaft) aus zum Herzen, dem Markte; die Distribution entspricht dem arteriellen Blutstrom, der vom Herzen aus den Zellen, den Personalwirtschaften, ihren Bedarf an Nährstoffen zuführt.

Wie die Subjektivisten gezwungen waren, ihre Lehre von der Preisbildung des Marktes durch ihre Grenzwertlehre zu unterbauen, so waren sie auch gezwungen, die Lehre von der Distribution — die ein Preisproblem ist, wie oben gesagt — ebenfalls durch eine besondere Ausgestaltung dieser Wertlehre zu unterbauen: durch ihre Theorie von der »Zurechnung«.

Sie waren dazu gezwungen, das darf der Gerechtigkeit halber nicht vergessen werden; denn die objektivistische Preistheorie in ihrer älteren Fassung genügte, wie gezeigt, durchaus nicht. Und da die Subjektivisten — freilich, wie wir gezeigt zu haben hoffen, ohne Grund, — daran verzweifelten, auf dem Wege der objektiven Preistheorie zu ausreichenden Ergebnissen zu kommen, so war es nur selbstverständlich, daß sie ihr eigenes Prinzip bis zur letzten Möglichkeit auszubauen trachteten.

Welcher Scharfsinn dabei entwickelt worden ist, das kann nur der fachmännische Feinschmecker würdigen. Dennoch glaube ich kaum, daß die Theoretiker der Zurechnung selbst heute, nach mehr als dreißigjähriger Bemühung, nach zahllosen Korrekturen

und Ausgestaltungen im einzelnen, von ihren Ergebnissen durchaus befriedigt sind. Das geht schon daraus hervor, daß sie unter sich, und auch hier durchaus nicht nur in nebensächlichen Punkten, vielfach uneins sind[1]).

Ich habe nicht die Absicht, auch nur die allgemeineren Grundlagen der Zurechnungslehre kritisch anzugreifen. Ich hoffe, daß auch hier die von mir vorgeschlagene Lösung sich als so viel eleganter, einfacher und vollständiger erweisen wird, daß sie schon aus Gründen der Denkökonomie angenommen werden wird. Und so will ich mich auf einige Andeutungen beschränken, in welcher Richtung ich die Kritik führen würde, wenn ich mich dazu gezwungen sehen sollte.

Die Zurechnung stellt sich das Problem, welche Teile des Wertes — und infolgedessen des Preises — eines Produktes, an dem Boden, Kapital und Arbeit beteiligt sind, jedem dieser drei Produktionsagenten oder -faktoren zuzurechnen ist. Den Schlüssel soll auch hier der Grenzwert liefern. Die Vertreter der Theorie kommen von diesem Ausgangspunkte aus durch ein nicht nur ungemein kompliziertes, sondern auch, wie ich glaube, sehr bedenkliches Verfahren zu gewissen Formeln.

Um von dem Verfahren zu sprechen, so sind eine ganze Reihe von Hilfskonstruktionen erforderlich, die m. E. zum Teil auf »Unterscheidungen ohne Unterschied« beruhen. Dahin gehört es z. B., wenn, wie schon einmal besprochen, v. Wieser neben oder zwischen die beiden alten guten Schulbegriffe der beliebig reproduzierbaren und Monopolprodukte, die eine »disjunctio completa« darstellen, noch seine Produkte »spezifischer Seltenheit« und »spezifischer Häufigkeit« stellt, die in seiner Zurechnungslehre eine entscheidende Rolle spielen. Ich muß wiederholen, daß es mir nicht möglich gewesen ist, zu klaren, scharf voneinander abgegrenzten Begriffen von diesen Dingen vorzudringen, und ich weiß nicht, ob das nur an meiner Begriffstützigkeit liegt.

Aber, sehen wir von dem Verfahren ab[2]), und betrachten

---

[1]) Vgl. Schumpeter, »Wesen und Hauptinhalt«, S. 243, vgl. a. Böhm-Bawerk »Geschichte usw.« S. 711: »Mit der Annahme, daß man überhaupt im Wege der Zurechnung einem Faktor unmittelbar einen Reinertrag oder Reinertragsanteil zusprechen könne, hat Wieser der Operation der Zurechnung etwas zugemutet, was sie ihrer Natur nach gar nicht leisten kann«.

[1]) Ich möchte noch hinzufügen, daß hier, wie mir scheint, sehr oft die von Böhm-Bawerk in den Vordergrund seiner Kritik gestellte Verwirrung zwischen physischer Produktivität und Wertproduktivität Platz gegriffen hat. Daß der Boden z. B. Anteil an der Erzeugung einer Pflanze hat, beweist noch nicht, daß er Anteil an der Erzeugung ihres Wertes hat.

wir die gewonnenen Schlußformeln an sich. Da will mir erstens scheinen, als seien sie von einer Unbestimmtheit, die es völlig ausschließt, jemals, auch nicht in dem isolierenden Verfahren der kühnsten Abstraktion, feste Größen in sie einzusetzen und damit zu rechnen.

Vor allem aber scheint mir, daß die Lehre sich in lauter Zirkeln bewegt. Sie will die Gesetze der Distribution ableiten und verwahrt sich ex professo immer nachdrücklich gegen den Verdacht, als wolle sie die bestehende Verteilung rechtfertigen. Ihre Vertreter kommen denn auch zur Verwerfung gewisser Einkommensteile als Überprofit, Wucherzins, Ausbeutung usw.[1]): aber diese Verurteilung beruht nirgend auf der auch nur annähernd exakten Berechnung, wie hoch denn der zulässige Profit, der zulässige Zins usw. zu sein habe, damit den Gesetzen der Zurechnung Genüge geschehe. Diese Bewertungen folgen nicht aus dem Prinzip und dem Beweisverfahren, sondern werden von außen her, aus mitgebrachten »Werturteilen«, hineingetragen[2]). Und so kommt das Verfahren, wie mir scheint. zuletzt darauf hinaus, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Rechts- und Eigentumsordnung den drei Produktionsfaktoren zugerechnet werden muß, was ihnen tatsächlich im Prozeß der Distribution zufließt, abgesehen von jenen etwaigen, der Höhe nach aber unbestimmbaren Aus- und Überschreitungen. Dieses Ergebnis, das von der Höhe der drei Anteile ausgeht, um zu ihnen zurückzukehren, ist nichts als eine petitio principii in größtem Ausmaß und scheint mir den Aufwand theoretischer Bemühung und Epizyklen häufenden Scharfsinns nicht zu rechtfertigen.

Die von mir gehandhabte, verbesserte objektive Methode scheint diesen Bedenken nicht zu unterliegen. Sie hat dazu ge-

[1]) Vgl. z. B. Menger l. c. S. 196. v. Wieser (»Theorie der ges. Wirtsch.« S. 413) spricht von den »Gewinnen des großen Geldkapitals«, die »zum nicht geringen Teil unverdient ohne Führerleistung gemacht werden«.

[2]) Vgl. Emil Sax, »Der Kapitalzins, kritische Studien«. Berlin. 1916. S. 238: »Ein erschwerender Umstand ist es, daß auch keinerlei Anhaltspunkte dafür gegeben sind, wo das persönliche Verdienst anfängt oder aufhört, und bei welchem Ausmaße die Zinshöhe das »mäßige Niveau« überschreite und »unangemessen« werde. . . . Denn was sollen uns die schönsten Lehren über die Entstehung des Zinses und die Bestimmungsgründe seiner Höhe, wenn daneben eine Instanz anerkannt wird, der es zusteht, eine konkrete Höhe desselben, nach einem von ihr allein aufgestellten Maßstabe bemessen, als statthaft oder unstatthaft zu bezeichnen?«.

Dieses vortreffliche Buch kam mir leider erst zu Gesicht, als die Drucklegung dieser Arbeit weit vorgeschritten war. Ich bedaure lebhaft, es nicht mehr in höherem Grade haben benützen und anführen zu können.

führt, zunächst zwei der Einkommen, Arbeitslohn und Normalprofit, aus alten gut bewährten Kategorien unserer Wissenschaft, den statischen Preisen für beliebig reproduzierbare und Monopolprodukte, abzuleiten, ohne von der Distribution auch nur zu reden, zunächst freilich nur ihrer Ursache, aber noch nicht ihrer Höhe nach; aber das wird sofort nachgeholt werden. Auf diesem Wege scheint Aussicht auf ein völlig befriedigendes Ergebnis zu bestehen.

Erster Abschnitt:

Kapital und Profit.

1. Der statische Preis der Nutzung.

a) Die Ursache des Profits.

(Das Bodenmonopol.)

Wir haben am Schlusse des ersten Buches die Behauptung aufgestellt, es sei uns gelungen, den normalen Kapitalprofit seiner Ursache nach abzuleiten, falls wir den Beweis erbringen könnten, »daß die freien Arbeiter der kapitalistischen Gesellschaft mit dem Angebot ihrer Dienste einem »Einkaufs-Monopol« gegenüberstehen«.

Dieser Beweis ist leicht und gegen jeden Einwand gesichert zu erbringen. Nein, mehr: ein Einwand ist überhaupt nicht zu erwarten. Die Tatsachen liegen so klar auf der Hand; die hier obwaltenden Zusammenhänge sind geradezu so »apodeiktisch«, daß bisher kein Theoretiker von Rang, der dem Gegenstande überhaupt Beachtung geschenkt hat, mochte er welcher Schule auch immer angehören, sich veranlaßt gesehen hat, einen Beweis anzutreten. Denn zu beweisen hat man ja nur das Nicht-apodeiktische, das Bestrittene oder doch Bestreitbare. Hier aber ist volle Klarheit ohne die Möglichkeit eines Zweifels; und wir brauchten uns nicht auf die Autorität eines Turgot, Smith und Marx für das zu berufen, was wir auseinanderzusetzen haben. Es handelt sich nur darum, sich auf Dinge zu besinnen, die tiefer liegen als die Stelle, bis auf die der neuere Theoretiker hinabzugraben gewöhnt ist.

Ich habe oben unterschieden: Personal- und Klassenmonopole. »Dort besteht das Monopolverhältnis zwischen einzelnen ökonomischen Personen oder Vielheiten solcher; — hier zwischen Vielheiten in ihrer Eigenschaft als ökonomische und soziale Klassen«.

Die Arbeiterschaft der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaften steht unter einem Klassenmonopol.

Unter Klassenmonopolen verstehe ich diejenigen, in Staatsverfassung und Recht begründeten Machtpositionen, durch die ein Monopolverhältnis zwischen einer sozialen Oberklasse und einer sozialen Unterklasse konstituiert wird, oder besser: durch die eine Unterklasse erst geschaffen wird, die rechtlich oder faktisch zur Zahlung von Monopoltributen an die Oberklasse verpflichtet ist. Solcher Klassenmonopole verzeichnet die Geschichte drei: die Sklaverei, die Grundlage der antiken Staats- und Wirtschaftsverfassung; die Hörigkeit, die Grundlage der mittelalterlichen Staats- und Wirtschaftsverfassung, und das Bodenmonopol, die Grundlage der neuzeitlichen »kapitalistischen« Staats- und Wirtschaftsverfassung.

Das die kapitalistische Wirtschaft zugleich begründende und beherrschende Klassenmonopol ist, um es zu wiederholen, das Bodenmonopol. Nur wo es besteht, gibt es eine Klasse »freier Arbeiter«, und nur dort sind darum produzierte Produktionsmittel »Kapital«, d. h. werfen Profit ab.

Das hat am Anbeginn unserer Wissenschaft Turgot in den monumentalen Sätzen ausgesprochen[1]): (§ 9). »In dieser ersten Zeit, wo jeder arbeitsame Mann so viel Boden fand, als er wollte, konnte niemand sich bewogen finden, für andere zu arbeiten. Jeder Eigentümer mußte also sein Feld selbst bearbeiten oder es ganz aufgeben. (§ 10). Aber endlich fand jedes Stück Land seinen Herrn, und jene, welche keinen Grundbesitz erwerben konnten, hatten zuerst keinen anderen Ausweg als den, ihrer Hände Arbeit unter Leitung der »besoldeten Klasse« gegen den Überfluß an Gütern des landbauenden Grundbesitzers einzutauschen«.

Die »besoldete Klasse« (classe stipendiée) ist bekanntlich der Stand der gewerblichen Unternehmer. Hier ist also der Ursprung der gewerblichen Arbeiterklasse durch die Vollbesetzung des Bodens erklärt.

Turgot fährt fort (§ 11): »Da das Land indessen dem Besitzer nicht allein seinen Unterhalt gewährte . . . sondern überdies noch einen beträchtlichen Überschuß abwarf, so konnte er damit Leute bezahlen, die seinen Boden bearbeiteten, und für die Lohnarbeiter

[1]) Turgot, »Betrachtungen über die Bildung und Verteilung des Reichtums«. Deutsche Ausgabe v. Waentig. Jena. 1903. S. 8. Im Orig. nichts gesperrt.

war es gleichgültig, ob sie ihren Unterhalt in diesem oder jenem Berufe gewannen«.

Adam Smith schreibt (Buch I. Kap. VIII):

»In jenem ursprünglichen Zustand der Dinge, welcher weder Landerwerb noch Kapitalansammlung kannte, gehörte das ganze Produkt der Arbeit dem Arbeiter allein. Er hatte weder Gutsbesitzer, noch Arbeitgeber, mit denen er zu teilen brauchte. . . . . Aber dieser ursprüngliche Zustand der Dinge, in welchem der Arbeiter das gesamte Erträgnis seiner Arbeit allein genoß, konnte nicht über das erste Auftauchen des Grunderwerbes und der Kapitalansammlung hinaus andauern«[1]).

Wir haben hier die Turgotsche Darstellung, leider bereits ein wenig verdorben durch den spezifisch Smithschen Gedanken, daß das »Kapital« ein durch Ersparnis aus einer früheren Produktionsperiode aufgehäufter Stamm von Produktivgütern und als solcher, weil für jede höhere Produktion unerläßlich, zum Bezuge von Profit berechtigt ist. Die Lehre ist unhaltbar, wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe[2]). Hier ist nicht erforderlich, darauf einzugehen. Es genügt, festzustellen, daß auch Smith die Entstehung einer Arbeiterklasse nicht für möglich hält, solange noch freier Boden vorhanden ist.

Ganz besonders interessant ist es nun, daß auch Marx auf dem gleichen Standpunkt steht. Leider hat er die völlig klare Erkenntnis, die er besaß, nicht zur Grundlage seiner Theorie gemacht und demgemäß in dem ersten Kapitel seines »Kapital« dargestellt, sondern hat sie nur als Nebensache behandelt und demgemäß in das Schlußkapitel verwiesen. Wir sprechen von dem 25. Kapitel des 1. Bandes: »Das moderne Kolonialsystem[3]«).

»Es ist das große Verdienst E. G. Wakefields, nicht irgend etwas Neues über die Kolonien, aber in den Kolonien die Wahrheit über die kapitalistischen Verhältnisse des Mutterlandes entdeckt zu haben. Er entdeckte, daß das Kapital nicht eine Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes Verhältnis zwischen Personen. »Herr Peel, jammert er uns vor, nahm Lebensmittel und Produktionsmittel zum Belauf von 50000 Pfund Sterling nach dem Swan River, Neuholland, mit.« Heer Peel war so vorsichtig, außerdem

---

[1]) Smith. »Natur und Ursache des Völkerwohlstandes.« Übers. v. Loewenthal. Berlin. 1879. S. 68/69. Im Orig. nichts gesperrt.

[2]) Mein »Ricardo« S. 111 ff. Die Widerlegung hat übrigens schon Rodbertus durchgeführt.

[3]) 4. Auflage 1890 p. 730 ff. Im Original nichts gesperrt.

3000 Personen der arbeitenden Klasse, Männer, Weiber und Kinder, mitzubringen. Einmal am Bestimmungsplatz angelangt, »blieb Herr Peel ohne einen Diener, sein Bett zu machen oder ihm Wasser aus dem Fluß zu schöpfen.« Unglücklicher Herr Peel, der alles vorsah, nur nicht den Export der englischen Produktionsverhältnisse nach dem Swan River!

»Man sah: die Expropriation der Volksmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Das Wesen einer freien Kolonie besteht umgekehrt darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist, und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den spätren Ansiedler an derselben Operation zu verhindern. . .

»Die große Schönheit der kapitalistischen Produktion besteht darin, daß sie . . . . beständig den Lohnarbeiter als Lohnarbeiter reproduziert. . . . . Aber in den Kolonien reißt der schöne Wahn entzwei. Die absolute Bevölkerung wächst hier viel rascher als im Mutterland, . . . und dennoch ist der Arbeitsmarkt stets untervoll. Der Lohnarbeiter von heute wird morgen unabhängiger, selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker. Er verschwindet vom Arbeitsmarkt, aber — nicht ins Workhouse. . . Nicht nur bleibt der Exploitationsgrad des Lohnarbeiters unanständig niedrig. Der letztere verliert obendrein mit dem Abhängigkeitsverhältnis auch das Abhängigkeitsgefühl vom entsagenden Kapitalisten. . . .

»Wie nun den antikapitalistischen Krebsschaden der Kolonien heilen? . . . Man gebe von Regierung wegen der jungfräulichen Erde einen vom Gesetz der Zufuhr unabhängigen künstlichen Preis, welcher den Einwanderer zwingt, längere Zeit zu lohnarbeiten, bis er genug Geld verdienen kann, um Grund und Boden zu kaufen und sich in einen unabhängigen Bauern zu verwandeln.«

Mir scheint, der Gedanke ist vollkommen klar: wo freies Land verfügbar ist, kann weder eine Lohnarbeiterklasse, noch infolgedessen Grundrente und Kapitalprofit in irgend erheblichem Maße entstehen. Das aber ist der Grundgedanke meiner Lehre.

Karl Kautsky, Marx' getreuer Schildknappe, hat mich mit tiefer Verachtung einen »Bodenreformer« genannt, aber trägt dennoch just meine Auffassung als original marxisch vor, und zwar mit Recht. Er gibt die Quintessenz des eben zitierten

25. Kapitel mit noch viel größerer Schärfe und Bestimmtheit, als ich es wagen dürfte, ohne mich dem hergebrachten Strafregime auszusetzen. Freilich ist diese Hauptsache auch bei ihm, nicht nur in das Schlußkapitel, sondern sogar in eine Anmerkung unter dem Strich verbannt:

»Die Illusionen,[1]) welche diese Herren zu erwecken suchen, werden zu nichte gemacht in den Kolonien, das heißt in solchen mit jungfräulichem Boden, die durch Einwanderer kolonisiert werden. Wir finden da volle Freiheit des Arbeitsvertrages, das Eigentum des Arbeiters an seinen Produkten, also am Ertrage seiner Arbeit, wir finden da überhaupt die Verhältnisse, welche unsere Ökonomen als die der kapitalistischen Produktionsweise hinstellen: aber sonderbarer Weise hört unter diesen Verhältnissen das Kapital auf, Kapital zu sein!

»In solchen Kolonien ist noch freies Land im Überfluß vorhanden und der Zugang dazu steht allen offen. Jeder Arbeiter kann da in der Regel selbständig produzieren, er ist nicht gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Infolge dessen zieht es Jeder vor, für sich zu arbeiten, anstatt für andere. Damit hören Geld, Lebensmittel, Maschinen und andere Produktionsmittel auf, Kapital zu sein. Sie verwerten sich nicht.

»Dieselben Ökonomen, welche in den kapitalistischen Ländern so pathetisch von der Heiligkeit des Eigentums und der Freiheit des Arbeitsvertrages deklamieren, verlangen daher in jungen Kolonien, damit das Kapital daselbst gedeihen könne, Ausschließung der Arbeiter vom Grundeigentum und Beförderung ihrer Einwanderung von Staats wegen oder auf Kosten der früher angekommenen Arbeiter selbst, mit anderen Worten, gewaltsame Trennung des Arbeiters von den Produktions- und Lebensmitteln und künstliche Erzeugung einer überschüssigen Arbeiterbevölkerung, die tatsächlich nicht frei, sondern gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Und wo eine gefügige Arbeiterklasse — namentlich wenn von einer zurückgebliebenen Rasse — vorhanden, der man das bieten darf, proklamiert man die unverhüllte Zwangsarbeit, die Sklaverei«.

Mir scheint, der Zusammenhang ist hier noch schärfer dargelegt als bei Marx selbst. Wo »noch freies Land im Überfluß vorhanden ist, und der Zugang dazu allen offen steht, hören Geld und andere Produktionsmittel auf, Kapital zu sein«. Das ist genau das, was ich ex professo behaupte; nur

[1]) Kautsky, »Karl Marx' ökonomische Lehren«. 14. Aufl. Stuttgart. 1912. S. 265.

mache ich auch noch die Konversion, die Kautsky wird annehmen müssen: nur dort, wo kein freies Land mehr im Überfluß vorhanden ist, fängt das Geld und andere Produktionsmittel an, Kapital zu sein.

Wir können uns für unsere Auffassung, daß das Bodeneigentum ein Monopol ist, auch auf zeitgenössische Autoritäten hohen Ranges berufen. Den städtischen Wohnboden erklären fast alle Autoren, die uns bekannt sind, für ein Monopol, unter ihnen Namen wie Carl Bücher und Adolf Wagner. Dieser spricht aber auch öfter von allem Boden ohne Einschränkung als einem Monopol[1]). Böhm-Bawerk[2]) erklärt den gesamten Grund und Boden für ein Monopolgut, ebenso wie Patente, Autorrechte und natürliche Rechts- und Seltenheitsgüter. Eine Ausnahme bildet v. Wieser[3]). Er bestreitet sogar für den städtischen Boden den Monopolcharakter: »In den Quartieren der schlechtesten Lage lassen die Mietpreise, einen freien Markt vorausgesetzt, keine Stadtrente übrig, sondern sie stellen sich gerade so hoch, daß sie die Gestehungskosten decken ... Wenn wir von spekulativen Einflüssen absehen, so wird der Kaufpreis (des Baugrundes) in den Quartieren der schlechtesten Lage, von denen wir jetzt sprechen, nur um ein Geringes den Ackerwert übersteigen«.

Dazu ist nur zu sagen, das hier wieder einmal von wesentlichen Konstituentien des Begriffs abstrahiert worden ist. Es ist eine Tatsache, daß der Baugrund an der Peripherie wachsender Städte durch Spekulanten aufgekauft und so lange gegen die Bebauung gesperrt wird, bis die Wohnungsbedürftigen gezwungen sind, einen Monopolpreis zu zahlen[4]): v. Mangoldts Theorie »vom schmalen Rande«.

Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß v. Wieser auch den agrarischen Boden nicht als ein Monopol gelten lassen will. Er gibt nur zu, daß in England mit seinem Latifundiensystem die Grundrente »mindestens in den Steigerungen als unverdient zu bezeichnen ist ...; vollends unverdient ist das Einkommen aus den ausbeutenden Pachtzinsen, die auf Kosten des Arbeitsertrages gehen. Ein Monopol im wahren Sinne liegt für den Boden aber auch hier nicht vor, die Zahl der Grundstücke

[1]) Vgl. z. B. »Grundlegung« 3. Aufl. 2. Bd. S. 350, wo er ohne Einschränkung vom »Monopolcharakter des Bodens« spricht. Vgl. auch »Theoretische Sozialökonomik« S. 248.

[2]) »Geschichte der Kapitalzinstheorien«. S. 530.

[3]) »Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft« S. 362/63.

[4]) Vgl. meine »Theorie« S. 274 ff.

ist absolut und relativ im Verhältnis zum Bedarf außerordentlich groß: soweit freie Bodenklassen noch zur Verfügung stehen, wie es ja die Regel ist, ist das wirtschaftliche Mengenverhältnis sogar noch weniger ausgesprochen, als bei den Kapitalgütern und selbst bei der Arbeit, nur die Grundstücke allerbester Lage haben eine stark begünstigte spezifische Marktstellung«.

Diese Auffassung beruht in ihrem ersten Teil auf der oben als irrtümlich nachgewiesenen Auffassung von Ricardos Theorie in bezug auf die beliebig reproduzierbaren und die Monopolgüter. Sie bedarf keiner Widerlegung weiter. Dagegen klingt hier ein Einwand an, der einer eigenen Besprechung bedarf: »so weit freie Bodenklassen noch zur Verfügung stehen, wie es ja die Regel ist«. Wenn das der Fall ist, wenn dem Siedlungsbedürfnis auch nur die geringsten Bodenklassen noch zur Verfügung stehen, dann allerdings ist der Boden kein Monopol.

Aber es ist nicht der Fall! v. Wieser, der auch hier wieder in den ersten Sätzen scharf gegen Ricardo polemisiert, wo dieser unzweifelhaft recht hat, akzeptiert in den letzten Sätzen eine Teillehre Ricardos, die offenbar falsch ist. Wo Ricardo von »noch freiem Boden« spricht, meint er immer ungenutzten, niemals aber herrenlosen Acker[1]); und er spricht niemals von der Möglichkeit, daß noch ungenutzter Acker dennoch schon zum Zwecke spekulativer Sperrung appropriiert sein könnte. Dadurch verriegelt er sich den einzigen Weg zur vollen Klärung der Phänomene, um die es sich handelt, und v. Wieser folgt ihm gerade hier ohne Bedenken.

»Freie Bodenklassen« sind zwar noch sehr reichlich vorhanden, und zwar Böden noch geringerer Rentierung als der »Grenzboden« überall, auch in alt angebauten Ländern, und massenhaft Boden aller Qualitätsklassen in noch nicht erschlossenen Gebieten des Planeten. Aber dieses vorhandene Land ist für die Landlosen der Unterklasse wirtschaftlich nicht verfügbar, »steht nicht zur Verfügung«, wie v. Wieser annimmt. Wir zitieren einen Satz Carl Mengers[2]): »Verfügbar im wirtschaftlichen Sinne des Wortes ist jemandem ein Gut, wenn er dasselbe zur Befriedigung seiner Bedürfnisse heranzuziehen in der Lage ist. Dem können physische oder rechtliche Hindernisse entgegenstehen«.

Nun, was das noch ungenutzte Land in alt angebauten Gebieten betrifft, so steht seiner »Heranziehung zur Befriedigung der Bedürf-

[1]) Vgl. meinen »Ricardo« S. 66.

[2]) »Grundsätze der Volkswirtschaftslehre.« S. 70.

nisse« der Landlosen aus der Unterklasse das »rechtliche Hindernis« der Appropriation entgegen. Die »true levellers« unter Winstanley mußten erfahren, daß auch ungenütztes Land in England nicht ohne die teuer erkaufte Zustimmung des Eigentümers besetzt werden darf: Cromwells Truppen verjagten sie, und ihre Führer wanderten ins Gefängnis. Und so steht es natürlich überall. Was aber den noch unbesetzten und auch noch nicht angeeigneten Boden in unerschlossenen Ländern dieses Planeten anbelangt, so ist er zwar ebenfalls vorhanden, aber ebensowenig »im wirtschaftlichen Sinne verfügbar«. Als wirtschaftlich verfügbar kann in Betracht kommen nur solches Land, dessen Erzeugnisse den Markt noch erreichen können. Wie Ricardo meisterhaft gezeigt hat, kann jenseits des Kreises der Grenzproduzenten keine kapitalistische Urproduktion mehr betrieben werden. Denn diesen Grenzproduzenten bleibt nach Abzug der Transportkosten am Preise ihres Produkts gerade die mittelständische Existenz (bei Ricardo der Normalprofit): jedem ferner Wohnenden bleibt daher weniger, weil er höhere Transportkosten aufzuwenden hat.

Derjenige Grund und Boden aber, der mit dem Markte in wirtschaftlicher Beziehung steht, ist völlig appropriiert. Mehr als das! So weit wie in absehbarer Zeit die wirtschaftlichen Beziehungen reichen werden, ist er zwar noch nicht wirtschaftlich, wohl aber schon rechtlich besetzt, durch Spekulanten monopolisiert[1]). Aller Boden aber, der noch jenseits dieses »schmalen Randes« liegt, ist wohl physisch, aber nicht wirtschaftlich vorhanden: er könnte ebensowohl auf dem Mars vorhanden sein.

Damit ist auch dieser Einwand abgetan. Schumpeter bestreitet aus anderen Gründen, daß der Boden ein Monopol darstelle. Sein Argument beruht erstens auf der oben als durchaus irrig nachgewiesenen Auffassung, daß ein Monopol nur dort bestehen könne, wo entweder nur ein Monopolist vorhanden ist, oder wo mehrere, die vorhanden sind, sich zu gemeinsamer Preispolitik vereinigen[2]). Er schreibt (S. 371.): »Die behauptete Unvermehr-

[1]) Vgl. meine »Theorie« S. 261: »Das koloniale Großgrundeigentum«.

[2]) l. c. S. 263: »Unter Monopol verstehen wir die völlige Beherrschung entweder der Nachfrage nach einem oder des Angebots an einem Gute durch ein Individuum oder eine Kombination von solchen, wenn die letztere eine gemeinsame Preispolitik zur Folge hat und jede Konkurrenz zwischen ihren Mitgliedern ausschließt«. Auf S. 269 hat er freilich die richtige Erkenntnis, daß auch im Falle »beschränkter Konkurrenz« ein Monopolpreis nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich ist, auch ohne Verabredung. Aber diese Erkenntnis bleibt, wie die oben im Text angeführte Stelle zeigt, ohne Konsequenz.

barkeit schließt aber Konkurrenz unter den Grundeigentümern keineswegs aus, und es wurde mit Recht hervorgehoben, daß von einem Monopole nur dort die Rede sein könne, wo ein Wirtschaftssubjekt das Angebot eines Gutes vollständig beherrscht«. Ähnliche Erwägungen spielen gewiß auch bei v. Wieser ihre Rolle, der ebenfalls (l. c. S. 249) die gleiche falsche Theorie vorträgt.

In seiner »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« geht Schumpeter über das Problem sehr leichtherzig hinweg. Er sagt (S. 336); »Monopole an ursprünglichen Produktionsfaktoren interessieren uns hier nicht, weil es bei diesen von vornherein klar ist, daß man das Zinsphänomen nicht auf sie basieren kann«.

Hier haben wir den springenden Punkt aller Mißverständnisse erreicht. Wer bisher vom Bodenmonopol sprach, wollte immer die Grundrente ableiten. Was ich als Folge des Bodenmonopols ableite, ist aber nicht die Grundrente, sondern der Profit.

Das ist allerdings eine für die Gegenwart vollkommen neue Behauptung und widerspricht der alten lieben Lehre von den drei »Produktionsfaktoren« oder »Produktionsagenten« durchaus. Seit Say wird der Lohn der Arbeit, die Grundrente dem Boden, und der Zins dem Kapital »zugerechnet«.

Aber vor Say gab es einen großen Kopf, der am allerersten Anfang unserer Wissenschaft nicht die Grundrente, sondern — den Kapitalprofit aus dem Bodenmonopol ableitete. Man lese die am Anfang dieses Abschnittes angeführten Sätze von Turgot aufmerksam. Da wird als erste Folge der Vollbesetzung des Bodens und der Entstehung einer landlosen Arbeiterklasse in allerdings noch rudimentärer Weise der Kapitalprofit abgeleitet: »Aber endlich fand jedes Stück Land seinen Herren, und jene, welche keinen Grundbesitz erwerben konnten, hatten zuerst keinen anderen Ausweg als den, ihrer Hände Arbeit unter Leitung der »besoldeten Klasse« gegen den Überfluß an Gütern der landbauenden Grundbesitzer einzutauschen«.

Das ist nach Turgot der erste Akt der wirtschaftlichen Entwicklung nach Vollbesetzung des Bodens. Und erst der zweite ist dann die Anwendung von Arbeitern in der Landwirtschaft, womit dann in ebenso rudimentärer Weise die Grundrente abgeleitet wird. Mit diesem Gedanken muß ernst gemacht werden.

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß es mir nicht beifällt, die Grundrente der kapitalistischen Ära aus

dem Bodenmonopol abzuleiten. Sie ist, das hat Ricardo unzweifelhaft nachgewiesen, der Gewinn von Produktionsmonopolen gegenüber den Konkurrenten[1]). Sondern was hier als Folge des Bodenmonopols abgeleitet werden soll, das ist dasjenige arbeitsfreie Einkommen, das auf dem rentelosen Grenzboden wie in jedem anderen Grenzbetriebe dem Eigentümer zufließt. Und dieses arbeitsfreie Einkommen ist bekanntlich der Profit oder »Kapitalzins«.

Wenn der hier bestehende, m. E. sonnenklare Zusammenhang bisher niemals durchaus erkannt worden ist, so liegt das, wie ich glaube, außer an den soeben dargestellten und widerlegten Irrtümern, an zwei Mängeln der bisherigen Lehre vom Monopol.

Der erste Mangel ist der, daß man fast immer nur vom Verkaufsmonopol spricht und immer nur daran denkt[2]). Vom Einkaufsmonopol ist ja hier und da die Rede, aber mehr der systematischen Vollzähligkeit halber als aus wahrem Interesse. Es wird als eine wenig bedeutsame Kuriosität behandelt. Vor allen Dingen mußte, bis die Lehre vom Monopoltribut des Kontrahenten eines Monopolisten entwickelt war, die entscheidende Erkenntnis fehlen, daß ein Einkaufsmonopol unmittelbar nicht nur das Realeinkommen, sondern das Nominaleinkommen herabsetzt, weil der monopolistische Einkäufer unter dem Konkurrenz-Geldpreise kauft.

Der zweite Mangel liegt in der falschen »Zurechnung«. Man hat auch bei diesem großartigsten und wirksamsten aller Monopole den Ertrag nicht dem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Monopolverhältnisse zwischen Personen, sondern

---

[1]) Hier, wo ich die Frage ausdrücklich nicht aufwerfe, ob das Bodenmonopol natürlich oder künstlich-rechtlich ist, habe ich nichts weiter dazu zu bemerken. Wo ich in anderem Zusammenhange dieses eigene Problem aufwerfe und beantworte, da allerdings wird sich herausstellen, daß die rechtliche Bodensperrung mit der Grundrente sehr viel zu tun hat. Diese bleibt zwar auch dort Gewinn von Produktionsmonopolen, aber dann allerdings wird die Frage brennend, durch welche sozialen Kräfte so große Flächen des Landes in den Besitz einzelner gekommen sind, daß sie daraus ein bedeutendes, zuweilen riesenhaftes Einkommen beziehen. Und ferner wird die Frage brennend, ob in der Statik einer »reinen Ökonomie« trotz aller Unterschiede der Bodengüte und Bodenlage, Grundrente in irgend erheblichem Umfange, vor allem als klassenbildendes Einkommen vorhanden sein könnte (vgl. meine »Theorie« S. 422); aber alles das gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit; es bildet einen Problemkomplex für sich. Vgl. den Exkurs am Ende dieses Abschnittes.

[2]) »Unter Monopol versteht man in der Regel stillschweigend ein Verkaufsmonopol, jedoch gibt es auch Ankaufsmonopole, die nicht ohne volkswirtschaftliche Bedeutung sind«. (Lexis, Artikel »Monopol«, Hdw. d. St.-W. 3. Aufl. VI. S. 769).

den das Verhältnis »vermittelnden Sachen« zugerechnet. Und diese »Sachen« sind die produzierten Produktionsmittel, sind das »Kapital im volkswirtschaftlichem Sinne«.

Das Kapitalverhältnis ist ein gesellschaftliches, und zwar ein Klassenmonopolverhältnis. Dank der Vollbesetzung des Bodens besteht eine Klasse freier Arbeiter, die aller Produktionsmittel entbehren, — und die infolgedessen den Besitzern der Produktionsmittel beim Austausch ihrer Dienste gegen die Güter ihres Lebensunterhaltes den Monopoltribut abzutreten haben. Ihr Gesamttribut verteilt sich pro rata des Wertes aller Produktionsmittel, d. h. des »gesellschaftlichen Gesamtkapitals«, auf die gesamte Klasse der Kapitalisten. Nur wer über ein Privatkapital, d. h. über Produktionsmittel von einem gewissen Werte verfügt, ist Kapitalist und zum Bezuge des Profits berechtigt. Das Ganze ist einer ungeheueren Aktiengesellschaft zu vergleichen, die ihre Dividende pro rata des Aktienbesitzes verteilt. Und darum ist die einzig korrekte Definition des Einzelkapitals im privatwirtschaftlichen Sinne die von mir gegebene: »Das Privatkapital ist ein nutzbarer Anteil am Klassenmonopol«.

Wir wiederholen: Nur wer über die nötigen »Sachen« verfügt, ist zum Bezuge von Profit berechtigt: Und darum rechnet jeder einzelne Kapitalist seinen Profit den Sachen, dem Kapital zu, anstatt dem gesellschaftlichen Monopolverhältnis, das ihn begünstigt.

Aber jener Gesamtmehrwert ist seiner Höhe nach ebensowenig funktional irgendwie mit dem Werte der als sachliches Substrat dienenden Produktivgüter verbunden, die sich zum gesellschaftlichen Gesamtkapital zusammensetzen, wie irgendein anderer Monopolgewinn mit dem Werte seines Substrats. Das Substrat ist lediglich die Bedingung, aber niemals die Ursache des Monopolgewinnes im allgemeinen und des Klassenmonopolgewinnes im besonderen.

Gerade nach diesem Zusammenhang aber haben seit dem Auftauchen des Profitproblems die Klassiker und ihre Epigonen immer und immer wieder gesucht. Jetzt wird hoffentlich klar geworden sein, daß dieses Suchen ohne jeden Erfolg bleiben mußte. Es war ein Suchen wie nach der Quadratur des Zirkels.

Wie hoch der statische Preis der Sachgüter, des »Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne«, sich stellt, ist in jeder Gesellschaft verschieden, je nach der Staffel der Kooperation, daher den technischen Bedürfnissen der Produktion usw.; und wie hoch

der Monopolgewinn sich stellt, das ist gleichfalls in jeder Gesellschaft verschieden je nach der »Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses« auf beiden Seiten, also namentlich je nach der Dichtigkeit der Bevölkerung, nach ihrer Verteilung auf Landwirtschaft und Industrie, nach der Verteilung des Bodens, ob unter viele oder wenige Eigentümer, nach dem Stande der landwirtschaftlichen und industriellen Technik, d. h. nach dem Bedarf an Arbeitern, nach dem Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr usw. usw. Es kann ebenso gut vorkommen, daß für den einzelnen Kapitalisten ein an Umfang und Wert sehr geringes sachliches Substrat (Kapital) ausreicht, während der quotale Anteil am Klassenmonopolgewinn enorm ist, wie es umgekehrt vorkommen kann, daß das notwendige Substrat an Umfang und Wert sehr groß, der Monopolgewinn aber sehr klein ist. Im ersten Falle steht der Profitsatz sehr hoch, im zweiten sehr tief. Beide Male aber wird fälschlich dem Substrat, der Bedingung, »zugerechnet«, was in der Tat Wirkung der Ursache, des Bodenmonopols, ist.

Ich habe einmal versucht, das Kapitalverhältnis durch einen Vergleich zu illustrieren:[1]). Ein Beduinenstamm ist Eigentümer einer Oase in der Wüste. Ein Teil, bewaffnet, erhebt den Preis für das Wasser der Zisterne: das sind die »Unternehmer«, und die Gebühr, die die Karawanen zahlen müssen, wenn sie nicht verdursten wollen, ist der »Unternehmerprofit«. Den Karawanenkaufleuten entsprechen die »freien Arbeiter« der kapitalistischen Gesellschaft; sie müssen den Preis zahlen, wenn sie nicht verhungern wollen: auch bei ihnen ist die Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses unendlich viel größer als bei ihren monopolistischen Kontrahenten.

Ich will den Vergleich hier weiter führen: jeder Mann des Stammes, der die zurzeit übliche Bewaffnung aufbringen kann, ist anteilberechtigt. Die Bewaffnung ist das »sachliche Substrat«, das das Monopolverhältnis vermittelt. Es entspricht dem »Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne«, den Produktivgütern.

Offenbar besteht zwischen der Substanz oder dem Werte der Bewaffnung einerseits und dem quotalen Einkommen aus dem Wasserzins nicht das geringste funktionale Verhältnis. Unter gewissen Umständen mag es genügen, wenn der Stamm sich mit rohen Keulen bewaffnet, die den Arbeitswert weniger Stunden haben, und unter anderen Umständen mag kostspielige Eisenrüstung oder die Bewaffnung mit modernen Präzisionsgewehren

[1]) »Theorie« S. 287.

erforderlich sein. Ganz unabhängig davon ist das auf die Gesamtheit und pro Kopf entfallende Einkommen: es ist groß, wenn viele und reiche Karawanen gezwungen sind, die Wasserstelle aufzusuchen, und klein im umgekehrten Falle.

Die moderne Nationalökonomie läßt nun den Beduinen den Wert des auf ihn fallenden Wasserzinses auf den Wert seiner Waffe beziehen und sagen: meine Keule oder meine Büchse werfen mir jährlich so und so viel tausend Prozent ab.

* * *

Fassen wir zusammen: aller wirtschaftlich in Betracht kommende Grund und Boden, das unproduzierte Produktionsmittel der kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft, ist von einem kleinen Teil der Bevölkerung okkupiert. Ein weiterer, ebenfalls kleiner Teil ist im Besitz von produzierten Produktionsmitteln, oder »Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne«. Der große Rest der Bevölkerung ist ohne jedes Produktionsmittel, und daher gezwungen, unselbständige Dienste auf dem Markt anzubieten.

Offenbar konstituiert diese gesellschaftliche Lagerung zwischen der Oberklasse, die die Produktionsmittel besitzt, und der »freien« Unterklasse ein gesellschaftliches Monopolverhältnis; und zwar handelt es sich um ein Einkaufsmonopol gegenüber den Produzenten von Diensten. Lexis sagt ausdrücklich: »Der großkapitalistische Unternehmer hat seinen Arbeitern gegenüber eine Art von Einkaufsmonopol im Bezug der Arbeit« [1]). Zuckerkandl sagt: »Die Arbeitslöhne werden wegen der größeren wirtschaftlichen Macht der Käufer der Arbeit zugunsten dieser letzteren gestellt« [2]).

Etwas Ähnliches konstatiert auch v. Wieser[3]): »Der gleiche Fall — wie beim Wucher — ereignet sich beim Lohnvertrag, den ein rücksichtsloser Unternehmer mit Arbeitern abschließt, welche, weil ihnen die Mittel zum Widerstande fehlen, sich gegen einen Hungerlohn zu erschöpfender Arbeitsleistung verpflichten«. Er spricht hier allerdings von wucherischen Ausschreitungen bei dem sonst als normal betrachteten Arbeitsvertrage. Da er aber kein Mittel besitzt, um den normalen Arbeitslohn abzuleiten[4]), so

[1]) Artikel »Monopol« im Hdwb. d. Staatswissenschaften. Bd. VI. S. 769.

[2]) l. c. S. 309.

[3]) l. c. S. 246.

[4]) Schumpeter; »Wesen und Hauptinhalt« S. 267/68 gibt ausdrücklich zu, daß mit den Mitteln der Grenznutzenschule ein Monopolpreis ziffermäßig nicht abgeleitet werden kann.

ist die Frage gestattet, ob nicht bereits der normale kapitalistische Lohnvertrag eine derartige Ausbeutung mit sich bringt[1]). Da Wieser das Bodenmonopol leugnet, darf er freilich die Konsequenz ablehnen.

Exkurs:
Die Bodensperrung.

Für die Betrachtungen, die wir hier anstellen, ist es völlig gleichgültig, ob der Boden ein Naturmonopol oder ein Rechtsmonopol ist, d. h. ob er durch selbstwirtschaftende Landwirte nach und nach besetzt wurde, in »ökonomischer Okkupation«, bis nichts mehr für neue Landbedürftige verfügbar war — oder ob er, in »politischer Okkupation«, durch »Gewalthaber«, wie Carl Menger sagt, gegen die Besiedlung gesperrt worden ist. Oder mit anderen Worten: ob das Bodenmonopol auf natürlicher oder künstlich (rechtlich) herbeigeführter Seltenheit beruhe. Wenn nur zugegeben wird, daß es ein Monopol ist, so brauchen wir für die Beweisführung dieses Buches nichts weiter. Dennoch sei es mir gestattet, gleichsam in Parenthese, einiges über den Gegenstand zu sagen. In Parenthese: weil ich meine Kritiker ersuchen möchte, das hier angeschnittene Problem nicht zum Zielpunkt von Angriffen zu machen, da es in diesem Zusammenhange wirklich ohne Belang ist.

Ich habe in Übereinstimmung mit allen mir bekannten Agrarpolitikern von Rang[2]) angenommen, daß unter halbwegs gesunden wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnissen 1 ha Ackerland pro Kopf, also ca. 6 — 8 ha pro Familie überall in anbaufähigen Bezirken für eine nach Zeit und Gewohnheit mittelständische Existenz ausreichen. Tugan-Baranowski hat diese Angabe als für Rußland viel zu klein bestritten[3]). Herkner[4]) stützt sich auf diese Kritik gegen mich. Es ist ihm leider entgangen, daß ich[5]) Tugan mit einer Replik gedient habe, die in ihm, wie ich annehme, die Lust zu einer Duplik nicht aufkommen lassen wird. Der russische

[1]) Böhm-Bawerk macht in einer Anmerkung zu seiner Kritik von v. Thünen (»Geschichte« usw. S. 207) die folgende nachdenkliche Bemerkung: »Daraus, daß die Gesellschaft im ganzen imstande ist, mit Hilfe des Kapitals dieses selbst zu erneuern, und doch darüber hinaus mehr Produkte zu erzeugen, folgt noch gar nichts für die Existenz eines Kapitalzinses. Denn dieses Plus könnte ebensogut als Mehrlohn an die Arbeiter, die ja zur Erzielung desselben ebenso unentbehrlich waren als das Kapital, statt als Zins an die Kapitalisten erfolgt werden«.

[2]) »Die soziale Frage und der Sozialismus« (Jena 1912). passim.

[3]) Annalen für Sozialpolitik. III. 1914. S. 477/481.

[4]) »Die Arbeiterfrage.« 6. Aufl. II. S. 215.

[5]) Revue de Politique Internationale. 1914. Nr. 9/10.

Bauer hat, soweit er wirklich mehr Land als das von mir angegebene Maß besitzt, erstens nicht ausschließlich Ackerland, wie ich fordere, sondern Gesamtfläche, zu der vielfach große Stücke geringen Waldes, geringer Weide und Ödlandes gehören. Er lebt ferner nicht »unter halbwegs gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen«: er besitzt sein Land zumeist nicht in gutem wirtschaflichen Zusammenhang, sondern zerfetzt in meilenweit auseinanderliegenden Teilstücken. Durch die ungeheuere Breite der Raine geht ihm außerdem ein unverhältnismäßig großer Teil der Nutzfläche verloren. Und schließlich und hauptsächlich: der russische Bauer lebt wahrlich auch nicht »unter halbwegs gesunden staatlichen Verhältnissen«: die Ablösungszahlungen, die Staatsabgaben und die Erpressungen der staatlichen und dörflichen Beamten und Wucherer nehmen ihm den allergrößten Teil seines Einkommens. Unter solchen Umständen würden auch 1000 ha nicht für eine mittelständische Existenz hinreichen. Ich kann nicht umhin, Tugans Kritik als geradezu leichtfertig zu bezeichnen.

Danach halte ich meine Behauptung aufrecht, daß auch in bereits sehr dicht bevölkerten Ländern, wie z. B. in Deutschland, das Bodenmonopol ein rechtliches, auf Sperrung beruhendes, nicht ein natürliches, auf der »Kargheit der Natur« beruhendes ist Daß das denkbar ist, und unter gewissen Umständen Wirklichkeit war, dafür kann ich mich auf Autoritäten berufen, die meiner Auffassung sonst feindlich gegenüberstehen. Zunächst auf Marx und Kautsky an den angeführten Stellen. Marx sagt dort: »Man gebe der jungfräulichen Erde einen vom Gesetz der Zufuhr unabhängigen künstlichen Preis, welcher die Einwanderer zwingt, längere Zeit zu lohnarbeiten«. Und Kautsky echot: »gewaltsame Trennung des Arbeiters von den Produktions- und Lebensmitteln und künstliche Erzeugung einer überschüssigen Arbeiterbevölkerung«.

Bitte, das ist genau das, was ich behaupte. Da nun der Charakter eines Bodens als »jungfräulich« doch unmöglich an sich die Eigenschaft haben kann, die »Kapitalwerdung« von Geld und Produktionsmitteln zu verhindern, — da es sich vielmehr offenbar um nichts anderes handeln kann, als um das ziffernmäßige Verhältnis des Bodenvorrates zu der Zahl der landbedürftigen Menschen: so wird man doch wohl einmal mein so tief verachtetes »Divisionsexempel« nachrechnen müssen. Man hat festzustellen, wieviel Boden durchschnittlich in jedem Lande zur mittelständischen bäuerlichen Existenz erforderlich ist; wie viele solcher Existenzen nach Maßgabe

des vorhandenen Vorrates an Land mithin vorhanden sein könnten, und wie viel in Wirklichkeit vorhanden sind. Nur daraus kann es sich ergeben, ob es sich um ein natürliches oder ein künstliches Monopol handelt. Mit einem Achselzucken läßt sich die Frage nicht abtun — und sie ist in anderem Zusammenhang die entscheidende Frage. Von ihrer Beantwortung allein hängt es ab, ob die »soziale Frage« grundsätzlich lösbar ist, oder nicht. Handelt es sich um ein Naturmonopol, so kann man nur lindern und bessern, — oder muß eine ganz neuartige Gesellschaftsordnung ersinnen oder ersehnen. Handelt es sich aber um ein Rechtsmonopol, so kann man es aufheben.

Keinesfalls dreht es sich hier um eine logisch undenkbare Konstruktion. Dafür können wir uns außer auf Marx auch auf Carl Menger berufen. Er schreibt[1]): »Umgekehrt können Güter, welche den Menschen von Natur aus in einer ihren Bedarf übersteigenden Quantität verfügbar sind, doch für die Konsumenten derselben den ökonomischen Charakter erlangen, wenn ein Gewalthaber die übrigen wirtschaftenden Subjekte von der freien Verfügung über diese Güter ausschließt«. Und er fügt auf der folgenden Seite hinzu: »Wenn die verfügbare Quantität eines nicht-ökonomischen, (d. i. freien) Gutes sich fortdauernd verringert, bzw. der Bedarf an demselben sich fortdauernd vermehrt, und das Verhältnis zwischen beiden ein solches ist, daß der endliche Übergang des nicht-ökonomischen Charakters des in Rede stehenden Gutes in den ökonomischen vorausgesehen werden kann, so pflegen die wirtschaftenden Individuen konkrete Teilquantitäten desselben, auch wenn das den nicht-ökonomischen Charakter des Gutes begründende Quantitätenverhältnis noch tatsächlich vorliegt, mit Rücksicht auf künftige Zeiträume, doch bereits zu Gegenständen ihrer Wirtschaft zu machen und unter sozialen Verhältnissen sich ihren individuellen Bedarf durch Besitzergreifung entsprechender Quantitäten sicher zu stellen«. In kurzen Worten: ein freies Gut kann durch Sperrung den Charakter eines ökonomischen Gutes, und zwar eines Monopolgutes erlangen.

Die Möglichkeit liegt also vor, daß das Bodenmonopol ein künstliches Rechtsmonopol ist. Und ebenso liegt die Möglichkeit vor, die Frage durch eine einfache Rechnung zu entscheiden. Diese Rechnung vorzunehmen sind namentlich die Grenznutzentheoretiker verpflichtet. Sie stimmen — selbstverständlich! — darin

[1]) l. c. S. 64; im Orig. nicht gesperrt.

überein, daß dem nicht bevorzugten Boden so lange kein Wertteil des Ertrages »zuzurechnen« ist, wie er noch »freies Gut« ist[1]). Aber auch sie fragen niemals, unter welchen Verhältnissen von Vorrat und Bevölkerung er noch freies Gut ist. Böhm-Bawerk schreibt z. B.[2]): »Bei dünner Bevölkerung können natürlich die Bodennutzungen . . . überschüssig vorhandene freie Güter sein; aber in unseren Verhältnissen . . . sind sie durchweg wirtschaftliche Güter«. Ich bitte um Verzeihung: was heißt das: »dünne Bevölkerung«? Wie viele Köpfe auf den Quadratkilometer? Man wird das Divisionsexempel doch notgedrungen einmal machen müssen!

* * *

Damit ist die Frage nach der Ursache des Kapitalprofits vollkommen gelöst.

b) Die Höhe des Profits.

Die zweite Frage ist die nach seiner Höhe. Zum Zweck dieser Berechnung wenden wir uns wieder unserer Konstruktion zu, die ja durch jede unserer Korrekturen der Wirklichkeit immer ähnlicher geworden ist. Wir nehmen an — und lassen damit die letzte Abstraktion fallen — daß der ganze Boden unserer Gesellschaft einem kleinen Teil ihrer Mitglieder gehört, daß ein anderer kleiner Teil irgendwie (durch Erbschaft, Arbeit, Handel, Glück, Verbrechen usw.) in den Besitz der produzierten Produktionsmittel, des »Kapitals«, gelangt ist, und daß der weitaus größte Teil ihrer Mitglieder »freie«, d. h. besitzlose Arbeiter sind.

α) Der Profit pro Arbeiter.

(Der Monopollohn.)

Wenn es uns gelingt, den statischen Preis des Lohnes, L, zu berechnen, so erhalten wir die Größe des Monopolgewinns G pro Arbeiter ohne weiteres, wenn wir L von dem Normaleinkommen E einer durchschnittlich qualifizierten Person subtrahieren,

$$G = E - L$$

Wie hoch ist der Lohn unter diesen Umständen?

---

[1]) Schumpeter in einem Aufsatz »Bemerkungen über d. Zurechnungsproblem« (Ztschr. f. Volksw. Pol. u. Verw. XVIII, 1909. S. 92) schreibt z. B.: »Die Wertzurechnung muß so eingerichtet werden, daß alle freien Güter den Wert Null erhalten. . . . Auch freie Güter geben Nutzen, auch freie Güter finden sich in den Produktionskombinationen. Aber Wert darf ihnen nicht zugestanden werden.«

[2]) »Pos. Theorie d. Kapitals.« 3. Auflage (1909). S. 146 Anm.

Unsere Formel sagt uns, daß der statische Preis der unselbständigen Dienste gleich ist dem Einkommen, das sich der Produzent als Selbständiger durch eigene Produktion erwerben kann resp. darf.

Was kann oder darf unter den geltenden Umständen der vollen Okkupation allen wirtschaftlich verfügbaren Landes der normal Qualifizierte hier noch in selbständiger Produktion erwerben?

In der Urproduktion bieten sich ihm, wo auch das nicht bereits verboten ist, die Berufe des »Sammlers« von Beeren, Reisig, Besenginster, Arzneipflanzen, Kristallen usw. In den Städten kann er als »Dienstmann« selbständige Botendienste und andere Dienste tun, Lumpen und Abfälle sammeln oder als Händler einkaufen, kann als Straßensänger oder Hofmusikant niedere künstlerische Dienste verkaufen oder im Dienste der Reklame als Zettelverteiler oder »Sandwichmann« tätig sein oder niedere Agenten- und Kommissionärdienste leisten, z. B. als Versicherungsagent und Kolportagebuchhändler auf Hintertreppen, als Stadtreisender überhaupt, usw. Junge Frauen können[1]) ferner, soweit sittliche Bedenken sie nicht hindern, als Prostituierte Geschlechtsdienste leisten. Das ist ungefähr alles, was an selbständigen Produktionen erlaubt, d. h. möglich ist.

Alle diese selbtändigen Berufe, vielleicht mit einziger Ausnahme des letztgenannten, der für die Frage des normalen Arbeitslohnes nicht in Betracht kommt, können von Personen stark unterdurchschnittlicher Qualifikation ausgeübt werden, deren Arbeitswert gering ist. Und zwar bestimmt den Wert des Produktes auch hier der »Grenzbeschaffungswert« desjenigen Produktes, das unter den ungünstigsten Umständen hergestellt worden ist, und das der Markt gerade noch aufnimmt. Der Grenzproduzent, dessen originärer Arbeitswert z. B. den statischen Preis gesammelter wilder Beeren bestimmt, ist das jüngste Kind oder die älteste Frau, deren Zufuhr der Markt noch aufnimmt.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen der Lohn des Grenzproduzenten nicht höher sein kann als das Existenzminimum, oder sogar weniger, wenn er »chronisch verhungert« oder aus anderen Quellen Zuschüsse erhält. Nehmen wir optimistisch an, er stehe

[1]) Das Wort »kann« umschließt nicht nur physische, sondern auch moralische Bedingungen. Es gibt auch Berufe, die man nicht ausüben kann, weil man es nicht wollen kann. So z. B. kann nicht jede Frau Prostituierte werden. Hier geht das Wort »kann« in das Wort »darf« über: nicht nur das gesetzlich, auch das sittlich Unzulässige ist zum Glück vielen unmöglich. Wir kommen noch darauf zurück.

auf dem physiologischen Existenzminimum. Das besteht aus x Kilo Roggen, y Kilo Kartoffeln, z Liter Milch, m Meter Gewebe, n Kilo Torf oder Holz usw. und aus dem Verschleiß einer Hütte, die j Jahre ausdauert. Alle diese Gebrauchsgüter lassen sich nach unserer Formel für den statischen Preis

$$v = \frac{E}{n} + s$$

exakt dem Geldpreise nach berechnen. Alle Geldpreise zusammen ergeben das Einkommen dieser Grenzproduzenten.

Daraus läßt sich nun das Einkommen eines durchschnittlich Qualifizierten wieder exakt berechnen. Er ist dem unterdurchschnittlich qualifizierten selbständigen Grenzproduzenten gegenüber höher qualifiziert, und daher gelten hier die Formeln, die wir oben in unserer zweiten Annäherung gefunden haben[1]). Und zwar kommt praktisch hier nur der erste Fall in Betracht, der der Mehrproduktivität, nicht aber der der Kostenersparnis. Denn von »Selbstkosten« ist bei diesen jämmerlichen kleinen Produktionen kaum die Rede.

Wenn wir davon absehen, daß der Lohn des Unselbständigen um etwas höher sein wird, weil ihm der Verzicht auf die Freiheit, die etwas seltenere Qualifikation des Willens zur Unterwerfung unter eine fremde Botmäßigkeit während der Arbeitszeit, vergütet werden muß, so ist damit auch das Einkommen des unselbständigen Arbeiters gefunden.

Dieses Einkommen muß immer noch absolut sehr niedrig sein. Denn der durchschnittlich qualifizierte Arbeiter, der sich jenen Berufen zuwendet, wird in der Regel erwachsen und Familienvater sein, hat mithin für seine Angehörigen die Versorgungslast, so daß sein höheres »Einkommen« doch kaum ein besseres »Auskommen« bedeuten wird. Vielleicht erhebt es sich ein wenig über das physiologische, aber kaum jemals über das »soziale« Existenzminimum, d. h. jene Versorgung mit Verwendungsgütern, die nach Maßgabe der zurzeit herrschenden gesellschaftlichen Gewohnheiten nicht unterschritten werden kann, um nicht mehr als »Dürftigkeit«, sondern als »Armut« oder gar »Elend«[2]) zu gelten.

---

[1]) Wenn das Einkommen des Grenzproduzenten λ ist, ist der Wert seines Produktes als $v = \frac{\lambda}{n} + s$ auszurechnen. Der durchschnittlich Qualifizierte erzeugt m Produkte mehr. Also ist sein Einkommen $L = \lambda + m\,(v - s)$ Geldeinheiten. Sämtliche Zahlen sind gegeben. Sind die Selbstkosten s = Null, so ist $L = \lambda + m \cdot v$ Geldeinheiten.

[2]) Vgl. meine »Theorie« S. 307.

Und zwar ist in der Statik das Realeinkommen aller durchschnittlich Qualifizierten selbstverständlich gleich: eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen, ehe nicht alle freien Arbeiter, in Stadt und Land, Ackerproletarier und Industrieproletarier, das gleiche Realeinkommen haben. Dagegen wird in größeren Wirtschaftsgesellschaften ihr Nominaleinkommen an der Peripherie am geringsten, im Zentrum am höchsten sein, weil alle Urprodukte dort den geringsten, hier den höchsten statischen Geldpreis haben, entsprechend der ökonomischen Entfernung vom Markte[1]).

Ziehen wir diesen »Normallohn« der kapitalistischen Gesellschaft vom statischen Preise aller Einkommensgüter eines nicht unter dem Monopol stehenden durchschnittlich qualifizierten Produzenten (E) ab, so ergibt sich der Kapitalgewinn, den der einzelne Arbeiter abtritt.

Nun könnte jemand einwenden wollen, jene Größe E sei jetzt, unter den durchaus veränderten Aspekten, nicht mehr berechenbar. Wir könnten darauf erwidern, daß sie unsere Konstante ist und bleibt. Aber wir können die Möglichkeit angeben, sie jederzeit, auch hier, neu aufzufinden und dadurch zu bestätigen. Jeder selbständige, durchschnittlich qualifizierte Grenzproduzent, der unter keinem Monopolverhältnis produziert, auch nicht unter dem Klassenmonopolverhältnis, der m. a. W. mit eigenen, technisch gleich wirksamen Produktionsmitteln konkurriert, aber keine Arbeiter beschäftigt, hat exakt das Nominaleinkommen E.

Das gilt nur in seltenen Fällen für den selbständigen Alleinmeister, da er nur ganz ausnahmsweise in seinem Kleinbetrieb sich der technisch gleich wirksamen Produktionsmittel bedienen kann wie der Großbetrieb. Es gilt schon öfter für den ohne Gehilfen arbeitenden Händler; es gilt aber fast uneingeschränkt für den Grenzbauer im strengsten Sinne des Wortes: für den an der Grenze der Ackerbauzone sitzenden durchschnittlich qualifizierten unverschuldeten Kleinwirt, der gerade soviel Boden besitzt, wie er mit den Kräften seiner eigenen Familie, also ohne Arbeiter, bestellen kann, und der diesen Boden — was in der Statik selbstverständlich

[1]) Vgl. meine »Theorie« S. 512/13. In der Dynamik steht auch der Reallohn um so höher, je näher dem Zentrum der Ort liegt, und zwar, weil fortwährend Arbeiter aus den Grenzbezirken nach dem Zentrum gezogen werden. Hier bestimmt sich jeder lokale Grundlohn als der Lohn des »Grenzkuli« zuzüglich der Transportkosten vom »Grenzgebiete des höchsten Druckes« bis zum Verwendungsorte. Vgl. meine »Theorie« S. 500 ff.

ist, sonst wäre er nicht durchschnittlich qualifiziert — mit derjenigen Intensität bebaut, wie es der Lage in den Thünenschen »Zonen« entspricht.

Hier setzt Clark[1]) ein mit einem sehr interessanten Versuch, den Normallohn in anderer Weise zu bestimmen. Sein Ausgangspunkt ist ein Satz von Henry George, wonach der Lohn sich bestimmt nach demjenigen Produkt, das ein Mann auf rentelosem Lande erzeugen kann. Hieraus glaubt Clark eine Methode ableiten zu können, durch die »das Produkt der Arbeit überall von dem Produkt der mitwirkenden Produktionsagenten abgesondert festgestellt werden kann; und es war diese Frage, die mich zu dem hier vorgetragenen Gesetz führte, wonach die Löhne aller Arbeit, bei völlig freiem Wettbewerb, darauf tendieren, das Produkt auszugleichen, das der Arbeit gesondert zuzuschreiben ist. Das Produkt der »Grenzeinheit« von Arbeit ist das gleiche, wie das jeder anderen, für sich betrachteten Grenzeinheit; und wenn die normalen Tendenzen sich vollkommen auswirken könnten, dann wäre es nicht nur für jede einzelne Einheit, sondern für die Arbeitskraft als Gesamtheit wahr, daß ihr Produkt und ihr Lohn gleich sind«. Man kann diese Auffassung, die weithin mit der meinigen übereinstimmt, unbedingt als richtig zugeben, soweit es sich um eine Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft allein handelt. Ja, man kann sie sogar als Gesetz für jede denkbare Gesellschaft zugeben. Die Frage spitzt sich dann lediglich daraufhin zu, welches Land »unter völlig freiem Wettbewerb« rentefrei ist. Da Clark offenbar auf dem Standpunkt der Ricardoschen Auffassung steht, hält er die gegebenen Verhältnisse unserer Wirtschaft für die immanenten; und so wird auch sein Lohngesetz ein immanentes, und der Lohn wird nicht nur festgestellt, sondern in der jetzigen Höhe gerechtfertigt, soweit nicht der Arbeiter durch Monopole geradezu beraubt wird.

Nun ist aber, trotz Ricardo, der Boden ein Monopolgut und wirft den Normalgewinn des normalen Profits (und unter Umständen auch noch eine Rente) ab. Dennoch läßt sich sogar von Ricardos Voraussetzungen aus der normale Arbeitslohn exakt, auf ein Differential genau, so ableiten, wie wir es getan haben — womit dann freilich seine ganze Theorie in sich zusammenfallen würde. Die Beweisführung, die wir jetzt bringen werden, ist eine andere Ansicht des gleichen Problems, das wir oben in der Polemik gegen v. Wieser behandelt haben (S. 122/23).

[1]) »The distribution of wealth.« A Theory of wages, interest and profits. New York. 1899. S. VIII.

Ricardo behauptet ex professo, daß die rechtliche Appropriation des Bodens in Privateigentum nicht den geringsten Einfluß auf die Einkommensbildung habe[1]). Wo er von freiem Boden spricht, »meint er nicht herrenlosen, sondern ungenützten Acker«[2]) und unterstellt immer stillschweigend, daß nur solcher Boden angeeignet ist, der auch bereits genützt wird.

Nehmen wir ihn beim Worte! Nehmen wir an, daß jenseits des Kreisringes, den die Grenzproduzenten mit der Rente Null besetzt halten (die also über die Selbstkosten, ihren eigenen Lohn und den ihrer Arbeiter eingeschlossen, nur den Normalprofit gewinnen), das Land nicht nur ungenützt, sondern auch herrenlos ist. Dann kann es offenbar jeder kapitallose Mann für sich appropriieren. Er setzt sich dicht neben den kapitalistischen Grenzproduzenten. Die produzierten Produktionsmittel, die er für den ersten Anfang braucht: eine Hütte, ein paar Werkzeuge aus Holz, kann er sich selbst im herrenlosen Walde beschaffen. Ja, er wird Pflug samt Zugtier und eiserne Geräte auf Kredit zum statischen Preise, samt dem hier selbstverständlichen Aufschlag des Normalprofits und einer Risikoprämie, leihen können, wenn er als zuverlässiger fleißiger Mann bekannt ist[3]). Dann ist sein Einkommen, bis er die wirksamen Werkzeuge angeschafft oder, wenn geliehen, abgezahlt hat, für einige Jahre gering, vielleicht geringer als das der Arbeiter des Grenzproduzenten. Aber das gehört der Dynamik an. In der Statik, im Beharrungszustande, hat er das Normaleinkommen E, vermindert um ein Differential höherer Transportkosten; er hat also außer seiner Selbständigkeit und Freiheit vor dem unselbständigen Arbeiter der nächsten Nachbarschaft noch ein bedeutend höheres Einkommen voraus, höher um fast den ganzen Normalprofit.

Unter diesen Umständen würde der Grenzproduzent natürlich keinen Arbeiter unter diesem Satze mieten können. Wir hätten genau die Verhältnisse, wie sie Marx mit Wakefield als für das Kolonialland gültig nach den Tatsachen darstellte. Der Profit des

[1]) Vgl. meinen »Ricardo« S. 60 ff, wo ich diese Tatsache gegen Diehl verfochten habe. Diehl hat seinen Standpunkt zu halten versucht (Jahrbücher f. Nat. Ök. u. Stat. . . . Bd. 41. 1911. S. 758 ff.) und ich habe ebendort (Bd. 42. 1911. S. 795 ff.) dupliziert. Daraufhin hat Diehl nichts Sachliches mehr erwidert. Der Leser mag sich selbst sein Urteil bilden.

[2]) Mein »Ricardo« S. 66.

[3]) Die Ansiedler in Canada erhalten tatsächlich ihr gesamtes Inventar zu mäßigem Preise und Zinsfuß auf Kredit und tilgen die Schuld aus den ersten Ernten, zuweilen bereits im zweiten Jahre.

Grenzproduzenten würde auf jenes Differential herabsinken, das sein Nachbar-Kleinbauer weniger verdient als er selbst, natürlich bezogen auf die Fläche.

Warum siedeln sich die Arbeiter in Wirklichkeit nicht neben dem kapitalistischen Grenzbetriebe an?

Weil der Boden zwar ungenützt (wenigstens nach Ricardo), aber nicht herrenlos ist! Wir haben gezeigt, daß ein »schmaler Rand« durch Spekulation gegen die wirtschaftliche Okkupation gesperrt ist. Wir können exakt angeben, wie weit er zum wenigsten appropriiert ist: so weit, daß kein Selbständiger, der herrenlosen Boden besetzt, auch in der Statik mehr erwerben kann als den Monopollohn des freien Arbeiters im kapitalistischen Grenzbetrieb. Das macht natürlich jede Auswanderung aus dem genützten Bezirk unmöglich: alles »wirtschaftlich vorhandene« Land ist appropriiert, ist monopolisiert.

Wenn Ricardo das nicht gesehen hat — oder sehen wollte —, so liegt es an einer an sich sehr praktischen Generalisation, der er dann nur nicht die notwendige Ergänzung durch die entsprechende Spezifikation folgen ließ. Er nimmt als Repräsentanten des Urprodukts das »Getreide« und entwickelt sehr glücklich daran die allgemeinen Gesetze der Preisbildung. Die Urproduktion ist aber nicht nur Getreideproduktion. Der »genützte« Kreis reicht weiter als bis zur Grenze des Kornbaues. Wie Thünen zeigte, der gerade durch diese Spezifikation zu seinen großartigen Ergebnissen kam, liegt jenseits der äußersten Zone des Kornbaues im »isolierten Staat« noch die der Viehzucht, weil Vieh geringeren absoluten und relativen Transportwiderstand[1]) leistet als Korn, also größere Entfernungen überwinden kann. Nun ist aber das der Viehzucht dienende Land selbstverständlich, als wirtschaftlich genützt, auch nach Ricardo rechtlich angeeignet, und darum kann der kapitallose Mann als Kornbauer[2]) erst am äußersten Rande dieser Zone sich ansiedeln, bestenfalls! Denn die spekulative Aneigung ungenützten Landes reicht oft genug noch weiter hinaus.

Um es zusammenzufassen, so hat Clark grundsätzlich ganz recht: die »final unit«, die Grenzarbeit des selbständigen Bauern auf herrenlosem Boden bestimmt in der Tat den normalen Arbeitslohn. Nur liegt dieser Boden viel ferner vom Markte ab, als Clark mit Ricardo annimmt, und zwar infolge einer Monopolisierung (»legal-

[1]) Vgl. meine »Theorie« S. 109 ff.

[2]) Viehzüchter kann er nicht werden. Denn das verlangt ein relativ großes Betriebskapital und ist im Kleinbetriebe auch dann kaum möglich.

monopoly«) des ganzen Zwischengebietes mit den von Clark selbst in dem oben angeführten Zitate so klar ausgeführten Folgen für den Ertrag jenes herrenlosen Bodens:

Entweder wird der selbständige Bauer so weit abgedrängt, daß er den Markt überhaupt nicht mehr erreichen kann: dann kommt sein Einkommen für die Bildung des normalen Arbeitslohnes nicht in Betracht, da es nicht konkurrierend einwirkt. Oder er wird wenigstens so weit abgedrängt, daß er auf den Normallohn des Marktgebietes herabgedrückt wird, für den wir die Formel gefunden haben.

β) Der Durchschnittsprofit.

Wir haben in unseren letzten Ausführungen die Höhe des Monopoltributs abgeleitet, den jeder einzelne freie Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft abzutreten hat (E—L).

Nun wäre es aber sehr verfehlt, anzunehmen, daß jeder individuelle Kapitalist den Tribut seiner eigenen Arbeiter einstreicht. Rodbertus und Marx haben die Dinge derart dargestellt (Marx wenigstens im ersten Bande seines »Kapital«) und sich dadurch in Schwierigkeiten verwickelt, die Böhm-Bawerk ausgezeichnet darstellt[1]). Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Nivellierung aller Profite stattfindet.

Wie der Lohn für alle Arbeiter von gleicher persönlicher Qualifikation in der Statik der gleiche sein muß, so muß auch der Profit für alle Kapitalisten von gleicher sachlicher Qualifikation der gleiche sein, d. h. er muß sich verteilen entsprechend dem Besitz an normalem, d. h. durch keine Personalmonopole begünstigten Kapital. Nicht eher kann die Konkurrenz in ihrem dynamischen Gleichgewicht zur Ruhe kommen, ehe nicht auf gleiche Kapitale gleicher Profit entfällt. Denn so lange wird das Kapital solchen Zweigen zuströmen, die mehr als den Durchschnitt, und aus solchen abströmen, die weniger als den Durchschnitt an Profit abwerfen.

Mit anderen Worten: alle freien Arbeiter zusammen, x an der Zahl, treten einen Monopoltribut x . (E—L) ab. Und dieser Tribut verteilt sich völlig gleichmäßig als Profit auf das normale gesellschaftliche Gesamtkapital derart, daß auf jede Geldeinheit seines Wertes der gleiche Geldertrag fällt. Dieser Wert ist exakt bestimmbar durch die Addition der statischen Preise der produzierten

[1]) l. c. S. 491 ff. gegen Rodbertus; S. 537 ff. gegen Marx

Produktivgüter, aus denen das Gesamtkapital besteht. Setzt man diesen Wert mit dem des Gesamtprofits in Proportion, so erhält man den normalen Prozentsatz, der zu dieser Zeit in dieser Gesellschaft besteht. Man braucht aber diese etwas umständliche Rechnung nicht aufzustellen, denn der normale Prozentsatz des Profits fällt jedem Grenzbetriebe zu; man braucht also nur einen solchen, z. B. einen landwirtschaftlichen, ausfindig zu machen und den Profitsatz, der ihm zufällt, festzustellen.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den Klassenmonopolen und den Personalmonopolen. Bei diesen zieht jeder Monopolist für sich selbst von seinem Kontrahenten den Mehrwert ein: beim Klassenmonopol aber steuert die ganze Unterklasse der ganzen Oberklasse, Gesamtheit an Gesamtheit; und die Oberklasse teilt sich pro rata in gleichmäßiger Weise in den Klassenmonopoltribut.

Das ist das Geheimnis der »Nivellierung« des Profits auf alles Kapital, die Marx und den Seinen so viel Kopfzerbrechen gemacht hat.

Von unserem Standpunkt läßt sich die — als Tatsache selbstverständlich schon den ältesten Beobachtern, schon Smith und Ricardo, bekannte — Nivellierung ohne jede Schwierigkeit verstehen. Kapital ist nach meiner Definition »ein nutzbarer Anteil am Klassenmonopolverhältnis«: kein Wunder, daß gleiche Anteile gleichen Profit abwerfen!

v. Wieser hat etwas von diesen Zusammenhängen geahnt, ist aber natürlich von seinem Standpunkt aus, der von dem »produzierten Erwerbsmittel«, also vom volkswirtschaftlichen Kapital nicht loszukommen vermag, nicht fähig, sie ganz zu erfassen. Er schreibt: »Ein Kapitalgut ist ein einzelnes Gut aus dem Gesamtkapital der einfachen Wirtschaft, es ist ein produziertes Produktivmittel, das im Zusammenhang des vollständigen Produktionsprozesses planmäßig verwendet wird. Dieser Zusammenhang ist wesentlich; ein produziertes Produktivgut, das aus dem Zusammenhang der Volkswirtschaft gerissen wird, ist kein Kapitalgut mehr..... In der praktischen Vorstellung des Lebens gilt das Teilkapital schlechthin als Kapital und wird auch immer so genannt.... Die Theorie darf sich bei der Vorstellung des Teilkapitals nicht beruhigen. Denn das Teilkapital, für sich betrachtet, besitzt die wesentlichen Merkmale nicht, die in der praktischen Kapitalvorstellung selbst gefordert sind, es ist nicht Produktionsmittel und Reproduktionsmittel zugleich, man vermag seine Substanz nicht

aus ihm allein unvermindert zu erklären, und noch weniger vermag man aus ihm allein eine dauernde Nutzung abzuleiten. Alle diese Wirkungen entstehen erst aus dem volkswirtschaftlichen Zusammenhange aller Teilkapitalien, daher muß die Theorie über die praktische Vorstellung des Kapitals hinausgehen und den wissenschaftlichen Begriff des Kapitals so bilden, daß er alle Teilkapitalien zu einer Einheit zusammenfaßt«[1]).

Man sieht, daß die Auffassung der unseren nicht allzu entfernt verwandt ist. Auch hier wirkt Karl Marx' unsterbliche Entdeckung, daß das Kapital »ein gesellschaftliches Verhältnis« ist. Er fügt freilich hinzu »zwischen Personen«, während v. Wieser immer noch daran festhält, es für ein »Verhältnis zwischen Sachen« zu halten. Das ist ganz unhaltbar und verwickelt in die Schwierigkeiten, die in den angeführten Sätzen umgangen werden sollen. Aber auch wir sind der Meinung, daß jedes »Teilkapital« nur als aliquoter Teil des »Gesamtkapitals« verstanden werden darf und wirksam werden kann. Nur freilich verstehen wir darunter nicht Produktivgüter, sondern »Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne«, und definieren das Gesamtkapital als das Klassenmonopolverhältnis[2]), und jedes Teilkapital als nutzbaren Anteil daran. Und darum, wir wiederholen es, ist es von unserem Standpunkt durchaus nicht verwunderlich, daß gleiche Teilkapitale gleichen Profit abwerfen.

Es ist also für den Profit vollkommen gleichgültig, welche Anzahl von Arbeitern ein Kapitalist beschäftigt; er hat, bei gleichem Wert eines normalen Produktionskapitals, immer den gleichen Profit, und hat, ganz unabhängig von der Zahl seiner Arbeiter, um so mehr Profit, je größer sein Kapital ist.

Das gilt auch für den allerdings sehr seltenen Fall, wo ein Kapitalist gar keine Arbeiter beschäftigt! Wenn er eine Geldsumme in ein Geschäft hineinsteckt, in dem unmittelbar gar kein »Mehrwert« produziert wird, weil kein Arbeiter »exploitiert« wird, so hat er dennoch seine sozusagen Aktie an dem Klassenmonopol und erhält seine »Dividende« im normalen Profit. Eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen.

Der Kenner der Situation weiß, worum es sich bei dieser für den Laien vielleicht befremdenden Ausführung handelt: um »ein gutes altes Beispiel, an dem im Laufe der Zeit schon manche

[1]) »Theorie der gesellsch. Wirtschaft« S. 177/78.

[2]) Marxens »Kapitalverhältnis«.

Zinstheorie erprobt und falsch befunden wurde«[1]), nämlich um die Wertvermehrung, die Wein beim Lagern, oder ein Baum, der im Walde wächst[2]), erfährt.

Böhm-Bawerk hält diesen Sonderfall für ganz besonders wichtig. Er kommt immer wieder darauf zu sprechen und ist der offenbaren Überzeugung, daß nur seine eigene »Zeitagiotheorie«, von der noch ausführlich zu handeln sein wird, ihn erklären kann. »Es dürfte nicht in Zweifel gezogen werden, daß unter Umständen die Rücksicht auf den zeitlichen Aufschub sogar einen größeren Einfluß auf den Wert von Gütern nehmen kann als die Rücksicht auf das Quantum der Kostenarbeit. Ich erinnere z. B. an den Wert eines alten, durch Dezennien abgelagerten Weines, oder eines hundertjährigen Stammes im Walde«[3]). Er meint anschließend, »daß in dieser Ausnahme eigentlich die Hauptsache des ursprünglichen Kapitalzinses steckt«.

Es ist gut, daß Böhm-Bawerk die Einschränkung »unter Umständen« macht. Sonst dürfte man fragen, warum ein altes Schlachthuhn nicht teuerer, sondern billiger ist als ein junges, oder warum alter Wein, der »firn« geworden ist, durch das über eine gewisse Zeit fortgesetzte Lagern an Tauschwert wieder verliert.

Unsere Theorie »erprobt« sich, wie uns scheint, recht gut an dem Prüfstein dieser Sonderfälle. Wo die kapitalistische Wirtschaft einmal besteht, und der Arbeitslohn der freien Arbeiter infolgedessen einmal als bestimmte Größe gegeben ist, da bestimmt sich jeder statische Warenpreis folgendermaßen: auf die Selbstkosten des Kapitalisten, zu denen meist auch Arbeitslohn gehört, wird erstens sein eigener Unternehmerlohn und zweitens der Normalprofit seines Kapitals anteilig aufgeschlagen, wie wir ihn soeben grundsätzlich berechnet haben[4]). Wenn nun in seltenen Sonderfällen der Arbeitslohn Null ist, so ist der statische Preis eben nur aus Unternehmerlohn und Profit zusammengesetzt; ja, er kann nur Profit enthalten, wenn gar keine Unternehmerarbeit geleistet

---

[1]) Böhm-Bawerk, »Geschichte d. Kapitalzinstheorien« S. 499.

[2]) l. c. S. 533.

[3]) l. c. S. 487.

[4]) Schumpeter, »Theorie« S. 339/40, sagt in Übereinstimmung damit: »Wald und Wiesen nehmen stetig an Wert zu, pari passu, wobei sie ihrer Bestimmung entgegenreifen. Das kommt jedoch wesentlich von sachlichem und persönlichem Risiko und von der Tatsache schon bestehenden Zinses, die unter gewissen Einschränkungen die Zeit zu einem Kostenelement macht. Gäbe es diese Momente nicht, so gäbe es kein solches Wertwachstum. . . . Aber ein eigentliches stetiges Wertwachstum mit der Zeit gibt es überhaupt nicht als primäre und selbständige Erscheinung.« Vgl. a. 347 Anm.

wird. Der Weinkellerbesitzer leistet wenigstens Arbeit der Verwaltung und wird dafür entsprechend seiner Qualifikation entgolten; der Besitzer einer wilden Forst mag nicht einmal diese leisten: dann erhält er eben nur seinen Profit — unter Umständen auch etwas Grundrente. Doch davon später!

Genau so einfach liegt der zweite Fall, auf den Böhm-Bawerk im Zusammenhang mit jenem ersten verweist. Ricardo gab bekanntlich zu, daß sein Arbeitsmengengesetz des Warenwertes »eine erhebliche Modifikation erleide durch die Anwendung von Maschinen und anderem fixen und dauerhaften Kapital«, ferner auch »durch die ungleiche Dauer des Kapitals und durch die ungleiche Geschwindigkeit, mit der es seinem Herrn wieder eingeht«. Er quält sich redlich im ersten Abschnitt (vom »Werte«) seiner »Principles« damit herum. Für unsere Theorie besteht auch hier keine Schwierigkeit. Sie behauptet ja nicht, wie Rodbertus und Marx, daß der Profit eines jeden individuellen kapitalistischen Betriebes den hier tätigen Arbeitern abgezogen wird, oder, was das gleiche ist, daß der gesamte Tauschwert der in einem kapitalistischen Betriebe hergestellten Produkte ausschließlich von der Arbeit der hier beschäftigten Arbeiter herstammt. Das führt in der Tat zu unhaltbaren Konsequenzen[1]).

Sondern unsere Theorie bestimmt den Normalarbeitslohn der kapitalistischen Gesellschaft aus Daten, die mit dem Tauschwert des kapitalistisch hergestellten Produkts gar nichts zu tun haben. Daraus bestimmt sie den Tribut, den jeder Arbeiter abzutreten hat, und zwar nicht an seinen individuellen Kapitalisten, sondern an die ganze Klasse, die den Gesamttribut x. (E—L) unter sich gleichmäßig pro rata des Kapitalwertes verteilt. Und darum haben wir mit Ricardos Schwierigkeiten nicht zu kämpfen: jeder Kapitalist, ob er viel oder wenig, schnell oder langsam verschleißendes fixes Kapital habe, ob die Umlaufsgeschwindigkeit seines Kapitals groß oder klein sei, ob er viele oder wenige oder gar keine Arbeiter beschäftige, erhält über seine Selbstkosten und den statischen Preis seiner Arbeitsleistung hinaus den gleichen Prozentsatz seines Kapitals als Jahresprofit, als Dividende seiner Aktie am Klassenmonopol.

---

[1]) Vgl. Böhm-Bawerk S. 498 das Beispiel von dem Juwelier, der durch fünf Arbeiter Perlen von einer Million Gulden Wert auf Schnüre ziehen läßt und daran 50 000 Gulden verdient. Danach würde jeder dieser unqualifizierten Arbeiter jährlich um 10 000 Gulden exploitiert.

Danach läßt sich der relative statische Preis der kapitalistisch hergestellten Produkte exakt feststellen[1]).

Dagegen läßt sich nun allerdings der absolute statische Preis, ausgedrückt in Arbeitswertstunden, für das einzelne Produkt nicht mehr so ohne weiteres ausdrücken.

γ) Die Substanz des autogenen Wertes in der kapitalistischen Gesellschaft.

Das böte keine Schwierigkeit, wenn die »Nivellierung« des Gesamtprofits nicht stattfände. Dann hätte jedes Produkt exakt den gleichen Wert, wie in der »Gesellschaft der Gleichen«, nur daß dieser Wert nach einem anderen Schlüssel zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern geteilt wird. Was die Arbeiter abtreten müssen, wüchse dem Einkommen des Kapitalisten zu, aber der Wert, ausgedrückt in Arbeitswertstunden, bliebe offenbar der gleiche[2]).

Diese Rechnung können wir aber ohne Fehler nur für das gesellschaftliche Gesamtkapital aufstellen. Denn hier ist der Gesamtprofit gleich dem Gesamt-Tribut der Arbeiter, und daher der

---

[1]) Gegeben ist der Prozentsatz p und der relative statische Preis (ausgedrückt in Geld) des Kapitals k Mark. Damit ist das Einkommen des Kapitalisten $E_k = E + \frac{k \cdot p}{100}$. Der statische Preis seines Produktes ist: $v_k = \frac{E_k}{n} + s_k$. Ist z. B. das Kapital eine Million Mark wert, ist der Prozentsatz 8, die Selbstkosten pro Produkt 100, die Produktivitätsziffer n: 5000, und ist die Konstante E wieder gleich 3000, so ist das Einkommen des Kapitalisten 83 000. Und der statische Geldpreis seines Produktes ist $\frac{83\,000}{5\,000} + 100 = 116{,}60$ Mark.

[2]) Ein Unternehmer in der Gesellschaft der Gleichen, der Arbeiter beschäftigt, muß jedem von ihnen den Lohn E, zusammen also an x Arbeiter $x \cdot E$ Lohn zahlen. Auf jedes der n Produkte, die er jährlich herstellt, kommt $\frac{x \cdot E}{n}$ Arbeitslohn. Diese Arbeitskosten bilden zusammen mit seinen sachlichen Kosten σ pro Produkt seine Selbstkosten s. Dann ist der statische Preis seines Produkts $v = \frac{E}{n} + s = \frac{E}{n} + \frac{x\,E}{n} + \sigma$. Der Unternehmer der kapitalistischen Gesellschaft, der mit gleich vielen Arbeitern und gleichen Sachkosten das gleiche Produkt herstellt, zahlt nicht E, sondern $L = E - G$ Einzellohn, und $x \cdot (E - G)$ Gesamtlohn. Die Differenz $x \cdot G$ bildet nach der obigen irrealen Annahme seinen Profit. Sein Einkommen ist daher $E + x \cdot G$. Danach ergibt sich die Formel für den Wert seiner Produkte $v_k = \frac{E + x \cdot G}{n} + \frac{x \cdot (E - G)}{n} + \sigma$.

$v_k = \frac{E}{n} + \frac{x \cdot E}{n} + \sigma$. Das ist die obige Formel. Mithin: $v_k = v$!

statische Preis der sämtlichen Produktivgüter, die das Gesamtkapital darstellen, gleich dem statischen Preise in der Gesellschaft der Gleichen. Hier stört die Nivellierung der Profite nicht mehr: alle im einzelnen gemachten Rechnungsfehler müssen sich exakt kompensieren, die Schlußsummen beider Additionen müssen gleich sein, berechnet nach dem relativen Geldwert der kapitalistischen und dem absoluten Arbeitswert der nicht-kapitalistischen Gesellschaft.

Aber das gilt nicht für das einzelne Produkt. Hier setzt sich der statische Preis zusammen außer aus dem gegebenen statischen Preise der Selbstkostengüter erstens aus dem Monopollohn sämtlicher Arbeiter, die an dem Produkt tätig gewesen sind, berechnet nach Arbeitsstunden. Diese Komponente können wir noch in Arbeitswert-Einheiten ausdrücken. Aber dazu kommt als zweite Komponente ein Aufschlag von Profit, der nicht mehr zu dem Wert der aufgewendeten Arbeitszeit in festem Verhältnis steht, sondern nach den verschiedensten Bestimmungen wechselt: nach der Größe, der Umschlagszeit, der technischen Zusammensetzung des funktionierenden Kapitals in fixes und zirkulierendes Teilkapital usw.

Diese Erwägungen stellen uns die Frage, ob unsere Lehre von der »Substanz« des Wertes nicht ebenfalls, wie die Ricardos, »eine erhebliche Modifikation erleidet«. Wir hatten das Gesetz behauptet, daß die Produkte sich tauschen nach dem Wert der in ihnen verkörperten Arbeit, gemessen an der Zeit. Dieses Gesetz scheint durch die Nivellierung des Profits erschüttert.

Ich habe diese Frage in meiner »Theorie«[1]) folgendermaßen zu lösen gesucht:

»Das Klassenmonopolverhältnis wirkt auf den Arbeiter so, als wäre er in ein außerordentlich viel ungünstigeres Klima, auf viel ungünstigeren Boden, und in eine Zeit viel geringerer Kooperation versetzt worden. Weil ihm alle wirksamen Beschaffungsmittel gesperrt sind, kann er sich nicht mehr (Einkommengüter) beschaffen, als die Arbeit an solchen Naturobjekten ihm eintragen würde, die es nicht gelohnt hat, zu okkupieren, weil ihr Monopol keinen Gewinn abwerfen würde, also z. B. Boden weit jenseits der Peripherie der Wirtschaftsgesellschaft oder wilde Früchte und Beeren — selbst diese sperrt neuerdings das Bodenmonopol in den Kulturländern, seit daraus Gewinn gezogen werden kann — oder Lumpen und sonstige Abfälle. Mehr, als mit der Arbeit an solchen Beschaffungs-

[1]) S. 463/64.

mitteln erworben werden kann, darf und kann er sich in dieser Gesellschaftsordnung nicht beschaffen, ohne in Strafe zu fallen: denn überall verletzt er ein vom Staate garantiertes Eigentumsrecht. Das ist der aktive Beschaffungswert seiner Arbeit, und daher auch ihr passiver Beschaffungswert für den Käufer seines Produkts.

»Umgekehrt wirkt das Klassenmonopolverhältnis auf die Mitglieder der herrschenden Klasse so, als wären sie in ein Klima von fabelhafter Gunst, auf einen Boden von unerhörtem Reichtum, und in eine Zeit versetzt worden, wo die gesellschaftliche Kooperation auf eine so märchenhafte Staffel gesteigert ist, daß der durchschnittliche Erfolg aller Arbeit das Einkommen von heutigen Reichen bedeutet. Auch ihnen beschafft ihre Arbeit so viel, wie sie ihnen beschaffen darf: sie dürfen sich kraft des vom Staate garantierten Eigentumsrechtes außer dem Beschaffungswert ihrer qualifizierten Arbeit auch noch den Monopolgewinn an jeder Arbeit der Unterklasse »beschaffen«. Das ist der aktive Beschaffungswert ihrer Arbeit und der passive Beschaffungswert für den Käufer ihrer Produkte«.

Ich verkenne nicht, daß diese Lösung einen unbefriedigenden Zug enthält. Der Kapitalprofit wird unabhängig von jeder Arbeit gewonnen: denn die Arbeit des Unternehmers wird ja eigens mit dem Unternehmerlohn entgolten. Es hat etwas Seltsames, zuweilen sogar sittlich Verletzendes, wenn wir den Profit, den z. B. Vormünder für ihr junges Mündel einziehen und verwalten, oder gar das Rieseneinkommen eines vertrottelten Erben oder verschwenderischen Müßiggängers, der sein Vermögen durch Beamte verwalten läßt, ohne sich darum zu kümmern, als »Wert« einer Arbeit bezeichnen.

Dazu ist zu bemerken, daß auch sonst auf dem Gebiete der Bewertung Sonderbarkeiten und Anstößigkeiten genug vorkommen. Daß ein Brillant mit dem Einkommen von hunderten kleiner Familien bezahlt wird, ist allen Bearbeitern der Wertlehre sehr sonderbar erschienen. Noch sonderbarer geht es bei der Bewertung der angeborenen Qualifikation zu: wenn ein Heldentenor von einem Broadwaybankier für eine Arie 1000 Dollars erhält, so wird es schon schwer, den Wert dieser »Arbeit« an dem zu messen, was man im allgemeinen als Arbeit bezeichnet. Und wenn eine Cora Pearl oder sonst eine der großen Courtisanen der Weltgeschichte eines wahrhaft fürstlichen Einkommens genoß,

so ist hier von eigentlicher »Arbeit« nur noch in sehr figürlichem Sinne die Rede.

Wir verkennen nicht, daß es mit dem Kapitalgewinn noch schlimmer ausschaut; und daß das Wort »Arbeitswert« in einigen krassen Fällen geradezu in das Gegenteil seines gewöhnlichen Wortsinnes umschlägt, wenn Nichtarbeit Wert hat und als Profit einstreicht[1]). Das ist paradox, so paradox, wie alles Wägen auf einer ganz und gar verdorbenen Wage eben paradoxe Ergebnisse bringen muß.

Wen das allzusehr stört, der mag das Mitgehen bis auf diesen Punkt unbedenklich verweigern. Worum handelt es sich hier? Um die Frage nach der »Substanz« des Wertes und um den Namen der Theorie!

Was zunächst den Namen anlangt — Name ist Schall und Rauch! Wenn jemand einen besseren Namen vorzuschlagen weiß als »Arbeitswerttheorie des Warenwertes«, so werden wir ihn gern annehmen; er ist vielleicht nicht sehr glücklich gewählt, wenn auch sicher glücklicher als die älteren Bezeichnungen: »Arbeits«- oder »Arbeitsmengen« oder »Arbeitszeittheorie des Warenwertes«.

Was aber die Frage nach der Substanz des Wertes anlangt, so wäre es ja gewiß sehr schön, wenn wir eine einzige Formel hätten, die alle, auch die extremsten Fälle, gleichmäßig deckte. Das leistet unsere Formel vollständig für die »reine Ökonomie«, aber freilich nur durch eine vielleicht bedenkliche Wendung für die politische Ökonomie mit ihrer Verzerrung aller Verhältnisse durch das Klassenmonopol. Will man sie aus diesem Grunde nicht als vollständig anerkennen, so ist nichts dagegen einzuwenden. aber es hat auch kaum ernste Bedeutung für die Lehre im ganzen, Denn die Frage nach der Substanz des Wertes ist ein rein akademisches, sozusagen ästhetisches Problem. Ihre Lösung ist der goldene Knopf auf dem Turm, das Zeichen der letzten Vollendung, aber sie unterbaut nichts.

Wir brauchen sie nicht für das Problem des Wertes bzw.

---

[1]) Vielleicht ist es ein Ausweg, wenn man auch hier, wie bei der Lohnarbeit, statt vom Werte der Arbeit, vom Werte der »Dienste« spricht. Der Kapitalist leistet einen in dieser Gesellschaft sonst unerreichbaren Dienst, wenn er sein »Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne« zur Verfügung stellt. Daß dieser »Dienst« des Kapitalisten nicht das mindeste mit dem »service productif« des Kapitals zu tun hat, den Say zur Ursache des Profits machte, ist hoffentlich klar. Say — und fast alle bürgerlichen Theoretiker, die ihm folgten — hielten und halten diesen »Dienst« des Kapitalisten oder des Kapitals für eine immanente Kategorie der Marktwirtschaft. Uns ist er eine sehr flüchtige, »historische Kategorie«, und nichts liegt uns ferner, als den Profit damit rechtfertigen zu wollen.

statischen Preises selbst. Das ist völlig gelöst. Der Wert ist das Maß des Beschaffungswiderstandes, und für diesen haben wir den Maßstab in eindeutigen Elementarformeln gefunden, für die reine, wie für die politische Ökonomie.

Und wir brauchen sie ebensowenig für das Problem der Distribution. Es ist uns bereits gelungen, die Ursache, und vor allem die Höhe, des Lohnes und des normalen Profits in ebenfalls eindeutigen Elementarformeln abzuleiten; und es macht von hier aus keinerlei Schwierigkeiten mehr, auch den Überprofit des übernormalen Kapitals und die Grundrente ebenso exakt zu bestimmen.

Und nur darauf kommt es an!

2. Der statische Preis der Substanz.

(Die Kapitalisierung.)

a) Des normalen Kapitals.

Unsere nächste Aufgabe ist, nachdem wir den statischen Preis der Nutzung eines Kapitals festgestellt haben, nunmehr den der Substanz selbst, des Kapitals, festzustellen.

Dieses Problem konnte sich den älteren Theoretikern überhaupt nicht stellen, Für sie war alles Kapital zusammengesetzt aus »produzierten Produktionsmitteln«. Da jedes dieser Güter seinen statischen Preis (»natürlichen Wert«) hatte, ergab die Addition aller dieser statischen Preise als Gesamtpreis den statischen Kapitalpreis.

Diese Theoretiker kannten also nur dasjenige, was man heute »volkswirtschaftliches Kapital« oder »Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne« nennt. Wir haben aber inzwischen von Rodbertus und namentlich Adolf Wagner[1]) gelernt, daß davon das »Kapital im privatrechtlichen Sinne« oder das »privatwirtschaft-

[1]) Rodbertus unterscheidet ganz streng zwischen dem realen Kapital, bestehend aus den naturalen Kapitalgegenständen, und dem Kapitalbesitz. (Kapitaleigentum, Kapitalvermögen). Wagner schreibt »(Grundlegung«, III. Aufl. I. S. 315/16): »1. Kapital als rein ökonomische Kategorie, also wieder unabhängig betrachtet von den geltenden Rechtsverhältnissen für den Kapitalbesitz, ist ein Vorrat solcher wirtschaftlicher, zunächst beweglicher Güter, — »naturaler Güter« — welche aus einer früheren Produktion herrühren und als technische Mittel für die Herstellung neuer Güter in einer Wirtschaft dienen können, und dafür erforderlich sind: es ist Produktionsmittelvorrat, oder »Volks-, Nationalkapital«, — »Sozialkapital« ... 2. Kapital im historisch-rechtlichen Sinne oder Kapitalbesitz ist derjenige Teil des zunächst beweglichen Vermögensbesitzes einer Person, welcher derselben als Erwerbsmittel zur Erlangung eines Einkommens aus ihm (Rente, Zins) dienen kann, also zu diesem Zwecke von ihm besessen und erstrebt wird, bestimmungsmäßig ein »Rentenfonds«.

liche Kapital« sorgfältig begrifflich getrennt werden muß. Darunter versteht man irgendein bewegliches Vermögensstück, ein Eigentum, das einen Ertrag abwirft. Kapital ist rentierendes bewegliches Eigentum, sein Ertrag Zins oder Profit.

Nun besteht sehr allgemein[1]) die Meinung, daß die beiden Begriffe nur verschiedene Anschauungen des gleichen Objektes sind, gesehen das eine Mal von der Seite der Produktion, das andere Mal von der der Distribution. Das ist aber nur in einem einzigen Falle wahr, nämlich für das Eigentum an den produzierten Produktionsmitteln eines Grenzbetriebes, d. h. für das, was wir ein »normales Kapital« genannt haben. Nur von solchen Normalkapitalen haben wir bisher gehandelt, und nur darum waren wir bisher nicht genötigt, die Begriffsscheidung vorzunehmen.

Hier besteht ein Zusammenhang, den ich zuerst aufgedeckt habe, so weit ich sehen kann[2]). Das Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne eines Grenzbetriebes ist mit dem Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne identisch. Nicht etwa der Substanz nach: denn der Eigentumstitel, den das privatwirtschaftliche Kapital darstellt, und die Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe, Gebäude usw., die das volkswirtschaftliche Kapital darstellen, sind sehr disparate Objekte: ein Recht und ein Stamm von Gütern. Wohl aber sind sie beide identisch darin, worauf es in der Ökonomik allein ankommt: dem Wert, dem statischen Preise nach: »Auf die Dauer und im Durchschnitt (d. h. eben in der Statik) muß der Tauschwert des »Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne«, d. h. eines Stammes von Beschaffungsgütern, und der Kapitalisierungswert eines dagegen ausgetauschten (oder: dadurch repräsentierten) normalen »Kapitals im privatwirtschaftlichen Sinne« zusammenfallen: eher kann der Konkurrenzkampf nicht zur Ruhe kommen«.

Jeder Kapitalist, der eine bestimmte Geldsumme anlegen will, hat nämlich die freie Wahl, ob er sie gegen Zins ausleihen oder als Produktivkapital funktionieren lassen will, indem er Beschaffungsgüter dafür kauft, an denen er Arbeiter beschäftigt. Steht — in der Dynamik — der Leihezins über dem Produktivprofit, so wird mehr Leihekapital angeboten, und werden weniger Produktivgüter nachgefragt. Darum sinkt auf der einen Seite der Leihezins, so daß diese Art von Anlage unvorteilhafter wird, und auf der anderen Seite der Preis der Produktivgüter, so daß ihr An-

[1]) Adolf Wagner macht eine ehrenvolle Ausnahme. »Grundlegung« III. Aufl. I. S. 318.

[2]) Meine »Theorie« S. 452/53.

kauf vorteilhafter wird. Und vice versa. Darum muß in der Statik der Preis des volkswirtschaftlichen Kapitals mit dem durch Kapitalisierung berechneten Preise des dadurch repräsentierten privatwirtschaftlichen Kapitals zusammenfallen.

Wir können dasselbe Gesetz noch einfacher aus dem Hauptgesetz ableiten, daß in der Statik die Profite gleich großer Normalkapitale gleich sind: 100000 Mark Leihekapital müssen genau so viel Profit bringen wie 100000 Mark Produktivkapital[1]).

Aber diese Wertidentität gilt eben nur für die normalen, die »Grenzbetriebskapitale«.

Darunter verstehen wir diejenigen, unter den ungünstigsten Umständen produzierenden, volkswirtschaftlichen Kapitale, deren Produkte der Markt noch braucht und bezahlen muß. Alle Grenzkapitale in Landwirtschaft, Handel und Industrie haben in der Statik gleichen Ertrag.

Hier ist die Rechnung der Kapitalisierung nichts als eine Umkehrung des Exempels, das wir bereits im vorigen Abschnitt aufgestellt haben. Dort gingen wir vom Verhältnis des Kapitals zum Ertrage aus, um den Profitsatz zu erhalten; jetzt gehen wir umgekehrt von dem Verhältnis des Ertrages zum Profitsatz aus, um den Wert des Kapitals und des Ertrages zu erhalten.

Unsere erste Rechnung verlief folgendermaßen: hier ist ein volkswirtschaftliches Kapital vom Werte 1 Million, das einen Reinertrag von 80000 Mark abwirft. Der Profitsatz ist mithin 8 %.

Unsere zweite Rechnung verläuft folgendermaßen: hier ist ein Ertrag von 80000 Mark. Der bestehende Profitsatz ist 8 %. Der Kapitalisierungsfuß ist also $\frac{100}{8} = 12{,}5$. Mithin hat das privatwirtschaftliche Kapital einen Wert von 1 Million.

Diese Rechnung sagt uns also nichts Neues, so lange es sich um normale Grenzkapitale handelt, deren volkswirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Wert identisch sind.

b) Der statische Preis des begünstigten Kapitals.

Ganz anders aber ist es in allen den Fällen, wo es sich nicht um Grenzkapitale, sondern um begünstigte Kapitale handelt. Hier fallen die beiden Werte durchaus nicht zusammen, sondern der statische Kapitalisierungspreis des Ertrages ist größer als der statische Preis der Produktivmittel.

[1]) Dennoch hat der Unternehmer die besten Gründe, in der Dynamik der Realität Kredit aufzunehmen. Vgl. meine »Theorie« S. 444 ff.

Begünstigt kann ein Kapital in der Statik nur durch die Verfügung über Personalmonopole sein[1]). Dann fließt ihm der Personalmonopolgewinn als Mehrertrag gegenüber dem normalen Grenzkapital zu, das ihm diesen Vorzug in der Konkurrenz nicht abjagen konnte.

Man beachte wohl: der Normalprofit ist Klassenmonopolgewinn, der Überprofit begünstigter Kapitale ist Personalmonopolgewinn.

Wenn das begünstigende Monopol ein Produktionsmonopol ist, so erhält der Kapitalist zwar für sein Produkt nur den statischen Konkurrenzpreis, den auch der Grenzkapitalist erhält, aber er gewinnt mehr daran, weil er geringere Selbstkosten hat. Wenn er an den n Produkten, die er verkauft, je d Minderselbstkosten hat, so ist sein Gesamtgewinn um $n \cdot d$ größer.

Wenn das begünstigende Monopol ein Tauschmonopol ist, so erhält der Kapitalist für sein Produkt mehr als den statischen Konkurrenzpreis. Wenn er n Produkte, jedes mit einem Aufschlag m, verkauft, ist sein Gesamtgewinn um $m \cdot n$ größer.

Nun ergibt sich der statische Preis der begünstigten Kapitale durch genau die gleiche Kapitalisierungsberechnung, wie der des normalen Grenzkapitals. Der Gesamtertrag wird mit dem durch den Profitsatz bestimmten normalen Kapitalisierungsfaktor multipliziert.

Und zwar folgt das ohne weiteres aus dem allgemeinen Gesetz der Nivellierung der Profite. Statischer Preis heißt Verkaufspreis in der Statik. Wer mit Geld irgendein Kapital kaufen will, kann auf keinen höheren Ertrag rechnen als auf den Normalprofit. Erwirbt er ein Grenzkapital, z. B. die auf dem landwirtschaftlichen Grenzboden angelegten Werkgüter, so hat er diesen Normalprofit. Erwirbt er aber ein begünstigtes Kapital, so hat er einen so hohen Geldpreis anzulegen, daß ihm auch nur eben der Normalprofit zufließt.

Das ist der Prozeß, auf den Lexis mit Recht besonders hinweist, durch den die Monopolstellungen sämtlich, privatwirtschaftlich betrachtet, ausgeschaltet werden, obgleich sie volkswirtschaftlich natürlich fortbestehen. Beim Verkauf eines begünstigten

---

[1]) In der Dynamik der Realität kann ein Kapital nicht nur durch Konjunkturgewinne am laufenden Marktpreise, sondern auch durch die Verfügung über ein »übernormales Betriebskapital« begünstigt sein, das ihm, so lange der Vorteil dauert, die Gewinne eines »kombinierten Produktionsmonopols« abwirft (meine »Theorie« S. 445). Das kann in der Statik nicht bestehen.

Kapitals — und vom Boden höherer Rentierung gilt das gleiche —, wird die Vorzugsstellung mit Geld abgegolten, und der Erwerber hat nur noch die Rentierung eines Normalkapitals.

Dabei bleibt aber bestehen, das in allen diesen Fällen der statische Preis des privatwirtschaftlichen Kapitals höher steht als der des volkswirtschaftlichen Kapitals, mit dem jenes arbeitet. Man könnte die Differenzen am Kurszettel ablesen, wenn alle Unternehmungen Aktienform hätten; wenn bei der Emission keine Gründergewinne irgendwelcher Art, auch nicht für »eingebrachte« Firmen, Patente usw. gemacht wären; wenn also das Aktienkapital genau so groß wäre, wie der statische Preis der das volkswirtschaftliche Kapital zusammensetzenden Güter; und wenn alle Gesellschaften gleichmäßig und nach den strengsten Regeln der Privatökonomik bilanzierten, namentlich bei der Inventur und den Abschreibungen, also keinerlei versteckte Reserven legten. Dann würden in der Statik alle Grenzkapitale auf pari stehen, alle begünstigten Kapitale aber höher, entsprechend ihren Minderkosten oder Mehrgewinnen.

Ein Beispiel: wir haben drei volkswirtschaftliche Kapitale von genau dem gleichen statischen Preise der sie zusammensetzenden Produktivgüter, jedes von einer Million Gesamtwert.

Das erste ist ein normales Grenzkapital. Es wirft bei einem Profitsatz von 8%: 80000 Mark Profitmasse ab. Der Kapitalisierungsfuß ist 12,5, also ist auch sein privatwirtschaftlicher Wert 1 Million.

Das zweite verfügt über ein Produktionsmonopol, z. B. über das »Erzeugungsmonopol« einer starken Wasserkraft. Es spart gegenüber dem konkurrierenden Grenzkapital sage 20000 Mark jährlich an Steinkohlen. Dann ist sein Gesamtertrag 80000 + 20000 = 100000 Mark, und das privatwirtschaftliche Kapital hat den Wert von $1^1/_4$ Million.

Das dritte verfügt über ein Tauschmonopol, z. B. ein Patent, das einen Mehrertrag von 120000 Mark jährlich abwirft. Dann ist der Gesamtertrag 200000 Mark, und der Wert des privatwirtschaftlichen Kapitals wäre $2^1/_2$ Millionen, wenn das Patent für ewige Zeiten ausgestellt wäre. Da es aber befristet ist, ist der Wert natürlich viel niedriger, weil der Mehrgewinn nur für eine bestimmte Zeit erwartet werden kann, aber doch immer noch bedeutend höher, als der statische Preis der Produktivgüter, die vorhanden sind. Um wie viel höher, ergibt sich aus der Länge der noch vorhandenen Geltung. Wir brauchen das nicht auszurechnen,

da es sich um keine Erscheinung der Statik im strengen Sinne handelt. Jeder Bankbuchhalter ist in der Lage, die Wertschätzung bei bestehendem Zinsfuß vorzunehmen: eine einfache Eskomptrechnung.

Damit dürfte unsere Aufgabe gelöst sein, den statischen Preis der Kapitale zu bestimmen. Noch eine Bemerkung sei gestattet:

Die krasse Verschiedenheit zwischen dem statischen Preise eines begünstigten Privatkapitals und demjenigen der Produktivmittel, mit denen es arbeitet, sollte schon an sich genügen, um den von Rodbertus und Wagner entdeckten Gegensatz zum Angelpunkt aller Erörterungen über den Begriff und das Wesen des Kapitals zu machen. Dazu kommt, daß es eine ganze Anzahl von »Kapitalen im privatwirtschaftlichen Sinne« gibt, die mit gar keinen Produktivmitteln arbeiten, worauf schon Adolf Wagner hingewiesen hat. Wenn ein Patentinhaber Lizenzen verkauft, so repräsentiert sein Monopol ein Kapital, denn es bringt ihm Einkommen, und zwar Profit. Aber er hat gar keine Produktivmittel! Man wende nicht ein, seine Lizenzkäufer hätten und gebrauchten solche. Dafür beziehen sie ihren Profit: ne bis in idem! Und wem das nicht genügt, der mag bedenken, daß jedes private und öffentliche Steuerrecht ein Kapital ist, das Profit abwirft. Jeder Schlagbaum ist ein »Kapital« für den Staat oder die Gemeinde.

Statt das zu bedenken, wird der wichtige Gegensatz, den Rodbertus fand und Wagner ausgestaltete, selbst von so bedeutenden Denkern wie von Böhm-Bawerk wieder nach Kräften verwischt. »Sozialkapital und Privatkapital unterscheiden sich nicht bloß wie eine naturale Gütermenge von dem Besitztum daran, sondern sie stellen zwei verschiedene naturale Gütermengen dar«[1]). Er schließt denn auch die »unkörperlichen Kapitalien, wie Forderungs- und sonstige Rechte, Kundschaftsverhältnisse«[2]) aus der Reihe der Kapitale aus.

Es würde wahrlich der Klarheit dienlich sein, wenn mein Vorschlag angenommen würde, den Begriff nicht mehr in seiner verwirrenden Doppelbedeutung zu gebrauchen. »Kapital im volkswirtschaftlichen Sinn« besteht nach allgemeiner Übereinstimmung aus Gütern, die der Beschaffung anderer Güter dienen: nenne man es doch, wie ich vorgeschlagen habe »Beschaffungsgut«! Und verwende man doch den Namen »Kapital« ausschließlich in

[1]) »Positive Theorie des Kapitals«. 3. Aufl. Innsbruck. 1909. S. 126.

[2]) l. c. S. 137.

seiner ursprünglichen Bedeutung: eines Rechtstitels, eines Eigentums, das Profit oder Zins abwirft, des Eigentums an einem »Rentenfonds«[1]). Dann ist alles klar, und die jetzt kaum vermeidbare Gefahr, aus einer quaternio terminorum in die andere zu fallen, ist ein für alle Male gebannt.

Zweiter Abschnitt:
Boden und Grundrente.

1. Der statische Preis der Nutzung.
(Die Grundrente.)

Die Grundrente ist Einkommen von begünstigtem Grundvermögen. Ricardo hat unwidersprechlich nachgewiesen, daß der landwirtschaftliche Grenzkapitalist auf dem von Natur geringsten oder dem marktfernsten Boden im Preise nicht mehr erhält, als die Selbstkosten, zu denen auch der von ihm an seine Arbeiter gezahlte Lohn gehört, und den normalen Kapitalprofit. Der Grenzboden hat mithin keine Grundrente.

Ricardo zieht daraus den Schluß, daß der Boden kein Monopolgut ist. Sein Beweis ist der folgende: der Grund und Boden könnte erstens ein Verkaufsmonopol, ein Tauschmonopol an den Urprodukten, gegenüber den Konsumenten haben. Dann käme der Monopolgewinn zustande als Aufschlag auf den statischen Preis der Urprodukte. Daß das nicht der Fall ist, beweist er stringent mit seiner Differentialrententheorie: der Grenzproduzent bezieht kein Atom Grundrente, sondern nur den Normalprofit und den Lohn seiner Arbeiter (natürlich auf der dem Ersatz aller sachlichen Kosten).

Zweitens könnte das Bodenmonopol als Einkaufsmonopol gegenüber den Diensteverkäufern, den Arbeitern, wirken. Dann käme die Grundrente zustande als Abzug vom statischen Preise der Lohnarbeit. Daß auch das nicht der Fall ist, glaubt

[1]) Böhm-Bawerk sagt selbst: »Eigentlich sollte die Zinstheorie, da der Zins eine Form des individualwirtschaftlichen Gütererwerbes darstellt, auch hauptsächlich an den individualwirtschaftlichen Kapitalbegriff anknüpfen.« (»Geschichte« usw. S. 8). Und Schumpeter, für den das volkswirtschaftliche Kapital völlig korrekt einfach aus Gütern besteht, sagt, daß die Konsequenzen aus der entsprechenden Auffassung »von einem Standpunkte gesehen, einfach den Bankerott der »materiellen Kapitalbegriffe« bedeuten«. Aber — »alle Güter haben Kaufkraft, für alle kann man sich Kapital verschaffen, — sie alle also repräsentieren sozusagen (!) potentielles Kapital«. (»Theorie« S. 262/63). Wenn er sich damit begnügt!

Ricardo durch einfache Verweisung auf die Lohnfondstheorie dartun zu können. Danach bildet sich der Lohn als Quotient eines Bruches, in dessen Zähler das zirkulierende Kapital, in dessen Nenner die Arbeiterzahl steht. Wenn diese Theorie richtig ist, hat offenbar der Bodenbesitz und die Grundrente mit der Bildung und der Höhe des Lohnes durchaus nichts zu tun[1]).

Die Lohnfondstheorie ist aber falsch und von fast allen Theoretikern aufgegeben[2]). Und wir haben von unserer richtigen Lohntheorie aus bewiesen, daß der Boden dennoch ein Monopol ist und seinen Monopolgewinn dennoch als Abzug vom normalen Arbeitsertrage fordert, den es um den Monopoltribut kürzt. Freilich — und so hat Ricardo doch recht — dieser Tribut wird nicht Grundrente genannt, sondern — Profit! Der Monopolgewinn, den der Grenzproduzent auf rentelosem Boden oder mit dem letzten Zusatzkapital gewinnt, heißt Profit. Darum aber bleibt auch der rentelose Grenzboden ein Monopol, außer beim gesindelosen Kleinbauern, dessen Einkommen, wenn er unverschuldet ist, daher auch das Normaleinkommen E darstellt: den nicht um den Tribut gekürzten vollen Wert seiner Arbeit oder, kapitalistisch angeschaut: seinen Arbeitslohn, berechnet nach dem Satze der Unselbständigen, plus dem Profit seines »Kapitals«.

Der Zusammenhang zwischen diesem Profit des ländlichen Grenzkapitals und dem des industriellen Kapitals ist sehr einfach der folgende. Alles größere, mit Hilfe freier Arbeiter bewirtschaftete Grundeigentum wirft einen Reinertrag ab, nämlich den Tribut der Arbeiter. Die Physiokraten nahmen ganz naiv den Lohn der Arbeiter als gegeben hin und versuchten höchstens, ihn durch deren »Konkurrenz« zu erklären, ohne zu fragen, warum denn die Konkurrenz immer »gegen die Arbeiter stehen müsse«. Darum erschien ihnen der Reinertrag, das produit net, als ein »pur don de la nature«, und daher die Landwirtschaft als der einzig »produktive« Beruf, der in der Produktion mehr Wert erzeugt, als bei ihrer Erzeugung verbraucht wird.

Als man von dieser sehr naiven Anschauung zurückgekommen war, blieb, wenn man sich nicht entschließen konnte, den Reinertrag des Bodens als Abzug vom Lohne der Arbeiter anzusehen, nur noch die eine Erklärung, den Reinertrag des Bodens auf das investierte Kapital, als Kapitalprofit zu beziehen, ihn dem Kapital »zuzurechnen«. Das konnte um so leichter geschehen, weil ja bei voller

[1]) Vgl. meinen »Ricardo« S. 31.

[2]) „ „ „ S. 111.

Besetzung allen wirtschaftlich vorhandenen Bodens auch in den Gewerben und im Handel der gleiche Monopollohn gezahlt, d. h. der gleiche Tribut abgetreten und der gleiche Profit gemacht wird.

Nur spiegelte sich der Zusammenhang in umgekehrter Kausalität. Der Vorgang verläuft so, daß auf einem Landgute, auf dem eine Anzahl freier Arbeiter gegen Monopollohn arbeiten, ein gewisser Stamm von produzierten Produktivgütern: Gebäude, lebendes und totes Inventar usw., von gewissem statischen Preise, kurz ein volkswirtschaftliches Kapital von gewissem Gesamtwerte, vorhanden sein muß, weil man sonst nicht wirtschaften kann. Dieses Landgut bringt einen gewissen Reinertrag, den man dem »Kapital« zurechnet.

Nach dem Gesetz von der Nivellierung der Profite muß nun jedes in Gewerbe und Handel angelegte normale Kapital von gleichem Geldwerte den gleichen Ertrag bringen.

In der landläufigen Betrachtung erscheint nun der Vorgang umgekehrt. Ein bestimmtes Geldkapital in der Industrie usw. bringt einen bestimmten Profit, aus irgendwelchen geheimnisvollen Ursachen. Infolgedessen muß ein Kapital von gleichem Geldwerte auch in der Landwirtschaft den gleichen Profit bringen.

Das gilt aber nur von dem normalen Grenzkapital in der Landwirtschaft. Jedes begünstigte Kapital bringt mehr als den normalen Kapitalprofit; dieses Mehr kann daher unmöglich dem Kapital zugerechnet werden, sondern wird dem Boden zugerechnet als »Grundrente«, als Ricardos »Differentialrente«.

Es handelt sich hier um zwei Untergattungen der Gattung Produktionsmonopole, um das »Erzeugungs«- und das »Transportmonopol« meiner Terminologie.

Wer Boden hat, der von Natur aus ergiebiger ist als der Grenzboden, bringt mit gleichen Kosten mehr Produkte zu Markte als der Grenzproduzent, hat also ein Erzeugungsmonopol. Der Mehrertrag ist ohne weiteres auszurechnen. Wenn der Produzent m Produkte vom statischen Preise v mehr erzeugt, als der Grenzproduzent, so ist sein Vorteil, seine Grundrente $= m \cdot (v - s)$.

Wer Boden hat, der dem Markt näher liegt als der Grenzboden, bringt bei gleicher natürlicher Ergiebigkeit seines Landes ebenso viel Produkte zu Markte wie jener, spart aber an den Transportkosten. Er hat ein Transportmonopol. Der Mehrertrag ist wieder ohne weiteres berechenbar. Wenn der Produzent an n Produkten je d Transportkosten spart, so ist sein Vorteil, seine Grundrente $= n \cdot d$.

Auf die weiteren Feinheiten dieser Differentialrententheorie bin ich an anderer Stelle ausführlich eingegangen. Das Gesagte wird hier genügen.

Die Lehre ist unbestreitbar richtig. Die Grundrente ist in der Tat nichts als Differentialrente aus Produktionsmonopolen. Dennoch ist auch der Grenzboden ein Monopolgut; sein Gewinn erscheint aber eben als Profit, heißt Profit und nicht Grundrente.

Wir haben hier genau das gleiche Verhältnis wie bei den begünstigten Kapitalen, deren Mehrertrag denn auch oft genug als Rente oder als rentenartig beschrieben worden ist: der normale Profit ist der Gewinn des Klassenmonopols, der Mehrertrag aber ist der Gewinn von Personal-, und zwar hier ausschließlich von Produktionsmonopolen.

2. Der statische Preis der Substanz.

(Der Bodenwert.)

Die Kapitalisierung erfolgt denn auch genau wie beim Kapital. Wer ein Grenzgrundstück kauft, zahlt nur den »Kapitalwert« der Gebäude, Geräte, Tiere usw., ganz einfach nach ihrem statischen Preise. Er zahlt mit 100 000 Mark, was wirklich 100 000 Mark wert ist. Nur freilich: er erwirbt damit einen Anteil am allgemeinen Klassenmonopol und bezieht daraus seine Dividende, seinen (nivellierten) Anteil am Gesamttribut aller Arbeiter der kapitalistischen Gesellschaft.

Der »nackte« Grenzboden an sich hat mithin keinen Wert. Wäre er nicht durch das Eigentum gesperrt, so könnte ihn jeder besitzen. Und was noch weiter hinaus liegt oder von noch schlechterer Qualität ist, kann in der Statik nicht bebaut werden, weil es dem Kapitalisten den normalen Profit nicht brächte; jedes lucrum cessans ist ja hier gleich einem damnum emergens.

Der begünstigte Boden aber hat auch an sich, abgesehen von seiner »Melioration« durch Kapital, Wert, statischen Preis. Und zwar muß er nach dem Gesetz der Nivellierung aller Profite den statischen Preis haben, den die Multiplikation der Grundrente mit dem normalen Kapitalisierungsfuß ergibt.

Wenn ein landwirtschaftliches Grenzkapital vom Geldwerte 100 000 Mark jährlich 8000 Mark abwirft, so daß der Zinsfuß auf 8%, der Kapitalisierungsfuß auf $12\frac{1}{2}$ steht, so hat das Gut samt dem Boden nur den Preis des Kapitals allein: 100 000 Mark.

Wenn aber der begünstigte Boden, auf dem das gleiche

Kapital angelegt ist, 18000 Mark abwirft, so hat der nackte Boden den statischen Preis von 125000 Mark, und das Gut samt Meliorationen den statischen Preis von 225000 Mark.

Dritter Abschnitt:
Antikritische Sicherung.

Im Zentrum unserer Lehre steht die Ableitung des normalen Kapitalprofits. Alles andere ist im Vergleich dazu unschwierig und ohne große Bedeutung.

Wir hoffen, daß man uns diese Theorie als richtig zugeben wird. Aber: ist sie auch vollständig? Wir haben eine Quelle des Kapitalprofits aufgedeckt. Fließt er vielleicht aus mehreren? Die Möglichkeit muß erörtert werden.

Das gilt nicht nur von unserer, das gilt von jeder Kapitalstheorie. Und es ist merkwürdig, daß bisher niemand die Frage aufgeworfen hat, auch der beste Kenner dieses Gebietes, v. Böhm-Bawerk nicht. Es ist aus zwei Gründen merkwürdig: erstens deshalb, weil keine der bisher vorgetragenen Zinstheorien, auch die Böhmsche nicht, die Höhe des Zinses anders als mit dem leeren Schlagwort von »Angebot und Nachfrage« ableiten konnte: erst meiner Theorie ist das geglückt. Und zweitens, weil sich in der Dynamik in der Tat mehrere Bestandteile zu demjenigen Einkommensteil des Kapitalisten vereinigen, der über seinen »Unternehmerlohn« hinausgeht, Bestandteile, die von ihren Entdeckern für den ganzen Profit in der Statik gehalten worden sind. Wir sprechen hier vor allem von der Bastiatschen Erklärung, die für die Statik völlig versagt und nur in der Dynamik als Gewinn eines »übernormalen Betriebskapitals« auftreten kann, also nicht Profit, sondern Konjunkturgewinn ist; wo, m. a. W., die Kapitalnutzung auf einem laufenden, über dem statischen Preise steht. Und wir sprechen ferner von der Böhm-Bawerkschen Ableitung des Zinses als einer Vergütung für den Zeitverlust, den der Umweg der kapitalbewaffneten Produktion verursachen soll: auch hier handelt es sich um eine Erscheinung nicht der Statik, sondern der Dynamik, wie wir zu zeigen versuchen werden.

Der Beweis, daß unsere Ableitung des normalen Kapitalprofits allein ausreicht, könnte mit zwei Methoden geführt werden.

Die erste wäre die unmittelbare Rechnung. Wenn wir in die allgemeinen Formeln, die wir erhalten haben, exakte, der

Realität einer uns bekannten Wirtschaft entnommene Ziffern einsetzen könnten, so müßte sich der wirkliche Profit mit Genauigkeit ergeben. Dieser Weg ist uns verschlossen. Wie ich bereits in meinem »Ricardo«[1]) ausgeführt habe, ist uns die quaestio facti in dieser Exaktheit versagt. Wir können die Statik nie beobachten: sie ist ja ein konstruierter, abstrahierter, niemals Realität werdender Zustand des dynamischen Gleichgewichts; wir können deshalb niemals wissen, ob ein beobachteter Preis statischer oder laufender Preis ist, und wenn dieses, um wieviel er vom statischen abweicht. Wir könnten, selbst wenn uns die Statik gegeben wäre, ferner niemals mit voller Sicherheit die »Grenzbetriebe«, den des Grenzlandwirts auf dem Boden geringster Rentierung mit der Grundrente Null, und den des Grenzindustriellen mit dem normalen Betriebskapital und dem nur gerade durchschnittlich qualifizierten Leiter, auffinden, um an ihrem Profit das Normalniveau aller Profite abzulesen.

Der zweite Weg ist eher gangbar. Es ist die Methode des Beweises per exclusionem. Wenn wir zeigen können, daß keine andere existierende Theorie den Kapitalprofit der Statik überhaupt abzuleiten imstande ist, dann kann sie auch keinen Teil davon ableiten. Leider führt diese Methode hier zu keinem ganz sicheren Ergebnis. Denn es bleibt ja immer noch die Möglichkeit, daß eine ganz neue Erklärung auftauchen könnte. Das ist freilich nicht sehr wahrscheinlich; denn in einer Bemühung von fast zwei Jahrhunderten dürften die überhaupt möglichen Wege grundsätzlich wenigstens wohl schon sämtlich beschritten sein. Aber noch so große Wahrscheinlichkeit ist doch keine Gewißheit!

Diesen kleinen Rest von Unsicherheit werden wir wohl oder übel in Kauf nehmen müssen. Wir werden schon sehr zufrieden sein dürfen, wenn es uns gelungen ist eine richtige Theorie des normalen statischen Kapitalprofits zu entwickeln, wenn sie auch vielleicht nicht ganz vollständig ist.

Gegen einen Einwand werden wir allerdings niemals ganz gedeckt sein, und zwar gegen die Behauptung, daß der Kapitalprofit in der Statik überhaupt nicht vorkomme: der Standpunkt Schumpeters. Diese Behauptung wäre ausreichend nur durch die quaestio facti zu widerlegen, und die ist unmöglich, wie soeben gezeigt. Hier werden wir nie grundsätzlich, sondern immer nur angebrachtermaßen, d. h. nur mit der argumentatio ad hominem

[1]) S. 122.

kämpfen können, die den angebotenen Beweis widerlegt und es dem Behauptenden überläßt, einen besseren vorzubringen. Das ist gegen Schumpeter bereits vorläufig geschehen, als wir seine Definition der Statik, weil rein personalökonomisch, als unzureichend nachwiesen[1]).

Im übrigen läßt sich doch so viel zeigen, daß es unter den bestehenden Verhältnissen der Wirklichkeit geradezu ein Wunder, oder besser: ein äußerst unwahrscheinlicher Grenzfall wäre, wenn Kapitalprofit nicht auch in der Statik entstände. Wo infolge des Bodenmonopols eine Klasse »freier« Arbeiter existiert, hat jeder Kapitalist ein Ankaufsmonopol ihnen gegenüber, und es ist nicht einzusehen, warum gerade dieses Monopol sich nicht seinen Monopolgewinn sichern sollte. Wenigstens können wir keine Gegenkraft erblicken. Wir stehen hier gerade so wie Rodbertus mit seinem berühmten Problem der »Isolierten Insel«. Er behauptet auch, daß hier Grundrente existieren müsse, ohne das an der quaestio facti beweisen zu können: trotzdem hat kaum einer seiner Kritiker diese Behauptung bestritten.

Um den Beweis per exclusionem zu führen, müßten wir jetzt eigentlich eine kritische Dogmengeschichte der sämtlichen einschlägigen Lehren schreiben. Glücklicherweise hat uns eins der klassischen Werke unserer Wissenschaft dieser Aufgabe entledigt, v. Böhm-Bawerks ausgezeichnete »Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien«[2]), das Buch eines Meisters der die innigste Kenntnis des Gegenstandes mit der Fähigkeit zur stärksten Kritik vereinigt.

Durch diese Arbeit, deren Hauptergebnisse wir mit wenigen, sofort zu erörternden Ausnahmen durchaus anerkennen, ist das Feld gereinigt. Wir betrachten mit Böhm-Bawerk die »naiven« und die »motivierten Produktivitätstheorien«, die »Nutzungstheorien«, die »Arbeitstheorien«, und selbstverständlich auch die »farblosen« Theorien und die der »Eklektiker« als durchaus und für alle Zeit erledigt. Danach bleibt uns noch folgendes zu tun übrig:

Wir haben erstens die Böhm-Bawerksche »Zeitagiotheorie« darzustellen und zu widerlegen. Und wir haben zweitens die von uns vertretene Abart der von Böhm als »Ausbeutungstheorien« bezeichneten Lehren gegen seine Argumente aufrecht zu erhalten. Um das mit vollem Nachdruck tun zu können, wird es erforderlich sein, unsere eigenen, wie wir glauben entscheidenden Ein-

[1]) Vgl. unter 5, wo wir Schumpeters dynamische Zinslehre ausführlich widerlegen.

[2]) Dritte Auflage. Innsbruck. 1914.

wände gegen die Marxsche Abart der Ausbeutungstheorie zusammenzufassen und mit der Böhm-Bawerkschen Kritik zu kontrastieren, die, wie wir glauben, sich zum Teil auf weniger wichtige Punkte verbissen hat. Und ferner wird zu diesem Gegenstande noch erforderlich sein, auf einige Einwände einzugehen, die Böhm gegen die unserer eigenen Auffassung einigermaßen verwandten Fruktifikationstheorien von Turgot und Henry George erhebt.

Zum Schluß soll dann noch Schumpeters »Dynamische Kapitalzinstheorie« einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

1. v. Böhm-Bawerks Kapitalzinstheorie.

Die Kapitalzinstheorie von v. Böhm-Bawerk läßt sich, auf die kürzeste Formel gebracht, folgendermaßen darstellen:

Es ist eine psychologische Tatsache, die jedermann an sich selbst beobachten kann, daß ein zukünftiger Genuß geringer geschätzt wird, als ein gegenwärtiger, d. h. einen geringeren Grenzwert und daher Wert hat. Daraus ergibt sich, daß z. B. eine Summe Geldes, die eine ökonomische Person in der Zukunft erhalten soll, geringeren subjektiven Wert hat, als eine gleiche Summe, über die sie gegenwärtig verfügt. Wenn mithin eine zukünftig verfügbare Summe Geldes einer gegenwärtig verfügbaren gleich geschätzt werden soll, so muß sie um einen gewissen Aufschlag, um ein »Agio« größer sein. Der Wirtschaftsmensch wird z. B. auf die Verfügung über 100 Mark gegenwärtigen Geldes nur dann für ein Jahr verzichten, wenn der Empfänger sich verpflichtet, ihm 105 Mark auszuzahlen. Denn die beiden Summen sind im Augenblick des Vertragsschlusses schlechthin wertgleich.

Damit wäre der Leihezins erklärt. Nun ist aber völlig klar, daß der normale Leihezins in der kapitalistischen Gesellschaft eine sekundäre Bildung ist. Reine Konsumtivdarlehen sind verhältnismäßig selten, und ihr Zinsfuß hängt, abgesehen von der hier in der Regel hohen Risikoprämie und dem nicht seltenen Überprofit des Wuchers, offenbar von demjenigen Gewinnsatz ab, den die Produktivkredite abwerfen. Und der ist wieder bedingt von dem Profit des Unternehmerkapitals. Dieser Profit ist die primäre Tatsache und stellt das Problem dar; alles andere ist dann einfach.

Auch diesen Profit unternimmt Böhm-Bawerk aus seiner »Agio«- oder besser »Zeitagio«-Theorie folgendermaßen abzuleiten:

»Kapital« bedeutet: »produzierte Erwerbsmittel«, vor allem produzierte Produktionsmittel. Die kapitalistische Produktion ist im Gegensatz zur vorkapitalistischen Produktion durch die Verwendung von immer größeren Mengen von Produktionsmitteln ausgezeichnet. Nun bedeutet aber die Beschaffung von Produktionsmitteln offenbar einen Umweg gegenüber der unmittelbaren Beschaffung des genußreifen Verwendungsgutes, und zwar einen Umweg, der mit der Entwicklung der menschlichen Wirtschaft immer größer wird, weil die Kette der zur Herstellung eines genußreifen Gutes erforderten Produktivgüter immer länger wird, je mehr die Arbeitsteilung Platz greift, und z. B. Maschinen erstehen, die Maschinen zur Erzeugung von Maschinen erzeugen, aus denen schließlich das fertige Verwendungsgut hervorgeht.

Ein Umweg kostet aber Zeit[1])! Der Kapitalist muß am Anfang seiner Produktion eine gewisse Summe Geldes »vorstrecken«, um die Kapitalgüter, d. h. die produzierten Produktionsmittel, zu beschaffen. Bis die fertigen Güter verkauft werden, und die Summe Geldes zu ihm zurückkehrt, vergeht eine gewisse Zeit. Soll die dann realisierte Summe der früher vorgestreckten gleichwertig sein, so muß sie, wie oben gezeigt, um ein Agio größer sein: dieses Agio ist der »Kapitalzins«, wie Böhm-Bawerk sagt, oder in unserem Ausdruck: der »normale Kapitalprofit«.

Das ist die Theorie in nuce. Sie ist unendlich geistreich und außerordentlich verführerisch. Und doch ist sie unhaltbar, wie sich leicht zeigen läßt.

Wir wollen gegen den psychologischen Ausgangspunkt keine Bedenken erheben[2]), obgleich es auch Fälle gibt, wo der Wirtschaftsmensch eine künftige Geldsumme mit höherem Werte einschätzt als eine gegenwärtige: sonst würde niemand gegen Aufbewahrungsgebühr oder Miete eines »Safe« Geld weglegen, das er später zu gebrauchen denkt. Wir wollen nicht einmal den Einwand erheben, daß die Agiotheorie zwar vielleicht die Ursache, aber gewiß nicht die Höhe des Profits abzuleiten vermag, die dann erst durch andere, und zwar, wie ich bereits andeutete, sehr bedenkliche und anfechtbare Bestimmungen abge-

[1]) »Ein zeitraubender kapitalistischer Umweg« (»Pos. Theorie des Kapitals« S. 90). »Der Nachteil, der mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist, liegt in einem Opfer an Zeit« (ibid. S. 149).

[2]) Lexis (Art. »Zins« in Wörterbuch der Volksw. 3. Auf. S. 1443) bekämpft sehr ernstlich den Ausgangspunkt, daß künftige Güter immer geringer geschätzt werden als gegenwärtige.

leitet werden muß. Sondern wir wollen, wie Böhm-Bawerk in seiner Musterkritik selbst es immer tut, auch seine Theorie an ihrer stärksten Stelle angreifen:

Ein Umweg ist durchaus nicht immer ein Zeitverlust[1]). Das anzunehmen ist das *πρῶτον ψεῦδος* der Agiotheorie. Hier ist Böhm-Bawerk einem bildlichen Ausdruck zum Opfer gefallen. Er orientiert sich am Raum, und da ist ein Umweg allerdings meistens mit einem Zeitverlust verbunden. Meistens, aber durchaus nicht immer. Wenn zwischen zwei Orten, die in der Luftlinie fünf Kilometer voneinander entfernt sind, ein schwieriges Hochgebirge oder ein gefährlicher Sumpf liegt, so ist der Weg durch die Täler oder um den Sumpf herum zwar räumlich weiter, aber zeitlich näher. Und nun gar in der Ökonomik gilt nicht die räumliche, sondern nur die ökonomische Entfernung, ausgedrückt in Zeit- und Geldeinheiten[2]).

Die Böhmsche Behauptung gilt nicht einmal für die isolierte Personalwirtschaft, an der man sich immer noch sehr gut orientieren kann. Robinson hat bisher mit einem aufgegriffenen Stein gearbeitet und damit an einem Tage durchschnittlich sage 2 Stück irgendeines Gutes hergestellt. Er findet einen passenden Stein, bindet einen Stock daran und hat am Abend des gleichen Tages mit Hilfe dieses Hammers 5 Stück desselben Gutes gefertigt. Wo steckt hier der Zeitverlust?

Der Einwand liegt nahe: ein so primitives Werkzeug ist kaum schon »Kapital« zu nennen. Wir wollen entgegenkommen, obgleich Böhm selbst mit Recht gern an so einfachen Verhältnissen doziert, und obgleich eine begrifflich scharfe Grenze zwischen dem einfachen und dem komplizierten Werkzeug nicht gezogen werden kann. Dennoch, lassen wir den Einwand zu. Wie steht es um folgenden Fall:

Robinson hat das erstemal zwei Jahre gebraucht, um ein Boot fertig zu stellen. Bevor er das zweite beginnt, baut er eine Werft, fertigt so viele Äxte, Meißeln, Sägen usw. an, wie er verbrauchen zu müssen denkt, bereitet das Pech zum kalfatern vor usw., kurz stellt das ganze erforderliche »Kapital« bereit. Das kostet ein volles Jahr. Aber ein halbes Jahr später ist das Boot mit den besseren Werkzeugen hergestellt und zu Wasser. Wo ist hier der Zeitverlust? Wir haben im Gegenteil einen Zeitgewinn von 6 Monaten gleich 25 %.

[1]) Vgl. Lexis, l. c. S. 1444.

[2]) Meine »Theorie«. S. 473 ff.

Konstruierte Fälle, freilich! Aber diesen Einwand dürfte Böhm nicht machen, der fortwährend ähnliche Fälle konstruiert. Sie sollen ja auch nur über Möglichkeiten aufklären und beileibe nichts beweisen.

Nun haben wir aber mit dem Kapitalzins zu tun, und der ist eine Erscheinung der entfalteten Gesellschaftswirtschaft und nicht der isolierten primitiven Personalwirtschaft. Und hier brauchen wir nicht zu konstruieren, sondern können uns auf Tatsachen stützen. Zwei Fehler hat Böhm gemacht. Erstens hat er, in Übereinstimmung mit der älteren Theoretik, namentlich Smith, dem leider der größere Teil der jüngeren gefolgt ist, irrigerweise angenommen, daß »Kapitalgüter« einer früheren, abgelaufenen Produktionsepoche entstammen, während sie offenbar fast ganz der gleichzeitig laufenden entstammen[1]). Und zweitens hat er irrigerweise unterstellt, daß der Kapitalist selbst diese Güter erzeugt oder doch auf seine Kosten und auf seinen Auftrag erzeugen läßt, und daher die Mittel dafür »vorstrecken« muß, ganz wie Robinson seine Kapitalgüter selbst erzeugen oder seinem

[1]) »In der Tat ist so auch der wirkliche Verlauf der nationalen Produktion. »Erst während die Arbeiter auf irgendeiner oder auf allen Produktionsstufen die Arbeit vornehmen, für die sie nach einem Tage, einer Woche oder einem Monat gelohnt werden, werden zugleich, in derselben Zeit, während desselben Tages, derselben Woche oder desselben Monats auf der letzten Produktionsstufe auch die Lohn- oder Einkommensgüter fertig, mit denen sie für diesen Zeitraum gelohnt werden. Gegen diese wird das Produkt, das sie in der betreffenden Produktionsperiode, bei der es fraglich ist, ob der Lohn dafür zum Einkommen oder auch zum Kapital gehört, herstellen, vertauscht. Sie werden mithin erst von dem Produktwert, den sie in der betreffenden Periode herstellen, aber nicht von einem, der bereits beim Beginn derselben hergestellt wäre, gelohnt«. (Rodbertus »Das Kapital«. Berlin. 1884. S. 297.)

Wenn das aber der Fall ist — und es ist der Fall, — dann entfällt auch die »sozialpolitische Rechtfertigung« des Kapitalzinses, die die »Arbeits«- und die »Abstinenztheorie« daraus ableitet, daß die Privatkapitalisten als »volkswirtschaftliche Funktionäre« das »Amt« erfüllen, »in Form ihres Privatkapitals das Sozialkapital zu bilden«, wie Adolf Wagner, der Rodbertus-Schüler, der gerade hier von seinem Meister abweicht, schreibt. (»Theor. Sozialökonomik.« Leipzig. 1907. S. 325.) Vgl. a. die oben angeführte Definition aus der »Grundlegung«. 3. Aufl. I. S. 315: »Bewegliche Güter, die aus einer früheren Produktion herrühren«. Schumpeter schreibt (»Theorie« S. 516/17 in Übereinstimmung mit Rodbertus und uns: »Beide Güterkategorien (Produktionsmittel und Genußgüter) . . . werden nirgends in der Volkswirtschaft zu anderen Zwecken angehäuft, als um einen ständigen Absatz sicher zu stellen oder Cornerspekulationen zu ermöglichen. Namentlich ist in der kapitalistischen Wirtschaft ihre Aufhäufung durch den Unternehmer oder Kapitalisten nicht Voraussetzung dafür, daß man an eine bestimmte Produktion gehen könnte. Sie werden, soweit vorhanden, vom Strome der Volkswirtschaft selbst dargeboten.«

Freitag die nötigen Unterhaltsmittel während der Arbeit vorstrecken muß. Das heißt: die Marktwirtschaft mit personalökonomischen Kategorien behandeln[1]).

Auf ein besonders charakteristisches Beispiel, das gegen Rodbertus gebraucht wird, soll näher eingegangen werden, um die ganze Fehlerhaftigkeit dieser Argumentation zu zeigen[2]). Böhm konstruiert den Fall, es dauere fünf Jahre, um eine Dampfmaschine herzustellen, die fertig 5500 fl kostet. Zunächst unterstellt er in erster Annäherung, ein einziger Arbeiter stelle sie von der Erzeugung der Rohstoffe an her. Dann gebührt ihm allerdings der ganze Preis — aber erst nach 5 Jahren. Will er aber schon nach Ablauf eines Jahres eine Anzahlung haben, so darf er nicht $^1/_5$ oder 1100 fl, sondern nur weniger, sage 1000 fl erhalten. Denn 1000 Gulden heute sind so viel wert, wie 1100 nach vier weiteren Jahren.

Das ist offenbar reine isolierte Personalwirtschaft, Robinsonade, und außerdem Dynamik, und nicht Statik.

Nun macht sich Böhm anheischig, in zweiter Annäherung »Tatsachen der Arbeitsteilung« in die Rechnung einzuführen[3]). Er läßt fünf Arbeiter »an der Anfertigung der Maschine arbeitsteilig partizipieren, von denen jeder eine einjährige Arbeit beisteuert«. Einer gewinnt das Eisenerz, der zweite bereitet daraus Eisen, der dritte verwandelt dieses in Stahl, der vierte fertigt daraus die nötigen Einzelbestandteile, und der fünfte macht fertig. »Da jeder nachfolgende Arbeiter hierbei nach der Natur der Sache sein Werk erst beginnen kann, wenn seine Vorgänger ihr vorbereitendes Werk vollendet haben, so werden die fünf Arbeitsjahre unserer Arbeiter nicht gleichzeitig, sondern nur nacheinander abgeleistet werden können; die Anfertigung der Maschine wird also geradeso wie im ersten Beispiel fünf Jahre dauern«.

[1]) Den gleichen Denkfehler rügt Lexis (l. c. S. 1444), indem er schreibt: »Übrigens kommt das Endprodukt für die meisten Beteiligten bei der Produktion gar nicht in Betracht. Die Bewegung der im Entstehen begriffenen Güter geht bekanntlich durch mehrere privatwirtschaftlich selbständige Produktions- und Handelsunternehmungen, und jeder Vordermann kümmert sich nur um den Absatz seines Teilerzeugnisses auf der nächsten Stufe. Der von dem Käufer des fertigen Produkts gezahlte Preis soll dann den ganzen Betrag der angesammelten Vorschüsse und Kapitalgewinne der Vorstufen enthalten, was freilich keineswegs immer der Fall ist.«

Vgl. dazu v. Bortkiewicz: »Der Kardinalfehler der Böhm-Bawerkschen Zinstheorie«. Schmollers Jahrbuch N. F. XXX. 1906. S. 943 ff.

[2]) Vgl. »Geschichte« usw. S. 472 ff.

[3]) l. c. S. 478 ff. Im Orig. nicht gesperrt.

Es ist erstaunlich und, ich gestehe es offen, für den Verfechter eigener Theorien einigermaßen beängstigend, wenn man sieht, daß ein Mann von so unerhörter Begabung zur Kritik anderer, wie Böhm, seiner eigenen Theorie gegenüber so vollkommen blind sein konnte. Kann man das Wesen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mehr verkennen, als es in diesen wunderlichen Sätzen geschehen ist? Um der »Wirklichkeit des Wirtschaftslebens« und der »Tatsache der Arbeitsteilung näher zu kommen«, muß man die Dinge doch wesentlich anders darstellen, und zwar folgendermaßen:

Aus dem Betriebe des Erzproduzenten im Bergbau ergießt sich ein kontinuierlicher Strom von Eisenerz auf den Markt, und zwar in der Statik in jedem Zeitabschnitt eine genau gleiche Menge. Es realisiert in jedem Augenblick seinen Wert, sei es als lagerndes Gut, sei es als verkaufte Ware. Dieser kontinuierliche Strom von Eisenerz strömt kontinuierlich in das Eisenwerk ein, das hier erzeugte Eisen kontinuierlich in das Stahlwerk, der Stahl kontinuierlich in das Walzwerk, die Schmiede usw., und die hier erzeugten Einzelteile kontinuierlich in die Maschinenwerkstatt, aus der wieder kontinuierlich ein Strom fertiger Maschinen zu den Abnehmern fließt. Niemand hat auch nur eine Sekunde Wartezeit, weder ökonomisch auf den Rückfluß des vorgeschossenen Wertes, noch, wie Böhm es hier sonderbarerweise darstellt, technisch auf die erforderlichen Werkgüter, d. h. seine Rohstoffe, Hilfsstoffe und Werkzeuge. Das heißt Arbeitsteilung, daß die Kohle und das Eisenerz, die heute gewonnen werden, morgen zu Eisen und übermorgen zu Stahl verwandelt werden, während gleichzeitig das Eisen, das gestern gewonnen war, heute zu Stahl, und der Stahl, der vorgestern noch Eisen war, heute bereits in der Schmiede und im Walzwerk weiter verarbeitet wird. Niemand wartet technisch — denn alles greift ineinander — und niemand wartet ökonomisch, denn aller Wert ist, wie sofort dargestellt werden wird, immer vorhanden, ist immer greifbar und verfügbar [1]).

Wir müssen daher Böhms »kurze Nutzanwendung« ablehnen, »daß jener Zustand der Entlohnung, den ich zuletzt in unserem Beispiel geschildert habe, derselbe ist, der in unserer Wirtschaftswelt tatsächlich Platz greift« [2]). Und wir können daher ferner nicht

[1]) Wenn er es in der Wirklichkeit nicht immer zum vollen Belaufe ist, dann ist die Gebühr für solche Unsicherheit nicht der Profit, sondern die »Risikoprämie«, wir handeln aber hier von der Statik. (Vgl. oben.)

[2]) l. c. S. 584.

anerkennen, daß Böhm gegen Rodbertus oder sonst einen Vertreter der Ausbeutungstheorie Recht hat, wenn er sagt: »Der .. entscheidende Fehler ... war, daß er den zugestandenen Satz, der Arbeiter solle den ganzen Wert seines Produktes erhalten, unberechtigter- und unlogischerweise dahin interpretiert, daß der Arbeiter den ganzen Wert, den sein vollendetes Produkt einst haben wird, schon jetzt erhalten solle«.

Es gibt weder für den Arbeiter, noch sogar für den Unternehmer ein »unvollendetes Produkt« in dem einzigen Sinne, der uns interessiert, d. h. nicht im technischen, sondern im ökonomischen Sinne, im Wertsinne. Des Arbeiters Produkt ist der Dienst, und der ist immer, in jeder Sekunde, »vollendet«; und es ist Tatsache, daß fast immer der Arbeiter dem Kapitalisten diesen vollendeten Wert längere Zeit vorstreckt, mindestens einen Tag, zumeist eine Woche und länger. Und des Unternehmers Produkt ist auch immer vollendet, hat jeder Zeit den vollen Wert des Vorschusses und der »zusätzlichen Arbeit«.

Um das zu beweisen, unterstellen wir folgenden Fall:

Ein großer Unternehmer, der irgendwo eine Fabrik betreibt, gibt eine neue Fabrik in Entreprise. Er schließt mit einem Facharchitekten einen Vertrag, demzufolge dieser ihm nach Ablauf von zwei Jahren die Fabrikgebäude mit Maschinen und sämtlichen für den Anfang erforderlichen Roh- und Hilfsstoffen und einem ausreichenden Stamm von Beamten, Angestellten und Arbeitern betriebsfertig zu übergeben hat. Er verspricht Zahlung für den Augenblick der Betriebseröffnung. Da sein Kredit unzweifelhaft ist, übernimmt der Architekt gern den Auftrag.

Wer wartet hier zwei Jahre? Zunächst der Architekt. Er wird sich in der kapitalistischen Gesellschaft unzweifelhaft den Kapitalprofit auf seine Kosten und seinen Gewinn aufkalkulieren müssen, sonst hätte er ein lucrum cessans, und das ist hier gleich einem damnum emergens. Wenn die Agiotheorie richtig ist, so steht ihm der Zins unzweifelhaft zu, weil die Summe, die er nach zwei Jahren erhält, nur durch ein Agio derjenigen, die er im Laufe der zwei Jahre vorgestreckt hat, gleichwertig wird.

Aber dieser Zins ist der Zins von zwei Jahren und nicht mehr. Er gehört offenbar nur der Dynamik und nicht der Statik an, interessiert uns also nicht.

Wie steht es nun mit dem Besteller? Er wartet freilich ebenfalls zwei Jahre, aber erstens: er erwartet ja nicht für zwei Jahre, sondern für alle Zukunft regelmäßig seinen Kapitalprofit.

Und vor allem: Er wartet ja gar nicht im Sinne der Agiotheorie. Er hat ja keine gegenwärtige Geldsumme vorgestreckt, kann also auch keine um ein Agio vergrößerte in der Zukunft zurückerwarten.

Die Agiotheorie erwidert: aber er streckt im Moment der Übernahme eine gegenwärtige Summe vor, die ihm erst in der Zukunft wieder durch Realisierung seiner Produkte zuströmen wird. Dafür gebührt ihm ein Agio.

Aber auch das ist ein Irrtum, und zwar eine Verwechslung zwischen dem Gelde als Barsumme und seinem Werte[1]). Der Unternehmer gibt zwar, das ist richtig, die Barsumme aus der Hand, aber er verzichtet auch nicht eine Sekunde auf die Verfügung über den Wert. Der bleibt in seiner Hand und kann in jedem Augenblick wieder als Barsumme realisiert werden.

Das letzte gilt natürlich uneingeschränkt nur für die Statik. Hier hat jedes Ding seinen festen statischen Preis und kann jederzeit zu diesem Preise verkauft werden. In der Realität ist ein plötzlicher Verkauf in der Regel verlustbringend, freilich durchaus nicht immer. Auf dem Wege über die Gründung einer Aktiengesellschaft oder die Hereinnahme von Sozien kann der reale, florierende Unternehmer mindestens große Teile seines Geldes jederzeit wieder ohne Verlust herausziehen.

Aber es kommt ja gar nicht darauf an, daß das Kapital als Barsumme realisiert wird. Das geschieht ja auch in der Wirklichkeit nur selten ganz. In der Bilanz eines gut gehenden Unternehmens steht der Reingewinn regelmäßig nur zum kleinsten Teil als Barbestand auf Kassakonto und — wenn man das Scheckkonto einmal als Barbestand gelten lassen will — auf Scheckkonto. Der Hauptteil besteht aus Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne: Zu-

---

[1]) Hier rächt es sich, daß Böhm fälschlicherweise das Geld zu den Kapitalen rechnet, weil es ein »produziertes Erwerbsmittel« ist. Geld ist niemals Kapital, weder im volkswirtschaftlichen, noch im privatwirtschaftlichen Sinne. An Geld kann man keinen Arbeiter beschäftigen (in Münzstätten und Scheideanstalten kommt kein »Geld« vor, sondern nur Edelmetallplättchen mit Prägung, die ihre Eigenschaft als Geld, d. h. als zirkulierendes Mittel, noch nicht erlangt oder wieder verloren haben). Es ist also kein volkswirtschaftliches Kapital. Und Geld in der Kasse bringt keinen Profit, ist also auch kein privatwirtschaftliches Kapital. Man muß es ausgeben, um irgendein Kapital dafür einzutauschen; aber dann hat man es eben nicht mehr! (vgl. meine »Theorie« S. 549 ff). Schumpeter schreibt: »Sind die nötigen sachlichen Produktionsmittel ... gekauft, so hat der Unternehmer das . . Kapital« (lies Geld) nicht mehr. Er hat dasselbe für Produktionsmittel hingegeben«. (»Theorie« usw. S. 229/230).

nahme des fixen Kapitals auf Gebäude-, Maschinen-, Grundstück- und Inventar-Konto, des zirkulierenden Kapitals auf Warenkonto und Lagerkonto; oder aus Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne: Zunahme des Bestandes an Effekten, Debitoren usw. Da ist nichts »realisiert« und gilt doch als verfügbarer Wert und als realisierter Profit! Es kommt also nicht darauf an, daß der vorgeschossene Wert in Geld realisiert wird, sondern nur darauf, daß er jederzeit als realisierbar vorhanden ist und in der Bilanz als wenigstens unverminderte Wertsumme erscheint. Die Bilanz aber macht man zwar aus Bequemlichkeitsgründen zumeist nur einmal jährlich; aber nichts hindert begrifflich, sie jeden Tag, ja jede Sekunde aufzustellen. Und in der Statik der kapitalistischen Gesellschaft würde jede Sekunde ergeben, daß die vorgestreckte Wertsumme vorhanden, und zwar um einen Splitter von Profit vermehrt vorhanden ist und realisiert werden kann, wenn der Eigentümer sich dazu entschließt. In diesem Sinne ist der eingelegte Anfangswert, um mit v. Wieser zu sprechen, »unverbrauchlich« [1]).

Noch mehr: in der Statik macht niemand Bilanz, weil es ganz überflüssig ist. Produktionsmenge, Produktionskosten, Verkaufspreis stehen durchaus fest; es gibt keine Konjunkturschwankungen, keine Verluste, keine Sondergewinne. Der Betriebsinhaber kann auf den Pfennig genau für jeden Zeitpunkt aller Zukunft seinen Vermögensstand angeben, ohne Inventur zu machen oder sein Hauptbuch aufzurechnen (das er unter solchen Umständen natürlich nicht führen würde). Während in der Realität die Jahresbilanz den Status eines bestimmten Zeitpunktes angibt und zeigt, wie sich in der verflossenen Rechnungsperiode der Saldo von Gewinn und Verlust gestaltet hat, gibt es hier nur Gewinne, die sich aus lauter durchaus gleich großen Tages-, ja Sekundengewinnen zusammensetzen. Wenn z. B. der Jahresgewinn 12 % beträgt, so ist der Monatsgewinn 1 %, der des Tages $^1/_{25}$ % (bei 25 Arbeitstagen

[1]) »Während die einzelnen Kapitalgüter durch ihre Verwendung aufgebraucht werden, ist das Kapital im ganzen unverbrauchlich. In fortwährendem Wechsel seiner einzelnen Bestandtteile läßt es sich immer wieder erneuern.« (v. Wieser, »Theorie d. ges. Wirtsch.« S. 174). Hier klingt ein bekannter Gedanke von Clark an, wie der Fachmann weiß: er will den »Kapitalfonds« als bleibenden Fonds von den »capital-goods« trennen. Schumpeter, der das mit Recht für eine Unterscheidung ohne Unterschied hält, polemisiert sehr scharf dagegen. (»Das Rentenprinzip in der Verteilungslehre«; Schmollers Jahrbuch XXXI, 1907): »Erklärt ist damit nichts« (S. 59), »mystischer Kapitalsbegriff« (S. 60), «petitio principii« (S. 60). Das kommt davon, wenn man Produktivgüter und gesellschaftliche Verhältnisse bzw. Rechtstitel mit den gleichen Wort benennt!

im Monat), und der der Sekunde, bei 10 Arbeitsstunden täglich, $^1/_{900\,000}$ %. Um diesen Profit von Sekunde zu Sekunde vermehrt, hat der Unternehmer sein Kapital dauernd in der Hand.

Ja, nicht einmal als Barsumme braucht der Unternehmer Wert vorzustrecken[1]). Stellen wir uns einen Verleger von heimindustriellen Meistern vor, der überhaupt kein fixes Kapital hat. Er kauft die Rohstoffe gegen Monatswechsel und zahlt seine verlegten Meister regelmäßig am Ultimo. Dagegen hat er das fertige Produkt bereits vorher gegen Kasse verkauft. Lauter mögliche Annahmen! Dann hat er nicht einen Pfennig Kapital vorgestreckt, — und hat doch seinen Kapitalprofit realisiert![2]) Wo ist die Wartezeit, die dieses Agio rechtfertigt?

Diese Konstruktion ist nichts als das zusammengedrängte Bild der Wirklichkeit.

Der Unternehmer streckt für die Herstellung seiner Betriebsmittel kein Geld vor, sondern kauft sie alle fertig auf dem Markte; selbst dann, wenn er sie eigens bestellt hat, kauft er sie fertig zu ihrem statischen Preise. Und er hat nicht auf die Realisierung des Wertes zu warten. sondern behält ihn dauernd der vollen Größe nach verfügungsbereit in seiner Hand. Nur der Geldschleier hat Böhm verhindert, das zu sehen.

Käme es auf die Verfügung über das bare Geld an, dann müßte auch das in Verwendungsgüter gesteckte Geld Zins tragen, z. B. in einem für den Eigengebrauch gebauten Hause. Aber auch hier bleibt der Wert — von dem Verschleiß natürlich abgesehen — in der Verfügung des Eigentümers, und daher ist von einem Agio keine Rede.

Das gilt bereits für die Lehre vom Grunde des Kapitalzinses. Aber noch viel schlimmer steht es um die Lehre von seiner Höhe. Nach welchen Gesetzen sie sich bildet, dafür finden wir bei Böhm keine Andeutung, als allenfalls den Hinweis auf Angebot und Nachfrage, den er doch sonst grundsätzlich als eine »leere Schale« für unzureichend erklärt. Wo er von der Höhe des Zinses spricht, setzt er ihn in dieser Höhe einfach voraus, dreht sich also in dieser Beziehung fortwährend in Zirkelschlüssen.

---

[1]) Schumpeter hat durchaus Recht, wenn er sagt, daß zum Begriffe des Unternehmers das Eigenkapital gar nicht gehört. Wenn er solches besitzt, so ist er begrifflich sein eigener Leihkapitalist. (»Theorie der wirtsch. Entw.« S. 288 ff.).

[2]) In diesem Falle hat der Verleger seine »Aktien am Klassenmonopol« mit geborgtem Gelde und dem Kredit erworben, den ihm seine Lieferanten und verlegten Meister gewährt haben.

Weil der Zins z. B. durchschnittlich auf 5% steht, nimmt er an, daß der Unterschied der subjektiven Wertschätzung zwischen einer gegenwärtigen und einer in einem Jahre zahlbaren Geldsumme sich verhalte wie 100:105. Das ist eine glatte petitio principii.

Adolf Wagner sagt grundsätzlich[1]): »Allerdings ist mit allen diesen Theorien zur prinzipiellen Erklärung, Begründung und Rechtfertigung des Kapitalgewinnes überhaupt noch nichts gesagt und noch nichts bewiesen betreffs der Höhe, des Maßes des Kapitalgewinns. Davon macht auch von Böhm-Bawerks Theorie keine Ausnahme«. Er sagt, die Höhe von Lohn und Kapitalgewinn setzte sich in »Interessenkämpfen« in der Konkurrenz durch und sei eben deshalb autoritativer Regelung zugänglich, weil die absolute und relative Höhe beider Anteile durch kein theoretisches Gesetz abzuleiten sei.

Nun, wenn unsere Theorie richtig ist, so leitet sie nicht nur die Ursache, sondern auch, zum ersten Male in aller Ökonomik, die Höhe des Kapitalprofits in exakter Formel ab, ohne zu dem nichtssagenden Spiel von Angebot und Nachfrage ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Und damit ist dann die Aufgabe gelöst, die Böhm-Bawerk der Theorie stellte, aber u. E. nicht zu lösen vermochte: »Eine richtige Zinstheorie muß selbstverständlich das Zinsphänomen ... nicht bloß der Art nach, sondern auch der Quantität nach zu erklären imstande sein«[2]).

2. Die Marxsche Theorie vom Wert und Mehrwert.

Wir haben die kritischen Argumente der Subjektivisten gegen die Marxsche Lehre vom Wert und Mehrwert bereits gewürdigt, insofern sie sich auf Schwächen bezog, die diese Lehre mit den anderen älteren objektivistischen Werttheorien gemeinsam hat. Rudolf Hilferding[3]) hat sie auch in dieser Beziehung zu verteidigen versucht. Unser Standpunkt dazu ist der folgende:

Es ist zwar Marx nicht gelungen, die Modifikationen in eine exakte Formel zu bringen, die die Tatsache verschiedener angeborener Qualifikation seiner Arbeitszeittheorie aufzwingt; hier bewegt er sich in der Tat in einem logischen Zirkel[4]); aber das

[1]) »Theoret. Sozialökonomik.« S. 325. Der letzte Satz von mir gesperrt.

[2]) In seiner Kritik zu Schumpeters »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« in der Ztschr. f. Volksw. Pol. u. Verwaltung. Bd. XXII (1913), S. 53.

[3]) Vor allem in seinen »Marxstudien«, erster Band. Wien. 1904.

[4]) »Marxstudien« S. 14.

hat erstens, wie oben gezeigt, keinen Einfluß auf den Wert der Güter und läßt zweitens das große Problem unberührt, wie der Mehrwert sich bildet. Für alle großen Probleme der Statik darf man die Qualifikationsunterschiede ohne wesentlichen Fehler als »gegebene Daten« betrachten. Und für die »komparative Statik«, für das Problem der »gesetzmäßigen Veränderung, die die Preise erfahren«[1]), kann man sie ganz ohne Fehler als konstant betrachten. Es handelt sich also mehr um einen Schönheitsfehler als um eine ernste Schwäche. Dennoch wird meine Behandlung der Qualifikationsunterschiede, die auch diesen Schönheitsfehler vermeidet, vorzuziehen sein, zumal sie andere Gründe von ganz anderem Schwergewicht für sich geltend machen kann.

Einige andere Einwände der Grenznutzentheoretiker gegen die sozialistischen Ausbeutungstheoretiker im allgemeinen werden im nächsten Abschnitt bei der Widerlegung der Böhm-Bawerkschen Kritik gewürdigt werden. Hier soll dasjenige zusammengefaßt werden, was sie gegen die besondere Ausgestaltung einzuwenden haben, die Marx der Lehre gegeben hat, und was wir selbst dagegen einzuwenden haben.

Was vor allem den bekannten Aufruhr über die Tatsache anbetrifft, daß nach Marx' Ausführungen im dritten Bande des »Kapital« die »Produktionspreise« der kapitalistischen Wirtschaft nicht genau mit den »Werten« übereinstimmen, wie sie sich aus der verglichenen Arbeitszeit ergeben, die in den Produkten vergegenständlich ist, so stimme ich Hilferding zu, daß es sich auch hier mehr um einen Schönheitsfehler als um eine ernste Schwäche handelt; um einen Fehler, der ebenfalls nur die exakte Bestimmung der Statik betrifft, für die komparative Statik aber, die Untersuchung der »gesetzmäßigen Veränderung der Preise«, ohne Belang ist. Und gar für die Bestimmung des Mehrwerts, das zentrale Problem, genügt in der Tat die mit unserer eigenen Ableitung (vgl. S. 144) übereinstimmende korrekte Feststellung, daß die »Summe der Produktionspreise identisch ist mit der Summe der Werte«[2]).

Wenn sonst an der Theorie nichts auszusetzen wäre, so wäre es wenig genug, und gewiß nicht genug, um sie als im wesent-

---

[1]) Hilferding l. c. S. 17.

[2]) Hilferding, l. c. S. 31. Tugan-Baranowsky (»Soziale Theorie der Verteilung«, S. 73) behauptet, es folge aus der Marxischen Lehre, daß »der gesamte gesellschaftliche Profit vom gesellschaftlichen Mehrwert abweichen muß«. Er versucht, diese Behauptung durch eine der bei ihm beliebten mathematisierenden Beweisführungen zu erhärten. Hier jedenfalls ist nicht der Ort darauf einzugehen.

lichen widerlegt zu betrachten. Immerhin wird es als ein Vorteil meiner Theorie gelten dürfen, daß sie die Hilfskonstruktion des »Wertes«, wie er sich in der nicht- oder vorkapitalistischen Wirtschaft in der Tat durchsetzen würde, nicht braucht und sofort zur Ableitung des wirklichen »Tauschwertes« des »Produktionspreises« gelangt.

Meine Ablehnung beruht hoffentlich auf stärkeren Argumenten. Sie fußt grundsätzlich darauf, daß Marx nur einen Teil des Wertproblems angefaßt hat, in der irrigen Meinung, damit das ganze Problem zu lösen. Seine Theorie betrifft nur und ausschließlich die beliebig reproduzierbaren Güter. Die Monopolprodukte bleiben ganz und gar außerhalb der Betrachtung; sie werden in den entscheidenden Kapiteln nicht einmal erwähnt, wie doch wenigstens bei Ricardo.

Auch das wäre an sich noch nicht so schlimm. Wir hätten damit wenigstens eine brauchbare Teiltheorie für einen sehr großen Teil der Waren und ihres Wertes erlangt. Aber diese Unterlassung hat schwere Konsequenzen, die ich hier einmal feststellen will, da ich keine andere Gelegenheit haben werde, sie im Zusammenhange darzustellen. Diese Konsequenzen zeigen sich in der Ableitung des »Mehrwertes«.

Der Mehrwert ist offenbar — das ist keine Auslegung oder Interpretation des Sachverhalts, sondern das gegebene Datum, von dem alle Interpretation und Erklärung auszugehen hat — der Preis der Nutzung des »Kapitals« und, wenn man die Grundrente mit einrechnet, aller Böden, die nicht »Grenzböden« mit der Rente Null sind. Nun können wir, wie gezeigt, keinem einzigen beobachteten Preise a priori ansehen, ob er Konkurrenzpreis oder Monopolpreis ist. Daß Marx nicht gefragt hat, ob der Mehrwert vielleicht nicht ein Monopolpreis ist: das, und nicht die verschiedenen Dinge, die Böhm-Bawerk ihm vorwirft, ist seine »methodische Todsünde«[1]). Das bringt ihn zu seinem *πρῶτον ψεῦδος*, zu dem falschen Grundaxiom, das, wie bei solchem riesenhaften Denker selbstverständlich, den Ausgangspunkt seiner Deduktion darstellt. Ich spreche von seiner Analyse der »Ware«.

Der Ausgangspunkt ist noch ohne Tadel, um so großartiger, als hier zum allerersten Male der rein gesellschaftliche Charakter aller ökonomischen Phänomene erkannt und herausgearbeitet worden ist. Er abstrahiert vom Gebrauchswert. Und das ist richtig! Hilferding trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt: »Jede Werttheorie, die vom Gebrauchswert, also von den natürlichen

[1]) Hilferding l. c. S. 4.

Eigenschaften des Dinges ausgeht, sei es von seiner fertigen Gestalt als nützliches Ding, sei es von seiner Funktion, der Bedarfsbefriedigung, geht aus von dem individuellen Verhältnis zwischen einem Ding und einem Menschen, statt von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen zueinander. Sie verfällt damit in den Fehler, aus diesem subjektiven, individuellen Verhältnis, welches Ausgangspunkt für subjektive Wertschätzungen sein kann, ein objektives, gesellschaftliches Maß herleiten zu wollen.... Ihre Betrachtungsweise ist unhistorisch und unsozial, ihre Kategorien sind natürliche und ewige Kategorien«[1]).

Das ist u. E. völlig korrekt. Und wir stimmen auch noch durchaus und ohne Vorbehalt bei, wenn Hilferding folgendes ausführt: »Die Ware ist so ökonomischer Ausdruck, d. h. Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen der voneinander unabhängigen Produzenten, sofern diese durch Güter vermittelt werden. Die gegensätzliche Bestimmung der Ware als Gebrauchswert und Wert, ihr Gegensatz, soweit sie als Naturalform oder Wertform erscheint, erscheint uns jetzt als Gegensatz der Ware, soweit sie auf der einen Seite als natürliches Ding, auf der anderen als gesellschaftliches Ding auftritt. Es handelt sich hier also in der Tat um eine Dichotomie, wo die Setzung des einen Gliedes das andere ausschließt und umgekehrt. Aber es ist nur ein Gegensatz der Betrachtungsweise. Ware ist Einheit von Gebrauchswert und Wert, nur die Betrachtungsweise ist doppelt: als natürliches Ding ist sie Gegenstand der Natur, — als gesellschaftliches Ding Gegenstand einer Gesellschaftswissenschaft, der politischen Ökonomie. Gegenstand der Ökonomie ist also die gesellschaftliche Seite der Ware, des Gutes, soweit es Symbol des gesellschaftlichen Zusammenhanges ist, während ihre natürliche Seite, der Gebrauchswert, jenseits der Betrachtungsweise der politischen Ökonomie liegt. Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen kann aber die Ware nur sein, sofern sie selbst als Produkt der Gesellschaft betrachtet wird, als Ding, dem die Gesellschaft ihren Stempel aufgedrückt hat«[2]).

Bis hierher gehen wir, wir wiederholen es, vorbehaltlos mit. Die vorgenommene Dichotomie ist einwandfrei. Es ist ein Elementarsatz aller Methodologie, daß jede Wissenschaft am gegebenen Objekt nur diejenigen Eigenschaften notiert und bearbeitet, die sie interessieren. Ein Stück Eisen ist immer das gleiche Stück

[1]) Hilferding l. c. S. 11.

[2]) Hilferding l. c. S. 9.

Eisen: trotzdem notiert und bearbeitet der Chemiker ganz andere seiner Eigenschaften als der Physiker oder der Ingenieur. Und so ist auch ein Gut immer das gleiche Gut: trotzdem interessieren den Naturforscher ganz andere Eigenschaften daran als den Psychologen (der das Gut als Bedarfsbefriedigungsmittel in Beziehung zu einem individuellen Menschen setzt); und wieder ganz andere Eigenschaften interessieren den Ökonomisten, den das Gut nur als gesellschaftliches Ding, als »Ware« interessiert.

Mit dem nächsten Satz aber beginnt unser Widerspruch: »Für die Gesellschaft, die gar nichts eintauscht, ist aber die Ware nichts als Arbeitsprodukt. Und die Glieder der Gesellschaft können sich ökonomisch nur aufeinander beziehen, indem sie füreinander arbeiten«.

Hier steckt der Grundfehler der ganzen Auffassung. Es ist einfach unwahr, daß die »Ware für die Gesellschaft nichts als Arbeitsprodukt ist«, und daß infolgedessen der relative Wert der Waren auf nichts anderem beruhen kann als auf der verglichenen Arbeitsmenge resp. Arbeitszeit. Jeder Blick auf den Tauschwert eines Monopolproduktes zeigt sofort, daß unter gewissen Umständen auch andere Dinge einspielen und den relativen Wert modifizieren. Hilferding sagt selbst ausdrücklich, daß »der Ertrag von Monopolbetrieben nach besonderen Gesetzen bestimmt werden muß« [1]).

Mochte man diese Ausnahmen für noch so geringfügig halten, so verlangte doch die methodische Besonnenheit, sie ins Auge zu fassen und auf ihre letzte theoretische Wurzel zurück zu führen. Und dann hätte sich ergeben, daß die moderne Gesellschaft mehr ist als nur Arbeitsgemeinschaft: daß sie auch Rechtsgemeinschaft ist! Und daraus hätte sich ohne weiteres das Problem gestellt, zu untersuchen, ob diese gesellschaftliche Tatsache, die mit dem Gebrauchswert nicht das mindeste zu tun hat, die gleichfalls der »Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen der voneinander unabhängigen Produzenten ist«, nicht auch vielleicht auf diese Beziehungen einwirkt, »sofern diese durch Güter vermittelt werden«. Hilferding sagt selbst, die Bedingungen der Austauschbarkeit der Güter bestehen nur darin, »daß sie appropriiert und veräußerlich sind« [2]).

Diese ganze hiermit der Öffentlichkeit vorgelegte Arbeit läuft auf den Nachweis hinaus, daß unsere Rechtsordnung, in

[1]) l. c. S. 42.
[2]) l. c. S. 54.

specie die Rechtsordnung des Eigentums, auf den Wert der gegeneinander ausgetauschten Produkte mit gewaltiger Kraft modifizierend, den Arbeitswert modifizierend, einwirkt. Mag unsere Lösung richtig oder falsch sein: daß Marx dieses gesellschaftliche Problem nicht gesehen und gestellt hat, ist und bleibt seine »methodische Todsünde« [1]).

Unsere kapitalistische Gesellschaft enthält in ihrer Eigentumsordnung noch große Reste der historischen Vergangenheit, in der sie nichts weniger als reine Arbeitsgemeinschaft, sondern offenkundig Herrschaftsorganisation war, in der über den Anteil, den die verschiedenen Klassen an der Gesamtgüterproduktion erhielten, ganz andere Gesetze als die des verglichenen Arbeitswertes entschieden. Diese überkommene Eigentumsordnung und Rechtsgemeinschaft ist mit der ökonomischen Arbeitsgemeinschaft zu einem Gewebe verflochten, dessen einzelne Fäden nur durch die sorgfältigste Analyse voneinander getrennt werden können. Darum heißt unsere Wissenschaft die »politische« Ökonomie!

Marx aber hat von diesem einen Hauptteil der gesellschaftlichen Zusammenhänge gänzlich abstrahiert. Und damit hat er den methodischen Fehler einer Abstraktion von wesentlichen Bestimmungsgründen des Problems begangen. Er hat etwa gehandelt wie ein Physiker, der bei der Bestimmung der realen ballistischen Kurve vom Luftwiderstand abstrahiert. Und hat damit das Ziel seiner Deduktion geradeso verfehlt, wie

---

[1]) Tugan-Baranowsky, l. c. S. 12, sagt völlig richtig: »Darum beruht die Preistheorie auf der Voraussetzung der sozialen Gleichheit der Teilnehmer des Tauschaktes. Setzen wir aber die Teilnehmer des Tauschaktes als sozial gleich, so abstrahieren wir von der inneren Struktur der Gesellschaft, worin der Tauschakt sich vollzieht.« Das gilt auch gegen Marx. Leider gelingt es T. B. nicht, seine völlig richtige, übrigens allen Sozialisten gemeinsame Ansicht in die richtige ökonomische Form zu kleiden. Und dabei brauchte er bloß seine eigene völlig korrekte Darstellung in der altbekannten präzisen Terminologie auszudrücken. Er schreibt: »Die soziale Ungleichheit besteht darin, daß eine soziale Gruppe gezwungen ist, um zu leben, der anderen Gruppe einen Teil ihrer Arbeit abzutreten, ohne in dem Austausch ein entsprechendes Arbeitsäquivalent zu erhalten.« L. c. S. 58. Eine derartige Stellung, wie sie die erste Gruppe besitzt, heißt ökonomisch ein Monopol, und zwar handelt es sich um ein Klassenmonopol: denn jene »Gruppen« sind soziale Klassen. Und wenn man das einmal erkannt hat, dann ist es nicht mehr schwer zu erkennen, daß die Verteilungsprobleme dennoch Preisprobleme, und zwar Monopolpreisprobleme sind. Dann verschwindet der peinliche Widerspruch, den er (S. 24) feststellen zu müssen glaubt, daß »die Verteilungsphänomene, nach ihrer innersten Natur, keine Wertphänomene sind, obschon sie in Wertform erscheinen«.

ein Artillerieoffizier das seine verfehlen müßte, falls er sein Geschütz nach der an sich korrekten Berechnung der »reinen« Physik richten würde.

Mit kurzen Worten: seine Betrachtung ist zwar nicht »unsozial«, wohl aber in allen wichtigen Punkten »unhistórisch«, um wieder Hilferding zu zitieren.

Ich habe nur sehr geringe Hoffnung, Conrad Schmidt jetzt endlich klar gemacht zu haben, um was es sich eigentlich handelt. Er hat — das ist seine berechtigte Eigentümlichkeit — in seiner Kritik meiner »Theorie«[1]) und meines Kampfschriftchens »Die soziale Frage und der Sozialismus«[2]) in den »Sozialistischen Monatsheften«[3]) konsequent an dem eigentlichen Problem vorbei debattiert. Und auch meiner Replik[4]) ist es nicht geglückt, ihn auf den Kampfplatz zu führen, wo mich seine Streiche treffen konnten. Ich gebe ihn wohl besser auf.

Um nun zur Sache zurückzukehren, so ließ sich zeigen, daß die Eigentumsordnung unserer modernen kapitalistischen Gesellschaft, ökonomisch betrachtet, in einem gewaltigen Monopol gipfelt, demjenigen Monopol, das Marx selbst in genialer Erkenntnis als das »gesellschaftliche Kapitalverhältnis« beschrieben hat, ja, dessen Verankerung im Bodenmonopol er, wie dargestellt wurde, gelegentlich klar erkannte, leider aber nicht zum obersten Prinzip seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaft machte.

Von dieser Erkenntnis aus ließ sich der »Mehrwert« in der allereinfachsten Weise, ohne jegliche verwickelte Beweisführung ableiten. Das konnte Marx von seinem Ausgangspunkt nicht glücken: und so kam er zu seiner unendlich geistvollen, aber dennoch grundfalschen Ableitung.

Was nun seine Wertlehre anlangt, so unterliegt sie dem Haupteinwande nicht, der gegen die älteren, objektivistischen Werttheorien mit Recht erhoben worden ist. Sie dreht sich nicht im Zirkel! Marx hat diese Scylla mit großem Geschick vermieden, freilich nur, um dann der Charybdis anderer schwerer logischer Fehler zu verfallen.

Wir haben oben gezeigt, in welche Schwierigkeiten Ricardo geriet, als er aus seiner Arbeitsmengentheorie den Anteil des

[1]) »Theorie der reinen und politischen Ökonomie«. 2. Aufl. Berlin. 1911.

[2]) »Die soziale Frage und der Sozialismus, eine Auseinandersetzung mit den marxistischen Theoretikern«. 3.—5. Tausend. Jena. 1912.

[3]) Sozialistische Monatshefte, Jahrg. 1913. 1. Bd. S. 514.

[4]) Sozialistische Monatshefte, Jahrg. 1913. II. Bd. S. 951. Schmidt hat (ebendort S. 1244) noch einmal dupliziert.

Lohnes einerseits und des Profits andererseits ableiten sollte. Diese Schwierigkeiten bestehen für Marx nicht.

Den Anteil, der dem »Kapital« gerechterweise zugerechnet werden muß, braucht er nicht abzuleiten, denn nach seiner Auffassung steht dem Kapital kein Anteil am Reineinkommen zu, sondern nur der Ersatz des physischen und »moralischen« Verschleisses, also nur »Rohzins«, aber kein Reinzins. Was das Kapital tatsächlich für sich nimmt, ist Raub an dem Ertrage, der nur der lebendigen Arbeit verdankt wird und ihr von Rechts wegen ungeschmälert gehört.

Damit ist das Problem beträchtlich vereinfacht. Es gibt nur einen einzigen wertbildenden Faktor, die menschliche Arbeit. Jedes Produkt hat den Wert der darauf verwendeten Arbeitszeit. Mit gewissen Einschränkungen: wäre alle Arbeit gleich wirksam und gesellschaftlich gleich notwendig, so könnte man den Wert jedes Produktes ohne weiteres danach bestimmen, wie viel Arbeitsstunden oder -tage darauf verwendet worden sind. Da aber nicht alle Arbeit gleich wirksam und gesellschaftlich gleich notwendig ist, so muß man die verschiedenen Leistungen auf einen Generalnenner bringen, muß alle faktisch geleistete Arbeit auf gesellschaftlich notwendige und gesellschaftlich durchschnittliche Arbeit reduzieren.

Die Reduktion auf »gesellschaftlich notwendige Arbeit«, d. h. solche, die auch der entsprechenden Nachfrage begegnet, ist korrekt. Denn wir haben es hier überall mit der Statik der Gesellschaft zu tun, und in der Statik gibt es in der Tat nur »gesellschaftlich notwendige« Arbeit. Dagegen ist, wie oben gezeigt, die Reduktion der Qualifikationsverschiedenheiten auf »durchschnittliche Arbeit« nur in den Fällen möglich, wo es sich um erworbene, nicht aber in denen, wo es sich um angeborene Qualifikation handelt.

Wir haben aber bereits dargelegt, daß es sich hier um eine Ungenauigkeit, um nicht mehr als einen »Schönheitsfehler« handelt, der für die Lösung der großen Probleme, denen die Wertlehre zu dienen hat, ohne Belang ist.

Darum wollen wir hier ohne weiteren Widerspruch die Theorie annehmen, wie sie gegeben ist. Denn wir haben weit stärkere Argumente geltend zu machen:

Die Marxsche Wertlehre läßt sich als eine Gleichung folgender Form darstellen:

Wert des Produktes gleich der darin vergegenständlichten Arbeitszeit [1]). Eine Formel darf vor- und rückwärts gelesen werden.

Wir erhalten durch einfache Konversion dann den folgenden Ausdruck: Wert der Arbeitszeit gleich ihrem Produkt. Danach müßte der Lohn des Arbeiters in seinem unverkürzten Produkt (abzüglich der Kosten, d. h. der Arbeit anderer Arbeiter) bestehen. Wir hätten die Formel vom »vollen Arbeitsertrage«[2]).

Diese Formel steht offenbar mit den Tatsachen in Widerspruch. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das »Kapital« (worunter Marx auch das Grundeigentum mit versteht) einen beträchtlichen Anteil am Produkt erhält, einen »Mehrwert« (eigentlichen Profit und Grundrente): einen Anteil, der unmöglich etwa auf die Arbeit des »Kapitalisten« zurückgeführt werden kann Erhält doch auch der Absenteebesitzer seine Grundrente, und der müßige Aktionär seine Dividende!

Marx nimmt daher die Konversion der Gleichung nicht vor. Es wird zwar unausgesprochen gefolgert, daß von Rechts wegen das ganze Produkt als Lohn der Arbeit gehören sollte: aber in der kapitalistischen Gesellschaft soll eine andere Formel für den Wert der Arbeitszeit gelten.

Die geistreiche Konstruktion ist so bekannt, daß sie hier mit den kürzesten Worten dargestellt werden darf: es gibt auf dem Markte eine besondere Ware zu kaufen: die menschliche Arbeitskraft, deren Gebrauchswert darin besteht, daß sie Arbeitsstoffen Wert, Tauschwert »zusetzt«. Diese Ware kauft der Kapitalist zu ihrem »Tauschwerte«, der sich genau so bestimmt wie der jeder anderen Ware, nämlich entsprechend derjenigen Arbeitszeit, die ihre Produktion bzw. Reproduktion kostet, d. h. entsprechend derjenigen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die

---

[1]) »Der Wert aller Waren ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion notwendige Arbeitszeit«. (»Kapital«. 4. Aufl. I, S. 133.)

[2]) In Parenthese: wenn man, worauf es Marx in der Tat allein ankommt, nicht den einzelnen, sondern den Kollektivarbeiter, d. h. die Gesamtarbeiterschaft ins Auge faßt, dann verschwinden jene aus der Qualifikation stammenden Schwierigkeiten ganz und gar. Dann heißt die Formel folgendermaßen:

Wert des gesellschaftlichen Gesamtproduktes gleich der darin vergegenständlichten Gesamtarbeitszeit.

Und in der Konversion:

Wert der Gesamtarbeitszeit gleich dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt.

Es bleibt dann eine Frage von untergeordneter Bedeutung, nach welchem Schlüssel die individuellen Arbeiter das Gesamtprodukt unter sich verteilen. Jedenfalls gebührt dem Kapital kein Anteil daran, kein Profit, kein über den Ersatz des »Verschleißes« hinausgehender Reinzins, kein Mehrwert.

(Hier ist selbstverständlich vom »volkswirtschaftlichen« Kapital die Rede, d. h. von den Werkgütern (Maschinen usw.), die sich im Gebrauch abnützen, verschleißen).

es kostet, die Unterhaltsmittel zu produzieren, die die Arbeitskraft reproduzieren: ein in jedem Zustand der Gesellschaft bestimmtes Quantum von Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. Das ist ihr Tauschwert, und dafür kann der Kapitalist sie kaufen, wie Schuhbürsten oder Kaliko. Und er erwirbt dafür, wie bei Schuhbürsten oder Kaliko, das Recht, den Gebrauchswert dieser Ware »Arbeitskraft« völlig auszunützen, d. h. den Arbeiter so lange arbeiten und Rohstoffen »Wert zusetzen« zu lassen, wie seine Arbeitskraft das zuläßt. Das ist aber regelmäßig mehr Stunden möglich, als es kostet, die Unterhaltsmittel des Arbeiters zu produzieren: folglich leistet der Arbeiter in dieser Mehrzeit Mehrarbeit und erzeugt einen Mehrwert, der dem Kapitalisten als von ihm erworbener Gebrauchswert der von ihm nach ihrem Tauschwert voll bezahlten Ware Arbeitskraft zufließt.

Wenn es z. B. sechs Stunden gesellschaftlich notwendiger und durchschnittlicher Arbeit kostet, um die Unterhaltsmittel eines durchschnittlichen Arbeiters zu erzeugen; und wenn dieser Arbeiter eben zwölf Stunden arbeitet, so leistet er täglich sechs Stunden Mehrarbeit, in denen er den Rohstoffen den Tauschwert von sechs Stunden zusetzt; dieser Tauschwert fließt dem Kapitalisten als Mehrwert zu, während der den Rohstoffen in den ersten sechs Stunden »notwendiger Arbeit« zugesetzte Tauschwert hingereicht hat, um den Tauschwert der Arbeitskraft voll zu vergüten.

Soweit die Konstruktion!

Sie führt, schon rein formal betrachtet, zu unmöglichen Ergebnissen. Nehmen wir an, das Tagesprodukt eines durchschnittlichen Arbeiters v habe den Wert von zwölf Stunden durchschnittlicher und notwendiger Arbeit. Dann erhalten wir die Formel: $v = 12\,t$; und in der Konversion: $12\,t = v$.

Nun kauft, um bei dem Zahlenbeispiel zu bleiben, der Kapitalist die »Arbeitskraft« a des beteiligten Arbeiters für 6 t. Also ist $a = 6\,t$.

Die Arbeitskraft leistet aber zwölf Stunden Arbeit, oder 12 t. Der Unternehmer kauft 12 t für 6 t.

Folglich ist $12\,t = \frac{v}{2}$.

Nun haben wir aber oben erhalten: $12\,t = v$.

Also ergibt sich: $v = \frac{v}{2}$.

Das Ergebnis ist unmöglich.

Marx würde erwidern, es sei falsch, den Tauschwert der Arbeitszeit bestimmen zu wollen; nur die Arbeitskraft habe

Tauschwert. Darauf gibt es formale und materiale Widerlegungen:

Formal ist zu erwidern erstens, daß das Recht unmöglich bestritten werden kann, eine Gleichung rückwärts zu lesen. Und zweitens, daß alle Preis- und Werttheorie von den Tatsachen des Marktes auszugehen hat. »Wert« heißt zunächst nichts anderes als »Preis auf die Dauer und im Durchschnitt« oder »Preis in der Statik«. Und wenn mir die Tatsache gegeben ist, daß der durchschnittliche Preis für 12 Stunden Arbeitszeit z. B. drei Mark ist, dann kann mir niemand das Recht bestreiten, die Tatsache in der Formel auszudrücken, daß der Wert dieser 12 Stunden Arbeitszeit 3 Mark ist. Das ist noch keine Erklärung, sondern schlechthin das mir gegebene Ausgangsphänomen. Was dahinter steckt, ist vorläufig gänzlich gleichgültig, ob »Arbeitskraft« oder etwas anderes. Wenn sich durchschnittlich 12 Stunden Arbeitszeit gegen 3 Mark tauschen, so haben eben beide den gleichen Wert; und jede tiefer greifende Definition des Wertes, unter die diese Tatsache nicht fällt, ist eben unzureichend oder gänzlich falsch. Marx sagt selbst: »Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen«[1]). Nun, und in unserem Beispiel tauschen sich 12 Stunden des Gebrauchswertes Arbeitszeit gegen den Gebrauchswert 3 Mark!

Wenn das zugegeben werden muß, so erhalte ich eben aus der ersten Gleichung die Formel $12\ t = v$, und als gegebene Tatsache die Formel $12\ t = \frac{v}{2}$ — und damit ist der formale Gegenbeweis geführt.

Material aber ist folgendes einzuwenden:

Erstens, daß es gar nicht wahr ist, daß der Kapitalist auf dem Markte »Arbeitskraft« kauft: er kauft in Wahrheit Arbeitszeit. Und er bezahlt in Wahrheit 12 Stunden Arbeitszeit mit 6 Stunden Arbeitszeit. Daß trotzdem die Wertformel stimmt, haben wir bewiesen.

Zweitens aber ist einzuwenden, daß die »Arbeitskraft« in der kapitalistischen Gesellschaft, die mit »freien Arbeitern« produziert, überhaupt keine »Ware« ist; daß sie deshalb auch keinen Tauschwert hat; und schließlich, daß, wäre sie eine Ware, ihre Produktionskostenzeit, und dadurch ihr Tauschwert, ganz anders bestimmt werden müßte, als Marx angibt.

Wir wollen das Wort »Arbeitskraft« zunächst einmal im ge

[1]) Kap. I, S. 2.

wöhnlichen, wissenschaftlich noch nicht geläuterten Sprachgebrauch betrachten. In diesem Sinne hat die Behauptung, daß der Kapitalist die »Arbeitskraft« kauft, einen anklägerischen Charakter. Sie hat den Sinn, daß der Arbeiter bis zur äußersten Grenze seiner Kraft abgerackert wird, daß ihm keine Kraft für irgendwelche eigenen Zwecke mehr übrig bleibt. Und so hat Marx das Wort offenbar verstanden. Aber die Auffassung ist unhaltbar. Es ist in der Wirtschaftsentwicklung des Kapitalismus leider oft genug vorgekommen, daß die Kapitalisten mehr als nur den »Gebrauchswert« der Ware Arbeitskraft für sich verbraucht haben: wir erinnern an den Kindermord der Kirchspiellehrlinge im frühkapitalistischen England, an den mit den weiblichen Arbeitern getriebenen Raubbau, an die siebzehnstündige Arbeitszeit, die Owen vorfand und abstellte, an die erschreckend frühe Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung. Hier ist die Ware Arbeitskraft offenbar unter ihrem »Werte« bezahlt worden. Dann trat eine allmähliche Besserung ein; wir wollen nicht fragen, ob der Raubbau, d. h. die Übernutzung bzw. Unterzahlung des Gebrauchswertes der Arbeitskraft, schon überall beseitigt ist; die Tatsachen der Heimindustrie sprechen eine furchtbare Sprache, und noch immer ist die Lebenswahrscheinlichkeit der Proletarier durchschnittlich tief unter der der Oberklassen. Aber es gibt heute doch schon Arbeiter, die ganz gewiß nicht ihre volle »Arbeitskraft« im landläufigen Sinne an den Kapitalisten verkaufen. Wenn ein junger kräftiger Mann nach 8 — oder sogar 10 stündiger Arbeit noch eine oder zwei Stunden auf seinem Laubenlande gärtnert oder auch nur am Sonntag Fußball spielt — bestiehlt er damit seinen Kapitalisten? Oder unterschlägt er ihm einen Teil des schuldigen Gegenwertes? Und warum muß der Kapitalist Überstunden und Feiertagsarbeit eigens vergüten, wenn er die ganze Arbeitskraft gekauft hat? .

Nun, der Ausdruck ist schon in seinem landläufigen Sprachgebrauch nicht mehr als eine Sentimentalität, die den Tatsachen weder im guten, noch im schlimmen gerecht wird. Der Unternehmer kauft nicht die Arbeitskraft, sondern er kauft einen »Dienst«, d. h. eine Arbeitsleistung von bestimmter Qualifikation und Zeitdauer; er kauft, durchschnittlich berechnet, »Arbeitszeit«, z. B. zehn Stunden einer durchschnittlichen Dreherarbeit. Das ist die klare Tatsache, um die man nicht herumkommen kann[1]).

[1]) Das verkennt Ant. Pannekoek in seiner ausführlichen Kritik meiner sofort zu zitierenden Kampfschrift (Bremer Bürgerzeitung 24. XII. 1912). Er bleibt mit Marx

Noch ärger sieht es um die Marxsche Behauptung aus, wenn wir das Wort »Arbeitskraft« in seiner wissenschaftlich streng bestimmten Bedeutung ins Auge fassen. Ich zitiere aus meinem Buche: »Die soziale Frage und der Sozialismus«[1]):

»Hier ist Marx in die Schlinge eines doppeldeutigen Wortes gefallen. Er erklärt, das Wort »Arbeitskraft« im Sinne von »Arbeitsvermögen« brauchen zu wollen, — aber unvermerkt schiebt sich ihm ein anderer Sinn unter; hier bedeutet »Arbeitskraft« die während der Arbeit aufgewendete oder geleistete Kraft. Und das sind zwei ganz verschiedene Dinge....

Wir haben — abgesehen von der »Lohnarbeit« — drei verschiedene Begriffe streng zu unterscheiden, die drei ganz verschiedenen Wissenschaften angehören.

1. »Arbeit« ist ein Begriff der Physik. Er bedeutet nichts anderes als eine Leistung von so und so viel Kilogrammetern oder Kilowatt in so und so viel Stunden.

2. »Arbeitsvermögen« ist ein Begriff der Physiologie: »Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren, und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert«. So definiert Marx selbst[2]).

3. Erst »Arbeitsleistung« ist ein Begriff der Ökonomik. Denn »Arbeitsleistung« ist eine Ware, die zu Markte gebracht, verkauft und gekauft wird, ihren Gebrauchswert und ihren Wert hat.

Das Arbeitsvermögen ist die materielle Bedingung sowohl der menschlichen »Arbeit« im physikalischen, wie auch der »Arbeitsleistung« im ökonomischen Sinne, aber es ist weder das eine noch das andere. Es wird zwar bei der Arbeit und Arbeitsleistung »in Bewegung gesetzt«, aber es wird dabei nicht verbraucht, gerade so wenig, wie die Substanz einer Dampfmaschine

dabei, daß der Arbeiter Tag für Tag seine Arbeitskraft verkauft und in der Arbeit erschöpft. Er sieht nicht, daß die Marxsche Formel nicht, wie er meint, eine einfache Beschreibung des Sachverhaltes ist, sondern bereits eine Erklärung enthält oder doch wenigstens durch Umschreibung des Sachverhaltes vorbereitet. Was als Sachverhalt gegeben ist, ist, daß der Kapitalist einen »Dienst« kauft, d. h., wie im Text definiert, Arbeitszeit. Daß der Arbeiter damit seine ganze Arbeitskraft und nicht mehr oder weniger verkauft, ist nicht mehr Sachverhalt, Ausgangspunkt der Erklärung, sondern bereits Anfang der Erklärung selbst. Das wenigstens sollte doch zugegeben werden, wenn auch meine Behauptung bestritten werden sollte, daß die Erklärung falsch ist.

[1]) Jena. 1912. S. 117 ff.

[2]) »Kapital« I, S. 130.

durch die Arbeit verbraucht wird, die sie leistet[1]). Der »Inbegriff der physischen Eigenschaften« einer Lokomotive, die am Montag 1000 Kilometer zurückgelegt hat, ist am Dienstag früh noch vorhanden. Und ebenso besitzen ein Arzt oder ein Lastträger am Dienstag noch den »Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten«, die sie am Montag in Bewegung setzten, um ihre ökonomische Arbeitsleistung als Ware zu verkaufen.

Das Arbeitsvermögen ist nichts als eine Kraftmaschine, d. h. eine Einrichtung zur Umformung von Energie. Sie »leistet« zwar »Arbeit«, aber sie schafft keine Energie. Sondern die in der Arbeit verbrauchte lebendige, spezifische Energie hat ihre Quelle und Ursache nur in der anderen spezifischen Energie, die ihr regelmäßig zugeführt werden muß, um ihre Arbeitsleistung zu erhalten. Bei der Maschine besteht diese Zufuhr z. B. in Steinkohle, bei dem Arbeitsvermögen in den »Lebensmitteln« im weiteren Sinne, die nach örtlicher und zeitlicher Gewohnheit erforderlich sind, um den Arbeitenden in vollem Besitze seiner sämtlichen »physischen und geistigen Fähigkeiten« zu erhalten. Freilich besteht der Unterschied, daß die organische Kraftmaschine des Menschen einen Teil der zugeführten Substanz und Energie dazu benutzt, um sich selbst zu reparieren, wo sie abgenutzt ist, während die anorganische Maschine das nicht vermag: aber das berechtigt noch lange nicht, das Arbeitsvermögen mit der Arbeitsleistung zu identifizieren. Jenes ist auch hier im wesentlichen der Umformer, dieses die umgeformte spezifische Energie. Das sind grundverschiedene Dinge; Marx aber hat sie zusammengeworfen, weil er, wie schon gesagt, unvorsichtigerweise beide mit dem gleichen Worte »Arbeitskraft« bezeichnete. Daher seine Irrtümer im einzelnen.

Das Arbeitsvermögen ist kein Objekt der Ökonomik, ist

---

[1]) Um wahrscheinlichen Einwänden vorzubeugen, will ich ausdrücklich erklären, daß ich natürlich weiß, daß aller Gebrauch auch Verbrauch, alle Nutzung auch Abnutzung ist. Wenn man die Dinge technisch, resp. physiologisch, anstatt ökonomisch anschaut, wird in der Tat während jeder Arbeitsleistung ein Teil der Maschine, resp. des Arbeitsvermögens »verbraucht«; und wird ferner in der Tat während der gesamten Arbeitsperiode im Laufe der Jahre die ganze Maschine resp. das ganze Arbeitsvermögen »verbraucht« unterliegt dem »materiellen und moralischen Verschleiß«, um mit Marx zu reden, d. h. der Abnutzung und dem Veralten. Aber nicht das hat Marx gemeint, als er von dem Verbrauch der »Arbeitskraft« sprach, sondern er war der Meinung, daß die Arbeitskraft in jeder betrachteten Periode, in jeder »Zeitfrist«, für die ihr Eigentümer sie veräußert, in jedem Arbeitstage oder jeder Arbeitswoche, in ihrer Gänze zur Ausgabe gelangt und von dem Käufer verbraucht wird.

keine Ware, hat weder Gebrauchswert noch Tauschwert. Das gilt wenigstens von der Gesellschaft, von der allein wir hier handeln, der »freien Verkehrsgesellschaft« oder »kapitalistischen Gesellschaft«, wo »freie Arbeiter« im freien Vertrage über ihre Arbeit verfügen. Nur in der Sklavenwirtschaft ist die »Arbeitskraft« eine Ware: hier hat sie sowohl Tauschwert, wie Gebrauchswert. Das sagt Marx selbst so klar wie nur möglich: »Der Eigentümer der Arbeitskraft« (d. h. der Arbeiter) »verkauft sie stets nur für bestimmte Zeit; denn verkauft er sie in Bausch und Bogen, ein für alle Male, so verkauft er sich selbst, verwandelt er sich aus einem Freien in einen Sklaven, aus einem Warenbesitzer in eine Ware. Er als Person muß sich beständig zu seiner Arbeitskraft als seinem Eigentum und daher seiner eigenen Ware verhalten, und das kann er nur, soweit er sie dem Käufer nur vorübergehend, für einen bestimmten Zeittermin, zur Verfügung stellt, zum Verbrauch überläßt, also durch ihre Veräußerung nicht auf sein Eigentum an ihr verzichtet« [1]).

Danach handelt es sich bei dem Vertrage über die »Arbeitskraft« in juristischer Sprache nicht um einen Kauf-, sondern um einen Mietsvertrag. Denn beim Kaufvertrag geht die Substanz der Ware in das Eigentum des Kontrahenten über, beim Mietsvertrage erwirbt er nur die Nutzung, während der Verkäufer seine Ware, zu der er sich »beständig als seinem Eigentum verhält« dem Käufer nur vorübergehend zur Verfügung stellt, ohne »durch ihre Veräußerung auf sein Eigentum an ihr zu verzichten«.

Bei jedem Mietsvertrage müssen wir zwischen Substanz und Nutzung unterscheiden. Orientieren wir uns an einem Beispiel:

Ein Landwirt mietet eine Dreschmaschine. Der Vermieter veräußert die Substanz auf bestimmte Zeit, behält sich aber das Eigentum vor. Der Mieter erwirbt die Nutzung. Worin besteht die Nutzung? In der Arbeitsleistung, gemessen an der Arbeitszeit!

Ein Geldbesitzer mietet einen Arbeiter auf Zeitlohn, der Vermieter (der Arbeiter) veräußert seine Substanz, sein Arbeitsvermögen, auf bestimmte Zeit, behält sich aber das Eigentum vor. Der Mieter erwirbt die Nutzung! Worin besteht die Nutzung? In der Arbeitsleistung, gemessen an der Zeit. Die Analogie ist vollkommen.

Es handelt sich also um einen Mietsvertrag. Was ist denn

[1]) »Kapital« I, S. 130.

nun beim Mietsvertrag die »Ware«? Die Substanz oder die Nutzung?

Unbedingt nur die Nutzung! Nicht nur nach der einhelligen Ansicht der »bürgerlichen« Wissenschaft, sondern vor allem nach der Ansicht von Marx selbst. Denn »Ware« wird ein Ding erst dadurch, daß es für den Verkauf bestimmt wird. Ein Ding, das im Eigentum seines Besitzers zu bleiben bestimmt ist, ist Gebrauchswert, d. h. Gut, aber keine Ware. Nur die Dreschmaschine ist Ware, die verkauft werden soll, nicht die, die nur zur Vermietung bestimmt ist; nur das Arbeitsvermögen ist Ware, das verkauft werden soll (das z. B. des Arbeitsochsen, des Sklaven), aber nicht das, das nur zur Vermietung bestimmt ist.

Was aber nicht Ware ist, hat nach Marx, eigenen Worten keinen Wert, kann auch keinen haben. Denn der Wert ist ja der Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses zwischen Warenbesitzern. Hier gelangt aber keine Ware zum Austausch, es kann daher kein Wert entstehen.

Die Arbeitskraft hat also keinen Wert, weil sie keine Ware ist. Und damit ist der Marxschen Ableitung des Mehrwerts die Grundlage völlig entzogen.

Was Ware ist und daher Wert hat, ist nichts anderes als die Nutzung, d. h. die Arbeitsleistung des Arbeitsvermögens. Worin besteht, näher betrachtet, diese Nutzung? Das sagt uns Marx selbst mehrfach sehr klar, wir müssen nur die Vorsicht walten lassen, an Stelle des doppelsinnigen Wortes »Arbeitskraft« diejenige seiner zwei Bedeutungen einzusetzen, die jeweils am Platze ist. »Der Eigentümer des Arbeitsvermögens verkauft es stets nur für bestimmte Zeit«[1]). »Der Kapitalist hat die Arbeitsleistung für bestimmte Zeitfrist gekauft«[2]).

Nun dürfen wir nicht nur, sondern müssen nach Marx alle Arbeit umrechnen auf gesellschaftlich notwendige und durchschnittliche Arbeit. Welche Arbeitsleistung welcher Qualifikation der Kapitalist also auch kaufen mag: er kauft niemals etwas anderes als gesellschaftliche Arbeitszeit!

Was ist der Wert dieser Arbeitszeit? Das heißt: wofür kann man sie auf dem Markte kaufen? Das ist unser letztes Problem.

Unsere scharfe Trennung der Begriffe macht es uns unmöglich, die Lösung anzunehmen, die Marx auf Grund ihrer Ver-

[1]) »Kapital« I, S. 130.

[2]) »Kapital« I, S. 159.

wirrung gefunden zu haben glaubte. Der Wert der Arbeitszeit (resp. Arbeitsleistung) kann unmöglich in der zur Reproduktion des Arbeitsvermögens notwendigen Arbeitszeit begründet sein, so wenig wie der Wert der Maschinenarbeit in der zur Reproduktion der Maschine notwendigen Arbeitszeit begründet ist. Die Maschine hat ihre bestimmte gesellschaftliche Reproduktionsarbeitszeit und danach ihren Wert und die Maschinenarbeit hat eine andere gesellschaftliche Reproduktionsarbeitszeit und danach ihren anderen Wert.

Was ist also der Wert der Ware Arbeitszeit? Worin ist er begründet?

Nach Marx ist der »Wert aller Waren bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, notwendige Arbeitszeit«. Danach wäre also der Wert der Arbeitszeit bestimmt — durch die Arbeitszeit, die zur Produktion der Arbeitszeit notwendig ist. Diese Folgerung ist ein offenbarer Unsinn«.

3. v. Böhm-Bawerks Kritik der »Ausbeutungstheorien«.

v. Böhm-Bawerk hat die Ausbeutungstheorie des Kapitalprofits, von dem die Monopoltheorie eine Abart darstellt, wenn sie nicht mit ihr identisch ist, an zwei Stellen der neuesten Auflage seines bedeutenden kritischen Hauptwerkes unter die Lupe genommen: im älteren Hauptteil, im Kapitel XIII unter dem Titel »Die Ausbeutungstheorie« [1]), und im Anhang »Die Zinsliteratur in der Gegenwart« unter VII [2]):

In der ersten, sehr ausführlichen Darstellung faßt Böhm den Gedankeninhalt der Ausbeutungstheorie folgendermaßen zusammen:

»Alle Güter von Wert sind das Produkt menschlicher Arbeit, und zwar, wirtschaftlich betrachtet, ausschließlich das Produkt menschlicher Arbeit. Die Arbeiter erhalten jedoch nicht das ganze Produkt, das sie allein hervorgebracht haben, sondern die Kapitalisten benützen die ihnen durch das Institut des Privateigentums gewährleistete Verfügung über die unentbehrlichen Hilfsmittel der Produktion, um einen Teil des Produktes der Arbeiter an sich zu ziehen. Das Mittel dazu bildet der Lohnkontrakt, vermittelst dessen sie die Arbeitskraft der durch den Hunger zur

[1]) »Kapital und Kapitalzins. Erste Abteilung: Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien.« Innsbruck 1914. S. 434 bis 565.

[2]) l. c. S. 725 ff.

Einwilligung gezwungenen wahren Produzenten schon um einen Teil dessen erkaufen, was durch sie hervorgebracht wird, während der Rest des Produkts als müheloser Gewinn den Kapitalisten in den Schoß fällt. Der Kapitalzins besteht also in einem Teile des Produktes fremder Arbeit, erworben durch die Ausbeutung der Zwangslage der Arbeiter«.

Wir können die Definition anerkennen, aber nicht ohne Kommentar. In der dritten Zeile stehen die Worte »Arbeit« als Schluß des ersten Satzes und »Arbeiter« als Anfang des zweiten so dicht zusammen, daß man kaum an etwas anderes denken kann, als an Handarbeit von Arbeitern im sozialen Klassensinne, von »Proletariern«. In diesem Sinne gilt die Definition für die beiden Denker, an denen Böhm als Hauptvertreter der Ausbeutungstheorie seine Kritik übt, für Marx (und seine Nachfolger) und im ganzen auch für Rodbertus; dieser hatte jedoch, wie Böhm selbst darstellt[1]), ein gewisses Gefühl dafür, daß auch die Unternehmerarbeit, wenn auch nicht Wert schafft, so doch Anspruch auf einen Anteil an dem geschaffenen Wert hat.

Für mich, der ich im Anhang als neuerer Vertreter der angegriffenen Theorie erscheine, gilt diese Deutung keinesfalls. Nach meiner Auffassung bildet alle gesellschaftlich notwendige (in der Statik also alle wirtschaftliche) Arbeit Wert: Handarbeit, Kopfarbeit der Unternehmer und Händler und künstlerische Arbeit; und höher qualifizierte Kopfarbeit bildet mehr Wert als gewöhnliche Handarbeit. Ich würde, um ganz unmißverständlich zu sein, den zweiten Satz folgendermaßen formulieren: »Alle wirtschaftlich Arbeitenden zusammen erhalten jedoch nicht das ganze Produkt, das sie allein hervorgebracht haben, sondern die Kapitalisten benutzen die ihnen durch das Institut des Privateigentums gewährleistete Verfügung ....., um einen Teil des Produktes der Arbeiter (im Klassensinne) an sich zu ziehen«.

Was nun die Einwendungen Böhms gegen die derart von ihm formulierte Theorie anlangt, so kann ich sagen, daß ich sie in sehr vielen Punkten unterschreibe. Sie richtet sich nämlich ausschließlich gegen solche Ausbeutungstheoretiker, die auf dem Boden der älteren objektiven Wertauffassung standen. Und diese ist, wie im Eingangskapitel dargestellt, in der Tat unvollständig und formal unrichtig. Meine eigene Theorie trifft nicht ein einziger dieser Einwände.

---

[1]) l. c. S. 368/69.

Sie schreibt die Entstehung des Wertes nicht ausschließlich der Handarbeit zu. Daher ist sie gegen die aus diesem Grunde gegen Rodbertus[1]) und Marx[2]) gemachten berechtigten Einwände gefeit.

Sie ist ebensowenig den Einwänden unterworfen, die Böhm[3]) gegen Marx als den Hauptvertreter der Ausbeutungstheorie mit vollem Recht erhebt. Ich folge seiner Numerierung:

1. Sie berücksichtigt die »Seltenheitsgüter, welche wegen irgendeines obwaltenden faktischen oder rechtlichen Hindernisses gar nicht oder doch nicht in ausreichender Menge reproduziert werden können«. Denn sie entwickelt eine zureichende Monopoltheorie.

2. Sie berücksichtigt die qualifizierte Arbeit und die daraus entstehende Tatsache, daß sich ungleiche Mengen von Arbeit dort tauschen, wo ungleich Qualifizierte miteinander kontrahieren. Sie ist eben keine Arbeitsmengen-, sondern eine Arbeitswerttheorie des Warenwertes.

3. Sie kann auch jene »Ausnahmen« vom Arbeitsmengengesetz erklären, die Böhm darin erblickt, daß eine »allerdings nicht bedeutende Menge von Gütern durch abnorm schlecht gelohnte Arbeit erzeugt werden«. Jeder von einem Unselbständigen geleistete »Dienst« hat immer den statischen Preis derjenigen Gebrauchsgüter, die der Unselbständige sich in selbständiger Produktion beschaffen kann und darf. Das Wort »kann« enthält, was nicht übersehen werden darf, ein moralisches, ein Willenselement. Viele Frauen können nicht Prostituierte werden, obgleich deren Einkommen größer, und ihre Arbeit Null ist, weil sie es nicht wollen können. Und so können viele Frauen die relative Unfreiheit der Fabrikarbeiterin nicht wollen und ziehen die relative Freiheit der Heimindustriellen vor; viele andere sind an die Wirtschaft und die Kinder gefesselt und können aus diesem Grunde nicht in die Fabrik gehen; und viele andere sind physisch oder psychisch nicht kräftig genug zu der durch den Takt der Maschine beschleunigten Arbeit. Sie alle zusammen bilden eine geringere Qualifikationsstufe des Willens[4]) oder der psycho-physischen Leistungsfähigkeit: und darum »ist es nicht ungewöhnlich, daß

---

[1]) l. c. S. 435, 470 Anm. (ein Einwand von Knies, der B. B. annimmt).

[2]) l. c. S. 526 ff.

[3]) l. c. S. 529 ff.

[4]) Auch der unsoziale unehrliche Wille bringt höheres Einkommen, weil er, als ökonomisch seltener, höhere Qualifikation verleiht. Vgl. meine »Theorie« S. 381.

das Produkt von drei Arbeitstagen einer Weißnäherin noch nicht dem Werte des Produktes von zwei Arbeitstagen einer Fabrikarbeiterin gleichkommt«.

4. Der vierte Einwand betrifft die Schwankungen des laufenden um den statischen Konkurrenzpreis in der Dynamik des Marktes. Da meine Theorie sich lediglich mit dem statischen Preise beschäftigen will, den laufenden aber ausdrücklich der weiteren Preistheorie überläßt, so trifft sie auch dieser Einwand nicht — wie übrigens auch nicht Ricardo, der immer, und kaum Marx und Rodbertus, die fast immer die Statik im Auge haben, wenn sie sie auch nicht scharf definieren und nicht ganz konsequent sind.

5. »Endlich zeigt es sich, daß abgesehen von diesen momentanen Schwankungen der Tauschwert der Güter von dem durch die verkörperte Arbeitsmenge bezeichneten Niveau auch noch ständig nicht unbeträchtlich abweicht, indem von zwei Gütern, deren Herstellung genau die gleiche Menge gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit kostet, dasjenige einen höheren Tauschwert behauptet, dessen Herstellung den stärkeren Vorschuß »vorgetaner« Arbeit fordert. Ricardo hat, wie wir wissen, diese Ausnahme vom Arbeitsprinzip in zwei Sektionen des I. Kapitels seiner »Grundsätze« ausführlich besprochen. Rodbertus und Marx ignorieren sie bei der Ableitung ihrer Theorien[1]), ohne sie ausdrücklich zu leugnen, was sie füglich nicht konnten: denn daß ein hundertjähriger Eichenstamm einen höheren Wert besitzt, als der halben Minute Zeit entspricht, die die Aussaat seines Keimes fordert, ist zu bekannt, um mit Erfolg bestritten werden zu können«.

Auch dieser Einwand trifft meine Theorie nicht.

Es hat sich herausgestellt, daß die Nivellierung der Einzelprofite auf den Durchschnittsprofit nicht nur mit ihr durchaus vereinbar ist, sondern sogar erst aus ihr recht eigentlich verstanden werden kann. Unsere Definition des Einzelkapitals als eines nutzbaren Anteils am Klassenmonopol, sozusagen einer »Aktie«, läßt ohne weiteres die Tatsache ableiten, daß der Gesamtklassentribut der Unterklasse sich auf die einzelnen Mitglieder der Oberklasse entsprechend ihrer »Einlage« verteilt.

---

[1]) »Marx nimmt von ihr erst im nachgelassenen dritten Bande ausdrücklich Notiz, und zwar, wie nicht anders zu erwarten war, mit dem Erfolge, daß er zu den Gesetzen des ersten Bandes, die unter Ignorierung der Ausnahme gewonnen worden waren, in Widerspruch geriet.« (Anm. zu Böhm-Bawerk S. 533).

Andere Gründe, die Böhm gegen die Ausbeutungstheorie ins Feld führt, sind schon im Laufe der Darstellung gewürdigt worden. Es hat sich z. B. gezeigt, daß es unserer Theorie nicht die mindesten Schwierigkeiten macht, die Wertvermehrung alten Weines usw. abzuleiten, während es Böhm schwierig fallen dürfte, zu erklären, warum zwar mancher Wein beim Altern wertvoller wird, anderer Wein aber und z. B. Schlachttiere umgekehrt beim Altern an Wert verlieren. Wo immer Kapital angelegt wird, bezieht es seine Dividende aus dem Klassenmonopoltribut: natürlich aber wird es nur dort angelegt, wo ein Gewinn erwartet werden darf. Weil alter Wein höher geschätzt und bezahlt wird als junger, legt man »Kapital« in Weinkellereien an. Weil alte Hühner nicht höher geschätzt und bezahlt werden, legt man Kapital nicht in der Zucht alter Hühner an. Wer es tut, wird sein Kapital und seinen Profit aus genau dem gleichen Grunde verlieren, wie wenn er sonst Dinge zu Markte brächte, nach denen kein Bedarf besteht[1]). Warum aber alter Wein hoch und alte Hühner tief geschätzt werden, das zu untersuchen ist nicht Sache der Ökonomik. Offenbar spielt die Zeit dabei nur eine nebensächliche Rolle: sonst könnte sie nicht in dem einen Falle werterhöhend, in dem anderen wertvermindernd einwirken.

Unserer Theorie macht es ferner keine Schwierigkeit, den Wert »eines Goldklumpens, der als Meteorstein einem Grundeigentümer auf sein Grundstück fällt, oder einer Silbermine, die er zufällig auf seinem Grundstück entdeckt«[2]), zu erklären. Denn sie bestimmt den Wert überall als den Grenzbeschaffungswert der Wertdinge niederer Ordnung und als den darauf beruhenden Kapitalisierungswert der Wertdinge höherer Ordnung. Es fällt ihr also nicht ein, die Arbeitsmenge oder auch nur den Arbeitswert, der in irgendeinem beliebigen einzelnen Produkt steckt, für seinen statischen Preis verantwortlich zu machen, sondern sie bestimmt immer nur den statischen Preis der gesamten Klasse vertretbarer Objekte nach dem Arbeitswert des »Grenzproduktes«. Wenn Einzelobjekte einer solchen Klasse vertretbarer Objekte, auf die sonst Arbeit aufgewendet wird, zufällig einmal ganz ohne Arbeit beschafft werden, so haben sie dennoch den Grenzbeschaffungswert, und ihr Produzent (der sie zu Markt bringt) hat der Ursache

[1]) Böhm »widerlegt« die Arbeitswerttheorie mit dem Argument, daß »Schiffe, die nicht schwimmen können«, keinen Wert haben. Sehr richtig: solche Schiffe kommen aber in der Statik nicht vor (Jahrb. f. Nat.-Ök. usw. 1886. S. 72).

[2]) v. Böhm-Bawerk. Geschichte usw. S. 462.

nach den gleichen, nur der Höhe nach noch größeren Vorteil, wie der Inhaber eines Produktionsmonopols, z. B. der Eigentümer besseren oder marktnäheren Bodens.

Eine andere Gruppe von Argumenten, die Böhm, wie gegen andere ältere Kapitalzinstheorien, so auch gegen die Ausbeutungstheorie zu Felde führt, sind seiner eigenen Theorie entlehnt, die er natürlich für richtig hält[1]). Wir hoffen gezeigt zu haben, daß sie unhaltbar ist. Es ist immer wieder die Verwirrung zwischen Dynamik und Statik, und immer wieder die irrige Vorstellung, als wenn bei kapitalbewaffneter Wirtschaft zwischen Anlage und Realisierung des Geldes eine »Wartezeit« vergehen müßte, beruhend auf dem Grundirrtum, der die Marktwirtschaft mit personalökonomischen Kategorien traktiert. Überall herrscht die Vorstellung aus der Robinsonade, daß alles volkswirtschaftliche Kapital, d. h. alles Beschaffungsgut, aus einer früheren Wirtschaftsperiode herstammt, während es in der Tat in der gleichen Periode erzeugt wird, der es dient.

Da wir im Verlaufe der Darstellung auch noch zeigen konnten, daß unsere Theorie sich nicht jener petitio principii schuldig macht, die Preise auf Preise, Kosten auf Kosten zurückführt und daher in einen regressus infinitus mündet: daß sie vielmehr weder auf Kosten, noch auf Tauschwerte oder Preise, sondern auf Gebrauchswerte, auf reale Mengen von in jedem Sonderfalle genau bestimmbaren Verwendungsgütern, auf Einkommen, zurückführt, so dürften damit die sämtlichen Beweisgründe, soweit sie sich gegen alle Ausbeutungstheorien im allgemeinen richten, völlig widerlegt sein.

Nun noch einige Worte zu der sehr kurzen Kritik die v. Böhm-Bawerk meiner eigenen Variante der »Ausbeutungstheorie« im Anhang zur dritten Auflage seines trotz aller Schwächen großartigen Werkes gewidmet hat:

»Oppenheimer und Tugan-Baranowsky betonen den Ausbeutungsgedanken, und zwar noch erheblich schärfer, als Dietzel oder Lexis es getan haben. Beide sagen der Marxschen Werttheorie als Stütze der Ausbeutungstheorie ausdrücklich ab: Oppen-

[1]) Böhm-Bawerk charakterisiert diese etwas feinere petitio principii selbst ausgezeichnet in einer Anm. zu S. 148 seiner »Geschichte«: »Cassel pflegt aber — was ja bis zu einem gewissen Grade ganz natürlich ist — seine dogmen-historischen Urteile nach dem Verhältnis zu orientieren, in welchem die beurteilten Lehren zu seinen eigenen Ansichten stehen oder zu stehen scheinen, und stößt sich darum nicht an Fehlern, die — nach meinem Urteil wenigstens — auch Fehler seiner eigenen Theorie sind«.

heimer bekennt sich zu einem Gemisch von Grenznutzen- und Kostentheorie .... bei beiden entsteht durch die Preisgebung der alten Zwischenmotivierung naturgemäß dieselbe Erklärungslücke, die vor ihnen schon Dietzel und Lexis unausgefüllt gelassen hatten, und deren befriedigende Ausfüllung nach meinem Empfinden jetzt auch ihnen selbst nicht gelungen ist ... Oppenheimer glaubt die Erklärungslücke vermittelst des Schlagwortes von einem »Monopol« überbrücken zu können, welches die besitzende Klasse inne hätte: wobei ich es für eine besonders wenig befriedigende Nuance halte, daß Oppenheimer in letzter Linie das Bodenmonopol auch für die Entstehung des Kapitalzinses verantwortlich machen will«.

Dazu habe ich folgendes zu bemerken:

Erstens: es ist nicht der Wahrheit entsprechend, daß ich »ein Gemisch von Grenznutzen- und Kostentheorie« als Wertlehre vortrage. Der Wert, d. h. nach meiner Definition der »statische Preis« (in meiner »Theorie« noch als »natürlicher Preis« bezeichnet) ist eine Erscheinung der Marktwirtschaft und wird in meiner Marktwirtschaftslehre lediglich und durchaus als objektive Tatsache behandelt und abgeleitet. Hier spielt die Grenznutzenlehre nicht im mindesten mehr mit ein.

Böhms Irrtum kann nur daher kommen, daß ich in der Personalökonomik der Grenznutzentheorie den ihr gebührenden Platz zuerkenne. Hier wird zwar ebenfalls der objektive, der Beschaffungswert, als der eigentliche »Wert« bezeichnet, aber es wird dargestellt, daß der »Maßstab« der Personalwirtschaft ein »kombinierter« ist, an dessen Bildung der Grenzwert seinen genau bestimmten Anteil hat. Es wird aber ausdrücklich und wiederholt erklärt, daß diese Mitwirkung in der Marktwirtschaft nicht mehr stattfindet, daß hier der Preis der Statik von durchaus nichts anderem bestimmt wird, als von den Grenzbeschaffungsaufwänden an Arbeitswerten der Kontrahenten eines Tauschgeschäfts[1]).

Daß meine scharfe Scheidung zwischen Personal- und Marktwirtschaft nützlich und notwendig war, wird mir nach den Darlegungen dieses Buches kaum mehr bestritten werden. Und da es sich beim Preise um ein lediglich marktwirtschaftliches Phänomen handelt, ist es mir gestattet, zu erklären, daß Böhms Behauptung irrtümlich ist.

Zweitens: Böhm wirft mir vor, »die Erklärungslücke vermittels des Schlagwortes von einem »Monopol« überbrücken

[1]) Meine »Theorie« S. 467.

zu wollen«. Ich muß gegen diesen Ausdruck mit aller der Entschiedenheit Protest einlegen, die auch einem bedeutenden und verehrten Toten gegenüber in sachlicher Hinsicht erlaubt ist.

Ich habe in meinem angegriffenen Werk den Nachweis, daß das Bodeneigentum ein Klassenmonopol ist, mit der äußersten Sorgfalt deduktiv zu führen mich bemüht und habe in einer späteren Arbeit[1]) den induktiven Beweis an der Hand der Statistik folgen lassen. Übrigens handelt es sich um eine Behauptung, die niemand ernstlich versuchen kann, zu bestreiten, und die zum Überfluß Böhm-Bawerk selbst ausdrücklich ausspricht[2]). Er rechnet den »gesamten Grund und Boden« unter die »Seltenheitsgüter, die von der Geltung des Arbeitsprinzips ausgenommen sind«, weil sie »wegen irgendeines obwaltenden faktischen oder rechtlichen Hindernisses gar nicht oder doch nicht in unbeschränkter Menge reproduziert werden können«. Solche Seltenheitsgüter heißen eben »Monopolgüter«!

Böhms Einwand kann sich mithin nur auf meine Spezialbehauptung beziehen, daß der »gesamte Grund und Boden« nicht »wegen eines faktischen Hindernisses« (wie er annimmt), sondern wegen eines »rechtlichen Hindernisses«, durch Sperrung also, Monopolcharakter hat. Auch für diese Behauptung habe ich nicht nur die Autorität aller mir bekannten Agrarökonomisten angeführt, sondern einen ausführlichen statistischen Beweis angetreten, auf dessen zureichende Widerlegung ich noch immer warte. Tugan-Baranowskys geradezu leichtfertigen Angriff habe ich oben bereits gebührend gewürdigt. Aber — mag er dennoch Recht haben! Meine Beweisführung, soweit sie die Theorie des Tauschwertes und der Distribution betrifft, wird nicht im mindesten dadurch berührt, ob der Boden Natur- oder Rechtsmonopol ist. Wenn er nur Monopol ist! Und das gesteht Böhm selbst ja verbis expressis zu.

Ich habe aber mehr getan, als nur diesen entscheidenden Beweis zu erbringen. Ich habe die Theorie des Monopols mit einer Ausführlichkeit entwickelt, für die die Behandlung des arg vernachlässigten Begriffs in der älteren Theoretik kaum einen schwachen Anhalt darbot. Ich habe allein im neunten Abschnitt »von der Beschaffung der Werte für die Personalwirtschaft« nicht weniger als 54 Seiten dem einen Gegenstand gewidmet (S. 235 bis 288), und ihn dann in der Lehre von der Marktwirtschaft

[1]) »Die soziale Frage und der Sozialismus«.

[2]) »Geschichte« usw. S. 530.

noch in größter Ausführlichkeit weiter traktiert. Wenn Böhm dem gegenüber von einem »Schlagwort« spricht, so ist das eine Kränkung, die ich mir bewußt bin, nicht verdient zu haben.

Hier kann von einem Schlagwort durchaus keine Rede sein. Sondern hier ist es, wenn ich recht sehe, zum ersten Male geglückt, für den uralten Gedanken der »Ausbeutung« die zureichende ökonomische Kategorie zu finden. Aller Sozialismus, namentlich der der St. Simonisten, der von Proudhon, von Marx, Rodbertus und Dühring beruht auf der klaren Erkenntnis, daß geschichtliche, »außerökonomische«, Kräfte Machtpositionen geschaffen haben, die auf die Distribution einwirken. Ja, der Gedanke ist schon älter, ist so alt, wie unsere Wissenschaft. Quesnays Scheidung zwischen dem ordre naturel, der reinen Wirtschaft, und dem ordre positif, der politischen Wirtschaft, beherrscht ihr erstes System, und Adam Smith' Kampf gegen alle Privilegien beruht auf der gleichen Grunderkenntnis. Aber niemandem vor mir gelang es, diese Machtpositionen, die in der Verfassung und in manchen Formen des Privateigentums verankert sind, in die ökonomische Kategorie einzuordnen, in die sie ihrer Natur nach gehören, in die Kategorie der Monopole. Und darum konnte es niemandem vor mir gelingen, den Prozeß bis in seine letzten Verzweigungen aufzudecken, den Wertprozeß, durch den die verschiedenen Einkommen sich ihrer Ursache und vor allem ihrer Höhe nach bilden. Wenn Marx z. B. erkannt hätte, daß sein »gesellschaftliches Kapitalverhältnis« nichts als eine Art von Monopolverhältnis ist, dann wäre er von der genialen Intuition aus, die sein bleibendes Verdienst ist, nicht wieder in die alte Kapital- und sogar Lohnfondstheorie zurückgeglitten und hätte keine Schwierigkeit gehabt, den Mehrwert richtig abzuleiten, wie wir es tun konnten. Denn kein anderer Schlüssel öffnet die Pforten unserer Wissenschaft als der richtig verstandene Begriff des Monopols.

Die hiermit der Öffentlichkeit vorgelegte Arbeit enthält grundsätzlich nichts Neues. Alle wichtigeren Gedanken sind bereits in meiner »Theorie« enthalten. Hier sind sie nur ausführlicher dargestellt, weithin ausgestaltet und kritisch gesichert. Zu alledem war in einem Lehrbuch kein Raum. Ich hoffe, daß kein Kritiker dieser Arbeit den Vorwurf des »Schlagwortes« gegen mich wiederholen wird, — dann aber war er auch gegen die knappe Fassung meiner »Theorie« nicht am Platze, wenigstens nicht von einem Manne so hohen kritischen Scharfblicks wie Böhm, der auch Andeutungen zu verstehen

wußte, wo er sich interessierte. Was so manche dii minorum gentium gegen mich drucken, die außer einer unglücklichen Liebe zur ökonomischen Theorie nichts zu dem Amt eines kritischen Richters legitimiert, läßt mich auch dann kalt, wenn sie hoch betitelt sind. Wenn es aber von einem Böhm kommt, so ist lauter Widerspruch am Platze.

Wenn er es schließlich für eine »wenig befriedigende Nuance« hält, daß ich in letzter Linie »das Bodenmonopol auch für die Entstehung des Kapitalzinses verantwortlich mache«, so glaubt er offenbar, diese »Nuance« durch Widerlegung der von ihm so genannten »Fruktifikationstheorie« abgetan zu haben. Daher sei auch diesem Gegenstande noch eine kurze Darstellung gewidmet.

4. Die Fruktifikationstheorie.

Böhm-Bawerk nennt die von Turgot vorgetragene Lehre vom Kapitalzins die »Fruktifikationstheorie«, »weil sie den gesamten Kapitalzins auf die dem Eigentümer offen stehende Möglichkeit gründet, für sein Kapital eine anderweitige Fruktifikation durch den Ankauf rentetragenden Grundes und Bodens zu finden«[1]). Er läßt Turgot sagen:

»Da auf diese Weise der Eigentümer eines Kapitals in der Lage ist, sich aus demselben durch den Ankauf von Grundstücken eine fortlaufende jährliche Einnahme zu verschaffen, so wird er nicht geneigt sein, sein Kapital in einer gewerblichen (§ 61), landwirtschaftlichen (§ 63) oder kommerziellen Unternehmung (§ 68) anzulegen, falls er nicht auch hier, abgesehen von der Erstattung aller sonstigen Kosten und Mühen, noch ebenso große Kapitalgewinne erwarten kann, als er sich durch den Ankauf von Grundstücken verschaffen könnte. Es muß darum das Kapital in allen den genannten Unternehmungszweigen einen Gewinn abwerfen«[2]).

Die Theorie hat mit der unsrigen in der Tat eine weitgehende Ähnlichkeit. In welchem entscheidenden Punkte sie sich von ihr unterscheidet, soll sofort dargetan werden. Fürs erste wollen wir betrachten, was Böhm gegen die Turgotsche Fassung einzuwenden hat:

»Sie ist ungenügend, weil sie im Zirkel erklärt. Der Zirkel wird nur dadurch verhüllt, daß Turgot seine Erklärung an dem-

[1]) Böhm-Bawerk. »Geschichte« usw. S. 74/75.

[2]) Böhm-Bawerk. »Geschichte« usw. S. 75. Die §§ beziehen sich auf Turgots Werk: »Réflexions sur la formation et la distribution des richesses«.

jenigen Punkt abbricht, dessen — unerläßliche — weitere Erklärung wieder zum Ausgangspunkt zurückkehren würde.

»Die Sache steht so. Turgot sagt: Ein bestimmtes Kapital muß einen bestimmten Zins tragen, weil man damit auch ein Grundstück von bestimmter Rente erkaufen könnte ... Aber wir müssen weiter fragen: warum kann man mit einem Kapital von 100 000 Frcs. ein rentetragendes Grundstück überhaupt, und ein Grundstück mit 5000 Frcs. Rente insbesondere kaufen? Auch Turgot fühlt, daß diese Frage gestellt werden kann und muß ... Er beruft sich auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ... Ist damit aber unsere Fragelust und Fragepflicht erschöpft? Gewiß nicht. Denn wer auf die Frage nach der Ursache einer Preisgestaltung »Angebot und Nachfrage« nennt, bietet Schalen statt Kerne .... Setzen wir aber an Turgots Stelle die vorzeitig abgebrochene Erklärung um ein kleines Stück weiter fort, so werden wir die Entdeckung machen, daß derselbe Kapitalzins, der als Wirkung des Austauschverhältnisses zwischen Boden und Kapital erklärt werden sollte, in Wahrheit die Ursache dieses Austauschverhältnisses ist. Ob man nämlich für ein Grundstück das zwanzig-, dreißig- oder vierzigfache seiner Jahresrente begehrt oder anbietet, hängt vornehmlich davon ab, wieviel Prozente das Kaufkapital sonst eintragen würde. Dasselbe Grundstück, das 5000 Frcs. Rente trägt, wird 100 000 Frcs. wert sein, wenn und weil der Kapitalzins 5 % beträgt, 50 000, wenn und weil er 10 % beträgt, und 200 000 Frcs., wenn und weil das Kapital nur $2^1/_2$ % Zinsen trägt. Statt daß daher die Existenz und Höhe des Kapitalzinses durch das Tauschverhältnis zwischen Boden und Kapital erklärt werden könnte, muß umgekehrt dieses Tauschverhältnis selbst durch die Existenz und Höhe des Kapitalzinses erklärt werden. Für die Erklärung des letzteren ist also, da der ganze Beweisgang sich im Zirkel herumdreht, nichts geleistet«.

So weit Böhm-Bawerk über Turgot. Ganz sicher scheint er sich bei seinem Gegenbeweis nicht gefühlt zu haben, denn er fügt noch einen zweiten an, abgeleitet aus seiner eigenen Agiotheorie. Wie kommt es, daß man eine ewige Rente für das zwanzig- oder dreißigfache ihres Jahresbetrages kaufen kann? »Ich glaube allgemeiner Zustimmung zu begegnen, wenn ich als wahren Grund den Umstand bezeichne, daß wir bei der Schätzung eines Grundstücks eine eskomptierende Tätigkeit vornehmen«[1]). Dieses Eskomptieren künftiger Eingänge ist aber auch die Ursache des

[1]) l. c. S. 81.

Zinses selbst. »Den Kapitalgewinn in Handel und Gewerben auf die Möglichkeit zurückzuführen, für begrenzte Kapitalsummen Boden zu erwerben, heißt also nichts als von einer Erscheinungsform des Kapitalzinses auf die andere verweisen, welche nicht minder erklärungsbedürftig ist als die erste. Warum erhalten wir Kapitalzins? und warum eskomptieren wir den Wert künftiger Zahlungs- und Nutzungsraten? Das sind offenbar nur zwei verschiedene Fragformen, die auf dasselbe Rätsel zielen«.

Betrachten wir diese Argumente näher[1]).

Zunächst hat Böhm, wie wir glauben, Turgot in dem entscheidenden Punkte mißverstanden. Er wirft seiner Lehre vor, »daß sie den Stammsitz des Wertzuwachses ganz außerhalb des Kapitals, in den rentetragenden Boden verlegt«. Das halte ich für eine falsche Interpretation. Wie aus den oben abgedruckten Darlegungen Turgots klar hervorgeht, leitet er aus der Tatsache der Vollbesetzung allen verfügbaren Bodens zuerst völlig korrekt den Kapitalprofit der gewerblichen Unternehmer (classe stipendiée) ab (§. 10). Dann erst »fangen die Grundeigentümer an, die Bearbeitung des Bodens auf bezahlte Landarbeiter abzuwälzen« (§. 11), d. h. es entsteht das arbeitslose Einkommen des Grundeigentümers. Turgot hält sich mithin ganz »im Kapitalgebiet«.

Aber, wie schon oben gesagt, diese ganze Auffassung ist, wenn auch im Kern richtig, doch noch keimhaft. Von einer Unterscheidung zwischen dem Profit auf das landwirtschaftliche Kapital und der Grundrente ist keine Rede. Außerdem liegt der ganzen Auffassung die falsche Prämisse zugrunde, daß der Boden einen nicht der Arbeit verdankten Reinertrag als pur don de la nature abwirft. Wir wollen daher auf diesen Punkt kein allzu großes Gewicht legen.

Was nun die Behauptung eines Zirkelbeweises anlangt, so möchte ich dazu bemerken, das Turgot offenbar die Absicht hat, einen Kreisprozeß zu beschreiben. Böhm fühlt das selbst, denn er sagt ausdrücklich, bevor er seinen zweiten Beweis antritt, er fühle sich »zu ganz besonderer Sorgfalt überall dort verpflichtet,

[1]) Ganz überzeugt hat Böhm nicht einmal seine treuesten Anhänger. Schumpeter, der — mit Recht — B.s Geschichte der Kapitalzinstheorien für ein Meisterwerk erklärt und seine Kritik überall anerkennt, hat doch offenbar Rückfälle in die Fruktifikationstheorie. Er schreibt (»Theorie der wirtsch. Entwicklung.« Leipzig. 1912. S. 402): »Die Lösung des Problems des Kapitalwertes von Grund und Boden und Monopolen, liegt für uns sehr nahe. Kein Kapitalist kann . . . ein Stück Land höher schätzen, als jene Geldsumme, die ebensoviel Zins trägt, wie jenes Rente. Kein Kapitalist kann . . . ein Stück Land niedriger schätzen«.

wo es sich um den Charakter kausaler Wechselbeziehungen zwischen volkswirtschaftlichen Erscheinungen handelt«. Alles Organische ist reziprok, funktional, alle organischen Prozesse laufen im Zirkel; und so kann man sie nur sehr schwer oder gar nicht ausreichend beschreiben, ohne den Anschein einer Zirkelerklärung hervorzurufen [1]).

So, wie es mir scheint, steht es auch hier. Turgot steht vor der, das ganze Denken seiner Schule beherrschenden Tatsache, daß der Boden ein arbeitsfreies Einkommen, das produit net, hervorbringt. Es erscheint ihm als naturgegeben, als ein »pur don de la nature«. Er steht vor der zweiten Tatsache, daß man solchen Boden mit solchem Reinertrage für ein jeweilig bestimmtes Multiplum der Rente, ein Kapital, verkaufen und kaufen kann. Das ganze ist ein Kreisprozeß. Und zwar ist die Ursache des Kapitalzinses gegeben in dem Faktum des produit net: aber nun stellt sich seine Höhe fest durch das Verhältnis der zum Bodenkauf angebotenen Kapitale zu der zum Verkauf angebotenen Gesamtbodenfläche. Wenn z. B. 10000 ha Land zum Verkauf stehen und 10 Millionen Frcs. dagegen angeboten werden, ist das Land durchschnittlich 1000 Frcs. pro ha wert. Und wenn das produit net pro ha 60 Frcs. beträgt, so steht der Zinsfuß auf 6% [2]).

Die Lösung ist nicht befriedigend, das ist klar: denn in der Tat gibt die Erklärung aus Angebot und Nachfrage nur Schale statt des Kerns. Sie kann niemals die Stabilität des Preises ableiten, die sich doch, trotz aller Schwankungen, und durch sie hindurch, offenbar auch hier durchsetzt. Aber eine Zirkelerklärung liegt meines Erachtens nicht vor.

Das zweite Gegenargument steht und fällt mit der Wahrheit der Agiotheorie, der Lehre von der »Eskomptierung künftiger Zahlungs- und Nutzungsraten«. Da wir diese Lehre für widerlegt halten, haben wir nicht noch einmal darauf einzugehen. Damit dürfen wir zu der Kritik übergehen, die Böhm-Bawerk einem neueren Vertreter der Fruktifikationstheorie, Henry George, zuteil werden läßt.

George führt, ähnlich wie Turgot, den Kapitalzins auf die Tatsache zurück, daß manche Kapitale auf Produktionen verwendet

[1]) In seiner Abhandlung »Wert, Kosten und Grenznutzen« (Jahrb. f. Nat.-Ök. und Statistik. 1892. S. 359 Anm.) bespricht Böhm selbst sehr fein die Möglichkeit, daß die Erklärung eines Kreisprozesses aussehen kann wie eine Zirkelerklärung.

[2]) Es darf hier daran erinnert werden, daß Böhms eigene Theorie sich bei der Bestimmung des Zinses der Höhe nach in nichts anderem als in Zirkelschlüssen dreht, wie oben gezeigt.

werden, die sich »die tätige Kraft der Natur, das Prinzip des Wachstums« zu Nutze machen. Ein in Weidetieren angelegtes Kapital vermehrt sich durch die natürliche Vermehrung der Herde. Daraus folgt ein Gewinn. Und der gleiche Gewinn muß nun nach dem Prinzip der Nivellierung aller Profite auch allen übrigen Kapitalen gleicher Größe zuwachsen.

Diese Auffassung unterscheidet sich, wie Böhm sehr fein bemerkt, von der Turgotschen nur dadurch, »daß Turgot den Stammsitz des Wertzuwachses ganz außerhalb des Kapitals, in den rentetragenden Grund und Boden verlegt, während ihn George innerhalb des Kapitalsgebietes in gewissen natürlichen fruchtbaren Güterarten sieht.

»Der wichtigsten Einwendung, die wir gegen Turgot zu erheben hatten, ist George durch diese Nuance ausgewichen. Turgot hatte unerklärt gelassen, warum man die Grundstücke, die sukzessive eine unendliche Rentensumme aufbringen, schon um einen relativ niedrigen Kapitalpreis erkaufen, und damit dem unfruchtbaren Kapitale den Vorteil einer immerwährenden Fruktifikation verschaffen kann. Bei George versteht es sich dagegen von selbst, daß man unfruchtbare Güter im gleichen Verhältnis gegen fruchtbare austauscht. Denn da letztere durch Produktion in beliebiger Menge hervorgebracht werden können, so duldet die Möglichkeit, ihr Angebot zu vermehren, nicht, daß sie einen höheren Preisstand als unfruchtbare Güter von gleichen Produkionskosten genießen.

»Dagegen ist Georges Theorie zwei anderen, und wie ich glaube entscheidenden Ausstellungen ausgesetzt. Erstlich ist die Sonderung der Produktionszweige in zwei Gruppen, in deren einer die lebendigen Kräfte der Natur ein besonderes Element neben der Arbeit bilden sollen, in der anderen nicht, gänzlich unhaltbar«. Das ist richtig und allgemein anerkannt, und darüber nicht mehr zu sagen, als daß die Kräfte der Natur überall mitwirken, auch in der Industrie.

»Zweitens aber hat George jene Uranschauung des Zinses, mit der er alle anderen Zinserscheinungen erklären will, selbst nicht erklärt. Er sagt, alle Güterarten müssen Zins tragen, weil man sie gegen Saatgetreide, Vieh oder Wein vertauschen kann, und diese einen Zins tragen. Aber warum tragen diese einen Zins?«

Die Kritik ist schlagend. George hat die physische Produktivität mit der Wertproduktivität, hat den »Rohzins« mit dem

»Reinzins« verwechselt. Er hat angenommen, aber nicht bewiesen, »daß zehn Weizenkörner mehr wert sind als ein Korn + der aufgewendeten Bodenleistung[1]) + der aufgewendeten Arbeit«; er hat, m. a. W., in der auf diesem Gebiet typischen petitio principii den Reinzins als Ausgangspunkt seiner Ableitung des Reinzinses angenommen. Er ist dem Einwand entgangen, der vielleicht gegen Turgot zieht, hat sich dafür aber anderen ausgesetzt, denen Turgot nicht unterliegt, weil er von der vermeintlichen Tatsache eines von Natur gegebenen Überschusses des Ackerbodens ausging.

Sehen wir nun zu, ob unsere eigene Theorie sich diesen Einwänden gegenüber zu behaupten vermag?

Wir gehen, wie Turgot, von der Tatsache aus, daß in der kapitalistischen Gesellschaft jedes Stück bebauten Bodens einen Überschuß, ein dem kapitalistischen Bebauer zufließendes produit net abwirft. Aber dieses produit net ist nicht ein reines Geschenk der Natur, sondern Monopolgewinn eines Klassenmonopols, beruhend darauf, daß aller verfügbare Boden besetzt ist, gleichviel ob ökonomisch, durch kleine Landwirte, oder politisch, durch Sperrung. Dadurch erhält zunächst jeder Bodenbesitzer ein Einkaufsmonopol gegenüber den Landlosen, die eben durch die Tatsache der »Vollbesetzung des Bodens« zu einer Arbeiterklasse geworden sind (daher »Klassenmonopol«). Er kauft ihre Arbeitsdienste unter ihrem statischen Konkurrenzpreise, zahlt ihnen anstatt dessen den Monopolpreis, den »Monopollohn«, d. h. ihren »vollen Arbeitsertrag«, gekürzt um den Monopolgewinn[2]).

---

[1]) Im Original gesperrt! Ich brauche nicht zu sagen, daß ich gegen die »Zurechnung« der »Bodenleistung« den stärksten Widerspruch erhebe. Aber grundsätzlich ist das hier ohne Belang. George hat auch nicht bewiesen, daß die zehn Körner mehr wert sind als das eine Saatkorn + den Kosten der Bestellung + der aufgewendeten Arbeit.

[2]) All das ist fast wörtlich Turgot. Er schreibt (§ 6): »Dem einfachen Arbeiter, der nur seine Arme und seine Geschicklichkeit hat, bleibt nichts übrig, als seine Arbeitskraft an andere zu verkaufen; der ... Preis ergibt sich aus dem Vertrage, den er mit dem schließt, der seine Arbeit bezahlt. Dieser bezahlt ihm so wenig wie möglich. Und da er die Wahl zwischen einer großen Anzahl hat, zieht er den vor, der am billigsten arbeitet. Die Arbeiter sind also genötigt, den Preis um die Wette zu drücken.« Hier wird das »Einkaufsmonopol« der Unternehmer mit unzweideutigen Worten beschrieben. Turgot hat naiverweise nicht gefragt, aus welchem Grunde das pur don de la nature nicht dem Lohne zuwächst, und hat es ohne weiteres dem Boden »zugerechnet«: das ist sein Fehler, aber nicht das, was ihm Böhm vorwirft, der selbst (»Geschichte« usw. S. 207) gegen Thünen schreibt: »Dieses Plus an Produkten könnte ebensogut als Mehrlohn an die Arbeiter, die ja zur Erzielung desselben ebenso unentbehrlich waren als das Kapital, wie als Zins an den Kapitalisten erfolgt werden«.

Dieser Monopolgewinn aber ist nicht etwa Grundrente, sondern ist Kapitalprofit, ist »Kapitalzins«. Es ist derjenige Gewinn, der auf dem Grenzboden erlangt wird; und der trägt bekanntlich nur Lohn und Profit, aber keine Grundrente. Die Mehrerträge, die besserer und marktnäherer Boden bringt, sind nicht Klassenmonopolgewinne, sondern sind Personal-, und zwar nicht etwa Tauschmonopol-, sondern sogar nur Produktionsmonopolgewinne. Sie kommen nicht einmal durch Aufschlag auf den statischen Preis der Produkte zu Lasten der Konsumenten zustande, sondern sind nur Differentialgewinne begünstigter Produzenten gegenüber den Grenzproduzenten und relativ sehr harmlos.

Rodbertus und Marx hatten mithin ein völlig richtiges Empfinden, wenn sie »Grundrente« und »Profit« in eine Masse zusammenfaßten — jener als »Herrenrente«, dieser als »Mehrwert«, und die Differentialrenten besserer Böden mehr nebensächlich behandelten. Was ihnen fehlte, war lediglich die letzte terminologische Klarheit. Der Urmehrwert, das große Problem, ist in der Tat, in der Landwirtschaft wie in der Industrie und im Handel, der Profit: der von allen Arbeitern gleichmäßig gesteuerte, auf alle Kapitale gleichmäßig verteilte Monopolgewinn.

Welches Kapital wird nun durch dieses Zinseinkommen repräsentiert? Wie wird das Zinseinkommen kapitalisiert?

Auch darauf erteilen wir eine durchaus präzise Antwort; wir geben nicht die leere Schale einer Erklärung aus Angebot und Nachfrage, sondern den Kern selbst, indem wir, und das ist bisher niemandem geglückt, den statischen Wert des auf dem Grenzboden funktionierenden Normalkapitals als Summe des statischen Preises seiner Komponenten, des autogenen Wertes von Wertdingen niederer Ordnung, bestimmen.

Um ein Grenzgrundstück von irgendeiner Größe zu bewirtschaften, muß der Eigentümer — einen Pächter findet er bekanntlich nicht, es sei denn zur Rente Null — über eine je nach dem Entwicklungsstande der Gesellschaft bestimmte Menge von Gütern verfügen: Saatgut, Geräte, Wagen, Zug- und Wuchertiere, Gebäude für die Wohnzwecke seiner eigenen Familie und gegebenenfalls seiner Arbeiter, Wirtschaftsgebäude, Brunnen, Zäune usw., und schließlich eine zur Zahlung der Löhne ausreichende Menge baren Geldes. Jedes dieser Güter hat einen nach unserer Formel exakt bestimmten statischen Preis; die Summe sämtlicher Einzelpreise stellt das dar, was man leider noch immer sein »Kapital

im volkswirtschaftlichen Sinne« nennt. Und auf dieses »Kapital« verrechnet sich der auf das Grundstück entfallende Profit.

Und zwar ist das nicht der Profit, den der einzelne individuelle Grenzproduzent seinen individuellen Arbeitern abpreßt, sondern, um es ausdrücklich zu wiederholen, der Durchschnittsprofit, der, dank der Nivellierung durch die Konkurrenz, auf alle Grenzkapitale gleichen statischen Gesamtpreises gleichmäßig entfällt. Dieser Durchschnittsprofit wird zu dem Werte des »volkswirtschaftlichen Kapitals« in Proportion gesetzt, und daraus gewinnt man, auf je hundert Geldeinheiten verrechnet, den in Prozenten ausgedrückten Profitsatz, und daraus wieder den Kapitalisierungsfuß, der nun, mit dem Ertrage multipliziert, den Wert des »privatwirtschaftlichen« Kapitals ergibt und zwar bei den Grenzkapitalien selbstverständlich — denn es ist ja nur eine »Gegenprobe« — den gleichen statischen Preis, den das volkswirtschaftliche Kapital, den die Beschaffungsgüter in ihrer Gesamtheit darstellen, bei den begünstigten Kapitalen aber und den Böden höherer Rentierung einen höheren, aber durch ihren Ertrag ebenfalls genau bestimmten statischen Preis. Einen Preis, der genau so hoch ist, daß jeder Käufer einer solchen, durch ein Monopol oder »Monopoloid« (v. Wieser) gegebenen ökonomischen Vorzugsstellung von seinem zum Ankauf verwendeten Gelde auch gerade nur den Durchschnittsprofit einstreichen wird. Das ist der Sinn des von Lexis mit besonderem Nachdruck immer wieder betonten Satzes, daß alle Vorzugsstellungen die Tendenz haben, privatwirtschaftlich zu verschwinden.

In dieser ganzen Erklärung ist nichts, was »unbefriedigend« genannt werden dürfte. Zunächst ist sie dem gegen Turgot gemachten Einwand so wenig ausgesetzt, wie die Georgesche, und darf für sich gleichfalls in Anspruch nehmen, »daß sie den Stammsitz des Wertzuwachses nicht ganz außerhalb des Kapitals, in den rentetragenden Boden verlegt, sondern, wie George, innerhalb des Kapitalgebietes bleibt«. Sie enthält infolgedessen auch keine Zirkelerklärung, nicht einmal die verdächtige Beschreibung eines Kreisprozesses, sondern geht geradlinig von der Ursache zur Wirkung. Und sie leitet den Kapitalisierungswert des Privatkapitals schließlich nicht aus Angebot und Nachfrage, sondern mit größter Präzision als statischen Preis des volkswirtschaftlichen Kapitals ab.

Damit scheint alles geleistet, was irgend gefordert werden darf. Unsere Formeln sind so präzis, daß wir es ablehnen dürften,

das letzte, nur akademisch, jedenfalls nicht ökonomisch, sondern allenfalls psychologisch interessante Probleme zu diskutieren, warum eine ewige Rente mit einem verhältnismäßig geringen Multiplum ge- und verkauft wird. Aber Böhm hält diese Tatsache augenscheinlich für eins der festesten Bollwerke seiner Agio- und Eskomptetheorie, und so wollen wir uns darauf einlassen, um der geistvollen Lehre auch diese Scheinstütze noch zu entziehen.

Der erste und wichtigste Einwand ist der folgende: in der kapitalistischen Gesellschaft wird eine ewige Rente niemals verkauft, sondern nur gegen eine andere Rente gleichen Wertes vertauscht. Freilich, durch Vermittlung des Geldes! Und dadurch hat Böhm-Bawerk sich täuschen lassen, wie so viele vor ihm und nach ihm durch den Geldschleier getäuscht worden sind.

Es gibt schon in der Statik zahlreiche Gründe, aus denen der Tausch einer Vorzugsstellung, eines rentierenden Vermögens, gegen ein anderes gleichen Betrages gewünscht und vorgenommen wird. Hier ist ein alternder Fabrikant oder Grundbesitzer, der in der Lage oder gezwungen ist, auf den bisher neben seinem Kapitalprofit (und eventuell seiner Grundrente) vereinnahmten Unternehmerlohn fortan zu verzichten — dort ein junger Mann, der nach Beendigung seiner beruflichen Vorbereitung ins Erwerbsleben treten will, um zu den Zinsen seines ererbten Vermögens den Lohn qualifizierter Leiterarbeit zu gewinnen. Sie tauschen, unmittelbar oder durch Vermittlung des Geldes mittelbar: der ältere wird Leihkapitalist, Rentner, der jüngere aus einem Leihkapitalisten zum Produktivkapitalisten, indem er seine Hypotheken oder Staatsobligationen für das Gut oder die Fabrik hingibt. Andere Fälle sind leicht zu konstruieren.

In der Dynamik der Realität kommt noch hinzu, daß das Gesamteinkommen der einzelnen Kapitalisten Risikoprämien von verschiedener Höhe mit enthält. Wer es, um ein Wort des Bankiers Bleichröder anzuführen, vorzieht, »gut zu schlafen«, wird unter Verzicht auf die Risikoprämie sein gefährdetes Kapital an einen Mutigeren oder Leichtsinnigeren abzutreten geneigt sein, der es vorzieht, »gut zu essen«. Und so sind noch viele Fälle denkbar, wo zwei Kapitalisten vorhanden sind, deren Jedem das Kapital des Anderen einen höheren »subjektiven Gebrauchswert« darstellt, als das eigene, und die deshalb tauschen, trotz ganz des gleichen statischen Preises, trotz des gleichen »objektiven Wertes«

der beiden rentierenden Vermögen. Und dazu kommen die zahlreichen Fälle, wo der eine von beiden weiß oder zu wissen glaubt, daß das eigene Vermögen einer Wertverminderung, das andere einer Wertvermehrung entgegensieht, z. B. durch ein neues technisches Verfahren, das das alte Beschaffungsgut »moralisch« entwertet, oder durch einen Bahnbau, der ein Grundstück im statischen Preise erhöht.

Aber gleichviel, aus welchen Gründen: in der Statik wenigstens verkauft man keine Rente, sondern vertauscht sie nur gegen eine andere exakt des gleichen Ertrages.

Nun könnte Böhm einwerfen, daß er nicht nur von der Statik rede. In der Realität der dynamischen Gesellschaftswirtschaft komme es jedenfalls, wenn auch relativ selten, vor, daß jemand eine ewige Rente verkauft, um ihren statischen Preis in Geld zu lobens- oder tadelnswerten Zwecken zu verbrauchen. Und das sei nicht einmal im landläufigen Sinne immer »unwirtschaftlich«. Wenn der »Grüne Heinrich« die uralte »Gülte« versilbert, um von dem Erlöse seine Studienkosten zu bestreiten, so handelt er der Absicht nach durchaus rationell, was ja leider oft mit »wirtschaftlich« verwechselt wird[1]).

Wir wollen uns auch auf dieses Argument noch einlassen, obgleich wir nicht dazu verpflichtet sind, da wir nur von der Statik handeln. Die Antwort lautet folgendermaßen: der leichtsinnige Kapitalist verkauft gar keine »ewige Rente«, sondern nur ihr Substrat, er verkauft nicht seinen nutzbaren Anteil am Klassenmonopolverhältnis, sondern lediglich die dieses Verhältnis vermittelnden Sachen«.

Daß das keine Spitzfindigkeit und Haarspalterei ist, erkennt man sehr leicht, wenn man den Fall ins Auge faßt, wo ein volkswirtschaftliches Kapital nicht verkauft, sondern durch Mißverwaltung zerstört wird. Wenn ein landwirtschaftlicher Grenzproduzent »kalt abbrennt«, d. h. die Gebäude verfallen läßt, das Inventar verkauft usw., so schwindet seine »ewige Rente« in demselben Maße dahin, wie ihr sachliches Substrat, ohne Tausch und Eskompterechnung.

Hier bestehen Schwierigkeiten, besteht der Schein des Paradoxen nur für denjenigen, der die Gesetze der Zurechnung von Monopolgewinnen nicht kennt, und sich daher damit abquält, zwischen dem Werte des sachlichen Substrats und dem Werte des Ertrages von Monopolen überhaupt grundsätzliche funktionale

[1]) Vgl. unten unter 5. Schumpeters Dynamische Kapitalzinstheorie S. 218 ff.

Beziehungen ausfindig zu machen. Wir wissen, daß es solche Beziehungen nicht gibt und nicht geben kann, weil das sachliche Substrat immer nur die Bedingung, aber niemals die Ursache, immer nur der Vermittler, aber nie der Träger des Monopolgewinnes ist. Das Monopol ist eine unrichtige Wage: was sie dem Begünstigten am langen Hebelarm zuwiegt, hängt nicht nur von dem Gewicht ab, das er in seine Schale gelegt hat, dem sachlichen Substrat, sondern auch von der Länge des Hebelarms!

Nun ist auch das Kapitalverhältnis ein Monopolverhältnis. Unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen gewährt ein Eigentum an Produktivgütern von bestimmtem Werte als sachliches Substrat einen gegebenen Monopolgewinn, den Profit. Wer das Substrat zu kaufen imstande ist, erhält seinen Anteil an dem Monopolverhältnis und dem Gewinn; wer leichtsinnig oder unglücklich genug ist, es zu vergeuden oder zu verlieren, geht seines Anteils am Monopolverhältnis und des Gewinns verlustig.

Aber jener kauft und dieser verkauft keine »ewige Rente«, sondern lediglich Güter, Produktivgüter von ganz bestimmten statischen Preisen. Und darum ist von einer Eskompterechnung gar keine Rede! –

Damit dürfte auch dieser Einwand erledigt und gleichzeitig die Scheinstütze der Böhm-Bawerkschen Agiotheorie beseitigt sein.

5. Schumpeters dynamische Kapitalzinstheorie.

Um unsere antikritische Sicherung zu vollenden, bleibt uns noch übrig, die dynamische Kapitalzinstheorie zu widerlegen, die Schumpeter in seiner mehrfach zitierten »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« vorgetragen hat[1]).

Er will beweisen, daß der »Kapitalzins« in der Statik nicht vorkommen kann. Statische Einkommen gibt es ihm zufolge außer dem — von ihm als wenig belangreich aufgefaßten — Monopoleinkommen nur zwei: eines für »Bodenleistungen« vergütet, die Grundrente; — und eines für Arbeitsleistungen vergütet, den Lohn. Der Zins aber ist der Statik fremd, ist ein essentiell dynamisches »Friktionseinkommen«.

Der Beweisgang für diese letzte Behauptung ist nicht neu. Böhm-Bawerk hat kritisch zu zeigen versucht, daß keine der

[1]) Angekündigt bereits in der cit. Arbeit aus Schmollers Jahrbuch XXXI, (1907) S. 53 ff, und in der Einleitung zu »Wesen und Hauptinhalt«. S. XX.

älteren Kapitalzinstheorien zur Erklärung hinreicht, und hat darum seine eigene Agiotheorie aufgestellt. Aber die Argumentation ist im grundsätzlichen schon viel älter. Karl Marx führt z. B. im ersten Bande seines »Kapital« den Leser kunstreich auf den Gipfel der Spannung dort, wo es sich um die Erklärung des »Mehrwerts« handelt, der ja mit dem Profit so gut wie identisch ist. Auch er zeigt, daß er unter der geltenden Voraussetzung des Austauschs gleicher Werte in der Statik nirgend entstehen kann, wo der Kenner der bisherigen Lösungsversuche seinen Ursprung vermuten könnte — und zeigt dann triumphierend, wo er dennoch entsteht. Wir haben die Lösung im Text ausführlich dargestellt und widerlegt: es handelt sich um den vermeintlichen Kauf der Ware »Arbeitskraft« zu ihrem Tauschwert, der dem Kapitalisten das Recht gibt, ihren Gebrauchswert auszunutzen: die Fähigkeit, selbst Tauschwert zu schaffen.

Schumpeter mußte, aus ungefähr den gleichen Erwägungen heraus, zu dem gleichen Ergebnis gelangen[1]), da er Böhm-Bawerks Kritik der sämtlichen bisherigen Kapitalzinstheorien annimmt. Da es aber auch, wie dargestellt, Böhms eigene Lösung, die Agiotheorie, gleich uns ablehnt, so bleibt kaum noch ein anderer Ausweg als der von ihm gewählte: der Kapitalzins ist überhaupt kein der Statik angehöriges Phänomen, sondern bildet sich nur in der Dynamik.

Das wäre grundsätzlich gewiß denkbar. Wir haben aber bereits, kurz vorweisend, dargetan, daß es überhaupt unmöglich erscheint, die Bildung des Kapitalzinses als des Monopolgewinnes eines Klassenmonopols, und zwar eines Einkaufsmonopols gegenüber den Anbietern von niederen Diensten, noch zu bestreiten, sobald man gezwungen ist, zuzugeben, daß das unvermehrbare Gut »Boden« völlig, und zwar derart appropriiert ist, daß viele ohne Bodenbesitz sind. Jedenfalls ist damit der Zins als statische Erscheinung abgeleitet, und zwar nicht nur seiner Ursache, sondern auch, und zwar zum ersten Male!, seiner Höhe nach.

Nun, Schumpeter konnte diese Theorie, die er ja kannte[2]), unmöglich annehmen: sonst hätte er seine eigene preisgeben müssen.

[1]) Er schreibt in seiner Replik auf Böhms Kritik seiner »Theorie« in der Ztsch. f. Volksw. Pol. u. Verwaltung XXII, (1913). S. 603: Vor allem hat das Resultat, daß es in einer Wirtschaft ohne alle Neugründungen und Unternehmungen . . . keinen Produktivzins geben würde, nichts absurdes an sich; zu seinem Nachweise wurden nur Gedankengänge verwendet, die weithin . . anerkannt werden«.

[2]) Vgl. seine Anzeige meiner »Theorie« in Ztsch. für Volksw., Pol. und Verw. 1913. S. 797 ff.

Denn von dem Augenblick an, wo er zuzugeben genötigt wäre, daß der Kapitalprofit ein Monopolgewinn ist, hätte er keine grundsätzliche Möglichkeit mehr zu bestreiten, daß der Profit ein statisches Phänomen ist. Er wiederholt nämlich unzählige Male die vollkommen richtige Behauptung, daß es in der Statik nur zwei über den reinen Kostenersatz hinausgehende Einkommen geben kann, nämlich die Vergütung für »Bodenleistungen« — und Monopoleinkommen[1]).

Schumpeter lehnt aber die Möglichkeit ab, »daß der Zins seine typische Quelle in einem Monopolgewinne hat«. Das betrachtet er als »ausreichend sichergestellt«[2]). Wodurch sichergestellt? Er gibt eine Antwort auf diese Frage, auf Seite 337, wo er vom Monopoleinkommen im allgemeinen spricht: »Wäre es dasselbe, was man als Zins bezeichnet, so wäre alles in Ordnung. Unsere drei Fragen wären befriedigend beantwortet. Man hätte eine Quelle, deren Dasein die Theorie des Monopols erklärt, man hätte auch die Ursache, aus der sich die Zuweisung an die Monopolisten ergibt, und endlich auch die Erklärung dafür, daß weder Zurechnung noch Konkurrenz den Ertrag vernichtet. Allein solche Monopolverhältnisse bestehen nicht regelmäßig und zahlreich genug, und vor allem gibt es Zins auch ohne sie«.

Man sieht, er denkt ausschließlich an das, was wir als Personalmonopole bezeichnet haben. Die können allerdings nichts erklären. Das kann nur das Klassenmonopol. Und daran denkt er nicht. Vielleicht wird er nun durch die vorgetragene Theorie bewogen, darüber nachzudenken, ob es »bei freier Konkurrenz Grundherren und Arbeiter«[3]) überhaupt geben könnte. Wir glauben unseren Standpunkt bewiesen zu haben, daß bei wirklich freier Konkurrenz es weder Grundherren noch Arbeiter geben könnte: denn beide sind nur möglich auf Grund des Bodenmonopols — und wo ein Monopol besteht, besteht ipso verbo keine freie Konkurrenz. Und daß deren »Annahme als methodisches Hilfsmittel im rein ökonomischen Systeme der Zukunft« unentbehrlich ist, das hat niemand schärfer als Schumpeter selbst betont[4]). Und mehr als das! Wenn er auch nichts vom Klassenmonopolverhältnis wissen will, so beschreibt er es doch völlig zutreffend: »konkurrieren kann mit dem Unternehmer der gewöhnliche Arbeiter

[1]) »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« S. 68, 94, 191, 336, 342, 344, 350, 401, 529, 531.

[2]) l. c. S. 345.

[3]) l. c. S. 38.

[4]) »Wesen und Hauptinhalt.« S. 195.

sicher nicht, sondern nur jemand in gleicher sozialer Position, nur da ist die Sonne gleich verteilt«[1]). Wo aber jemand nicht konkurrieren kann oder darf, obgleich er will, da besteht eben ein Monopol. Was Schumpeter sagt, entspricht vollkommen meiner Grundthese, daß jede Wirtschaftsperson dasjenige Einkommen hat, das ihrer Qualifikation und ihrer Stellung zu Monopolverhältnisen entspricht.

Kehren wir nun zu dem positiven Teil seiner Arbeit, seiner dynamischen Kapitalzinstheorie zurück.

Er bedient sich zu seinem Beweise einer ad hoc geschaffenen Konstruktion der Statik, von der man wenig sagt, wenn man sagt, daß sie allen bisherigen Vorstellungen, auch seiner eigenen in seinem ersten Werke, sehr wenig ähnlich ist. Streng genommen ist es überhaupt keine Statik, sondern ein Zustand, der sich fortwährend ändert. Vor allem wird die Bevölkerung als wachsend angenommen; auch Störungen aller Art werden zugelassen[2]). Das alles aber gibt noch keine »Entwicklung«, obgleich Schumpeter natürlich — es ist das ABC der alten Klassik[3]) — weiß und würdigt, daß mit der Bevölkerungsvermehrung einerseits der Markt und die Arbeitsteilung wachsen, und dadurch die Güterproduktion zunimmt, während andererseits der Anbau auf geringere Böden gedrängt wird, und dadurch die Relation der Preise der Bodenprodukte zu der der Fabrikate sich zuungunsten dieser verschiebt. Aber das alles nennt er nicht »Entwicklung«, sondern nur »Anpassung«. Darunter versteht er Änderungen, die darauf beruhen, »daß jedes Angebot nur auf vorhandene Nachfrage hin erfolgt«[4]).

Schumpeter gibt sich nun alle Mühe, nachzuweisen, daß, entgegen der Ansicht aller früheren Theoretiker, diese »Anpassung«, trotz vermehrter Kooperation und ihrer Folgen, zu keiner irgendwie nennenswerten »Entwicklung« führen könnte. Er versucht, sich dabei auf die Klassiker zu berufen, — aber es widerfährt ihm ein bedauerlicher Irrtum: »Wenn nichts anderes geschieht, als daß sich die Bevölkerung vermehrt, ... so wird dasselbe statische Wertsystem im großen und ganzen erhalten bleiben, es wird nur der Grad der Bedürfnisbefriedigung für jene Wirtschaftssub-

[1]) l. c. S. 351; fast wörtlich sagt das gleiche Tugan-Baranowsky an der schon zitierten Stelle »Soziale Theorie«. S. 12.

[2]) »Irrtümer und Glücksfälle, unbeabsichtigte und unerwartete Abweichungen der Ergebnisse der Wirtschaft vom Wirtschaftsplan, Notlagen und zufällige Überfülle«. l. c. S. 341.

[3]) Vgl. die erschöpfende Darstellung. l. c. S. 474.

[4]) l. c. S. 432 Anm.

jekte erhöht werden, welche von den niedrigen Arbeitspreisen Vorteile ziehen... An diese Wirkung dachten die Klassiker, und daß sie nur an diese Wirkung dachten, beweist der Umstand, daß sie alle — und vor allen natürlich Malthus — die Bevölkerungsvermehrung über einen gewissen Punkt hinaus negativ werteten. Und ganz mit Recht« (l. c. S. 476). Die Behauptung ist unwahr. Sie gilt nur für die bourgeoisökonomische Klassik der Malthus und Ricardo: Adam Smith aber war in bezug auf die Volksvermehrung noch Populationist vom höchsten Optimismus, freilich nur für eine »fortschreitende Gesellschaft«. Aber es kann gar keine Rede davon sein, daß er die Stagnation oder den Rückschritt einer Gesellschaft auf eine den »gewissen Punkt« überschreitende Volksvermehrung hätte zurückführen wollen. Nur wenn eine Gesellschaft aus ganz anderen Gründen, nämlich durch Beschränkung der freien Konkurrenz, stagniert oder rückschreitet, führt weitere Volksvermehrung zu schweren Erscheinungen.

Dem mag nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls kann es nach Schumpeter von dieser »Anpassung« aus niemals zu einer »Entwicklung« kommen. Diese kann nur folgen aus dem Auftreten kühner frecher Neuerer, der Unternehmer, die aus Freude an sozialer Machtstellung oder aus Freude am »Gestalten« [1]) mit neuen technischen, kaufmännischen, organisatorischen Prinzipien den schläfrigen Rhythmus der »Anpassung« durchbrechen und mit ihrem Angebot der Nachfrage vorauseilen, auf jede Gefahr hin, die aus dem Steuern in unbekannte Meere der Wirtschaft für sie und ihre Gefolgsmannen folgen könnte. Glückt es ihnen, so erhalten sie ihren Unternehmergewinn, der halb statisch als Qualifikationslohn, als »Genielohn«, halb dynamisch als Konjunkturgewinn aufgefaßt wird. Daran wird der »Kapitalist«, der nur als Leihekapitalist aufgefaßt wird, beteiligt [2]); das ist der Ursprung des Kapitalzinses. Und da immer neue Unternehmer auftauchen, oder schon vorhandene immer neue glückliche Neuerungen vornehmen, ehe noch die Konkurrenz der Minderbegabten die Preise und Gewinne der älteren Betriebe auf das Niveau herabgezogen hat, wo es keine, über die Produktionskosten (inkl. des gewöhnlichen Leiterlohns) [3]) hinausgehende Gewinne mehr gibt, so kann der Kapitalist in einer fortschreitenden,

---

[1]) l. c. S. 138.

[2]) Zum Begriff des Unternehmers gehört nicht der eigene Kapitalbesitz, wie Sch. richtig ausführt. Hat er solchen, so ist er eben zufällig sein eigener Kapitalist.

[3]) Der »Leiter« ist nicht immer Unternehmer, wenn auch der Unternehmer immer »Leiter« ist.

durch Unternehmergenies in »Entwicklung« begriffenen Gesellschaft immer seinen Kapitalzins erlangen. Um ein altes Bild zu brauchen, das Schumpeter selbst nicht anwendet: der ganze Mechanismus gleicht dem Windkessel einer Feuerspritze; die von dem Unternehmergewinn als Kapitalvergütung abgezweigten Teile fließen stoßweise ein, aber im kontinuierlichen Strom als Kapitalzins ab; und derart erweckt das Phänomen den Anschein, statisch zu sein, während es in der Tat essentiell dynamisch ist.

Wir haben hier also eine neue Version des »Neoliberalismus«, wie ihn uns Reinhart, Ehrenberg, Julius Wolf, Pohle u. a. in den letzten Jahren vorgetragen haben: die »hero-worship« übertragen auf den »Industriekapitän«, der Kapitalprofit serviert als Genielohn!

Nur freilich ist das hier viel geistreicher geschehen als je zuvor. Während jene älteren Spielarten ohne weiteres damit abgetan werden konnten, daß man auf die Dividende der Aktionäre und den Zins der Obligationäre hinwies, die doch unmöglich als Genielohn aufgetakelt werden durften, gibt Schumpeter den Leihkapitalisten völlig preis; dieser erscheint fast durchaus als reiner Parasit. Aber er beutet nicht etwa die Arbeiter und Konsumenten aus, sondern den »Heilbringer«, den Unternehmer; und der kann es ja vertragen, um so mehr, als ihm am Gelde und Erwerb per definitionem gar nichts gelegen ist.

All das wird mit hinreißender Beredsamkeit vorgetragen, mit einem dithyrambischen Schwung, der so begnadeter Helden würdig ist. In der Tat: viel mehr ein Heldengedicht als nüchterne Wissenschaft!

Ein Stück Wahrheit steckt mindestens im Ausgangspunkt. Wir müssen hier auf die Anmerkung (S. 33) zurückgreifen, die wir oben im Abschnitt von der »Statik der Marktwirtschaft« gemacht haben. Wir schrieben dort, daß diese Statik sich nur dadurch einstellen kann, »daß jeder Produzent die Produktion weniger lohnender Produkte aufgibt oder doch einschränkt, während er die Produktion lohnender Produkte neu aufnimmt oder doch erweitert«.

Wenn das wahr ist — und wir sehen nicht, wie es bestritten werden könnte —, dann ergibt sich, daß sich für die kapitalistische Verkehrsgesellschaft eine Statik, streng genommen, gar nicht vorstellen läßt, weil hier jeder Produzent zwar geneigt ist, bei steigenden Preisen seine Produktion auszudehnen, nicht aber, sie bei sinkenden Preisen einzuschränken. Man müßte also behufs Konstruktion ihrer Statik

eine unerlaubte Abstraktion vornehmen, eine Abstraktion von einem wesentlichen Constituens ihres Begriffes. Folgendes liegt vor:

Statisch wollten wir eine Gesellschaft nennen, die den Ruhezustand der Konkurrenz erreicht hat und während der Beobachtungszeit funktioniert, ohne ihn zu verlieren. Von der kapitalistischen Gesellschaft aber kann man allenfalls einen momentanen Ruhezustand annehmen, in dem alle Preise so stehen, daß alle Einkommen, würde der Zustand andauern, so weit ausgeglichen sind, wie das die Konkurrenz gegen die bekannten Hindernisse durchzusetzen vermag: aber man darf nicht annehmen, daß dieser Zustand auch nur die kürzeste Zeit andauert. Es gehört zu den essentiellen Bestimmungen des Begriffs »kapitalistische Wirtschaft«, daß die Konkurrenz auch ohne das Eingreifen äußerer »störender Einflüsse«, rein aus ihrem inneren Mechanismus heraus, niemals auf dem Ruhezustand verharren kann, grundsätzlich nicht, nicht etwa nur angebrachtermaßen: eine wirklich absolut ruhende Wassermasse mag es angebrachtermaßen auch nicht geben, aber sie ist grundsätzlich denkbar, — eine wirklich absolut im Gleichgewichtszustande funktionierende kapitalistische Wirtschaft ist nicht nur praktisch unmöglich, sondern auch grundsätzlich undenkbar. Man kann sie sich, um Clark noch einmal anzuführen, wohl »gefroren«, aber nicht flüssig vorstellen.

Es handelt sich hier um die einzige prinzipiell neue Entdeckung, die ich zum Bestande der Wissenschaft beisteuern konnte, die es aber bisher nicht dazu hat bringen können, auch nur ein einziges Mal zitiert, geschweige denn diskutiert zu werden, obgleich sie seit vollen zwanzig Jahren vorliegt und mir bereits zu recht wichtigen Anwendungen gedient hat. Sie hat die Geschichte der modernen Genossenschaftsbewegung und der Zunft durchaus aufgeklärt und mir vor allem die Möglichkeit gegeben, eine durchaus neue, und wie ich bis jetzt glaube, einwandfreie Theorie der Wirtschaftskrisen zu schaffen, die einzige, die sich nicht hoffnungslos im Zirkel dreht.

Die Theorie, die ich in meinem Lehrbuch noch einmal ausführlich dargestellt habe[1]), zeigt, daß der kapitalistische gewerbliche Unternehmer durch seine spezielle Verumständung in einer Gesellschaft, in der als Folge des Bodenmonopols eine Klasse freier Arbeiter existiert, durch sein privatwirtschaftliches Interesse zu einer besonders aggressiven Art der Konkurrenz gezwungen

[1]) Meine »Theorie« S. 558 ff.

ist, die in der »reinen Ökonomie« überhaupt nicht vorkommt, und die sogar in der kapitalistischen weder zwischen den Konsumenten, noch zwischen den Landwirten besteht. Während diese im »friedlichen Wettbewerb« zueinander stehen, herrscht zwischen den kapitalistischen Gewerbsunternehmern der »feindliche Wettkampf», der vor allem dadurch charakterisiert ist, daß sie nicht nur bei steigenden, sondern auch bei sinkenden Preisen ihres Produktes gezwungen sind, ihre Produktion auszudehnen, und natürlich alles daran setzen müssen, die Konkurrenten ganz aus dem Markt zu werfen, um für die vergrößerte Produktionsmasse Absatz zu finden.

Den Beweis für diese Thesen zu wiederholen, ist hier nicht der Ort. Nur das eine ist hier von Bedeutung, daß unter solchen Umständen auch nicht einmal vorstellbar ist, eine kapitalistische Gesellschaft könne jemals im Gleichgewichtszustande funktionieren. Es ist schon fast unvorstellbar, daß dieser Zustand jemals auch nur für einen Moment erreicht werden könnte: denn die Konkurrenz kann ihn ja nur dann herstellen, wenn alle Produzenten zwar bei steigenden Preisen ihre Produktion ausdehnen, bei sinkenden aber einschränken. Immerhin könnte man sich allenfalls vorstellen, daß der Zwangsausgleich einer Krise den Gleichgewichtszustand für einen Augenblick herstellen könnte. Aber erhalten könnte er sich auch nicht einen zweiten: denn in der Verumständung des Kapitalisten liegt der Zwang für ihn, seine Produktion maßlos auszudehnen, auch ohne äußeren Anstoß, ohne vorhergegangene Preissteigerung.

Unsere Schlüsse in bezug auf die Bildung der Preise und des Profits als des Klassenmonopoltributs und die übrigen Probleme der Distribution werden dadurch nicht berührt. Denn es handelt sich um so einfache Bestimmungen, daß sie schon an dem Momentbilde, der »gefrorenen« Statik, abgelesen werden können.

Wohl aber erklärt sich aus dieser Theorie, wie Schumpeter zu seiner Vorstellung gelangen mußte, »daß es kein dynamisches Gleichgewicht gibt, daß die Entwicklung ihrem innersten Wesen nach eine Störung des bestehenden statischen Gleichgewichts ist ohne jede Tendenz, diesem oder überhaupt irgendeinem anderen Gleichgewichtszustande wiederzuzustreben«[1]. Das ist vollkommen richtig — aber nur für die kapitalistische Verkehrswirtschaft! Sie unterscheidet sich in der Tat psychologisch sehr stark von dem Gedankenbilde der Statik, wie es die klassische Theorie mehr

[1] l. c. S. 489.

oder minder vollkommen, in diesem einen Punkte aber durchaus übereinstimmend gezeichnet hatte. In diesem Gedankenbilde erfolgt in der Tat auf die Dauer und im Durchschnitt »jedes Angebot nur auf vorhandene Nachfrage hin«, ist also das, was Schumpeter »Anpassung« nennt, und was in meiner Bezeichnung »friedlicher Wettbewerb« ist. In der kapitalistischen Ökonomie aber wartet in der Tat das Angebot nicht auf die Nachfrage, sondern eilt ihr voran, erweckt oder erzwingt sie, vor allem durch Vernichtung der Konkurrenten: feindlicher Wettkampf! Nur freilich ist es durchaus nicht immer Machtstreben oder Gestaltungsfreude, was die kapitalistischen Gewerbsunternehmer dazu führt[1]), sondern zumeist der unerbittliche Zwang ihrer ökonomischen Verumständung. Sie sind in der Regel nicht Helden, die auf einen stürmischen Ozean hinaussteuern, sondern arme Teufel, die mit Klauen und Zähnen um ihre wirtschaftliche Existenz zu kämpfen haben und bei Strafe der Vernichtung gezwungen sind, auf immer neue Mittel zu sinnen, um ihren Absatz zu vergrößern und ihre Kosten zu verringern.

Daß es den von Schumpeter beschriebenen Typus gibt, soll nicht etwa bestritten werden; der spürkräftige Witterer neuer Märkte, der geniale Organisator der Arbeit, der willensstarke rücksichtslose Brecher alter Werte, der Bahnbrecher auf technischem, organisatorischem, kommerziellen Felde existiert wirklich. Wir würden ihn in der Statik als angeborene Qualifikation besonders hohen Wertes mit dem entsprechenden Einkommen einsetzen.

Es fällt uns auch nicht ein, leugnen zu wollen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft durch nichts so schwindlig schnell befördert wird, als durch diese Art der Konkurrenz, gelenkt durch diese Unternehmer. Aber wir müssen uns doch weigern, Schumpeters Schlüsse anzunehmen. Erstens können wir nicht zugeben, daß ohne die Unternehmer keine »Entwicklung« in Schumpeters Sinne möglich ist. Er beruft sich selbst mehrfach auf das vorkapitalistische Mittelalter als eine essentiell statische Zeit[2]), in der es nur »Anpassung« gegeben habe. Und er stellt siegreich fest, daß es damals nur Konsumtivkredit, aber »weder Betriebs- noch Gründungskredit gegeben habe«. Das ist ganz richtig; und ebenso unzweifelhaft richtig ist seine »historische Be-

[1]) »Weder Rücksicht auf Anstrengung noch Sättigung seiner hedonistischen Bedürfnisse lähmt seine Tatenlust.« (l. c. S. 146.)

[2]) z. B l. c. S. 210/11.

hauptung, daß sich der Zins in seiner charakteristischen Bedeutung tatsächlich immer nur in jenen Elementen kapitalistischer Wirtschaft gezeigt hat, die auch frühe Kulturstufen einschließen. Sicher hat er sich nicht aus dem Handelsgewinn entwickelt — denn der ist an sich nur Lohn oder Unternehmergewinn« [1]). All das entspricht durchaus meiner eigenen Auffassung und wird durch meine grundlegende Behauptung völlig erklärt, daß Kapitalismus überall dort vorhanden ist, wo Bodensperrung und Freizügigkeit zusammentreffen.

Es gab nämlich in der von Schumpeter angezogenen Zeit des Mittelalters kein Bodenmonopol; die »terra libera« war im Inlande (neu erschlossene Wälder und Marken) und im Auslande (slavisches Kolonisationsgebiet) über jeden Bedarf hinaus verfügbar, war, praktisch genommen, trotz der sogenannten Rekognitionszinse, jedem frei zugänglich. Es gab infolgedessen keine Klasse »freier Arbeiter«, infolgedessen keinen Kapitalprofit, und konnte daher auch keinen Produktivkredit geben [2]). Und da es unter solchen Umständen keinen feindlichen Wettkampf, sondern nur friedlichen Wettbewerb geben konnte und tatsächlich gab, da mithin »alles Angebot nur auf vorangegangene Nachfrage hin erfolgte«, so gab es keine »Unternehmer«, konnte keine geben, und alles war, nach Schumpeter: »Anpassung«, nichts »Entwicklung«. Aber kein geringerer als Schmoller sagt von jener Zeit der fast »reinen Ökonomie«, dem 11. bis 14. Jahrhundert, daß sie einen Aufschwung der Wirtschaft gezeitigt habe, dem kaum die Entwicklung des 19. Jahrhunderts an die Seite zu stellen sei. Es scheint also doch, auch ohne Wirtschaftsheroen, auch in der »Statik«, »Entwicklung« zu geben, oder doch eine »Anpassung«, die mit unbewaffnetem Auge von ihr nicht unterschieden werden kann.

Schumpeters Behauptung, daß aus der Statik keine Entwicklung hervorgehen könne, beruht denn auch nicht auf einer quaestio facti, sondern ist rein definitorisch, wird, wie sogleich dargestellt werden soll, aus seinem Begriff der »Statik« herausgesponnen. Seine Auseinandersetzung mit der »Milieutheorie« und der »Wachstumstheorie« der Entwicklung [3]) sind denn auch überaus schwach.

---

[1]) l. c. S. 392.

[2]) Vgl. mein »Großgrundeigentum und soziale Frage«. Berlin. 1898. Zweiter, wirtschaftsgeschichtlicher Teil.

[3]) l. c. Siebentes Kapitel.

Mindestens hätte man doch die Frage erwarten sollen, warum in aller Welt nicht schon in früheren Zeiten »Unternehmer« in seinem Sinne aufgetaucht sind? Waren die Nationen vor dem Beginn der kapitalistischen Ära so durchaus anders psychologisch zusammengesetzt wie nachher? Oder sollte die erstaunliche Erscheinung nicht vielleicht doch darauf beruhen, daß die soziale und wirtschaftliche Lagerung sich derart verändert hat, daß gewisse Elemente, denen früher der Spielraum zu »energischer Betätigung«, vielleicht auch der Ansporn damals unmöglicher Erfolge fehlte, Spielraum und Sporn erhielten? Das ist unsere Meinung, und wir glauben, sie durch die exakte Schilderung des Milieus vor und nach dem Umschwung, durch Erklärung des Umschwungs und durch die Analyse der aus dem jedesmaligen Milieu sich ergebenden wirtschaftlichen Bewegungsantriebe sehr stark gestützt zu haben.

Aber das alles sind Dinge, die kaum in Schumpeters Gesichtskreis eintreten. Er beruft sich wohl einmal auf geschichtliche Daten, wo er sie gerade brauchen kann, aber die ganze Konstruktion ist nicht historisch gemeint; sondern sie ist »theoretisch« gemeint. Er glaubt, aus dem Wesen der Wirtschaft deduzieren zu können, daß aus der Statik nur Anpassung, aber nicht Entwicklung folgen kann. Und zwar als einen analytischen Satz, aus dem Begriffe der Wirtschaft heraus, rein definitorisch, sozusagen als Korollarium des obersten Prinzips der Wissenschaft.

Die entscheidende Definition schafft sich Schumpeter durch eine Wendung des Begriffs der »Statik« aus dem Mechanischen ins Psychologische, die in der Tat verblüffend wirken muß. Für ihn wird Statik plötzlich identisch mit Hedonismus im übelsten Sinne. Die Menschen in der Statik werden plötzlich zu »Statikern«, und das heißt zu Hedonikern, Epikuräern, Genießlern ohne Energie, die nur im alten Schlendrian weiter leben wollen uud sich nur halb widerwillig und sozusagen gezwungen »anpassen«, wenn neue Nachfrage ein vermehrtes Angebot ihrer Produkte erfordert. Sie haben keine Energie, kein Machtstreben, keine Gestaltungsfreude, wollen »ihre Ruh' haben« und im Genuß der durch die hergebrachte Tätigkeit erworbenen Güter in hergebrachter Weise fortwursteln. Befände sich zwischen dieser Mehrheit der »Statiker« nicht eine Anzahl von »Energischen«: alles würde stagnieren, eine Entwicklung zu wesentlich anderen Formen der Wirtschaft — und der Gesellschaft überhaupt — könnte nicht statthaben. Glücklicherweise gibt es solche Energische, das sind die Neuerer,

die Führer; sind, wie im Politischen die Staatsmänner, wie in Wissenschaft und Kunst die Genies, so im Wirtschaftlichen die »Unternehmer«. Diese plötzliche Wendung ins Psychologische ist eine ungeheuerliche Verirrung.

Wie? Die Statik ist ursprünglich nichts als ein »Maximumzustand«, ein fingiertes, durch Daten mathematisch bestimmtes, dynamisches Gleichgewicht! Und wandelt sich plötzlich in eine Massenpsychologie um, an der nichts, aber auch nichts mehr statisch ist als der Name? Wie ist das zu erklären?

Nun, den psychologischen Grund haben wir schon angedeutet. Die ganze Wiener Schule hat — gutgläubig und unbewußt, wie das immer der Fall ist[1]) — die Tendenz, den Zins (und die Grundrente) zu rechtfertigen. Sie ist in all ihren Hauptvertretern ausgesprochen antisozialistisch und zinsfreundlich.

Der logische Grund aber liegt in einer falschen Definition. Und die steht, wie bei einem scharfsinnigen Denker wie Schumpeter selbstverständlich, als *πρῶτον ψεῦδος* ganz im Anfang des Buches, auf Seite 1: »Wirtschaftliches Handeln sei definiert als jenes Handeln, dessen Zweck Gütererwerb ist«. Die Definition ist ehrwürdig; sie ist auch von einem neueren Theoretiker von der Bedeutung eines Dietzel angenommen worden — aber sie ist absolut falsch! Das soll sofort dargestellt werden.

Stellen wir uns aber vorerst einmal per inconcessum auf den Standpunkt, sie sei richtig, dann allerdings kann man, wenn man sie peinlich ad verbum nimmt, kaum zu anderen Vorstellungen gelangen. Wenn der Zweck aller Wirtschaft nichts als Gütererwerb ist, dann sind alle Wirtschafter nur Hedoniker. Denn was kann man mit Gütern anders beginnen, als sie zu verwenden oder gar zu »verzehren«? Der letzte Zweck ist dann eben nichts als Genuß, materieller Genuß, das Phäakentum der Mastbürger: möglichst viel Genuß bei möglichst wenig Anstrengung.

Aber die Definition ist unhaltbar, und daher ihr Korollarium ebenfalls.

»Das Bedürfnis nach Sachen nennen wir das wirtschaftliche Bedürfnis, und die Handlungen, welche unter dem Antriebe dieses Bedürfnisses erfolgen, wirtschaftliche Handlungen«[2]), sagt Dietzel.

Die Definition ist falsch. Denn sonst wäre der monomanische

[1]) Vgl. meine »Theorie« S. 66/67.

[2]) Heinrich Dietzel. »Theoretische Sozialökonomik.« I. Teil. Leipzig. 1895. S. 156.

Geiz, der überall als durchaus unwirtschaftlich betrachtet wird, der Gipfel der Wirtschaftlichkeit: nirgend ist das »Bedürfnis nach Sachen« größer als beim Geizirren. — Und ferner wären sonst Raub und Diebstahl wirtschaftliche Handlungen, denn sie erfolgen »unter dem Antrieb des Bedürfnisses nach Sachen«.

Richtig ist vielmehr folgendes: wenn man unter »Bedürfnis« das Bewußtsein eines Mangels und den damit verbundenen Trieb versteht, den Sättigungszustand herbeizuführen, so gibt es wohl physiologische, karitative, soziale, religiöse, wissenschaftliche und ästhetische usw. Bedürfnisse, aber kein wirtschaftliches Bedürfnis sui generis[1]). Es gibt zwar eine »wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung«: aber das bedeutet nicht: Befriedigung des wirtschaftlichen Bedürfnisses, sondern wirtschaftliche Befriedigung von Bedürfnissen, von echten Bedürfnissen, die einen Sättigungszustand erstreben. Wo die Befriedigung solcher Bedürfnisse ohne Verwendung »kostender Mittel« (Dietzel) möglich ist, (Meditation, Spaziergang) geht die Handlung die Wirtschaft nichts an; wo aber solche Mittel dazu erforderlich sind, waltet das »Sparprinzip« (Dietzel), auch das »Prinzip des kleinsten Mittels« genannt. Dieses Prinzip ist ein Sonderfall des allgemeinen Prinzips allen rationellen Handelns, das die Aufgabe stellt, den gegebenen Zweck mit dem geringsten Aufwande zu erreichen, um das bestmögliche »Güteverhältnis« zwischen aufgewendeter Rohenergie und gewonnener Reinenergie zu erlangen: der »energetische Imperativ« Ostwalds! Es wirkt überall und wird zum wirtschaftlichen Prinzip und Trieb, wo es sich um eine Bedürfnisbefriedigung handelt, die zu ihrer Sättigung kostender Mittel bedarf. »Maximum von Nutzen für ein Minimum von Kosten ... Nur deshalb wird an Mitteln gespart, weil sie kosten, und nur an solchen Mitteln, welche kosten«[2]).

Und zwar handelt es sich immer um ein »nicht-wirtschaftliches« Bedürfnis, das befriedigt werden soll, handelt es sich niemals, außer beim monomanischen Geiz, um den Gütererwerb als Endzweck, sondern um den Gütererwerb als Mittel zu weiteren Zwecken. Das sieht Dietzel selbst ganz klar: »Im Sparprinzip ist durchaus keine materielle Richtschnur bezüglich Art und Maß des menschlichen Zweckstrebens enthalten, sondern nur das formelle Gebot, jeden irgend beliebigen Zweck mit dem Minimum von Mitteln zu erreichen«[3])«.

---

[1]) Vgl. meine »Theorie« S. 28 ff: »Die ökonomische Bedürfnisbefriedigung«.

[2]) Dietzel. l. c. S. 176. Vgl. auch 191.

[3]) l. c. S. 176.

Leider zieht Dietzel aus diesem unzweifelhaft wahren Satze nicht die Konsequenz, seine unrichtige Grunddefinition zu verbessern, sondern fällt immer wieder in die Auffassung zurück, es gebe ein »wirtschaftliches Bedürfnis« echter Art, das durch den Erwerb von Sachen gesättigt werde. Es heißt unmittelbar vor dem eben angeführten Satze: »Angewandt auf das Gebiet des wirtschaftlichen Handelns lautet dies Prinzip: Streben nach dem Maximum wirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung oder Nutzens, für das Minimum wirtschaftlicher Mittel oder Kosten. Die Deckung des Bedarfs an Sachgütern muß derart erfolgen, daß jeder Zuwachs mit geringstmöglicher Schmälerung des zurzeit vorhandenen Mittelvorrates gewonnen werde; m. a. W. derart, daß ein größtmöglicher Rest für die Zukunft verfügbar bleibe«. Hier wird als Zweck dargestellt, was doch nur Mittel, kleinstes Mittel, zu anderen Zwecken ist. Der erste Satz wäre richtig, und stimmte mit der anderen Auslassung überein, wenn er lautete: »Streben nach dem Maximum der (oder einer) Bedürfnisbefriedigung oder des (oder eines) Nutzens für das Minimum wirtschaftlicher Kosten«. Der Ausdruck »Maximum wirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung« ist nichts als eine Tautologie. Jede wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung ist an sich, per definitionem, maximal, sonst wäre sie eben nicht »wirtschaftlich«.

Wir zweifeln nicht daran, daß Dietzel, dem wir unsere Definition des wirtschaftlichen Handelns im wesentlichen verdanken, seine eigene, die nur formell noch nicht die Eierschalen ihres Ursprunges aus der älteren Theorie abgeworfen hat, annehmen wird. Danach heißt wirtschaften: mit kostenden Mitteln nach dem Sparprinzip verfahren, d. h. sie mit dem geringsten möglichen Aufwand beschaffen und so verwalten, daß die größte mögliche Befriedigung irgendeines echten Bedürfnisses erlangt wird. Und der wirtschaftliche Trieb ist der energetische Imperativ, angewandt auf die kostenden Mittel. Ein »wirtschaftliches Bedürfnis« aber sui generis, das den oben angeführten koordiniert wäre, gibt es überhaupt nicht! Es gibt kein Bedürfnis nach Sachen als Endzweck, außer beim Geizirren[1]).

[1]) Anmerkung. Diese Feststellung ist nicht nur sachlich sehr wichtig, wie gerade diese Auseinandersetzung mit Schumpeter beweist, sondern auch entscheidend für eine methodologische Hauptfrage. Wenn es kein den echten Bedürfnissen koordiniertes wirtschaftliches Bedürfnis gibt, sondern nur einen »wirtschaftlichen Trieb«, der ihnen allen gleichmäßig dient, wo kostende Mittel gebraucht werden, um sie zu befriedigen, dann findet auch die angebliche »Kreuzung« des Wirtschaftstriebes durch jene anderen »Motive« gar nicht statt, die selbst die Freunde der deduktiven Methode

Es sei mir gestattet, einige Sätze aus meiner »Theorie« anzuführen [1]).

»Werner Sombart erklärt es einmal für abnormal, »wenn ein kapitalistischer Unternehmer eine Insektenpulverfabrik gründet, um eine Laune seiner Geliebten zu befriedigen«. Das ist keineswegs abnormal! Sombart ist hier in dem gleichen Irrtum befangen, den wir soeben bekämpfen: er hält nur das »ökonomische Bedürfnis« für »normal«. Das aber existiert gar nicht: es ist immer ein »nicht-ökonomisches« Bedürfnis das Motiv und der Zweck jeder »ökonomischen« Handlung. Selbst Sombarts »Homo sapiens lombardstradarius«, der Mann aus Lombardstreet, der unbeirrte unfehlbare Kalkulator ohne jede nicht-wirtschaftliche Nebenregung, den weder Mitleid, noch Frömmigkeit, noch Patriotismus hindern, ein gutes Geschäft zu machen, so billig einzukaufen und so teuer zu verkaufen wie irgend möglich — selbst dieses Zerrbild des Bourgeois, der ruhig bekennt, er liefere dem Teufel in die Hölle, »wenn Mynheer Satan gute Rimessen gebe«, d. h. mit guten Wechseln zahle; — selbst Multatulis Kaffeemakler von der Gracht hat nur nicht-wirtschaftliche Motive und Zwecke, weil es eben nur für den Geizwahnsinn den reinen »Erwerbstrieb« gibt. Er will seine Frau schmücken oder seine Tochter ausstatten oder seinen Sohn Gardeoffizier werden lassen oder Geheimer Kommerzienrat, womöglich von Adel, werden; er will vielleicht ein Waisenhaus oder eine Kirche erbauen oder seinen Mitbürgern eine Bibliothek oder ein Museum stiften; er will vielleicht nur seinen Feind beschämen oder vernichten. Ja, selbst der eigentliche Geizhals, der Geizirre, will im Grunde nicht-wirtschaftliche Zwecke: nur daß er sich in seiner Monomanie niemals reich genug erscheint, um seinen mühselig beschafften und ängstlich verwalteten Schatz auch wirklich für seine Zwecke zu verwenden. Er stirbt, bevor er anfangen konnte.

»Halten wir dieses Ergebnis sorgsam fest: wo immer ein kostendes Mittel nach dem Prinzip des kleinsten Mittels beschafft oder verwaltet wird, fällt das in das Gebiet der Ökonomik. Das Motiv und die Zweckverwendung fallen immer heraus.

»Ob Güter im Dienste des Geschlechtstriebes verwendet werden, ob moralisch als Geschenke für die Verlobte oder »un-

bedenklich gemacht hat (vgl. z. B. Ad. Wagner, »Grundlegung«. 3. Aufl. I, S. 121). Dann ist das Walten des wirtschaftlichen Triebes ein völlig geschlossenes, von allen Kreuzungen und Störungen freies Gebiet, in dem nur eine einzige, nach Maß und Richtung bekannte Kraft wirkt — und dann kann die ökonomische Theorie als mathematische Wissenschaft behandelt werden!

[1]) S. 33 f.

moralisch« nach der geltenden Anschauung für eine Geliebte; ob sie von einem gesetzestreuen Bürger für die Beschaffung eines Geldschrankes oder von einem Diebe für Einbrecherwerkzeuge verwandt werden; ob sie dienen sollen, einen Mitmenschen zu retten oder zu vernichten, das Vaterland zu schützen oder zu verraten, Gott zu ehren oder zu verhöhnen, die Wissenschaft oder die Kunst zu fördern oder zu knebeln — all das bleibt außerhalb der Wirtschaft und der Wissenschaft von der Wirtschaft.«

Damit dürfte das Erforderliche zu diesem Gegenstande gesagt sein, und wir dürfen zu Schumpeter zurückkehren.

Er hat die falsche Definition beim Worte genommen, und in der Tat ihren ganzen Inhalt ausgeschöpft; und hat damit einen neuen »homo oeconomicus« geschaffen, der Zug für Zug der Gegensatz des alten »homo sapiens lombardstradarius« ist. Und das ist besonders auffällig, weil an diesem bösen Holzwege eine große Warnungstafel aufgestellt ist, an der er in seiner dithyrambischen Heldenverehrung blind vorbeigelaufen its. Dietzel schreibt:

»Das Sparprinzip lautet nicht: habe möglichst wenige Bedürfnisse, setze dir möglichst wenige Zwecke. »Wollen wir — schreibt Cohn — unsere Arbeitsleistung mit äußerster Wirtschaftlichkeit verwenden, so gelangen wir zur Unvernunft des Nichtstun, und der größte Ökonom ist der Wilde, welcher mit der Arbeit weniger Stunden in der Woche die üppige Frucht seiner tropischen Heimat zubereitet«. Eine sonderbare Verwechslung des Prinzips der »Wirtschaftlichkeit« (Sparprinzip) mit dem Hang zur Faulheit! Vom Sparprinzip gelangen wir nicht zur »Unvernunft des Nichtstun«, sondern zur Vernunft, jedes Tun mit größter »Ökonomie« von Arbeit zu vollziehen. Der Wilde hat wenige, der Kulturmensch viele wirtschaftliche Bedürfnisse. Aber das Sparprinzip gilt ebenso für das Bananenpflücken, wie für die Spekulation an der Börse« [1]).

Trotz dieser Warnung hat Schumpeter sich auf den Holzweg locken lassen. Er hat die Entschuldigung für sich, daß strenge Folgerung aus dem »hedonistischen« Prinzip in seiner falschen Fassung in der Tat zu einem solchen Zerrbilde der wirtschaftlichen Psychologie führen muß, wie er es seinen »Statikern« andichtet; eine Auffassung, die dann noch durch das Wort »hedonistisch« verstärkt wurde, das außerhalb der Ökonomik zuweilen eine verächtliche Bedeutung hat. Aber trotz alledem: die ganze Konstruktion ist von Anfang bis zu Ende fehlerhaft, durchaus unhaltbar vor jeder Prüfung nach jedem Maßstab,

[1]) H. Dietzel. l. c. S. 176.

und müßte selbst dann abgelehnt werden, wenn gar keine andere Erklärung des Problems vorläge. Dann müßte man eben warten, bis eine solche käme. Was Schumpeter hier gibt, ist kaum mehr als ein nationalökonomischer Roman[1]).

Schlußbetrachtung.

Die weitere Preistheorie und der statische Preis.

Wir stehen am Ende unserer Untersuchungen über den statischen Preis. Wir glauben, dieses Problem vollkommen gelöst zu haben. Wir haben eine grundsätzlich durchaus neue Lösung vorgeschlagen, die den statischen Preis weder auf Arbeitsmengen, noch auf Arbeitszeit, noch auf Kosten zurückführt, sondern auf bestimmte Teile eines bestimmten Einkommens, d. h. einer maßbestimmten Menge von Gütern (nicht von Waren), von Gebrauchswerten (nicht von Tauschwerten). Diese unsere Lösung ist jenen älteren objektiven Theorien trotz ihrer grundsätzlichen Neuheit dennoch in dem Sinne verwandt, daß sie die von ihnen sämtlich geahnten Zusammenhänge endlich in einer exakten Formulierung darstellt. Unsere Theorie ist in einem höheren Sinne Arbeitstheorie, und zwar Arbeitswerttheorie des Warenwertes (was, richtig interpretiert, auch die Arbeitsmengen- und die Arbeitszeittheorie immer gewesen sind); sie ist in einem höheren Sinne auch Kostentheorie, insofern man jedem Produzenten als »Gewinn«, d. h. als exakt bestimmbaren Einkommensteil, den Wert seiner eigenen Arbeitsleistung in die »Kosten« einrechnet, wie das korrekt zu geschehen hat[2]), und wie ich das, soweit ich

---

[1]) Wir können uns für unser Urteil über diese Arbeit Schumpeters auf eine auch von ihm in den höchsten Worten anerkannte Autorität, auf den scharfsinnigsten und vornehmsten Dogmenkritiker unserer Zeit, Böhm-Bawerk, berufen, der (Ztsch. f. Volksw. Pol. u. Verwaltung XXII, 1913. S. 1 ff.) die »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« mit ungewohnter Schärfe verworfen hat. »Sch. hat sich an einen geistreichen Einfall berauscht« (S. 2). Seine »Deduktionen sind eher kühn und sorglos als vorsichtig und genau . . . und daß wir so ziemlich die ganze Liste jener typischen Gefahren und Verfehlungen . . bei Sch. nicht vermieden, sondern begangen finden« (S. 3). »Wo immer man an sein Lehrgebäude rührt, klafft es und wankt es« (S. 12). Sch. versucht im gleichen Bande (S. 599 ff.), sich zu verteidigen. Aber B. hält in seiner Duplik (ibid. S. 641) alle seine Argumente aufrecht.

[2]) Schumpeter, »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung«. Leipzig. 1912. S. 45. »Der Geschäftsmann bezeichnet als seine Kosten jene Geldsummen, die er an andere Wirtschaftssubjekte zu entrichten hat. . . . Wir ergänzen seine Betrachtungsweise, indem wir auch den Geldwert seiner persönlichen Arbeitsleistung zu den Kosten rechnen«.

sehen kann, zuerst konsequent in meiner »Theorie« durchgeführt habe.

Trotzdem unterliegt die Lösung keinem der gegen die älteren Embryonalformen mit Recht geltend gemachten Einwürfe. Sie ist vollständig, insofern sie der verschiedenen Qualifikation und der Preisbildung unter dem Monopolverhältnis Rechnung trägt; und sie ist hoffentlich formal einwandfrei, dreht sich namentlich nirgend in den Zirkelschlüssen, die zum Aufgeben jener ersten Versuche geführt haben.

Wir haben schließlich den Gegenbeweis gegen einige der mit der unseren noch möglicherweise konkurrierenden Theorien angetreten. Man wird sie wiederherzustellen oder neue zu produzieren haben, wenn man uns bekämpfen will.

Mit alledem haben wir, dessen sind wir uns stets bewußt geblieben, nur einen Teil derjenigen Probleme gelöst, die zusammen das Preisproblem ausmachen. Freilich, nach unserer Meinung den wichtigsten Teil. Diese Meinung haben wir zu begründen.

Erstens sind die großen Probleme der Distribution, wie wir überzeugt sind, nur von der Statik und dem statischen Preise der Wertdinge niederer und höherer Ordnung aus zu lösen.

Zweitens erkennen wir wohl an, daß die Bewegungen der laufenden Preise um ihren statischen Mittelpunkt an sich ganz interessant sind. Und wir sehen auch ein, daß eine völlig exakte Theorie der Preisschwankungen, wenn sie möglich wäre, eine ausgezeichnete Hilfe in der ökonomischen Praxis, d. h. für die privatwirtschaftlichen Entschlüsse der einzelnen wirtschaftlichen Personen wäre. Sie würde ihnen Rat und Warnung sein, etwa wie ein weit ausgebildeter Wetterdienst Schiffskapitänen und Ausflüglern Rat und Warnung ist: aber wir können nicht sehen, welche höheren theoretischen Ableitungen aus einer noch so exakten Theorie der Preisschwankungen und der sogenannten unwirtschaftlichen Preise sich ergeben könnten.

Drittens kann ja auch die subjektive Preistheorie des Begriffes eines »mutmaßlichen«[1]) oder »durchschnittlichen« oder »gewohnheitsmäßigen« oder »erwarteten« Preises gar nicht entraten. Sie braucht ihn überall: bei der Bestimmung des »äußeren Geld-

[1]) Zuckerkandl. »Zur Theorie des Preises« S. 334/35.

wertes«, bei der Unterscheidung zwischen dem Preise beliebig reproduzierbarer und monopolisierter Güter, bei der Unterscheidung zwischen dem »gerechten« und dem wucherischen Preise; sie braucht ihn, um die relative Stabilität des gesamten Preisniveaus zu erklären, die es bewirkt, daß jeder Preis doch auch nach den größten Störungen immer wieder auf sein altes Niveau zurück tendiert, wo nicht offenbar in den Produktionskosten Veränderungen stattgefunden haben.

Und so hat ja denn auch die subjektive Schule diesen Mittelpreis abzuleiten sich gezwungen gesehen. Wir wollen hier nicht polemisieren; wir wollen nicht fragen, ob diese Ableitung formal haltbar ist, ob z. B. keine *μεταβαςις εἰς ἄλλο γένος* gemacht worden ist, als man es unternahm, die Gesetze der Wertschätzungen nach dem Grenznutzen, die als Intensitätsgrößen eines Individuums gewiß vergleichbar sind, zu übertragen auf die Extensitätsgrößen der Preisbildung auf dem Markte, wo viele Individuen zusammentreffen; wir wollen auch nicht fragen, ob der subjektiv gefaßte Begriff der »Kosten« immer festgehalten wird und nicht oft unversehens in den alten objektiven Kostenbegriff überschlägt. Wir wollen per inconcessum zugeben, daß diese ganze Ableitung des mit den Kosten ungefähr übereinstimmenden Mittelpreises formal untadelig ist — dann bleibt immer noch übrig, daß sie unendlich kompliziert und unendlich schwierig ist.

Um wie viel schwieriger und komplizierter als die unsere, das erkennt man am leichtesten daran, daß diese eine große Anzahl reiner Hilfskonstruktionen nicht nötig hat, die für jene unentbehrlich sind. Einige davon seien angeführt. Wir brauchen nicht den Begriff der »Komplementärgüter«, nicht die Unterscheidung in »Güter niederer und höherer Ordnung«, nicht den besonders komplizierten Begriff der v. Wieserschen »Produktionsverwandtschaft der Güterstämme«, nicht die Mißbegriffe der »Güter von spezifischer Seltenheit bezw. Häufigkeit«, nicht den sehr bedenklichen Begriff des »Gesamtwertes« eines Vorrats von Gütern, der etwas anderes ist als der der einfachen Addition ihrer Einzelwerte. Wir haben ferner nicht nötig, den Begriff des »überlieferten«, »hergebrachten«, »gewohnten« oder »erwarteten« Preises in die deduktiven Erörterungen aufzunehmen, denen er, weil geschichtlich und praktisch, ihrem tiefsten Wesen nach fremd ist: ein Einbruch in den einheitlichen Gedankengang; und wir entgehen darum ohne Mühe der Gefahr, in Zirkelschlüsse zu verfallen, denen die Grenzwerttheoretiker u. E. nicht immer ent-

ronnen sind, wo sie den Preis auf eben diesen erwarteten Preis zurückführten[1]).

Was zweitens den Begriff des Kapitals anlangt, so brauchen wir die unendlich schwierigen und bedenklichen Definitionen des »Kapitals« als »Kaufkraft« (Schumpeter) u. dgl. nicht, sondern kommen mit den beiden seit Rodbertus eingebürgerten Begriffen des Kapitals aus, dem des volkswirtschaftlichen, das ein Stamm von produzierten Produktionsgütern, aber nicht von »Erwerbsmitteln« ist[2]) — und dem des privatwirtschaftlichen, das ein Eigentumstitel ist, der einen nutzbaren Anteil am gesellschaftlichen Klassenmonopolverhältnis verbrieft. Wir haben, indem wir uns dieser einfachen, klaren und nicht im mindesten mystischen Definitionen bedienen, auch nicht die geringste Schwierigkeit, das Verhältnis von Einzelkapital und Gesamtkapital zu erfassen: im volkswirtschaftlichen wie im privatwirtschaftlichen Sinne wird das Gesamtkapital durch sämtliche Einzelkapitale dargestellt. Dazu gehört im ersten Sinne jeder Stamm produzierter Produktivmittel, der groß genug ist, um seinem Eigentümer einen Anteil am Klassenmonopol und seinem Gewinn zu gewähren — »zersplitterte Produktionsmittel sind (für uns wie für Karl Marx)[3]) daher nicht Kapital«. — Und zum Gesamtkapital gehören im zweiten Sinne alle Profit abwerfenden Eigentumstitel, die Gesamtheit der Anteile, der »Aktien«, am Klassenmonopolverhältnis, und ferner die kapitalisierten Personalmonopolverhältnisse, Tausch- und Produktionsmonopole. Jenes sind sozusagen die ordinary, dieses die preference shares, zu denen man praktischer Weise, mit Rodbertus und Marx, auch die Eigentumstitel am begünstigten Boden rechnen mag. Das sind einfache und klare Begriffe, und sie bewähren sich überall, z. B. an dem für die Subjektivisten schwer oder gar nicht lösbaren Problem der »Unverbrauchlichkeit« des Kapitals, trotz der Verbrauchlichkeit seiner Bestandteile, der Produktivgüter. Nichts ist einfacher zu verstehen als der hier vorliegende Sachverhalt: die das gesellschaftliche Monopolverhältnis »vermittelnden Sachen« werden verbraucht und müssen aus dem Rohgewinn ersetzt werden: aber das Verhältnis selbst bleibt fortbestehen und wirft nach wie vor seinen Reingewinn ab, im

[1]) Vgl. z. B. Zuckerkandl, l. c. S. 334 über den »mutmaßlichen Preis«, wo die petitio principii klar zutage tritt.

[2]) Wie v. Böhm-Bawerk definiert, der auf diese Weise das Geld mit hereinnimmt, ohne zu bedenken, daß Geld niemals Kapital in irgendeinem Sinne ist.

[3]) »Kapital« I, S. 669.

ganzen für die Kapitalistenklasse, und im einzelnen für jeden Kapitalisten, der sein »sachliches Substrat« durch gebührenden Ersatz des Verschleißes auf seinem Substanz- und Wertstande erhält.

Alle diese einfachen Ergebnisse müssen die Grenzwerttheoretiker auf den schwierigsten Umwegen zu erreichen versuchen. »An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!« Ein Lehrbuch der Theorie wie v. Wieser es jetzt[1]) herausgebracht hat, ist nur einem ganz kleinen Kreise von Fachmännern zugänglich. Es ist so schwierig, daß man es keinem Studenten, auch älterer Semester, in die Hand geben darf, der die hier in den Vordergrund gerückten Probleme nicht schon aus anderen Werken genau kennt.

Nun, wenn es keine andere Möglichkeit gäbe, so müßte man sich darein finden, daß unsere Ökonomik sich allmählich in eine Geheimwissenschaft verwandelt, die nur wenigen Esoterikern zugänglich ist. Aber wir hoffen, jetzt eine andere Möglichkeit dargetan zu haben, und fordern für sie zunächst aus rein denkökonomischen Gründen die Annahme. Sie leitet den statischen Preis nicht nur der »Genußgüter«, sondern auch der Produktivgüter und des Geldes mit einer der einfachsten Formeln ab, wo die subjektive Schule auf den bedenklichsten und — halsbrecherischsten Wegen wandeln und Epizyklen auf Epizyklen häufen muß. Und so beanspruchen wir für unsere objektive Theorie das, was ein Anhänger der subjektiven, Schumpeter, für seinen Entschluß anführt, diese letztere als Erklärungsschlüssel zu wählen, ohne damit sagen zu wollen, daß jene falsch sei: Eine Zeitlang, sagt er, hilft man sich mit Hilfshypothesen. »Vielleicht das bekannteste Beispiel in der Geschichte der Wissenschaft für ein solches Vorgehen ist die Geschichte des ptolemäischen Systems: endlich und schließlich wächst die Zahl der Hilfshypothesen so, daß wir uns von dem Flickwerk abwenden, sobald wir es nur entbehren können, und eine neue Hypothese, allgemeiner, einfacher und jugendkräftig, tritt an die Stelle der alten, um schließlich demselben Schicksal anheimzufallen, wenn ihr Tagewerk vollbracht ist. Nun wäre nichts verfehlter, als das alte System zu verspotten oder als grundfalsch zu erklären«[2]).

So sei es auch ferne von uns, das nunmehr »alte« System der Wertlehre verspotten oder als grundfalsch erklären zu wollen.

[1]) »Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft.« I. Buch A. III des »Grundriß der Sozialökonomik«. Tübingen. 1914.

[2]) Schumpeter, »Wesen und Hauptinhalt« S. 60.

Wir sind zu große Bewunderer des Scharfsinns, der auf seine Ausarbeitung verwendet worden ist, und sind überdies seinen Trägern allzu dankbar für das, was sie für die Rehabilitierung der von den Historikern und Ethikern fast zu Tode gehetzten Theorie geleistet haben, als daß wir anders als mit Hochachtung von ihm und ihnen sprechen möchten. Nur das eine wollen wir behaupten, daß unsere Lösung des Teilproblems vom statischen Preise so viel einfacher und klarer ist, als die ältere, daß sie aus Gründen der Denkökonomie angenommen werden muß.

Geschieht das, so können sich die beiden Theorien sehr gut miteinander verständigen und nebeneinander bestehen. Die Grenznutzenlehre ist in vielfacher Beziehung ganz und gar unentbehrlich, wie sie auch vielfach ganz und gar unbestreitbar ist. Sie ist unentbehrlich und unbestreitbar schon für das Verständnis des Tausches überhaupt: nur sie kann die Tatsache genügend aufklären, warum die Menschen überhaupt tauschen, und warum sie Gegenstände gleichen statischen Preises, d. h. gleichen objektiven Wertes, aber verschiedenen subjektiven Wertes miteinander vertauschen. Sie ist ferner unentbehrlich und unbestreitbar für die gesamte psychologische Grundlegung der ökonomischen Theorie, und ist es gleichfalls für die Ausgestaltung der Lehre von der Einzelwirtschaft, der Personalökonomik, auch in ihrer Statik, wenn sie auch unserer Meinung nach schon hier nicht mehr allein ausreicht, sondern die Gesetze des statischen Preises, des »objektiven ökonomischen Wertes« mit heranziehen muß, um völlig aufzuklären, warum ein Individuum in der Statik seiner Personalwirtschaft gerade diese Mengen gerade dieser Wertdinge besitzt und verwaltet. Und sie ist schließlich unbestreitbar und unentbehrlich für die Ausgestaltung der Lehre von allen nicht-statischen Preisen, für die laufenden »wirtschaftlichen«[1]), für die einseitig von Behörden und ähnlichen (Kartelle, Trusts) festgesetzten Taxpreise[2]), und für die »unwirtschaftlichen« Preise[3]), wie auch für die Lehre von der Preisbildung außerhalb der »großen, wohlorganisierten Märkte«[4]), oder die Tatsache, daß »zu derselben Zeit, und unter

---

[1]) Zuckerkandl. »Zur Theorie des Preises.« S. 147 über Cantillon, der als einer der ersten den laufenden Preis zugunsten des statischen, des »inneren Wertes« vernachlässigt und Locke tadelt, weil er es nicht getan habe. Vgl. auch Schumpeter, »Wesen und Hauptinhalt« S. 63.

[2]) Schumpeter, »Wesen und Hauptinhalt« S. 188/89.

[3]) Zuckerkandl l. c. S. 301.

[4]) „ l. c. S. 2, 43, 382.

denselben Verhältnissen doch verschiedene Preise für ein und dasselbe Gut möglich sind und sich dauernd erhalten« [1]).

Wenn sich die Preistheorie die Aufgabe stellt, die ihr Zuckerkandl zuweist [2]) »alle Preiserscheinungen zu erklären«, so mag sie sich mit all den Gruppen beschäftigen, in die »gleichartige Preisbildungsfälle« zusammengefaßt werden können »und die Feststellung der Bestimmungsgründe des Preises gruppenweise vornehmen«. Sie mag dabei auch Ausnahmefälle der reinen Dynamik untersuchen, wie den von Böhm-Bawerk [3]) dargestellten, »wo man Kosten auf Dinge wendet, die nicht nützlich genug oder nicht selten genug sind, z. B. auf Herstellung von Uhren, die nicht gehen, oder von Holz in einer Gegend mit natürlichem Holzüberfluß, oder auf Herstellung eines Übermaßes von guten Uhren« oder auf »Schiffe, die nicht schwimmen«. Oder sie mag die Doktorfrage lösen, die Schumpeter aufwirft [4]), ob jemand einen Fiaker »ausbeutet«, der ihn zu einem Tausendkronengeschäft zum Bahnhof bringt, wenn er ihm nur die Taxe, und nicht den subjektiven Grenzwert von 500 Kronen zahlt, die ihm die Fahrt äußerstenfalls wert wäre.

Sie wird aber dabei fast immer und überall, nämlich immer und überall, wo vom Markte im eigentlichen Sinne die Rede ist, auf den statischen Preis zurückgehen müssen. Ohne ihn ist schon die Unterscheidung zwischen dem sogenannten »natürlichen« (unserem statischen Konkurrenz-) Preise und dem Monopolpreise nicht möglich, ohne ihn durchaus unmöglich, zwischen dem »angemessenen«, »gerechten« [5]), — und dem unangemessenen, wucherischen, ausbeutenden Preise zu unterscheiden. Wie sollte man sonst erkennen können, daß gewisse »Preise das Produkt der

---

[1]) Schumpeter, »Wesen und Hauptinhalt«, S. 190.

[2]) Zuckerkandl l. c. S. 300.

[3]) Böhm-Bawerk, »Geschichte« usw. S. 163.

[4]) »Wesen und Hauptinhalt« S. 245.

[5]) Vgl. Zuckerkandl S. 382. v. Wieser. »Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung« S. 237 über den »gemeinen« Preis, der auch als »gerechter Preis« empfunden wird. Zur alten Lehre vom »gerechten Preise« vergl. auch Zuckerkandl S. 39 über Johann Nider und Scaccia. Scaccia unterscheidet drei »gerechte Preise«, summum, medium und infimum. Der Mittelpreis, bei dem die »aequalitas« gegeben ist (!), ist der eigentliche valor. Offenbar bedeutet das pretium summum den Marktpreis, über den der Verkäufer nicht fordern darf, ohne Wucher zu treiben, und das infimum denjenigen, unter dem der Käufer nicht bieten darf, ohne Erpressung zu begehen. Z. hat das anscheinend nicht ganz gewürdigt, weil ihm der Begriff des statischen Preises nicht viel bedeutet.

Übervorteilung der einen Klasse durch die andere, wieder andere das der Herrschaftsverhältnisse in der Volkswirtschaft« sind? Wie sollte man vor allen Dingen erkennen können, ob der Preis der Dienste, der Arbeitslohn, gerecht oder ausbeuterisch ist, wenn man seinen statischen Preis nicht kennt?

Diesen aber gestattet unsere Methode leichter und sicherer zu ermitteln, als die bisher angewandte. Und darum dürfen wir erwarten, daß sie fortan an ihrer Statt angewendet werden wird. —

Weitere Schriften von

Franz Oppenheimer

Verlag von Gustav Fischer in Jena

Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. 9. bis 11. Tausend. XII, 192 S. 8° 1919 Mk 6.—

Inhalt: Offener Brief an Karl Kautsky. — I. Die soziale Frage. 1. Soziale Frage und Monopol. 2. Wesen und Entstehung des Kapitalismus. 3. Robinson, der Kapitalist. 4. Innere Kolonisation. — II. Der Sozialismus. 5 Liberaler Sozialismus und Marxismus. 6. Die Marx'sche Lehre von Wert und Mehrwert. 7. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus und Revisionismus. — 8. Kautsky als Agrartheoretiker. — 9. Kautskys Zukunftsstaat.

Berliner Tageblatt: „... Unternehmer, Arbeiter und Bauernschaft erhalten hier eine Marschroute gewiesen, die sie gemeinsam zurücklegen müssen und können ... Oppenheimer zeigt die größte soziale Reform, die möglich ist, größer als alle Arbeiterversicherungen zusammen. ..."

Der Ausweg. Notfragen der Zeit. Zweite, durchgesehene Auflage. 74 S. 8° 1919 Mk 5.—

Inhalt: 1. Sozialismus und Liberalismus. 2. Freie und beschränkte Konkurrenz. 3. Das Bodenmonopol. 4. Die Entstehung des Bodenmonopols. 5. Das Kapital. 6. Die Wanderung. 7. Die „reine Wirtschaft". 8. Der Untergang der reinen Wirtschaft. 9. Bestätigung durch Karl Marx. 10. Deutschland als „freie Kolonie". 11. Die Götzendämmerung des Unternehmerprofits. 12. Die galoppierende Schwindsucht der großen Vermögen. 13. Die Agrarreform. 14. Die Zukunft der Großlandwirtschaft. 15. Die Anteilswirtschaft. 16. Die landwirtschaftliche Arbeiter-Produktivgenossenschaft.

Soziale Praxis 1919, Nr. 11:

In dieser Schrift entwickelt Oppenheimer in Kürze seine volkswirtschaftliche Theorie des liberalen Sozialismus und seine Heilungsvorschläge gegenüber der sozialen Not, die nach ihm vor allem aus dem Bodenmonopol der Großgrundbesitzer entspringt. Wenn man dieses beseitigt durch genossenschaftliche Bodenbewirtschaftung, schafft man erst die wirkliche „freie Konkurrenz", und diese wird uns vom Mehrwert, vom arbeitslosen Einkommen befreien. ... Es wäre in der Tat wünschenswert, wenn ernstlich solche Genossenschaften mit Gewinnbeteiligung der Arbeiter in größerer Zahl in Deutschland geschaffen würden. W. Z.

Die psychologische Wurzel von Sittlichkeit und Recht. (Kieler Vorträge, gehalten im wissenschaftl. Klub d. Inst. f. Weltwirtschaft u. Seeverkehr, Kiel. Hrsg. von Prof. Dr. B. Harms. Nr. 1.) 15 S. gr. 8° 1921 Mk 3.50

Theorie der reinen und politischen Oekonomie. Ein Lehr- und Lesebuch für Studierende und Gebildete. Vierte, unveränderte Auflage. XXVI, 738 S. gr. 8° 1919 Mk 80.—, geb. Mk 100.—

Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage. Dritte, unveränderte Auflage. XLII, 628 S. gr. 8° 1922

Inhalt: Einleitung: Die soziale Krankheit. Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen. — I. Die städtischen Genossenschaften. 1. Zur Geschichte der städt. Genossenschaftsbewegung. 2. Zur Theorie der Verkäufergenossenschaften. 3. Die landwirtschaftlichen Unternehmergenossenschaften. — II. Die landwirtschaftliche Arbeiter-Produktivgenossenschaft. — III. Die Siedlungsgenossenschaft. — Schlußwort: Die Siedlungsgenossenschaft das Ziel aller Parteien.

Genossenschaftliche Ansiedlung. Rede, gehalten auf dem zweiten Reichs-Siedlertage zu Leipzig am 15. August 1920. 31 S. gr. 8° 1920 Mk 4.50